



bmask

BUNDESMINISTERIUM FÜR
ARBEIT, SOZIALES UND
KONSUMENTENSCHUTZ



ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Das Projekt "Fachkräftemonitoring (FAMO) – Regelmäßige Erhebung des Angebots und des Bedarfs an Fachkräften in der Grenzregion Ostösterreichs mit der Slowakei" wird aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung im "Programm zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Slowakei–Österreich 2007-2013" gefördert und vom österreichischen Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz sowie vom Ministerium für Bauwesen und Regionalentwicklung der Slowakischen Republik kofinanziert.

FAMO – Fachkräftemonitoring Regelmäßige Erhebung des Angebots und des Bedarfs an Fachkräften in der Grenzregion Ostösterreichs mit der Slowakei

FAMO II: Regionale und gesamt- wirtschaftliche Entwicklung in Österreich und den neuen EU-Ländern

Peter Huber, Stefan Ederer

Wissenschaftliche Assistenz: Maria Thalhammer (WIFO)

November 2011

FAMO – Fachkräftemonitoring Regelmäßige Erhebung des Angebots und des Bedarfs an Fachkräften in der Grenzregion Ostösterreichs mit der Slowakei

FAMO II: Regionale und gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Österreich und den neuen EU-Ländern

Peter Huber, Stefan Ederer

November 2011

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

Mit finanzieller Unterstützung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz und des Ministeriums für Bauwesen und Regionalentwicklung der Slowakischen Republik

Das Projekt "Fachkräftemonitoring (FAMO) – Regelmäßige Erhebung des Angebots und des Bedarfs an Fachkräften in der Grenzregion Ostösterreichs mit der Slowakei" wird aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung im "Programm zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Slowakei–Österreich 2007-2013" gefördert und vom österreichischen Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz sowie vom Ministerium für Bauwesen und Regionalentwicklung der Slowakischen Republik kofinanziert.

Begutachtung: Andrea Kunnert • Wissenschaftliche Assistenz: Nora Popp, Maria Thalhammer

Inhalt

Die Studie untersucht die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der CENTROPE-Region den Ländern und Regionen der EU 12 seit der EU Erweiterung 2004 bzw. 2007 und analysiert die Entwicklung von Migration und grenzüberschreitendem Pendeln in Österreich und der EU 27.

Rückfragen: Peter.Huber@wifo.ac.at, Stefan.Ederer@wifo.ac.at, Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

2011/257/S/WIFO-Projektnummer: 4108

© 2011 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,

1030 Wien, Arsenal, Objekt 20 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 • Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Kostenloser Download: <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/42874>

FAMO – Fachkräftemonitoring

Regelmäßige Erhebung des Angebots und des Bedarfs an Fachkräften in der Grenzregion Ostösterreichs mit der Slowakei

FAMO II: Regionale und gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Österreich und den EU 12-Ländern

Peter Huber, Stefan Ederer

Executive Summary

Die vorliegende Studie untersucht die wirtschaftliche Entwicklung der CENTROPE-Region sowie der EU 12-Länder vor dem Hintergrund der aus diesen Ländern erwarteten Zuwanderung nach dem Ende der Freizügigkeit der Arbeitskräfte. Im Gefolge beider Erweiterungen (2004 und 2007) stieg die Zuwanderung aus den Beitrittsländern europaweit. Die Zuwächse lagen aber zumeist bei wenigen zehntel Prozent der Erwerbspersonen. Nur in Großbritannien und Irland kam es zu stärkeren Anstiegen der Zuwanderung aus den EU 10-Ländern und in Griechenland, Italien und Zypern stieg die Zuwanderung aus den EU 2-Ländern deutlicher an. Darüber hinaus war die Freizügigkeit nur ein wichtiger Faktor der das Ausmaß der Migration bestimmte. Mit Ausnahme Großbritanniens und Irlands zogen Länder, die schon vor Gewährung der Freizügigkeit eine stärkere Zuwanderung aus den EU 12-Ländern verspürten, auch danach einen hohen Teil dieser Migration an. Länder mit einer zuvor geringen Zuwanderung aus diesen Ländern, verzeichneten hingegen auch nach Gewährung der Freizügigkeit einen nur moderaten Anstieg. Die CENTROPE-Region ist dabei am Arbeitsmarkt immer noch schwach integriert. Einzig zwischen der tschechischen und slowakischen Republik bestehen engere Migrations- und Pendelbewegungen. Für die Region insgesamt ist aber die Emigration in andere europäische Regionen quantitativ bedeutsamer als die Migration in der Region. Durch die Emigration verlieren sowohl der österreichische Teil der CENTROPE als auch die Teile der Neuen Mitgliedstaaten meistens hoch qualifizierte Arbeitskräfte.

Die Wirtschaften der Ostmitteleuropäischen Länder unterlagen sowohl auf regionaler als auch auf nationaler Ebene in den vergangenen 10 Jahren einem rasanten Aufholprozess, der aber durch die Wirtschaftskrise unterbrochen wurde. Dieser Aufholprozess wurde zum einen von weiter steigenden regionalen Unterschieden innerhalb der Länder begleitet. Zum ande-

ren entwickelten sich die Löhne in diesen Länder deutlich langsamer als das BIP, sodass der Grad der erreichten Konvergenz beim Lohn- und auch Produktivitätsniveau deutlich geringer ist als bei anderen Indikatoren. Insgesamt waren dabei in der Regionalentwicklung in den EU 12-Ländern im letzten Jahrzehnt in erster Linie die Hauptstadtregionen und in zweiter Linie Grenzregionen bevorzugt. Daneben unterscheiden sich die Regionen der Neuen Mitgliedstaaten auch in ihrer Struktur deutlich von Österreich. Die Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder sind – mit Ausnahme der Hauptstädte – nur wenig tertiärisiert und die gesamte hier analysierte Region (inklusive Österreich) fällt in ihrer Humankapitalstruktur durch einen hohen Anteil an Personen mit mittlerem Bildungsabschluss, aber nur einen geringen Anteil mit einem niedrigen und auch hohen Bildungsabschluss auf.

Eine erste Betrachtung der Zuwanderung aus den EU 10-Ländern seit 1. Mai 2011 zeigt, dass in diesem Zeitraum rund 20.000 unselbständig Beschäftigte aus diesen Ländern nach Österreich kamen. Die Nettozuwanderung ausländischer Arbeitskräfte aus anderen Ländern verringerte sich in diesem Zeitraum aber. Insgesamt stieg die Zahl der unselbständig Beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte seit Gewährung der Freizügigkeit um etwa 14.000 Personen.

FAMO – Fachkräftemonitoring

Regelmäßige Erhebung des Angebots und des Bedarfs an Fachkräften in der Grenzregion Ostösterreichs mit der Slowakei

FAMO II: Regionale und gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Österreich und den EU 12-Ländern

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Übersichten	V
Verzeichnis der Abbildungen	VII
1. Einleitung	1
2. Die Auswirkungen der EU-Erweiterung 2004 – ein Literaturüberblick	3
2.1 <i>Ex-ante-Untersuchungen und Erwartungen</i>	3
2.2 <i>Die Übergangsregeln im Bereich der Freizügigkeit der Arbeitskräfte und der Dienstleistungsfreiheit</i>	13
2.3 <i>Migration aus den EU 10 während dem Geltungszeitraum der Übergangsregeln</i>	17
2.4 <i>Die Migration aus den EU 2-Ländern seit der Erweiterung 2007</i>	23
2.5 <i>Ex-post-Bewertungen der wirtschaftlichen Auswirkungen der Erweiterung</i>	27
2.6 <i>Zusammenfassung</i>	31
3. Wirtschaftsentwicklung in Ostmitteleuropa 2000-2010	32
3.1 <i>Überblick</i>	32
3.2 <i>Wirtschaftswachstum und Einkommensniveau</i>	32
3.3 <i>Nachfrage und Produktion</i>	34
3.4 <i>Arbeitsmarkt</i>	41
4. Regionale Entwicklung Österreichs und der EU 12-Länder	48
4.1 <i>Regionales Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit</i>	49
4.2 <i>Wanderungssalden der EU 12-Regionen und Österreichs</i>	52
4.3 <i>Konvergenz und Divergenz</i>	54
4.4 <i>Produktivität und Löhne</i>	62
4.5 <i>Prognosen</i>	69
4.6 <i>Zusammenfassung</i>	74

5. Regionale Struktur und Strukturwandel	76
5.1 Strukturwandel und sektorale Entwicklung	76
5.2 Humankapital	82
5.3 Struktur der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit	86
5.4 Zusammenfassung	90
6. Pendeln und Migration seit der Erweiterung in der CENTROPE-Region	92
6.1 Der Datensatz der europäischen Arbeitskräfteerhebung	92
6.2 Migration	93
6.3 Pendeln	97
6.4 Zusammenfassung	102
7. Die Entwicklung der grenzüberschreitenden Arbeitskräftewanderung in Österreich 2004-2011	103
7.1 Zu- und Abwanderung nach Österreich vor und nach dem EU-Beitritt	103
7.2 Demographische Struktur der in den EU 10 geborenen MigrantInnen in Österreich – Ergebnisse des Mikrozensus	108
7.3 Arbeitskräftewanderung	111
7.4 Struktur der Beschäftigung	121
7.5 Arbeitslosigkeit und Verdrängung von ausländischen Arbeitskräften	124
7.6 Ausmaß der Zuwanderung seit dem 1. Mai 2011	127
7.7 Zusammenfassung	131
8. Zusammenfassung	133
Literaturhinweise	140
Anhang: Liste der dargestellten Nuts 2-Regionen	146
Anhang: Karte der dargestellten Nuts 2-Regionen	147

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 2.1:	Studien zu den Auswirkungen der EU-Erweiterung auf Österreich	4
Übersicht 2.2:	Ergebnisse von Mikroökonomischen Untersuchungen zur Auswirkung von Migration auf heimische Arbeitskräfte in Österreich	8
Übersicht 2.3:	Veränderung der wohnhaften ausländischen Staatsangehörigen aus den Mittel- und Osteuropäischen Beitrittsländern	19
Übersicht 2.4:	Anteil der aus den EU 10-Ländern stammenden Erwerbspersonen 2005-2010	20
Übersicht 2.5:	Prognosen des Zuwachses der Bevölkerung aus Tschechien, Ungarn und der Slowakei in den EU 15-Ländern 2008-2020	22
Übersicht 2.6:	Anteil der aus den EU 2-Ländern stammenden Bevölkerung 2005-2010	24
Übersicht 2.7:	Anteil der aus den EU 2-Ländern stammenden Erwerbspersonen 2005-2010	25
Übersicht 2.8:	Die makroökonomischen Auswirkungen der Wanderungen aus den NMS 8 der Jahre 2004 bis 2007	30
Übersicht 3.1:	Entwicklung der Nachfragekomponenten	35
Übersicht 3.2:	Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung	38
Übersicht 3.3:	Entwicklung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen	42
Übersicht 6.1:	Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter nach Geburtsort in den Regionen der CENTROPE	94
Übersicht 6.2:	Struktur der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter nach Geburtsort in den Regionen der CENTROPE	95
Übersicht 6.3:	Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in CENTROPE-Ländern nach Geburts- und Wohnort in der EU 27	96
Übersicht 6.4:	Demographische Struktur der in der EU 27 lebenden EmigrantInnen im erwerbsfähigen Alter aus den CENTROPE-Ländern	97
Übersicht 6.5:	Wohnbevölkerung der CENTROPE im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) nach Arbeitsort und Regionen der CENTROPE	98
Übersicht 6.6:	Beschäftigte der CENTROPE nach Wohnort und Regionen der CENTROPE der Beschäftigten am Wohnort	99
Übersicht 6.7:	Struktur der PendlerInnen in der CENTROPE	100
Übersicht 6.8:	Dauer der Beschäftigung und Arbeitsbedingungen der PendlerInnen in der CENTROPE	101
Übersicht 7.1:	Zu- und Wegzüge von ausländischen StaatsbürgerInnen aus und nach Österreich nach Ländergruppen	104
Übersicht 7.2:	Kennzahlen zum Umschlag von ausländischen StaatsbürgerInnen aus und nach Österreich nach Ländergruppen in %	105

Übersicht 7.3:	Zu- und Wegzüge von ausländischen StaatsbürgerInnen aus und nach Österreich nach Ländern und Ländergruppen	106
Übersicht 7.4:	Nettozuwanderung von ausländischen StaatsbürgerInnen nach Österreich nach Ländergruppen und Bundesländern 2002-2009	107
Übersicht 7.5:	Demographische Struktur der im Ausland geborenen Bevölkerung in Österreich nach Geburtslandgruppen (in % der aus der jeweiligen Gruppe stammenden Bevölkerung)	109
Übersicht 7.6:	Demographische Struktur der im Ausland geborenen Bevölkerung in der Ostregion Österreichs nach Geburtslandgruppen	110
Übersicht 7.7:	Demographische Struktur der in den EU 10 geborenen Bevölkerung in Österreich nach Zuwanderungszeitraum	111
Übersicht 7.8:	Angebot an unselbständig beschäftigten AusländerInnen nach Nationalitäten	112
Übersicht 7.9:	Unselbständig beschäftigte AusländerInnen in Österreich nach Nationalitäten	113
Übersicht 7.10:	Änderungen im Angebot an unselbständig beschäftigten AusländerInnen nach Nationalitäten und Bundesländern in Österreich	114
Übersicht 7.11:	Änderung der unselbständig beschäftigten AusländerInnen nach Nationalitäten und Bundesländern in Österreich	115
Übersicht 7.12:	Geringfügig beschäftigte AusländerInnen in Österreich 2002-2010	116
Übersicht 7.13:	Änderung der geringfügig beschäftigten AusländerInnen in Österreich nach Bundesländern 2002-2010	117
Übersicht 7.14:	Entwicklung der selbständigen Beschäftigung von ausländischen StaatsbürgerInnen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten in Österreich	119
Übersicht 7.15:	Veränderung der selbständigen Beschäftigung von ausländischen StaatsbürgerInnen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten nach Bundesländern in Österreich	120
Übersicht 7.16:	Anteil der Beschäftigten nach Branchengruppen, Berufsobergruppen und Stellung im Beruf in Österreich	122
Übersicht 7.17:	Anteil der Beschäftigten nach Branchengruppen, Berufsobergruppen und Stellung im Beruf in der Ostregion Österreichs	123
Übersicht 7.18:	Zuwanderung aus den EU 10-Ländern in Österreich August 2011	129
Übersicht 7.19:	Zuwanderung aus dem Ausland in Österreich nach Staatsbürgerschaft	131

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 2.1:	Index potentiell benachteiligter Branchen nach Regionen	12
Abbildung 2.2:	Index potentiell bevorzugter Branchen nach Regionen	13
Abbildung 3.1:	Wirtschaftswachstum	33
Abbildung 3.2:	BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten	34
Abbildung 3.3a:	BIP, Inlandsnachfrage und Außenhandel (1)	36
Abbildung 3.3b:	BIP, Inlandsnachfrage und Außenhandel (2)	37
Abbildung 3.4:	Entwicklung der Leistungsbilanz	39
Abbildung 3.5:	Harmonisierte Arbeitslosenquote	43
Abbildung 3.6:	Entwicklung der Beschäftigungsquote (15 bis 64 Jahre)	44
Abbildung 3.7:	Entwicklung der Frauenbeschäftigungsquote (15 bis 64 Jahre)	45
Abbildung 3.8:	Entwicklung der Jugendbeschäftigungsquote (15 bis 24 Jahre)	46
Abbildung 3.9:	Entwicklung der Beschäftigungsquote Älterer (55 bis 64 Jahre)	47
Abbildung 4.1:	BIP pro Kopf in Österreich und den EU 2- und EU 10-Ländern 2008	50
Abbildung 4.2:	Arbeitslosenquoten nach EU-Definition in den Nuts 2-Regionen in Österreich und den EU 2- und EU 10-Ländern 2010	51
Abbildung 4.3:	Wanderungssaldo in den Nuts 2-Regionen in Österreichs und der EU 12 2000- 2007	53
Abbildung 4.4:	Wanderungssaldo aus dem Ausland und dem Inland in den Nuts 2-Regionen in Österreichs und der EU 12 2000-2007	54
Abbildung 4.5:	BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten der Nuts 2-Regionen in Österreich und den EU 2- und EU 10-Ländern	56
Abbildung 4.6:	Arbeitslosenquoten der Nuts 2-Regionen der CENTROPE-Länder	58
Abbildung 4.7:	Variationskoeffizienten des BIP und der Arbeitslosenquote über Nuts 2-Regionen für ausgewählte Jahre (in% des EU-Durchschnitts)	59
Abbildung 4.8:	Variationskoeffizient der Produktivität je Erwerbstätigen in den Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder	61
Abbildung 4.9:	Wachstum der Produktivität je Erwerbstätigen in den Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder 2000-2008	63
Abbildung 4.10:	Produktivität je Erwerbstätigen in den Nuts 2-Regionen der EU 10-Länder 2008	65
Abbildung 4.11:	Wachstum Lohnniveaus in den Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder 2000-2007	67
Abbildung 4.12:	Lohnniveaus in den Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder 2007	68
Abbildung 4.13:	Schätzung des BIP Wachstums in den Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder 2009	70
Abbildung 4.14:	Schätzung des BIP Wachstums in den Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder 2010	72

Abbildung 4.15:	Prognose des BIP-Wachstums in den Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder 2011-2014	73
Abbildung 5.1:	Sektoranteile an der Bruttowertschöpfung in den Regionen der EU 12-Länder 2008	77
Abbildung 5.2:	Sektoranteile an der Beschäftigung in den Regionen der EU 12-Länder 2008	78
Abbildung 5.3:	Änderung der Sektoranteile an der Beschäftigung 2000 bis 2008	80
Abbildung 5.4:	Änderung der Sektoranteile an der Wertschöpfung 2000 bis 2008	81
Abbildung 5.5:	Beschäftigungsstruktur nach höchster erreichter Ausbildung in der CENTROPE: Niedrige Ausbildung (ISCED 0-2)	83
Abbildung 5.6:	Beschäftigungsstruktur nach höchster erreichter Ausbildung in der CENTROPE: Mittlere Ausbildung (ISCED 3-4)	84
Abbildung 5.7:	Beschäftigungsstruktur nach höchster erreichter Ausbildung in der CENTROPE: Hohe Ausbildung (ISCED 5-6)	85
Abbildung 5.8:	Teilzeitquoten in den Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder 2010	87
Abbildung 5.9:	Struktur der Arbeitslosigkeit nach EU-Definition in den Nuts 2-Regionen der EU 10-Länder (2010)	88
Abbildung 5.10:	Beschäftigungsquote nach Geschlecht nach EU-Definition in den Nuts 2-Regionen der EU 10-Länder, 2010	89
Abbildung 7.1:	Entwicklung der Anmeldungen von Einzelunternehmen in Österreich	118
Abbildung 7.2:	Arbeitslosenquoten nach Nationalitäten in % der unselbständigen Erwerbspersonen	124
Abbildung 7.3:	Arbeitslosenquoten nach Nationalitäten	127

1. Einleitung

Die Erweiterung der EU um die mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten im Mai 2004 wurde in Österreich ausgesprochen kontrovers diskutiert. Dabei wurde von den Befürwortern dieser Erweiterungsrunde – abgesehen von der außen- und sicherheitspolitischen Bedeutung – immer wieder betont, dass Österreich insgesamt zu den größten wirtschaftlichen Profiteuren der Erweiterung unter den alten EU-Mitgliedsländern zählt. Von Kritikern wurden hingegen vor allem die potentiellen negativen Verteilungswirkungen angesprochen. Dabei standen die möglichen Auswirkungen von Migration und Pendeln, der Dienstleistungsfreiheit und regionale Auswirkungen im Mittelpunkt des Interesses.

Ex-ante Evaluierungen zur EU-Erweiterung beurteilten dabei die möglichen Auswirkungen der Zuwanderung aus den Neuen Mitgliedstaaten ebenso wie die regionalen Chancen und Gefahren der EU-Erweiterung durchaus differenziert. Insbesondere wurde erwartet, dass die Auswirkungen der Erweiterung auf die Regionen des österreichischen Teils der CENTROPE unterschiedlich verlaufen würden. Wie auch für Österreich insgesamt kommen Studien (*Mayerhofer - Palme, 2001*) zu dem Ergebnis, dass die großen Städte der Region (insbesondere Wien) aufgrund einer günstigen Spezialisierung zwar Wettbewerbsvorteile hätten, aber auch besonders viel von der zu erwartenden Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsländern erhalten würden, während die ländlichen Regionen aufgrund ihrer sektoralen Spezialisierung einen Wettbewerbsnachteil hätten, aber nur einen geringen Teil der Migration erhalten würden.

Die vorliegende Studie, welche eine Teilstudie des transnationalen Projektes "FAMO – Fachkräftemonitoring" ist und aufbauend auf den Ergebnissen des LAMO (Labour Monitoring)-Projektes (*Huber et al., 2007*) die vorangegangene Studie (*Huber, 2009*) im Rahmen dieses Projektes aktualisiert, stellt die wirtschaftliche Entwicklung der CENTROPE-Region seit dem Zeitpunkt der Erweiterung dar. Zentrale Fragestellung ist dabei, ob es in den Jahren seit der Erweiterung (also im Zeitraum 2004 bis 2008) zu sichtbaren Auswirkungen auf makro-ökonomischer Ebene in den EU-Ländern, Österreich und der CENTROPE-Region gekommen ist. Insbesondere interessieren uns hier mögliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Im Gegensatz zu der vorangegangenen Studie im FAMO-Projekt weitet diese Untersuchung allerdings den räumlichen Bezugsrahmen auch auf die EU 2-Länder (Bulgarien und Rumänien), welche der EU am 1. Jänner 2007 beitraten, aus. Die Gründe hierfür sind zum einen, dass die Übergangsfristen bei der Freizügigkeit der Arbeitskräfte gegenüber den 10 Ländern, die der EU am 1. Mai 2004 (EU 10-Länder) beitraten, am 1. Mai 2011 endeten und somit der migrationspolitische Spielraum gegenüber diesen Ländern seit diesem Zeitpunkt eingeschränkt ist, und zum anderen, dass mit der Entscheidung über eine mögliche Verlängerung der Übergangsfristen am 1. Jänner 2012 gegenüber den EU 2-Ländern und dem endgültigen Auslaufen dieser Übergangsfristen spätestens am 1. Jänner 2014, wichtige migrati-

onspolitische Entscheidungen gegenüber den EU 2-Ländern bevorstehen, die auch Konsequenzen für die CENTROPE-Region haben könnten.

Wir beginnen unsere Darstellung im nächsten Kapitel mit einem Überblick über die Literatur zur EU-Erweiterung und die institutionellen Rahmenbedingungen, dabei wird zum einen auf die (ex-ante) Literatur vor der Erweiterung eingegangen, zum anderen wird aber auch auf Studien eingegangen, die sich der wirtschaftlichen Entwicklung seit der Erweiterung widmen. Zentrales Ergebnis dieses Literaturüberblickes ist, dass die EU-Erweiterung allenfalls in Großbritannien und Irland und einigen der bedeutenderen Sendeländer (die Baltischen Staaten bzw. Polen) zu deutlichen makro-ökonomischen Effekten geführt hat. Aber selbst in jenen Studien, die für diese Länder Effekte feststellen, sind diese zumeist eher gering, sodass davon auszugehen ist, dass es weder in den neuen noch in den alten EU-Mitgliedsländern der EU zu starken Verwerfungen am Arbeitsmarkt aber auch zu keinen exorbitanten Gewinnen gekommen ist.

Kapitel 3 beschreibt anschließend die makroökonomische Entwicklung der EU 12-Länder seit dem Zeitpunkt der Erweiterung und Kapitel 4 geht auf die regionale Entwicklung in diesen Ländern (auf Ebene der Nuts 2-Regionen) ein und Kapitel 5 untersucht den regionalen Strukturwandel in der Region.

Kapitel 6 und 7 widmen sich anschließend der Zuwanderung seit der Erweiterung. In Kapitel 6 werden dabei die Pendel- und Migrationsbewegungen innerhalb der CENTROPE-Region beschrieben, während sich Kapitel 7 ausschließlich der Zuwanderung nach Österreich widmet. Hierbei wird gezeigt, dass die Übergangsfristen zumindest relativ zu den ex-ante-Prognosen ohne Übergangsfristen eine Eindämmung der Wanderung bewirkt haben. Überdies zeigen sich zumindest in Österreich auch Anzeichen einer zunehmenden Konkurrenz verschiedener ZuwanderlInnengruppen untereinander. Kapitel 6 fasst die Ergebnisse der Studie zusammen und präsentiert erste Politikschlussfolgerungen, die aus der vorliegenden Analyse gezogen werden können.

2. Die Auswirkungen der EU-Erweiterung 2004 – ein Literaturüberblick

2.1 Ex-ante-Untersuchungen und Erwartungen

Die intensive öffentliche Diskussion über die Auswirkungen der EU-Erweiterung hatte zur Folge, dass in der Vorbereitung auf die Beitrittsverhandlungen viele Studien (*Pichelmann et al.*, 1998, *Walterskirchen - Dietz*, 1998, *Palme et al.*, 1999, *Mayerhofer - Palme*, 2001, 2001a) in Auftrag gegeben wurden, deren Ziel es war, Informationen hinsichtlich der für Österreich sensiblen Themen zu generieren. Während diese Studien zum Teil zu divergierenden Ergebnissen kamen, gab es doch einige zentrale Tendenzen. So zeigten alle Studien, dass die Erweiterung für Österreich insgesamt positive Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt haben würde. Zum Beispiel simulierte *Breuss* (2001, 2002a, 2002b) die makro-ökonomischen Auswirkungen der Erweiterung anhand des Oxford Economic Forecasting Modells. Er zeigte, dass Österreich in den ersten fünf Jahren nach der EU-Erweiterung unter allen alten EU-Mitgliedstaaten am meisten profitierte. Ähnlich zeigen auch frühere Studien von *Keuschnigg - Kohler* (1999) und *Breuss - Schebeck* (1998), die allerdings noch von unterschiedlichen Beitrittszeitpunkten und -szenarien ausgehen, dass Österreich von der Erweiterung durch ein höheres Bruttoinlandsprodukt und auch ein stärkeres Beschäftigungswachstum profitieren sollte.

Allerdings waren die prognostizierten Effekte der EU-Erweiterung in diesen Studien im Vergleich zu den Gewinnen aus dem EU-Beitritt Österreichs (1995) oder aus der Ostöffnung (1989-2003) eher gering. Nach *Breuss* (2001) sollte das Bruttoinlandsprodukt Österreichs aufgrund der Erweiterung der EU um die Mittel- und Osteuropäischen Länder in den ersten 6 Jahren nach der Erweiterung um rund 0,15% pro Jahr schneller wachsen als ohne Erweiterung. Im Vergleich dazu zeigten ähnliche Simulationen von *Breuss - Schebeck* (1998) für die Ostöffnung in den Jahren 1989 bis 2003 einen Wachstumsgewinn von rund einem halben Prozentpunkt (d. h. etwa das drei- bis vierfache der Osterweiterung) pro Jahr an. Der Beitritt Österreichs zur EU führte laut *Breuss* (2006) zu einem zusätzlichen Wachstum von 0,3% pro Jahr (etwa doppelt so hoch wie die Simulationen der EU-Osterweiterung).¹⁾

Die Ursache für diese im Vergleich zu den anderen Integrationsepisoden der neunziger Jahre eher geringen gesamtwirtschaftlichen Effekte war, dass der Außenhandel zwischen den neuen und den alten EU-Mitgliedstaaten bereits in den Jahren vor dem Beitritt weitgehend liberalisiert wurde. Aus diesem Grund waren die Erwartungen hinsichtlich etwaiger Ausweitungen des Handelsvolumens zwischen den neuen EU-Mitgliedstaaten (EU 10-Ländern) und Österreich durch den Beitritt eher gering und bezogen sich nur auf die handelsschaffenden Effekte von Senkungen in den Transaktionskosten (z. B. durch den Wegfall von Grenzkontrol-

¹⁾ Allerdings kommen einige ex-post-Evaluierungen (z. B. *Biffi*, 1996) zu dem Ergebnis, dass insbesondere die Effekte des österreichischen EU-Beitritts überschätzt wurden.

len). Egger (2000) schätzt dabei anhand eines Gravitäts-Modells, dass diese Reduktion zu einem Handelswachstum von langfristig etwa 0,5% beitragen würde.²⁾

Übersicht 2.1: Studien zu den Auswirkungen der EU-Erweiterung auf Österreich

Autoren	Methode	Ergebnisse
Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen		
Breuss (2001)	Makro-Simulation anhand des OEF Modells unter Berücksichtigung von Außenhandel, Faktorwanderung und Produktivitätsgewinnen	Erweiterung bringt ein zusätzliches Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von +0,15% pro Jahr
Keuschnigg - Kohler (1999)	Makro-Simulation anhand eines CGE Modells	Langfristiger BIP-Anstieg von 1,1%
Breuss - Schebeck(1998)	Makro-Simulation anhand des WIFO Makro-modells	Erweiterung bringt ein zusätzliches Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von +0,13% pro Jahr
Außenhandel		
Egger (2001)	Schätzung auf Basis eines Gravitäts-Modells	Exportzuwachs von rund +0,5%
Egger (1999)	Schätzung auf Basis eines Gravitäts-Modells	Exportzuwachs von rund +1,6%
Direktinvestitionen		
Egger (2001)	Schätzung auf Basis eines Gravitäts-Modells	Zuwachs der Direktinvestitionen wird +1,5% pro Jahr betragen
Migration- und Pendeln		
Fassmann - Hintermann (1997)	Befragung	Tatsächliches Migrationspotential von 150.000 Personen 31.000 - 42.000 ZuwanderInnen pro Jahr
Walterskirchen - Dietz (1998)	Extrapolation bisheriger Erweiterungen	Langfristiges Potential 150.000 bis 200.000
Boeri - Brücker (2001)	Schätzung auf Basis eines Gravitäts-Modells	30.000 - 40.000 MigrantInnen in den ersten Jahren
Huber (2001)	Schätzung auf Basis eines Gravitäts-Modells	Langfristig ca. 90.000 TagespendlerInnen
Brücker - Huber (2003)	Schätzung auf Basis eines Gravitäts-Modells	30.000 - 40.000 MigrantInnen in den ersten Jahren
Brücker et al. (2009)	Schätzung auf Basis eines Gravitäts-Modells	25.000 MigrantInnen im ersten Jahr nach der Freizügigkeit
Huber et al. (2007)	Befragung in den Grenzregionen Ungarns, Tschechiens und der Slowakei	
Nowotny - Hierländer (2009)	Befragung in den Grenzregionen Ungarns, Tschechiens und der Slowakei	
Nowotny (2011)	Befragung in den Grenzregionen Ungarns, Tschechiens und der Slowakei	

Q: WIFO-Zusammenstellung.

Somit verblieben als relevante Veränderungen durch die EU-Erweiterung nur Binnenmarkteffekte (durch die Marktausweitung bedingte Steigerungen der Wettbewerbsfähigkeit Casella, 1996), Faktorwanderungen (Migration und ausländische Direktinvestitionen) sowie Änderungen in der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung, von denen vor allem

²⁾ Weitere auf Gravitäts-Modellen basierende Schätzungen des Handels mit den neuen EU-Mitgliedstaaten wurden von Egger (1999) vorgelegt. Diese Studie prognostizierte zum Teil etwas höhere Handelszuwächse, was neben methodischen Unterschieden auch auf die Berücksichtigung von anderen Beitrittsszenarien zurückzuführen ist.

die Dienstleistungsfreiheit und die potentielle Zuwanderung als die sensibelsten Bereiche im Erweiterungsprozess empfunden wurden.³⁾

2.1.1 Studien zu Migrationspotentialen

Zu den wohl am dichtest erforschten Themen gehörte dabei die Abschätzung der Zuwanderung (Migration und Pendeln). In einem Literaturüberblick aus dem Jahr 2001 zählte *Huber* (2001) insgesamt 6 Studien, die für Österreich Prognosen hinsichtlich des Migrations- bzw. Pendlerpotentials aufstellten.⁴⁾ Die in diesen Studien prognostizierten Potentiale unterschieden sich dabei am Anfang der Debatte aufgrund unterschiedlicher Methoden und Beitritts-szenarien zum Teil erheblich. Insbesondere bestanden in der Literatur zur Erweiterung immer zwei Methoden zur Schätzung von Migrationspotentialen, die zum Teil zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen führten. Ökonometrische Schätzungen des Migrationspotentials (*Brücker - Franzmeyer, 1997; Dietz - Walterskirchen, 1998*) gehen dabei zumeist von einer Umlegung in der Literatur bestehender oder selbst geschätzter Koeffizienten aus, wobei Einkommensdifferenziale als die primäre Triebfeder für Migration gesehen werden. Die wohl einflussreichste dieser Untersuchungen legten *Brücker - Boeri (2000)* vor. Nach den Ergebnissen dieser Studie sollten im ersten Jahr nach der Erweiterung etwa 40.000 Personen nach Österreich wandern. Diese Zahl würde dann sukzessive abnehmen. 18 Jahre nach der Erweiterung wären nur mehr ca. 5.000 Migranten zu erwarten. Der Bestand an in Österreich wohnhaften Staatsbürgern aus den neuen EU-Mitgliedstaaten wäre im Jahr 2020 um etwa 350.000 Personen höher als vor der Erweiterung.

Neben ökonometrischen Schätzungen bestand eine zweite Forschungstradition zur Abschätzung von Migrationspotentialen in der Befragung der Bürger der neuen EU-Mitgliedstaaten. In einem sehr einflussreichen Beitrag zu dieser Literatur befragten *Fassmann - Hintermann (1997)* 4.392 Personen aus der Tschechischen Republik, Slowakei, Polen und Ungarn. Sie unterschieden dabei zwischen einem "generellem Migrationspotential" (jene, die überhaupt in Betracht zogen zu migrieren), einem "wahrscheinlichen Migrationspotential" (jene, die schon Informationen über ihr Zielland eingeholt hatten) und einem "tatsächlichen Migrationspotential" (jene, die bereits um Beschäftigungsbewilligung angesucht hatten, eine Wohnung suchten oder sonstige Schritte in Richtung einer Migration unternommen hatten). Nach den Ergebnissen dieser Studie beträgt das generelle Migrationspotential 22% der Bevölkerung der neuen EU-Mitgliedstaaten, das wahrscheinliche Migrationspotential 11,7% und das reale Migrationspotential etwa 1,5%.

³⁾ Zu den potentiellen Produktivitätssteigerungen aufgrund der Erweiterung existiert unseres Wissens keine einzige ex-ante-Studie für Österreich. *Breuss (2001)* geht davon aus, dass aufgrund der EU-Erweiterung die Arbeitsproduktivität in den kleinen alten EU-Staaten um ¼% steigt. Zu den potentiellen Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die Direktinvestitionen gibt es eine Studie von *Egger (2001)*, in der auf der Grundlage eines Gravitäts-Modells ein Anstieg der Direktinvestitionen um rund 1,5% pro Jahr prognostiziert wird.

⁴⁾ Seit diesem Zeitpunkt wurden in Österreich zumindest vier weitere österreichweite Prognosen (*Brücker - Huber, 2003; Brücker et al., 2009; Huber et al. 2007; Nowotny - Hierländer, 2009; Nowotny, 2011*) vorgenommen.

Überdies wurde in Österreich auch mit einem nicht unerheblichen zusätzlichen Impuls aus grenzüberschreitendem Pendeln gerechnet. Aufgrund seiner geographischen Besonderheiten (Nähe der urbanen Ballungsräume Wien, Linz, Graz zur Grenze der neuen EU-Mitgliedsländer, hohe Bevölkerungsdichte in einigen der an Österreich grenzenden Regionen der neuen EU-Mitgliedsländer) bestand nämlich auch die Erwartung, dass es in Österreich (und hier insbesondere in der Ostregion⁵⁾) zu wesentlich stärkeren grenzüberschreitenden Pendelverflechtungen kommen würde als in vielen anderen Regionen an der ehemaligen Außengrenze der EU. Besonders nachteilig erwies sich dabei, dass sich Prognosen grenzüberschreitender Pendlerströme als deutlich unzuverlässiger erwiesen als Migrationsprognosen, sodass man am Ende der Debatte zwar von einer konsensualen Schätzung von langfristig etwa 100.000 PendlerInnen nach Österreich ausging, wobei allerdings bis zuletzt erhebliche Zweifel an der Verlässlichkeit dieser Prognose verblieben und auch unklar blieb, in welchem Zeitraum sich diese Potentiale realisieren können.

Zusammenfassend lässt sich daher feststellen, dass vor dem Beitritt der Erweiterung erwartet wurde, dass ohne Übergangsfristen in den ersten Jahren nach der Erweiterung pro Jahr rund 30.000 bis 40.000 MigrantInnen nach Österreich wandern würden, und es überdies langfristig auch zu zusätzlichen Pendelverflechtungen im Ausmaß von rund 100.000 Personen kommen könnte.

2.1.2 Auswirkungen der Zuwanderung auf den österreichischen Arbeitsmarkt

Diese für Österreich recht hohen Zahlen, die in ihrer Größenordnung in etwa der Zuwanderung der frühen 1990er Jahre entsprochen hätten, führten auch zu einer heftigen Diskussion über die Auswirkungen der Zuwanderung auf den österreichischen Arbeitsmarkt. Dabei wurde oftmals befürchtet, die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte könnte zu erhöhter Arbeitslosigkeit und sinkenden Löhnen der heimischen Arbeitskräfte führen. Diese Befürchtungen kennzeichnen allerdings nicht nur die öffentliche Debatte in Österreich, sondern auch die Diskussion in vielen anderen Ländern, was sich auch in einem großen Interesse der wissenschaftlichen Literatur an diesem Thema spiegelt. So werden in den wohl umfassendsten neueren Literaturüberblicken zum Thema Zuwanderung und Auswirkungen am Arbeitsmarkt von *Longhi et al.* (2004, 2006 und 2008) insgesamt 48 internationale Studien identifiziert, die in den letzten 2 Jahrzehnten erschienen und sich anhand von mikroökonomischen Methoden mit dieser Frage beschäftigten.

Im Gegensatz zu den Erwartungen in der öffentlichen Debatte tut sich diese Literatur allerdings schwer einen signifikanten negativen Einfluss der Zuwanderung auf Löhne und Beschäftigungswahrscheinlichkeit heimischer Arbeitskräfte zu finden. Die in der Arbeit von *Longhi et al.* (2004) verwendeten Meta-Analysen deuten daraufhin, dass nach Kontrolle für unterschiedliche methodische Vorgehensweisen im Durchschnitt aller Studien eine Erhöhung des AusländerInnenanteils an der Beschäftigung von rund einem Prozentpunkt kurzfristig zu einer

⁵⁾ Dies sind die Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland.

Verringerung der Löhne der einheimischen Arbeitskräfte um ca. 0,1 Prozent führt (Longhi et al., 2006), wobei dieser Effekt in europäischen Untersuchungen um 0,3 Prozentpunkte höher liegt. Addiert man dies zu $-0,1$ für den Schätzer über alle Studien erhält man einen Koeffizienten von $-0,4$. Ähnlich finden Longhi et al. (2006), dass eine Erhöhung des AusländerInnenanteils an der Beschäftigung um einen Prozentpunkt das individuelle Arbeitslosigkeitsrisiko einer Person um rund 0,02 Prozent erhöht. In der ergänzenden Studie des Jahres 2008 zeigen diese AutorInnen schlussendlich, dass der Effekt der Zuwanderung auf eine Vielzahl anderer Variablen, wie die Arbeitslosigkeitsdauer und Partizipation ebenfalls eher gering ist, wobei allerdings der Effekt auf die Partizipationsrate etwas höher ist als jener auf die Löhne, und überdies alteingesessene ausländische Arbeitskräfte von der Zuwanderung neuer ausländischer Arbeitskräfte stärker betroffen sind.

Auch für Österreich existieren einige individualdatenbasierte Untersuchungen zum Thema "Auswirkungen der Zuwanderung auf Löhne und Arbeitslosigkeit". Diese konzentrieren sich zumeist auf den Zeitraum von 1989 bis 1992, in dem in Österreich rund 100.000 Arbeitskräfte zuwanderten. Sie finden oftmals nur geringe Auswirkungen der Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt und betonen vor allem die Verteilungswirkungen. In einer kurzen Zusammenfassung lassen sich dabei folgende Punkte als gemeinsamer Nenner herausarbeiten:

- Die Auswirkungen der Migration auf die heimischen Arbeitskräfte sind zumeist eher gering und oftmals auch statistisch nicht signifikant, sodass im Allgemeinen von nur sehr geringen Effekten der Zuwanderung auf die Löhne und Beschäftigungswahrscheinlichkeit heimischer Arbeitskräfte ausgegangen werden kann.
- Die Auswirkungen der Zuwanderung unterscheiden sich nach Zeitperioden recht erheblich. Die Effekte (pro ZuwandererIn) sind in Zeiten sehr hoher Zuwanderung (zum Beispiel in der Periode 1989 bis 1992) wesentlich stärker (und auch statistisch eher signifikant) als in Phasen langsamerer Zuwanderung (wie zum Beispiel dem Zeitraum 1992 bis 1994).⁶⁾
- Generell profitieren hoch qualifizierte Arbeitskräfte von der Zuwanderung niedrig qualifizierter Arbeitskräfte. Ihre Löhne steigen. Niedrig qualifizierte Arbeitskräfte hingegen kommen durch Zuwanderung weiterer niedrig qualifizierter Arbeitskräfte unter einen zunehmenden Konkurrenzdruck. Ihre Löhne fallen.
- Immobiler Arbeitskräfte, die auf erhöhten Konkurrenzdruck nicht durch eine Abwanderung aus ihrer Industrie und (oder) Region reagieren können, werden von Migration stärker betroffen als andere. Dementsprechend hat eine räumliche oder industrielle Konzentration der Zuwanderung auch räumlich oder industriell differenzierte Auswirkungen auf immobile Arbeitskräfte.

Winter-Ebmer - Zweimüller (1994 und 1996) beschäftigen sich mit den Auswirkungen der Migration auf junge österreichische Arbeitskräfte. Zunächst (1994) wird der Zusammenhang

⁶⁾ Dies mag unter anderem auch darauf zurückzuführen sein, dass die Effekte einer Zuwanderung in Phasen sehr hoher Zuwanderung auch leichter von anderen Einflüssen auf die Lohn- und Beschäftigungsentwicklung zu trennen sind, und somit leichter statistisch signifikante Zusammenhänge gefunden werden können.

zwischen Arbeitslosigkeitsrisiko dieser Arbeitskräfte und regionaler, industrieweiter und firmenspezifischer Zuwanderung untersucht. Die Resultate zeigen nur im Jahr 1988 einen signifikanten Einfluss der industrieweiten Zuwanderung auf das Arbeitslosigkeitsrisiko. Regionale und firmenspezifische Zuwanderung bleiben insignifikant. Für das Jahr 1991 bleiben auch Industrieinflüsse insignifikant. Die Auswirkungen unterscheiden sich allerdings zwischen Arbeitsmarktgruppen. Junge Arbeiter werden stärker betroffen als junge Angestellte, Saisonbranchen sind ebenfalls überproportional betroffen.

Übersicht 2.2: Ergebnisse von Mikroökonomischen Untersuchungen zur Auswirkung von Migration auf heimische Arbeitskräfte in Österreich

AutorIn	Betrachtete Gruppe	Abhängige Variable	Ergebnis
Winter-Ebmer – Zweimüller (1994)	ArbeiterInnen im Alter 15-57 Jahre	Eintritt in die Arbeitslosigkeit	Erhöhung des AusländerInnenanteils um eine Standardabweichung führt zu einer Erhöhung des Arbeitslosigkeitsrisikos um 0,9 Prozent- punkte
		Dauer der Arbeitslosigkeit	Erhöhung des AusländerInnenanteils um 1% führt zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeits- dauer um 4% bis 6%
Winter-Ebmer – Zweimüller (1996, 1996a)	Junge Arbeitnehme- rInnen unter 35 Jahren	Individuelles Arbeitslosigkeitsrisiko	Kleine und oft insignifikante Auswirkungen auf das individuelle Arbeitslosigkeitsrisiko
Huber - Hofer (2001)	ArbeitnehmerInnen im Alter zwischen 19 und 56 Jahren	Lohnwachstum	Signifikante Effekte der Zuwanderung nur für ArbeiterInnen. Eine Erhöhung des Ausländer- Innenanteils um 1% verringert das Lohnwachstum um -0,2%
		Industriewechsel und Nicht-Beschäftigungs- risiko	Bei ArbeiterInnen steigt das Arbeitslosigkeits- risiko signifikant, bei Angestellten nicht
Winter-Ebmer – Zimmermann (1998)	Sektorale Beschäftigung	Beschäftigungswachstum der heimischen Arbeitskräfte	Eine Erhöhung des AusländerInnenanteils um 1% senkt das Beschäftigungswachstum der Einheimischen um -0,1%
		Lohnwachstum	Eine Erhöhung des AusländerInnenanteils um 1% senkt das Lohnwachstum der Einheimischen um -0,1 bis -0,2%
Prettner – Stiglbauer (2007)	Sektorale Beschäftigungsdaten	Beschäftigung	Migration hat keine signifikanten Auswirkun- gen auf Beschäftigung der Inländer, ist aber positiv mit der Gesamtbeschäftigung korreliert
		Arbeitslosigkeit	Migration hat keine signifikanten Auswirkungen auf Arbeitslosigkeit der Inländer, ist aber positiv mit der Gesamtarbeitslosigkeit korreliert
Huber - Hofer (2001)	ArbeitnehmerInnen im Alter zwischen 19 und 56 Jahren	Lohnwachstum	Signifikante Effekte der Zuwanderung nur für Arbeiter. Für Frauen hat Zuwanderung keinen signifikanten Effekt
		Industriewechsel und Nicht- Beschäftigungsrisiko	Signifikante Effekte der Zuwanderung auf das Arbeitslosigkeitsrisiko nur für Arbeiter. Für Frauen hat Zuwanderung keinen signifikanten Effekt
Bock- Schappelwein et al. (2009)		Lohnentwicklung	Signifikante Effekte nur für Personen ohne Branchenwechsel und in Branchen mit hohem MigrantInnenanteil
		Individuelles Arbeitslosigkeitsrisiko	Signifikante Erhöhung des individuellen Arbeitslosigkeitsrisikos bei Frauen

Q: Bock-Schappelwein et al. (2009).

In weiterer Konsequenz untersuchen *Winter-Ebmer - Zweimüller (1996)* die Lohnwirkungen auf junge ArbeiterInnen. Sie finden einen signifikanten positiven Zusammenhang zwischen der Zuwanderung und dem Lohnniveau junger Arbeitskräfte. Dies kann entstehen, wenn unter sonst gleichen Bedingungen zuwandernde ausländische Arbeitskräfte ebenso wie junge inländische in Branchen mit höheren Löhnen wandern. Der Zusammenhang zwischen Lohnwachstum und Zuwanderung ist hingegen negativ. Die Lohndynamik wird von ZuwanderInnen gebremst.

Winter-Ebmer - Zweimüller (1996a) untersuchen alle österreichischen Arbeitskräfte. Zuwanderung in der Industrie erhöht die Arbeitslosigkeit der Männer. Für Frauen bleiben die Koeffizienten insignifikant. Bezüglich der Lohnanpassung deutet die Mehrheit der Ergebnisse auf einen positiven Einfluss der Zuwanderung auf die Löhne hin. Allerdings unterscheiden sich die Effekte zwischen hoch und niedrig qualifizierten Arbeitskräften. Hochqualifizierte erhalten einen Lohnzuwachs, während bei Niedrigqualifizierten der Lohn sinkt. Für junge Arbeitskräfte und die in mittleren Altersgruppen sowie für hoch qualifizierte ArbeiterInnen sind die Auswirkungen am positivsten. Bei den älteren und niedrig qualifizierten ArbeiterInnen sind die negativen Lohnwirkungen am deutlichsten zu sehen.

Die Untersuchung von *Winter-Ebmer - Zweimüller (1999)* analysiert das Arbeitslosigkeitsrisiko und die Dauer der Arbeitslosigkeit und berücksichtigt sowohl Außenhandels- als auch Migrationsauswirkungen. Die Veränderung des AusländerInnenanteils einer spezifischen Industrie erhöht das Arbeitslosigkeitsrisiko nur, wenn keine Branchendummies in der Spezifikation eingeführt werden.

Huber - Hofer (2001) untersuchen die Zuwanderung in der Periode 1991 bis 1994 und somit einen Zeitraum einer etwas moderateren Zuwanderung als in den Arbeiten von *Winter-Ebmer - Zweimüller (1996)*. Änderung des AusländerInnenanteils hat laut dieser Untersuchung nur auf die Löhne der ArbeiterInnen einen signifikanten negativen Effekt, und Zuwanderung erhöht auch nur das Arbeitslosigkeitsrisiko der ArbeiterInnen. Die festgestellten Effekte scheinen hier allerdings gering zu sein. Eine Erhöhung des AusländerInnenanteils um einen Prozentpunkt verringert das Lohnwachstum der ArbeiterInnen um 0,2 Prozentpunkte. Ähnlich finden auch *Huber - Hofer (2001)*, dass eine Erhöhung des AusländerInnenanteils an der Beschäftigung nur für Arbeiter einen negativen Einfluss auf die Löhne hat. Diese Studie erweitert die Analyse auch auf Frauen. Hier zeigen sich allerdings keine signifikanten Auswirkungen auf das Lohnwachstum und das individuelle Arbeitslosigkeitsrisiko.⁷⁾

Schlussendlich folgen Untersuchungen von *Winter-Ebmer - Zimmermann (1998)* sowie *Brandel - Hofer - Pichelmann (1994)* mit etwas anderen methodologischen Ansätzen. *Winter-Ebmer - Zimmermann (1998)* benützen Branchendatensätze um die Auswirkungen der Zuwanderung

⁷⁾ Allerdings konzentriert sich diese Studie wie annähernd alle hier zitierten Arbeiten aufgrund von Datenproblemen auf die Auswirkungen in der Sachgüterproduktion. Dies ist für die Identifikation der Effekte von Zuwanderung auf Frauen von Nachteil, weil der Anteil der weiblichen Beschäftigten in diesem Sektor deutlich geringer ist als in den Dienstleistungen. Damit bleibt ein wesentlicher Teil des Arbeitsmarktes unberücksichtigt.

auf Beschäftigung und Löhne zu untersuchen. Sie finden keine signifikanten Auswirkungen auf den Lohnsatz, aber signifikante Einflüsse auf die Beschäftigung in einer Branche.

Auf Grundlage dieser Untersuchungen wurde daher zumindest in der akademischen Forschung erwartet, dass die verstärkte Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften aus den Neuen Mitgliedstaaten eher geringe Auswirkungen auf den gesamten österreichischen Arbeitsmarkt haben würde, dass es aber in einzelnen Teilbereichen (insbesondere bei den niedrig qualifizierten, immobilien und bei den bereits in Österreich wohnhaften ausländischen Arbeitskräften) durchaus zu einem erhöhten Konkurrenzdruck kommen könnte.

Diese Befunde werden auch durch eine neuere Studie von *Bock-Schappelwein et al. (2009)* weitgehend bestätigt. Diese Studie untersucht die Auswirkungen der Zuwanderung nach Österreich seit dem Jahr 2000 anhand eines allgemeinen Gleichgewichtsmodells und anhand von mikro-ökonomischen Schätzungen. Nach ihren Ergebnissen legte durch die Zuwanderung der 2000er Jahre die Beschäftigung im betrachteten Simulationszeitraum (15 Jahre) um über 3,5%, die Wertschöpfung um über 3% zu. Verglichen mit der Zuwanderung der neunziger Jahre zeigen sich die Konsequenzen der besseren Ausbildungsstruktur der ZuwanderInnen. Der Anstieg der Erwerbsbevölkerung beträgt in der Zuwanderungsperiode Anfang der 2000er Jahre nur rund 70% des Anstiegs zu Beginn der neunziger Jahre. Der Effekt auf das BIP liegt nach 15 Jahren aber bei über 85% (und die Beschäftigung bei 81%) des Effektes in den 1990er Jahren. Im Durchschnitt über alle ArbeitnehmerInnen steigen die Löhne gegenüber dem Basisszenario nach 15 Jahren um 0,4% schwächer. Der maximale Anstieg der Arbeitslosigkeit im betrachteten Zeitraum beträgt nach fünf Jahren 0,5 Prozentpunkte und ist nach 15 Jahren mit 0,1 Prozentpunkten fast gänzlich verschwunden.

Die Simulationen lassen somit den Schluss zu, dass Zuwanderung zwar in den ersten Jahren spürbare Effekte auf den Arbeitsmarkt hat, langfristig sind diese negativen Effekte auf Arbeitslosigkeit und Lohn allerdings gering, sodass hier vor allem der Anstieg der Wertschöpfung erwähnenswert ist. Überdies zeigen die Simulationen, dass sowohl aus kurz- bis mittelfristiger als auch aus langfristiger Perspektive eine besser qualifizierte Zuwanderung und eine über die Zeit gleichmäßig verteilte Zuwanderung bei qualifikationsadäquater Beschäftigung der MigrantInnen zu makroökonomisch besseren Ergebnissen führt als eine gering qualifizierte oder aber auch sehr sprunghafte Zuwanderung.⁸⁾

Neben den makroökonomischen Simulationen wurden in dieser Studie aber auch mikroökonomische Untersuchungen zu den Auswirkungen der Zuwanderung vorgenommen. Hierbei werden auch Verteilungsaspekte in Betracht gezogen. Diese deuten dabei auf nur wenige statistisch signifikante Auswirkungen der Zuwanderung der Jahre 1999 bis 2005 auf den österreichischen Arbeitsmarkt hin. Die Mehrheit der Ergebnisse der in dieser Studie vorgenomme-

⁸⁾ Diese Ergebnisse werden auch in einer Studie von *Biffi et al. (2010)* bestätigt, in der die Auswirkungen einer Anpassung des Zuwanderungsregimes in Richtung einer höher qualifizierten Zuwanderung abgeschätzt wird. Nach dieser Studie würde eine solche Umstellung der Zuwanderungspolitik über einen 15-Jahreszeitraum im Vergleich zu einem Szenario ohne Änderung der Zuwanderungspolitik zu einem um 0,5% höheren BIP, einer um 0,2 Prozentpunkte geringeren Arbeitslosigkeit und einer um 0,6% höheren Beschäftigung führen.

nen Schätzungen zeigt, dass in diesem Zeitraum Zuwanderung keinen statistisch signifikanten Einfluss auf die Lohnhöhe und die individuelle Beschäftigungswahrscheinlichkeit hatte. Die geschätzten Koeffizienten stehen allerdings im Einklang mit jenen in der Makrosimulation. Sie deuten darauf hin, dass eine Erhöhung des AusländerInnenanteils an der Beschäftigung um einen Prozentpunkt – was bei gegenwärtigem Beschäftigtenstand einer Zuwanderung von rund 35.000 Arbeitskräften entspricht – das Lohnwachstum über einen Dreijahreszeitraum um 0,3 (bei den Frauen) bis 0,4 (bei den Männern) Prozentpunkte verringern würde. Diese Elastizität entspricht genau jener aus den Makrosimulationen.

Diese Auswirkungen sind dabei vor allem bei über Branchen immobilen Arbeitskräften, die dem steigenden Konkurrenzdruck durch ausländische Arbeitskräfte nicht durch Branchenwechsel entgehen konnten, und Arbeitskräften in Branchen mit einem hohen MigrantInnenanteil zu beobachten.

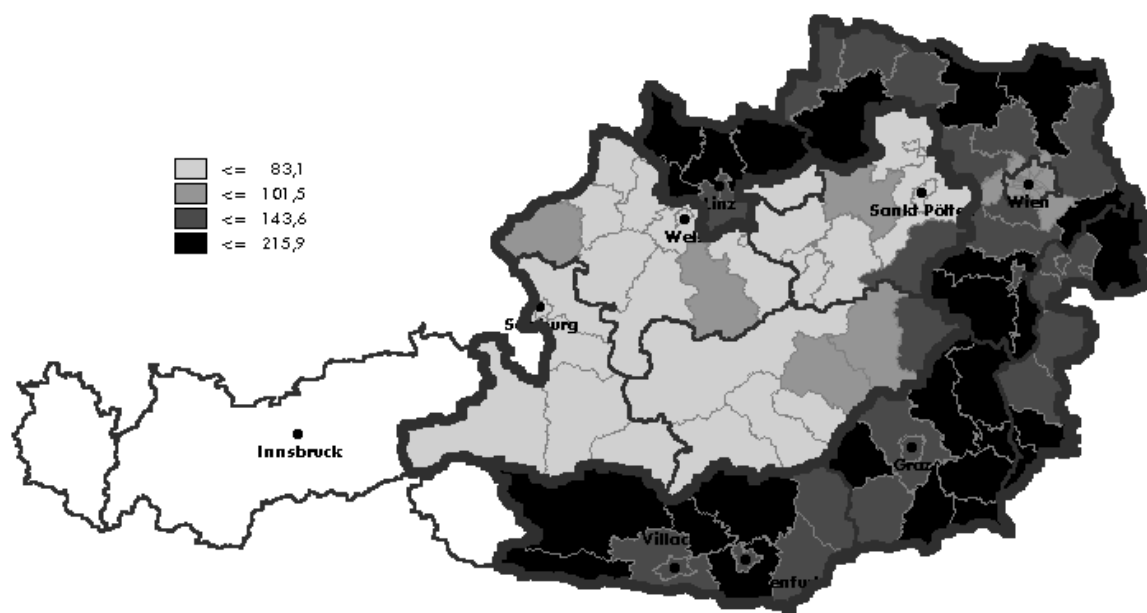
Moderat sind hingegen die mittelfristigen Auswirkungen (über 3 Jahre) auf die individuelle Beschäftigungswahrscheinlichkeit. Ein Anstieg des AusländerInnenanteils senkt die Beschäftigungswahrscheinlichkeit, nur bei den Frauen. Hier sinkt die individuelle Beschäftigungswahrscheinlichkeit bei einem Anstieg des AusländerInnenanteils um einen Prozentpunkt um 0,6 Prozentpunkte. Überdurchschnittlich hohe Effekte ergeben sich bei weiblichen Arbeitskräften mit einem hohen Lohn, Frauen in Branchen mit einem hohen AusländerInnenanteil und bei alteingesessenen AusländerInnen. Die in den Makrosimulationen festgestellten Effekte von Zuwanderung auf die Arbeitslosigkeit in den ersten Jahren nach der Zuwanderung dürften daher – aufgrund der in Österreich nach wie vor stabilen Beschäftigungsverhältnisse und auch der immer noch bestehenden Senioritätsregeln – weniger dadurch entstehen, dass ArbeitgeberInnen bei einer Zuwanderung bestehende inländische Arbeitskräfte kündigen, sondern weil in Phasen einer solchen Zuwanderung arbeitslose in- und ausländische Arbeitskräfte bei der Arbeitsplatzsuche verstärkt in Konkurrenz zueinander treten.

2.1.3 Regionale Unterschiede in der Betroffenheit

Neben migrationspolitischen Überlegungen standen in der österreichischen Erweiterungsdiskussion aber auch regionalpolitische Themen im Mittelpunkt. Der Grund hierfür war einerseits, dass alle Studien auch zeigten, dass die MigrantInnen aus den neuen EU-Mitgliedsländern (und noch stärker die PendlerInnen) räumlich stark auf die Ostregion (Niederösterreich, Burgenland und insbesondere Wien), die Südregion (Kärnten und Steiermark) konzentriert wären. Andererseits wurde diese starke Betonung regionalpolitischer Themen auch von Fragen hinsichtlich der Dienstleistungsfreiheit getrieben. Da auch hier die gesammelte Evidenz darauf hindeutete, dass österreichische Anbieter in weniger humankapitalintensiven Dienstleistungsbranchen, die gerade in den peripheren Grenzregionen Österreichs lokalisiert sind, einen Wettbewerbsnachteil gegenüber den Anbietern der neuen EU-Mitgliedsländer hatten, und überdies gerade im grenznahen Bereich auch niedrighschwellige Eintrittsformen in den Auslandsmarkt (etwa durch den Einkaufsverkehr und/oder grenzüberschreitende Leistungserbringung) den Wettbewerbsdruck erhöhen können, ergab sich eine regional recht differenzierte

Problemlage. Für die grenznahen urbanen Ballungsräume wurde erwartet, dass sie zwar – aufgrund der Wettbewerbsfähigkeit der dort angesiedelten Branchen – von den wachstumssteigernden Effekten der Erweiterung besonders profitieren, aber aufgrund der hohen Attraktivität für Zuwanderung auch mit einer Angebotsausweitung am Arbeitsmarkt rechnen müssten; für die eher ländlich-peripheren Grenzregionen wurde hingegen mit einer geringeren Zuwanderung aber stärkeren Wettbewerbseffekten gerechnet (Landesmann et al., 2001 und Mayerhofer - Palme, 2001a).

Abbildung 2.1: Index potentiell benachteiligter Branchen nach Regionen



Q: Mayerhofer - Palme (2001). – 100 ist der durchschnittliche Anteil potentiell benachteiligter Branchen in Österreich.

Insbesondere untersuchten Mayerhofer - Palme (2001, 2001a) anhand der Anteile der Beschäftigten in bevorzugten und benachteiligten Branchen die unterschiedliche sektorale Betroffenheit der Regionen^{?)} durch die EU-Erweiterung, wobei regional handelbare Dienstleistungen nur in Grenzregionen mit ihrem Vor- bzw. Nachteilstyp eingehen. Dabei zeigt sich, dass (siehe Abbildungen 2.1 und 2.2):

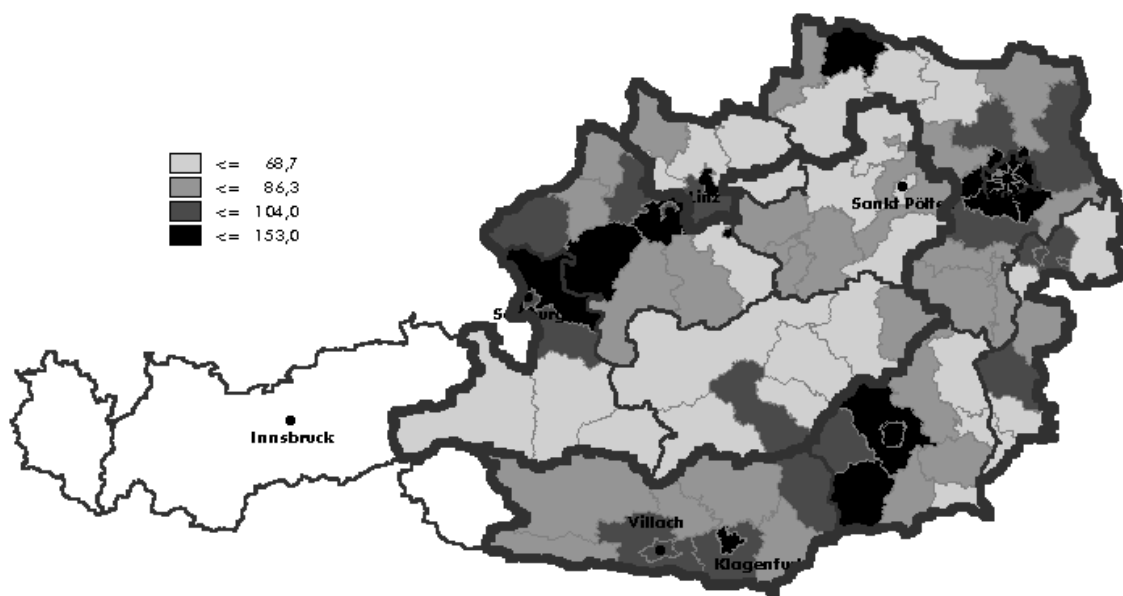
- Grenzregionen insgesamt einen höheren Besitz sowohl an benachteiligten als auch an bevorzugten Branchen aufweisen, wobei vor allem der Besitz an benachteiligten Bran-

^{?)} Abgesehen von der sektoralen Betroffenheit untersuchen Mayerhofer - Palme (2001a) auch die regionale Betroffenheit, indem sie die Ausstattung der Regionen mit verschiedenen Standortfaktoren betrachten. In dieser Untersuchung zeigt sich, dass gerade die ländlichen Regionen hinsichtlich sowohl traditioneller als auch moderner Standortfaktoren benachteiligt sind. Allerdings zeigten gerade diese ländlichen Regionen in den letzten eineinhalb Jahrzehnten auch das höchste Beschäftigungswachstum unter den österreichischen Bezirken. Die Ursache hierfür waren aber nicht die Globalisierungstendenzen, sondern vor allem Ausweitungen des Marktgebietes für regional handelbare Dienstleistungen, die auch eine Belieferung der städtischen Regionen ermöglichten. Die ländlichen Regionen profitierten vor allem dann, wenn sie in der Nähe großer Städte lagen.

chen in den Grenzregionen deutlich höher ist. Der Grund hierfür liegt im großen Besatz an Branchen der regional handelbaren Dienstleistungen in den Grenzregionen, unter denen auch ein großer Teil von benachteiligten Branchen besteht.

- unter den Grenzregionen ein deutlicher Unterschied hinsichtlich der Spezialisierung auf bevorzugte und benachteiligte Branchen besteht. In städtischen Grenzregionen ballen sich überproportional viele Vorteilsbranchen, während es gerade in den ländlichen Branchen zu einer Ballung von Nachteilsbranchen kommt.

Abbildung 2.2: Index potentiell bevorzugter Branchen nach Regionen



Q: Mayerhofer - Palme (2001). – 100 ist der durchschnittliche Anteil potentiell bevorzugter Branchen in Österreich.

2.2 Die Übergangsregeln im Bereich der Freizügigkeit der Arbeitskräfte und der Dienstleistungsfreiheit

Ex-ante-Evaluierungen zur EU-Erweiterung beurteilten daher die möglichen Auswirkungen der Zuwanderung aus den Neuen Mitgliedstaaten ebenso wie die regionalen Chancen und Gefahren durchaus differenziert. Im Beitrittsvertrag wurden allerdings hinsichtlich jener Bereiche, die in den ex-ante-Studien als wesentliche Regimeänderungen (Migration, Pendeln, Dienstleistungsfreiheit) nach dem Beitritt identifiziert wurden, Übergangsregelungen vereinbart. Laut Beitrittsvertrag übernahmen die neuen EU-Mitgliedstaaten alle Rechte und Pflichten aus der EU-Mitgliedschaft (den gesamten Acquis), sofern im Beitrittsvertrag keine Ausnahmen (Übergangsregelungen) vereinbart wurden. Von den vielen im Beitrittsvertrag formulierten Übergangsregelungen, die überdies für einzelne Staaten unterschiedlich waren, waren die Übergangsfristen im Bereich der Freizügigkeit der Arbeitskräfte und die damit eng verknüpften Übergangsfristen im Bereich der Dienstleistungsfreiheit für Österreich wohl die Wesentlichsten. Im Bereich der Freizügigkeit der Arbeitskräfte betrafen sie ausschließlich Artikel

39 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.¹⁰⁾ Für jene Länder, die diese Übergangsfristen anwendeten, bedeutete dies im Wesentlichen, dass Bürger der neuen EU-Mitgliedstaaten auch nach dem Beitritt eine Arbeiterlaubnis benötigten, die nach Maßgabe des nationalen Rechtes vergeben wurde. Der Zugang zum Arbeitsmarkt der alten EU-Mitgliedstaaten blieb daher auch nach dem Beitritt im eigenen Hoheitsbereich.¹¹⁾

Allerdings sagten die alten EU-Mitgliedstaaten im Rahmen einer "Erklärung zur Freizügigkeit der ArbeitnehmerInnen" zu, dass sie sich bemühen werden, den StaatsbürgerInnen der neuen EU-Mitgliedsländer "nach nationalem Recht verstärkt Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewähren, um die Angleichung an den Besitzstand zu beschleunigen". Außerdem durften einmal gewährte Rechte nicht wieder zurückgenommen werden. Dies bedeutete, dass sich im Geltungszeitraum der Übergangsregelungen der Zugang der Staatsbürger der neuen EU-Mitgliedstaaten zum Arbeitsmarkt nicht verschlechtern durfte. Außerdem mussten nach dem Beitrittsvertrag Staatsbürger der neuen EU-Mitgliedsländer eine Präferenz gegenüber anderen Staaten erhalten.

In Österreich wurden diese Bestimmungen durch das EU-Erweiterungsanpassungsgesetz umgesetzt. Dieses sah vor, dass StaatsbürgerInnen der Neuen Mitgliedstaaten nach dem Beitritt zur EU keinen Aufenthaltstitel nach Fremdenrecht mehr benötigten aber weiterhin vom Quotensystem des Ausländerbeschäftigungsgesetzes erfasst wurden (Nowotny, 2007). Dies bedeutet insofern eine (leichte) Bevorzugung der StaatsbürgerInnen der Neuen Mitgliedstaaten als sie eine Beschäftigungsbewilligung erhalten konnten, wenn die regionale Geschäftsstelle des AMS dies erlaubte. Überdies wurden die regionalen Geschäftsstellen angewiesen StaatsbürgerInnen aus den Neuen Mitgliedstaaten sofern möglich zu bevorzugen.

Außerdem wurde im Beitrittsvertrag auch normiert, dass (sofern nationale Bestimmungen nicht günstigere Regelungen beinhalten):

1. Staatsangehörige der neuen EU-Mitgliedsländer, die zum Zeitpunkt des Beitritts bereits mehr als 12 Monate ununterbrochenen Zugang zum Arbeitsmarkt hatten, einen sofortigen Zugang zum Arbeitsmarkt erhielten.

¹⁰⁾ Von den Übergangsregelungen nicht betroffen waren (mit einigen Ausnahmen für einzelne Länder) die Bestimmungen hinsichtlich der Anerkennung von Ausbildungen, dem Transfer von Leistungsansprüchen aus dem Sozialversicherungssystem und der Verbesserung grenzüberschreitender Arbeitsmarktvermittlung.

¹¹⁾ Auch der Umgehung der Freizügigkeit über die Freiheit des Dienstleistungsverkehrs, die vor allem bei Dienstleistungen in grenznahen Gebieten (also insbesondere in Österreich und Deutschland) möglich gewesen wären, wurde durch die Übergangsregelungen begegnet. Für Österreich und Deutschland wurden für einige der wichtigsten dieser Bereiche ebenfalls Übergangsbestimmungen ausgehandelt. In Österreich waren von diesen, neben dem besonders wichtigen Baugewerbe (NACE Gruppen 451 bis 454), auch einige kleinere Branchen (Erbringung von gärtnerischen Dienstleistungen (NACE 0141), Be- und Verarbeitung von Natursteinen (0267), Herstellung von Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen (2811), Schutzdienste (7460), Reinigung von Gebäuden (7470), Hauskrankenpflege (8514) und Sozialwesen (8532)) erfasst. Überdies konnte der möglichen Umgehung der Übergangsregelungen durch nationalstaatliche Regelungen begegnet werden. So ist zum Beispiel in Österreich das Ausländerbeschäftigungsgesetz, welches während der Übergangsfristen weiterhin auf die StaatsbürgerInnen der neuen EU-Mitgliedsländer anzuwenden war, auch auf selbständige Personen anzuwenden, deren Tätigkeiten mit denen unselbständig Beschäftigter übereinstimmen.

2. Familienangehörige von ArbeitnehmerInnen, die am Tag des Beitritts bereits mehr als 12 Monate einen rechtmäßigen Wohnsitz in einem EU-Mitgliedstaat hatten, nach dem Beitritt sofortigen Zugang zum Arbeitsmarkt bekamen.
3. ArbeitnehmerInnen, die während der Übergangsfristen mindestens 12 Monate ununterbrochenen Zugang zum Arbeitsmarkt erhielten, danach einen unmittelbaren Zugang zum Arbeitsmarkt hatten.
4. Familienangehörige von ArbeitnehmerInnen, die während des Zeitraums der Anwendung der Übergangsregelungen bereits mehr als 18 Monate einen rechtmäßigen Wohnsitz in einem EU-Mitgliedstaat hatten, und Familienangehörige von Arbeitnehmern, die mindestens für 12 Monate ununterbrochenen Zugang zum Arbeitsmarkt hatten, ab dem dritten Jahr nach dem Beitritt, Zugang zum Arbeitsmarkt hatten.

Da sich Österreich bereits frühzeitig für eine Anwendung der Übergangsfristen entschied und diese auch bis 2011 verlängerte, war die Diskussion nach dem Ende der Beitrittsverhandlungen vor allem durch die Frage geprägt, wie diese Übergangsfristen am besten zu implementieren sind und ob es im Laufe der Übergangsfristen aufgrund der Ausnahmen und der Umgehungsmöglichkeiten zu nennenswerten Wanderungsbewegungen kommen würde. Diesbezüglich schätzte zum Beispiel die Arbeiterkammer (*Beer et al., 2003*) – ausgehend vom Bestand der ausländischen Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedsländern – in Österreich das Potential von bereits anwesenden Familienangehörigen von ArbeitnehmerInnen, die mehr als 12 Monate in Österreich sind, auf rund 12.000 Personen. Überdies schätzte die Arbeiterkammer, dass in Österreich vor dem Beitritt etwa 35.000 Personen aus den neuen EU-Mitgliedsländern arbeiteten, die über ein Jahr lang einen ununterbrochenen Arbeitsmarktzugang hatten. Schließlich schätzte die Arbeiterkammer das Potential von ArbeitnehmerInnen, die bis ins Jahr 2006 aufgrund der oben unter den Punkten 2 bis 4 genannten Bestimmungen uneingeschränkten Zugang auf den Arbeitsmarkt erhalten könnten, ebenfalls auf etwa 35.000 ArbeitnehmerInnen.

2.2.1 Anwendung der Übergangsregeln im Zeitraum 2004 bis 2006

Im Europäischen Kontext war die Umsetzung der Übergangsfristen allerdings unterschiedlich. In der ersten Phase (in den Jahren 2004 bis 2006) liberalisierten nur drei der alten EU-Mitgliedstaaten (Irland, Schweden und das Vereinigte Königreich) den Zugang zu ihren Arbeitsmärkten (wobei das Vereinigte Königreich ein Meldesystem für Arbeitnehmer einführte¹²). Die übrigen alten EU-Mitgliedstaaten behielten ihr Arbeitserlaubnissystem bei, wenn auch mit einigen Änderungen und manchmal in Verbindung mit einem Quotensystem.

Allerdings wurden in einigen dieser Länder zusätzliche Zugangserleichterungen geschaffen. Zum Beispiel gewährte Dänemark ArbeitnehmerInnen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten ohne vorherige Prüfung der Lage auf dem Arbeitsmarkt eine Arbeitserlaubnis, wenn sie in

¹²) Nach diesem müssten sich ArbeitnehmerInnen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten innerhalb von 30 Tagen nach Aufnahme einer Beschäftigung beim Innenministerium anmelden.

einem Tarifvertrag unterliegenden Vollzeit-Beschäftigungsverhältnis arbeiteten und der Arbeitsvertrag den normalen Standards der Branche bzw. des Berufsstands entsprach. In den Niederlanden kam in den meisten Branchen ein herkömmliches Arbeitserlaubnissystem einschließlich Arbeitsmarktprüfung zur Anwendung, einige Branchen und Berufe waren davon aber zeitweise ausgenommen¹³⁾, und Italien behielt sein Arbeitserlaubnissystem bei, führte allerdings eine spezielle Zugangsquote für ArbeitnehmerInnen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten ein.

Belgien, Finnland, Griechenland, Luxemburg und Spanien hielten hingegen ebenso wie Österreich und Deutschland – die auch die Entsendung von ArbeitnehmerInnen beschränkten – an ihrem traditionellen Arbeitserlaubnissystem fest.

Überdies wandten auch drei neue EU-Mitgliedstaaten (Polen, Slowenien und Ungarn) den Grundsatz der Gegenseitigkeit bei ArbeitnehmerInnen aus den alten EU-Mitgliedstaaten an, die ihrerseits die Freizügigkeit einschränkten.¹⁴⁾

2.2.2 Anwendung der Übergangsregeln 2006-2009

Nach dem Ende der ersten Phase der Übergangsfristen wendeten sieben weitere alte EU-Mitgliedstaaten die Übergangsfristen am Arbeitsmarkt nicht mehr an. Bereits am 1. Mai 2006 öffneten Spanien, Finnland, Griechenland und Portugal ihre Grenzen für Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedstaaten und am 27. Juli 2006 folgte Italien. In den Niederlanden wurden die Beschränkungen ab dem 1. Mai 2007 aufgehoben und in Luxemburg ab dem 1. November 2007. Frankreich folgte am 1. Juli 2008. Das Vereinigte Königreich behielt sein obligatorisches Meldesystem bei und in Finnland musste die Beschäftigung nachträglich zu Überwachungszwecken registriert werden.

Überdies vereinfachten die meisten der alten EU-Mitgliedstaaten, die die Beschränkungen auch in der zweiten Phase der Übergangsregelungen (in den Jahren 2006 bis 2009) beibehielten, ihre Verfahren oder reduzierten die Beschränkungen in bestimmten Sektoren/Berufen (dies gilt insbesondere für Belgien, Frankreich, Dänemark und Deutschland). Deutschland und Österreich behielten allerdings auch ihre nationalen Maßnahmen in Bezug auf die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen bei.

Schließlich wendete Ungarn weiterhin Beschränkungen nach dem Gegenseitigkeitsprinzip an. Slowenien beendete die Anwendung des Gegenseitigkeitsprinzips am 25. Mai 2006 und Polen am 17. Januar 2007.

¹³⁾ In diesen Fällen konnte die Arbeitserlaubnis binnen zwei Wochen erteilt werden, ohne dass eine Arbeitsmarktprüfung erfolgte. Die Liste der Branchen und Berufe, für die diese Ausnahmeregelung galt, wurde alle drei Monate überprüft.

¹⁴⁾ Allerdings beantragte keiner der neuen EU-Mitgliedstaaten die Erlaubnis, für ArbeitnehmerInnen aus den anderen neuen EU-Mitgliedstaaten den Zugang zum Arbeitsmarkt zu beschränken.

2.2.3 Anwendung der Übergangsregeln ab 2009

Zu Anfang der dritten Phase der Übergangsfristen gegenüber den 10 Mitgliedstaaten, die im Mai 2004 der Europäischen Union beitraten, verblieben somit nur mehr 4 Länder (Belgien, Dänemark, Deutschland und Österreich) der EU 15-Länder, die die Übergangsfristen anwendeten. Von diesen beantragten nur Deutschland und Österreich eine Verlängerung bis 2011, wobei sowohl Deutschland als auch Österreich substantielle Erleichterung bei der Zuwanderung von höher qualifizierten Arbeitskräften aus den Neuen Mitgliedsländern ankündigten.

2.3 Migration aus den EU 10 während dem Geltungszeitraum der Übergangsregeln

2.3.1 Migration im Zeitraum 2004-2006

Die tatsächliche institutionelle Ausgestaltung des Beitritts der 10 Neuen Mitgliedstaaten der EU, die am 1. Mai 2004 der europäischen Kommission beitraten verlief daher sehr anders als von den Ex-ante-Evaluierungen zur EU-Erweiterung erwartet. Insbesondere die Beschränkungen der Freizügigkeit der Arbeitskräfte auf nur 3 Staaten der EU 15 führte zu einer – im Vergleich zu den Erwartungen der ex-ante Studien – recht unterschiedlichen Entwicklung der Migrationsströme aus den EU 10-Ländern¹⁵⁾. So schätzten zum Beispiel *Brücker - Damelang* (2009) (Übersicht 2.3), dass im Zeitraum 2003 bis 2005 rund 32,8% der Wanderungsbewegungen (oder rund 97.000 Personen) aus den EU 10 in die EU 15 nach Großbritannien gingen und *Barrell et al.* (2010) schätzen, dass in den Jahren 2004 bis 2006 rund 256.000 Personen aus den EU 10-Ländern nach Großbritannien und 62.000 nach Irland wanderten, während Österreich und Deutschland gemeinsam rund 6% der Zuwanderung der insgesamt rund 296.000 Migrantinnen aus den EU 10-Ländern erhielten¹⁶⁾. Während somit die Gesamtzahl der Zuwandernden aus den EU 10-Ländern, die vor der Erweiterung auf zwischen 200.000 bis 300.000 Personen prognostiziert wurde, einigermaßen mit den ex-ante Prognosen übereinstimmte, war die Länderstruktur der Zuwanderung deutlich anders. Vor der Erweiterung wurde erwartet, dass Österreich und Deutschland mehr als zwei Drittel der Zuwanderung aus diesen Ländern erhalten würden, und der Anteil Irlands und Großbritanniens vernachlässigbar sein würde.

Allerdings kam es auch in den anderen Ländern der EU 15 (allen außer Griechenland und Deutschland) und auch in den wenigen EU 10-Ländern und Nicht-EU-Ländern für die Informa-

¹⁵⁾ Abgesehen von den anderen institutionellen Rahmenbedingungen dürften hier aber auch andere Faktoren die Fehlprognose beeinflusst haben. Insbesondere hatten – von den ex-ante Studien weitgehend unbemerkt – die EU 10-Länder ihren Fremdsprachenunterricht in den 1990er in Richtung Englisch als erste lebende Fremdsprache umorientiert, sodass eines der wesentlichen Motive für die Wahl eines Ziellandes – die Sprachkenntnisse – unter der jungen wanderungswilligen Bevölkerung Anfang der 2000er stärker für England sprach als noch in den 1990er Jahren, die die Schätzperiode für viele ex-ante Prognosen darstellte.

¹⁶⁾ Insgesamt ist hier allerdings zu beachten, dass gerade die Schätzungen der Zuwanderung aus den EU 10-Ländern nach Großbritannien und Irland, aufgrund der schlechten Erhebung der ausländischen Bevölkerung in diesen Ländern, erheblichen Unsicherheiten unterlag und es in der BRD 2004 zu einer Revision der Zuwanderungsstatistik kam. Andere Quellen gehen von einer Zuwanderung von bis zu 560.000 Personen nach Großbritannien (*Lemos - Portes*, 2008) und 120.000 nach Irland (*Barrett*, 2008) aus. Diese sehr hohen Zahlen basieren dabei auf den in diesen Ländern bestehenden Meldesystemen, die allerdings zu einer Überschätzung der tatsächlichen Zuwanderung neigen.

tionen zur Verfügung stehen, zu einem Anstieg der Zuwanderung aus den EU 15-Ländern. Insbesondere in Spanien und Italien aber auch in Österreich stieg hier die aus den EU 10 stammende Bevölkerung in den Jahren 2004 und 2005 deutlich (um mehr als 20.000 Personen) an, und in Prozent der Bevölkerung stieg der Anteil der aus den EU 10-Ländern stammenden Bevölkerung laut *Brücker - Damelang* (2009) im Zeitraum 2003 bis 2005 in Österreich und Luxemburg aber auch in Island stärker an als in Großbritannien, während er sich in allen anderen EU 15-Ländern (allen außer Großbritannien, Irland, Österreich und Luxemburg) um weniger als 0,1% der Bevölkerung zunahm. Interessanterweise gehörte dabei Schweden, welches ebenfalls keine Übergangsfristen anwandte, zu den Ländern mit einem unterdurchschnittlichen Anstieg der Zuwanderung aus den EU 10-Ländern. Der Anteil der aus den EU 10 stammenden Bevölkerung stieg in Schweden nur um 0,06 Prozentpunkte an, was einer Nettozuwanderung von nur etwa 6.000 Personen entspricht.¹⁷⁾

2.3.2 Migration im Zeitraum 2006-2009

Insgesamt ist es somit in der ersten Phase der Übergangsfristen unter den Ländern, die keine Übergangsfristen anwandten vor allem in Großbritannien und Irland zu einem deutlichen Anstieg der Zuwanderung gekommen. Gleichzeitig kam es aber auch in einigen kleineren EU 15-Ländern (Österreich und Luxemburg), die die Übergangsfristen anwendeten, und auch einigen Ländern außerhalb der EU (z.B. Island) zu einem in Prozent der Bevölkerung gemessenen hohen Anstieg der Zuwanderung. Die Migrationsbewegungen zwischen den EU 10 und den EU 15-Ländern im Zeitraum nach dem Beitritt wurden damit nicht ausschließlich von der Gewährung der Freizügigkeit, sondern von einer Reihe von institutionellen, geographischen, kulturellen und wirtschaftlichen Faktoren (von denen die Freizügigkeit nur ein wichtiger Faktor war) bestimmt.

Trotz dieses Befundes herrschte im Jahr 2006 unter vielen Staaten der EU 15 aufgrund der unerwartet starken Zunahme der Zuwanderung aus den EU 10 nach Großbritannien und Irland, Besorgnis, dass die Migrationswilligkeit der BürgerInnen der EU 10-Länder in den bestehenden Studien unterschätzt wurde. Betrachtet man die Schätzungen von Wanderungen aus den EU 10 in die EU 15-Länder im Zeitraum 2005 bis 2007 zeigt sich, dass in den Ländern, die die Übergangsfristen noch im Jahr 2006 beendeten (Spanien, Portugal, Griechenland, Finnland und Italien) durchwegs ein unterdurchschnittlicher Zuwachs der Zuwanderung aus den EU 10 registriert wurde. Während der Anteil der aus den EU 10-Ländern stammenden Bevölkerung in den EU 15-Ländern in diesem Zeitraum um 0,18 Prozentpunkte anstieg, lag dieser Zuwachs in Spanien bei 0,11 Prozentpunkten, in Griechenland, Finnland und Italien hingegen sogar nur zwischen 0,00 Prozentpunkten und 0,07 Prozentpunkten. Eine deutlich überdurchschnittliche Zuwanderung verzeichneten hingegen weiterhin Irland (+2,14 Prozentpunkte) und Groß-

¹⁷⁾ In der Literatur wird diese trotz Freizügigkeit nur geringe Migration nach Schweden zum einen durch sprachliche Barrieren zum anderen aber auch durch institutionelle Besonderheiten der gewerkschaftlichen Mitbestimmung in Schweden begründet (*Brenke, 2011*).

britannien (+0,41 Prozentpunkte) und auch in Luxemburg (+0,30 Prozentpunkte) kam es weiterhin zu stärkerer Zuwanderung (Übersicht 2.3).

Übersicht 2.3: Veränderung der wohnhaften ausländischen Staatsangehörigen aus den Mittel- und Osteuropäischen Beitrittsländern

	2001	2003	2005	2007	2001-2003	2003-2005	2005-2007
	Anteil in % der Bevölkerung				Veränderung in Prozentpunkten		
Österreich	0,68	0,74	0,94	1,08	+0,06	+0,20	+0,14
Belgien	0,12	0,16	0,24	0,40	+0,04	+0,08	+0,16
Dänemark	0,18	0,18	0,26	0,41	+0,00	+0,08	+0,15
Finnland	0,27	0,30	0,35	0,45	+0,03	+0,05	+0,10
Frankreich	0,07	0,05	0,06	0,06	-0,02	+0,01	+0,00
Deutschland	0,55	0,58	0,58	0,67	+0,03	+0,00	+0,09
Griechenland	0,12	0,15	0,18	0,18	+0,03	+0,03	+0,00
Irland	.	.	2,26	4,09	.	.	+1,83
Italien	0,07	0,09	0,13	0,20	+0,02	+0,04	+0,07
Luxemburg	.	0,35	0,76	1,06	.	+0,41	+0,30
Niederlande	0,07	0,08	0,14	0,22	+0,01	+0,06	+0,08
Spanien	0,07	0,11	0,18	0,29	+0,04	+0,07	+0,11
Schweden	0,26	0,24	0,30	0,46	-0,02	+0,06	+0,16
Großbritannien	0,18	0,21	0,36	1,00	+0,03	+0,15	+0,64
EU 15	0,21	0,24	0,32	0,50	+0,03	+0,08	+0,18
Island	0,78	0,88	1,43	3,47	+0,10	+0,55	+2,04
Norwegen	0,08	0,11	0,16	0,43	+0,03	+0,05	+0,27
Schweiz	0,26	0,28	0,30	0,39	+0,02	+0,02	+0,09
EEA 2 und CH	0,20	0,23	0,27	0,48	+0,03	+0,04	+0,21
Tschechien	0,69	0,80	0,67	0,87	+0,11	-0,13	+0,20
Ungarn	0,05	0,05	0,06	0,09	+0,00	+0,01	+0,03
Lettland	.	0,13	0,16	0,20	.	+0,03	+0,04
Litauen	.	.	0,03	0,03	.	.	+0,00
Slowakei	.	0,17	0,17	0,25	.	+0,00	+0,08
Slowenien	.	0,02	0,03	0,04	.	+0,01	+0,01
NMS 8	0,10	0,14	0,12	0,16	+0,04	-0,02	+0,04

Q: Baas, Brücker - Damelang (2009), WIFO- Berechnungen. – * Deutschland-Zahlen vor und nach 2004 sind aufgrund einer Revision der Statistik nicht vergleichbar. – Dunkel markierte Felder: Jahre, in denen die Arbeitskräftewanderung keinen Beschränkungen unterlag.

Insgesamt waren damit die Verschiebungen in der Verteilung der Zuwanderung aus den EU 10-Ländern über die EU 15-Länder vor und nach den Liberalisierungen des Jahres 2006 deutlich schwächer ausgeprägt als jene nach dem EU-Beitritt 2004. Insbesondere waren fast alle Länder (mit Ausnahme Österreichs), die auch bereits in den Jahren 2004 bis 2006 überdurchschnittliche Zuwanderung verzeichneten auch in den Jahren 2006 bis 2008 durch eine stärkere Zuwanderung geprägt.

Dieser Befund wird auch durch die verlässlicheren offiziellen Eurostat-Daten über die Zahl der aus den EU 10-Ländern stammenden Erwerbspersonen in den Ländern der EU 27 bestätigt¹⁸⁾. Auch diese Daten, die allerdings erst ab dem Jahr 2005 zur Verfügung stehen, zeigen im Zeitraum 2005 bis 2007 in jenen Ländern, die den Arbeitsmarktzugang 2006 liberalisierten, einen schwächeren Anstieg des Anteils der aus den EU 10 stammenden Erwerbspersonen als im Durchschnitt der EU 15, wobei dieser Anteil in Griechenland nach der Einführung der Freizügigkeit sogar zurückging.

Übersicht 2.4: Anteil der aus den EU 10-Ländern stammenden Erwerbspersonen 2005-2010
In %

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Belgien	0,20	0,20	0,33	0,43	0,48	0,65
Dänemark	0,10	0,15	0,20	0,21	0,35	0,41
Deutschland	0,58	0,62	0,69	0,74	0,81	0,80
Irland		5,27	7,06	7,28	5,96	5,62
Griechenland	0,32	0,31	0,28	0,34	0,33	0,24
Spanien	0,22	0,17	0,22	0,27	0,25	0,25
Frankreich	0,07	0,06	0,06	0,06	0,08	0,12
Italien	0,12	0,20	0,19	0,24	0,27	0,34
Luxemburg	0,31	1,08	1,23	1,28	1,15	1,22
Niederlande	0,09	0,11	0,14	0,15	0,18	0,22
Österreich		1,24	1,34	1,38	1,24	1,33
Portugal	0,01	0,01	0,03	0,02	0,02	0,03
Finnland	0,25	0,30	0,35	0,34	0,39	0,48
Schweden	0,26	0,21	0,24	0,34	0,42	0,43
Großbritannien	0,56	1,00	1,50	1,74	1,75	1,99
EU 15	0,33	0,48	0,61	0,69	0,70	0,75
EU 10	0,09	0,09	0,12	0,13	0,15	0,15
Tschechien	0,34	0,36	0,48	0,50	0,64	0,62
Zypern	0,26	0,31	0,37	0,63	0,68	1,04
Ungarn	0,05	0,08	0,09	0,10	0,10	0,08
Polen	0,00	0,00	0,01	0,01	0,00	0,00

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Dunkel markierte Felder: Jahre, in denen die Arbeitskräftewanderung keinen Beschränkungen unterlag.

¹⁸⁾ Diese Daten sind vor allem deswegen zu bevorzugen, weil sie durchgängig aus derselben Quelle (der Arbeitskräfteerhebung) stammen und somit ein Mindestmaß an Vergleichbarkeit sicherstellen, und weil sie sich auf den Arbeitsmarktzugang beziehen, der ja als einziger den Übergangsfristen unterlag.

Ähnlich ist auch das Bild bei den Ländern, die die Freizügigkeit im Jahr 2007 einführten (Niederlande und Luxemburg). In den Niederlanden, die auch in der Periode vor der Einführung der Freizügigkeit zu den Ländern mit einer nur geringen Zuwanderung aus den EU 10-Ländern gehörten, blieb dies auch in den Jahren 2007 und 2008 so. In den beiden Jahren nach der Einführung der Freizügigkeit stieg der Anteil der aus den EU 10 stammenden Erwerbspersonen um 0,04 Prozentpunkte, gegenüber einem durchschnittlichen Anstieg von 0,08 Prozentpunkten in allen EU-Ländern. In Luxemburg, welches auch in den Jahren vor der Einführung der Freizügigkeit zu den Ländern mit einem überdurchschnittlichen Zuwachs der aus den EU 10-Ländern stammenden Erwerbspersonen gehörte, setzte sich diese Tendenz ebenfalls fort. Der Anteil der aus den EU 10-Ländern stammenden Erwerbspersonen stieg hier in den beiden Jahren nach der Einführung der Freizügigkeit um 0,2 Prozentpunkte, wobei sich der Zuwachs gegenüber den beiden Vorjahren aber deutlich verlangsamte. Schlussendlich setzten sich auch in Frankreich, welches den Arbeitsmarktzugang 2008 liberalisierte, die bereits vorher bestehenden Trends fort. Mit einem Anstieg des Anteils der aus den EU 10-Ländern stammenden Erwerbspersonen um 0,02 Prozentpunkte setzte sich auch der bereits über die gesamten Übergangsfristen bestehende Trend zu einer nur geringen Zuwanderung aus den EU 10 fort.

Insgesamt zeigt damit die Entwicklung der Zuwanderung aus den EU 10-Ländern in die EU 15-Länder in der zweiten Phase der Übergangsfristen, dass die Liberalisierung des Arbeitskräftezugangs in allen Ländern – im Gegensatz zu den Liberalisierungen in der ersten Phase, die zu einem deutlichen Anstieg der Migration nach Großbritannien und Irland führte – nur mehr geringe Impulse bei der Zuwanderung auslöste. Allerdings setzte sich die erhebliche Zuwanderung aus den EU 10-Ländern nach Großbritannien und auch nach Irland weiter fort. In Irland stieg der Anteil der aus den EU 10-Ländern stammenden Erwerbspersonen bis 2008 auf 7,28% (+2,01 Prozentpunkte gegenüber 2006) und in Großbritannien kam zu einem Anstieg um 0,74 Prozentpunkte (auf 1,74%). Von einer Rücklenkung der Migrationsströme nach Irland und Großbritannien, nachdem andere näher gelegene Länder ihren Arbeitsmarktzugang liberalisiert hatten, war daher zumindest bis 2008 nur wenig zu bemerken.

2.3.3 Migration im Zeitraum ab 2009

Zu Anfang der dritten Phase der Übergangsfristen prognostizierten *Brücker et al.* (2009) abermals das noch bestehende Migrationspotential aus den Neuen Mitgliedstaaten der EU. Dabei wurden zwei Szenarien berechnet: Im ersten wurde davon ausgegangen, dass die institutionellen Regelungen des Jahres 2008 beibehalten werden, während im zweiten eine sofortige Einführung der vollständigen Freizügigkeit (im Jahr 2008) in allen Ländern der EU 15 unterstellt wurde. Wie aus Übersicht 2.5 ersichtlich ging diese Studie davon aus, dass auch weiterhin Migrationspotentiale aus den EU 10-Ländern bestanden. Im ersten Szenario, also bei Fortführen der institutionellen Regelungen des Jahres 2008, könnten am Anfang der Prognoseperiode (2008) rund 237.000 Personen aus den Mittel- und Osteuropäischen Ländern der EU 10 in die gesamte EU zuwandern. Diese Zahl geht dann in den Folgeperioden zurück und würde 2020 bei rund 78.000 Personen liegen. Im zweiten Szenario, also bei vollständiger Freizügigkeit,

läge die Zuwanderung aus den NMS 8 in die gesamte EU hingegen im ersten Jahr bei 280.000 Personen und am Ende der Periode bei rund 119.000 Personen. Über den gesamten Prognosezeitraum kämen in diesem zweiten Szenario somit um 500.000 mehr MigrantInnen in die EU 15 als im ersten Szenario¹⁹⁾.

Übersicht 2.5: Prognosen des Zuwachses der Bevölkerung aus Tschechien, Ungarn und der Slowakei in den EU 15-Ländern 2008-2020

	Tschechien	Ungarn	Slowakei	CENTROPE	NMS 8
<i>Unter derzeitigen Bedingungen</i>					
2007	+26.824	+12.846	+11.392	+51.062	+311.498
2008	+13.084	+16.607	+25.671	+55.362	+237.289
2009	+11.729	+14.959	+24.050	+50.738	+219.935
2010	+10.446	+13.397	+22.506	+46.349	+203.433
2011	+ 9.230	+11.917	+21.035	+42.182	+187.747
2012	+ 8.079	+10.515	+19.635	+38.229	+172.841
2013	+ 6.990	+ 9.188	+18.302	+34.480	+158.681
2014	+ 5.960	+ 7.932	+17.034	+30.926	+145.233
2015	+ 4.985	+ 6.744	+15.827	+27.556	+132.466
2016	+ 4.065	+ 5.621	+14.679	+24.365	+120.350
2017	+ 3.196	+ 4.560	+13.587	+21.343	+108.857
2018	+ 2.376	+ 3.559	+12.549	+18.484	+ 97.957
2019	+ 1.603	+ 2.614	+11.563	+15.780	+ 87.626
2020	+ 874	+ 1.723	+10.626	+13.223	+ 77.837
<i>Bei Freizügigkeit ab 2008</i>					
2007	+26.824	+12.846	+11.392	+51.062	+311.498
2008	+29.495	+34.210	+22.369	+86.074	+280.060
2009	+27.669	+32.077	+21.015	+80.761	+262.768
2010	+25.930	+30.455	+19.725	+76.110	+516.701
2011	+24.272	+28.110	+18.495	+70.877	+230.595
2012	+22.694	+26.267	+17.324	+66.285	+215.645
2013	+21.191	+24.513	+16.208	+61.912	+201.408
2014	+19.761	+22.843	+15.146	+57.750	+187.855
2015	+18.399	+21.253	+14.134	+53.786	+174.956
2016	+17.103	+19.741	+13.171	+50.015	+162.681
2017	+15.871	+18.303	+12.254	+46.428	+151.004
2018	+14.699	+16.935	+11.382	+43.016	+139.898
2019	+13.584	+15.635	+10.553	+39.772	+129.339
2020	+12.526	+14.399	+ 9.765	+36.690	+119.304

Q: Brücker – Damelang – Wolf (2009). – NMS 8 = Neue EU-Mitgliedstaaten = Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn.

¹⁹⁾ Allerdings liegen die 95% Konfidenzintervalle für diese Schätzungen, laut Brücker – Damelang – Wolf (2009) bei +/- einem Drittel. Dies bedeutet dass möglicherweise auch bis zu einem Drittel weniger oder mehr MigrantInnen erwartet werden könnten.

Die tatsächliche Entwicklung der Migration aus den EU 10-Ländern der Jahre 2009 und 2010 war allerdings von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise 2009 beeinflusst. Diese führte dazu, dass die Zahl der aus den EU 10-Ländern stammenden Erwerbspersonen in den von der Krise stark betroffenen Ländern (Irland, Griechenland, Spanien), aber nach Daten der Arbeitskräfteerhebung auch in Österreich²⁰⁾, zurückgingen. In Irland sank dabei der Anteil der aus den EU 10 stammenden Erwerbspersonen um über 1,3 Prozentpunkte, während die Rückgänge in den anderen drei Ländern mit bis zu maximal -0,14 Prozentpunkten (in Österreich) deutlich geringer waren.²¹⁾ In Großbritannien stieg hingegen der Anteil der ZuwanderInnen nur 2009 schwächer als im EU-Durchschnitt, wobei die absolute Zahl der aus diesen Ländern stammenden Erwerbspersonen leicht (um etwas mehr als 5.000 Personen) zurückging. 2010 stieg dieser Anteil allerdings schon wieder überdurchschnittlich und auch die absolute Zahl der ZuwanderInnen wuchs mit einer vergleichbaren Dynamik wie schon in den Vorkrisenjahren.

Auch in allen anderen EU 15-Ländern stieg der Anteil der aus den EU 10 stammenden Erwerbspersonen weiter an, sodass der Anteil am Ende der Periode (2010) im Durchschnitt der EU 15-Länder um 0,06 Prozentpunkte höher lag als noch 2008. In den beiden Ländern, in denen der Arbeitsmarktzugang 2009 liberalisiert wurde (Belgien und Dänemark) kam es hier durchwegs zu überdurchschnittlichen Zuwächsen. Allerdings entsprach auch hier der Zuwachs von 0,22 Prozentpunkten in Belgien in etwa dem Zuwachs in den beiden Vorjahren, während er in Dänemark (mit +0,20 Prozentpunkten) nur leicht höher war als in den beiden Vorjahren.

2.4 Die Migration aus den EU 2-Ländern seit der Erweiterung 2007

Neben den Übergangsfristen gegenüber den neuen EU-Mitgliedstaaten, die am 1. Mai 2004 beitraten, galten (und gelten derzeit auch noch immer) die Übergangsbestimmungen gegenüber Bulgarien und Rumänien, die der EU am 1. Jänner 2007 beitraten. Hier haben in der ersten Phase (die vom 1. Jänner 2007 bis 1. Jänner 2009 lief) nur zehn der 25 EU-Staaten (Tschechische Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, Slowakei, Finnland und Schweden) den Arbeitskräftezugang liberalisiert. In Finnland, Zypern und Slowenien musste dabei die Beschäftigung nachträglich zu Überwachungszwecken registriert werden. Die übrigen EU 25-Staaten haben ihre Arbeitserlaubnissysteme beibehalten, wenn auch in manchen Fällen mit einigen Änderungen und vereinfachten Verfahren (die zumeist analog zu den Bestimmungen der ersten Phase gegenüber den EU 10-Ländern geregelt wurden). Am Beginn der zweiten Phase der Übergangsfristen (1. Jänner 2009) gegenüber diesen Ländern

²⁰⁾ Damit unterscheiden sich die Daten der Arbeitskräfteerhebung für Österreich von jenen der Wanderungs- und Beschäftigungsstatistik, nach denen die Zahl der ZuwanderInnen aus den EU 10-Ländern auch 2009 noch anstiegen. Der Grund hierfür dürfte eine Umstellung im österreichischen Mikrozensus im Jahr 2008 liegen.

²¹⁾ Insbesondere aus Polen und den baltischen Ländern stammende MigrantInnen wanderten dabei aus Irland zurück. *Hazans - Philips* (2011) zeigen, dass es sich bei diesen RückwanderInnen in die baltischen Staaten zumeist um eine überdurchschnittlich gut qualifizierte Gruppe handelt.

öffneten Spanien, Griechenland, Ungarn und Portugal ihre Arbeitsmärkte und Dänemark folgte am 1. Mai 2009. 10 EU-Länder wenden hier die Übergangsfristen hingegen weiterhin an, wobei die zweite Phase der Übergangsfristen gegenüber diesen Ländern am 1. Jänner 2012 endet, und die vollständige Liberalisierung der Zuwanderung aus diesen Ländern spätestens am 1. Jänner 2013 erfolgen muss.²²⁾

Übersicht 2.6: Anteil der aus den EU 2-Ländern stammenden Bevölkerung 2005-2010

In %

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Belgien	0,1	0,1	0,2	0,2	0,3	0,4
Tschechische Republik	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Dänemark	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
Deutschland	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2
Irland	-	0,3	0,4	0,5	0,4	0,4
Griechenland	0,4	0,5	0,5	0,6	0,8	0,8
Spanien	1,1	1,4	1,6	1,9	1,9	1,8
Frankreich	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
Italien	0,4	0,6	0,7	1,0	1,3	1,6
Zypern	0,7	0,7	1,1	1,8	2,5	3,9
Luxemburg	0,1	0,1	0,1	0,2	0,3	0,4
Ungarn	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Malta	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Niederlande	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Österreich	0,4	0,3	0,3	0,4	0,6	0,6
Polen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Portugal	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Slowakei	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finnland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Schweden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
Vereinigtes Königreich	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2
EU 25-Länder*	0,2	0,3	0,3	0,4	0,4	0,5
Island	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Norwegen	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,2
Schweiz	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Dunkel markierte Felder: Jahre, in denen die Arbeitskräftewanderung keinen Beschränkungen unterlag. – *) Exklusive EU 25-Länder für die keine Informationen vorliegen (2005 ohne Irland).

²²⁾ Die meisten anderen Bestimmungen des Beitrittsvertrages hinsichtlich Ausnahmen und Erleichterungen bei der Zuwanderung in die EU 15-Länder wurden dabei äquivalent zum Beitrittsvertrag 2004 festgelegt.

Übersicht 2.7: Anteil der aus den EU 2-Ländern stammenden Erwerbspersonen 2005-2010

In %

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Belgien	0,10	0,12	0,18	0,21	0,32	0,47
Tschechische Republik	0,01	0,01	0,02	0,03	0,06	0,02
Dänemark	0,06	0,06	0,04	0,06	0,06	0,14
Deutschland	0,14	0,17	0,18	0,19	0,20	0,21
Irland	-	0,27	0,44	0,55	0,43	0,39
Griechenland	0,70	0,73	0,79	0,86	1,16	1,18
Spanien	1,72	2,15	2,47	2,83	2,91	2,77
Frankreich	0,02	0,04	0,07	0,11	0,09	0,14
Italien	0,70	0,91	1,05	1,56	2,13	2,49
Zypern	1,03	1,10	1,58	2,77	3,78	5,68
Luxemburg	0,10	0,15	0,24	0,28	0,39	0,48
Ungarn	0,34	0,32	0,33	0,43	0,49	0,34
Niederlande	0,02	0,03	0,03	0,04	0,05	0,10
Österreich	0,44	0,32	0,31	0,39	0,60	0,59
Polen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Portugal	0,17	0,22	0,23	0,24	0,20	0,28
Slowakei		0,01	0,00	0,01	0,00	0,00
Finnland	0,03	0,02	0,01	0,03	0,02	0,03
Schweden	0,03	0,03	0,02	0,03	0,05	0,08
Vereinigtes Königreich	0,07	0,09	0,09	0,14	0,20	0,25
EU 25-Länder*	0,3	0,4	0,4	0,6	0,6	0,7
Island	0,00	0,12	0,06	0,11	0,11	0,11
Norwegen	0,04	0,03	0,04	0,06	0,09	0,17
Schweiz	0,11	0,11	0,11	0,10	0,10	0,12

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Dunkel markierte Felder: Jahre, in denen die Arbeitskräftewanderung keinen Beschränkungen unterlag. * Exklusive EU 27 für die keine Informationen vorliegen (2005 ohne Irland).

Betrachtet man dabei die Entwicklung der Bevölkerungsanteile und der Anteile an der Zahl der Erwerbspersonen der aus den EU 2-Ländern stammenden Personen in den EU 25-Ländern (Übersichten 2.6 und 2.7), zeigt sich, dass der durchschnittliche Anteil der aus den EU 2-Ländern stammenden Personen und Erwerbstätigen unter jenen EU 25-Ländern für die Informationen vorliegen – trotz der deutlich geringeren Bevölkerungsgröße dieser Länder²³⁾ – mit 0,7% der Erwerbspersonen und 0,5% der Bevölkerung – kaum geringer war als die Zahl der aus den EU 10-Ländern stammenden MigrantInnen in den EU 15-Ländern. Die Bevölkerung der EU 2-Länder ist daher deutlich mobiler als jene aus den EU 10-Ländern.

Allerdings unterscheidet sich auch die Verteilung dieser MigrantInnen über die EU 25-Länder deutlich anders als jene der MigrantInnen aus den EU 10-Ländern. Der Großteil der aus den

²³⁾ Die Bevölkerung der EU 2-Länder betrug im Jahr 2010 laut Eurostat-Daten rund 29 Millionen Einwohner, in den EU 10-Ländern lebten 73 Millionen Einwohner.

EU 2-Ländern stammenden EinwohnerInnen in den EU 25-Ländern lebt (mit 39,3% aller aus den EU 2-Ländern stammenden EinwohnerInnen) in Italien und Spanien (mit 34,9%). Erst mit einigem Abstand folgen Deutschland (5,5%) und Großbritannien (4,5%) und in Prozent der EinwohnerInnen erhält auch Zypern einen hohen Anteil dieser MigrantInnen. In Österreich leben nur rund 1,7% der in den EU 25 lebenden Personen aus den EU 2-Ländern.

Allerdings war auch hier die Wanderung aus den EU 2-Ländern in die EU 25 seit dem Beitritt dieser Länder stark von historischen Erfahrungen geprägt. Die Anstiege der Zuwanderung nach der Gewährung der Arbeitskräftefreizügigkeit waren überdies in jenen Ländern, die diese einführten, zumeist eher gering. Unter den Ländern, die die Freizügigkeit der Arbeitskräfte bereits am 1. Jänner 2007 einführten stieg der Anteil der aus den EU 2-Ländern stammenden Erwerbspersonen im Jahr nach der Erweiterung zumeist nur um weniger als 0,1 Prozentpunkte und in Finnland und Schweden wurde sogar ein leichter Rückgang im Anteil der aus den EU 2-Ländern stammenden Personen im Jahr nach der Liberalisierung verzeichnet.

Die einzige Ausnahme hierzu ist Zypern, in dem der Anteil der aus den EU 2-Ländern stammenden Erwerbspersonen im Jahr nach der Einführung der Freizügigkeit der Arbeitskräfte um 0,5 Prozentpunkte anstieg. Auch in den Folgejahren war dabei die Zuwanderung aus den EU 2-Ländern nach Zypern hoch, sodass am Ende der Beobachtungsperiode (im Jahr 2010) 5,7% der in Zypern wohnhaften Erwerbspersonen eine Staatsbürgerschaft der EU 2-Länder hatte.

Ähnlich stieg auch in den meisten Ländern, die ihren Arbeitsmarkt gegenüber den EU 2-Ländern im Jahr 2009 liberalisierten, der Anteil der aus den EU 2-Ländern stammenden Erwerbspersonen nur geringfügig (um weniger als 0,1 Prozentpunkte) an. Die Ausnahme unter diesen Ländern ist dabei Griechenland, wo es im Jahr nach der Liberalisierung trotz Wirtschaftskrise zu einem Anstieg des aus den EU 2-Ländern stammenden Anteils der Erwerbspersonen um 0,3 Prozentpunkte kam.

Ebenso wie bei der Zuwanderung aus den EU 10-Ländern war dabei die Höhe der Zuwanderung aus den EU 2-Ländern in den Ländern, die die Freizügigkeit gewährten, nicht durchwegs höher als in den Ländern, die diese nicht einführten. Auch in allen EU 25-Ländern in denen die Freizügigkeit der Arbeitskräfte aus den EU 2-Ländern galt (mit Ausnahme Irlands), stieg der Anteil der aus den EU 2-Ländern stammenden ZuwanderInnen im Zeitraum seit der Erweiterung an. Dieser Anstieg lag dabei zumeist bei zwischen 0,1 bis 0,3 Prozentpunkten. Die Ausnahme ist hier Italien, da in diesem Land – trotz weiterhin bestehender Mobilitätsbeschränkungen – der Anstieg der aus den EU 2-Ländern stammenden Erwerbspersonen seit 2007 rund 1,4 Prozentpunkte beträgt, was hinter Zypern der zweithöchste Anstieg unter allen EU 25-Ländern ist. Somit war auch das Ausmaß der Zuwanderung aus den EU 2-Ländern seit der Erweiterung 2007 stark von anderen Faktoren als der Gewährung der Freizügigkeit mitbestimmt.

Zusammenfassend lässt sich damit sagen, dass sich über den gesamten Zeitraum nach der EU-Erweiterung 2004 der Anteil der aus den EU 10 stammenden ZuwanderInnen in annähernd allen EU 15-Ländern kontinuierlich erhöhte, sodass zuletzt im Jahr in etwa 0,5% der Erwerbspersonen aller EU 15-Länder aus den EU 10-Ländern stammten, dass es aber gleichzeitig in die-

sem Zeitraum, abgesehen von der eindeutigen und, zumindest in Bezug auf Großbritannien, auch nachhaltigen Verschiebung der Wanderungsbewegungen aus diesen Ländern nach Irland und Großbritannien, auch zu keinen weiteren dramatischen Verschiebungen in der Länderstruktur kam. Mit Ausnahme der von der Wirtschaftskrise stark betroffenen Länder Irland, Spanien und Griechenland erhielten Länder, die bereits am Anfang der Übergangfristen einen hohen Zuwachs an ZuwanderInnen aus den EU 10-Ländern verzeichneten, auch über den gesamten Zeitraum nach der Erweiterung einen überproportionalen Anteil der Zuwanderung und Länder mit einem am Anfang geringen Anteil erhielten diesen auch bei. Schlussendlich zeigt sich auch, dass es – wiederum mit der Ausnahme Großbritanniens und Irlands – in den meisten Ländern nach der Gewährung der Freizügigkeit zu keinen dramatischen Zuwächsen der Zuwanderung aus den EU 10-Ländern kam. Diese Zuwächse liegen hier zumeist im Bereich von einigen Promille der Erwerbspersonen in den Gastländern.

Ähnlich zeigt sich auch nach der Erweiterung der EU im Jahr 2007 in annähernd allen EU 25-Ländern ein Anstieg der Zuwanderung aus den EU 2-Ländern, der allerdings zumeist unter 0,3 Prozentpunkten des Erwerbspersonenanteils liegt. Allerdings sind hier Italien, Griechenland und Zypern, in denen der Erwerbspersonenanteil der aus den EU 2-Ländern stammenden Bevölkerung seit der Erweiterung deutlich stieg, Ausnahmen. Interessanterweise haben dabei diese drei Länder ihre Zuwanderung gegenüber den EU 2-Ländern entweder noch gar nicht oder aber zu unterschiedlichen Zeitpunkten liberalisiert.

2.5 Ex-post-Bewertungen der wirtschaftlichen Auswirkungen der Erweiterung

Die insgesamt starke Konzentration der Zuwanderung aus den EU 10-Ländern auf Großbritannien und Irland in der ersten Phase der Übergangfristen und auch die erhebliche Zuwanderung aus den EU 2-Ländern in die südeuropäischen Länder, die sich zudem in den Folgejahren verfestigte, führte auch zu einem erneuten Interesse der Forschung an den potentiellen Auswirkungen dieser Migration, welche sich allerdings – im Gegensatz zu den Studien vor der Erweiterung – auf Irland und Großbritannien oder aber auf die gesamte EU bezogen. So untersucht eine sehr frühe Studie der *Europäischen Kommission (2006A)* die Auswirkungen der Erweiterung auf gesamteuropäischer Ebene. Sie argumentiert, dass der EU-Erweiterungsprozess, der mit der Eröffnung einer Beitrittsperspektive für die neuen EU-Mitgliedstaaten Anfang der neunziger Jahre begann, insgesamt die Stabilität und Reformbemühungen in diesen Ländern unterstützte und zu einem erheblichen Wachstum des Außenhandels und der Direktinvestitionen beitrug, was sowohl in den neuen als auch in den alten EU-Mitgliedstaaten zu höherem Wachstum und höherer Beschäftigung führte. Überdies zeigt dieser Bericht, dass es in den ersten beiden Jahren nach dem Beitritt der EU 10-Länder zu keinen sichtbaren Verwerfungen am Arbeitsmarkt oder im Wachstum kam. Ähnlich findet die *Europäische Kommission (2006B)*, dass es im Zeitraum 2004 bis 2005 europaweit zu keiner deutlichen Erhöhung des Anteils der Arbeitskräfte aus den EU 10-Länder kam, wobei allerdings Österreich und Irland als Ausnahmen erwähnt werden. Überdies ist es laut den Ergebnissen der *Europäischen Kommis-*

sion (2006B) auch in Ländern, in denen die Übergangsfristen nicht angewendet wurden, zu keiner Zunahme der Arbeitslosigkeit gekommen.

Barrell – FitzGerald – Riley (2007) hingegen simulieren die makroökonomischen Auswirkungen der Migration aus den EU 10-Ländern nach der EU-Erweiterung anhand des NIGEM Modells. Ihre Ergebnisse deuten in jenen Ländern, in denen es zu einer deutlichen Erhöhung der Zuwanderung kam (wie zum Beispiel in Irland und Großbritannien), auf einen spürbaren Effekt auf das BIP-Wachstum und die Arbeitslosigkeit hin. Nach ihren Ergebnissen lag die Bruttowertschöpfung im Jahr 2007 in Irland um 0,4% und in Großbritannien um 0,3% über dem Niveau, das ohne Zuwanderung zu erwarten gewesen wäre. Die Arbeitslosenquote war in diesen Ländern 2007 um einen (Irland) beziehungsweise um 0,2 Prozentpunkte höher als ohne Zuwanderung. Für die Länder, die die Übergangsfristen anwendeten, kam es hingegen, aufgrund der geringen Zuwanderung, zu Änderungen im BIP und in der Arbeitslosenquote, die durchwegs unter 0,1% (bzw. Prozentpunkten) lagen.

Überdies zeigen *Barrell – FitzGerald – Riley (2007)* auch, dass die Abwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten zu einer Verringerung des BIP-Wachstums (um zwischen 0,4% in Litauen und 0,05% in der Tschechischen Republik) aber auch zu einer Entlastung der Arbeitsmärkte beitrug. Die Arbeitslosenquote sank aufgrund der Emigration um zwischen 0,8 (Litauen) und 0,1 (Tschechien) Prozentpunkte.

Ähnlich simulieren *Brücker - Baas (2007)* die Auswirkungen der durch die Übergangsfristen bedingten Umlenkung von Migration von Deutschland nach Großbritannien. Nach ihren Ergebnissen führte diese Umlenkung relativ zu einem Szenario ohne Übergangsfristen zu einem um etwa 0,3 Prozentpunkte höheren Wachstum und einer um 0,3 Prozentpunkte höheren Arbeitslosenquote in Großbritannien und zu einem um 0,5% geringeren Wachstum aber einer um 0,2 Prozentpunkte geringeren Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch *Untiedt et al. (2009)*. Für die Bundesrepublik Deutschland führte die Erweiterung nach dieser Studie zu einem zusätzlichen Wachstum von rund 1% bei der Wertschöpfung und einem Sinken der Arbeitslosigkeit um rund 1 Prozentpunkt. Für die EU 10 zeigt diese Studie, dass sich der Konvergenzprozess der 10 neuen EU-Mitgliedstaaten im Vergleich zu den Jahren 2002 und 2003 in den Jahren 2004 und 2005 weder eindeutig beschleunigte noch verlangsamte, und dass es am Arbeitsmarkt, insbesondere in den Hocharbeitslosigkeitsländern unter den EU 10 zu einer leichten Entlastung kam. Nur in Ungarn stieg die Arbeitslosigkeit im Zeitraum 2003 bis 2005 um 1,1 Prozentpunkte an²⁴).

Für Österreich argumentieren *Untiedt et al. (2006)* hingegen, dass die gesamtwirtschaftliche, sektorale und regionale Entwicklung in den ersten beiden Jahren nach der Erweiterung auf keine dramatischen Verschiebungen der Wachstumsdynamik und/oder der Arbeitsmarktlage durch die EU-Osterweiterung hindeutet. Die wichtigsten Impulse der wirtschaftlichen Entwicklung in den Jahren 2004 und 2005 kamen aus einer Verbesserung der Außenhandelsposition

²⁴) Dies ist allerdings vor allem auf die budgetären Probleme der ungarischen Regierung und den damit verbundenen Sparmaßnahmen zurückzuführen.

gegenüber den nicht europäischen Ländern und aus einer Zuwanderung, die überwiegend aus anderen EU 15-Ländern stammte. Auch in regionaler Hinsicht waren für diesen Zeitraum keine dramatischen Verschiebungen in der Wirtschaftsentwicklung zu beobachten.

Neben diesen gesamtwirtschaftlichen Simulationsmodellen beschäftigen sich einige mikro-ökonomische Studien (*Dustman et al.*, 2005; *Drinkwater et al.*, 2006; *Portes – Lemos*, 2008; *Blanchflower – Shadforth*, 2009 und *Barett et al.*, 2006) mit den Auswirkungen der Zuwanderung auf den britischen Arbeitsmarkt. In dieser Literatur zeigen *Dustmann et al.* (2005), dass sich nur für ältere (über 50-jährige) Arbeitskräfte im mittleren Qualifikationssegment ein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote und Zuwanderung nachweisen lässt. *Portes – Lemos* (2008) konzentrieren sich hingegen nur auf die Zuwanderung aus den EU 10-Ländern und nutzen regionale Monatsdaten des "Worker Registration Schemes", um den Effekt der Zuwanderung auf die Arbeitslosigkeit der Männer, Frauen und Jugendlichen und verschiedener Berufsgruppen zu identifizieren. Sie finden dabei keine statistisch signifikanten Auswirkungen der Zuwanderung auf die Arbeitslosigkeit der Männer und Frauen, und auch für die Arbeitslosigkeit einzelner Berufsgruppen ergibt sich kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen regionaler Zuwanderung und Migration. Bei den Jugendlichen führte hingegen eine um einen Prozentpunkt höhere Zuwanderung zu einer um 0,1 Prozentpunkte höheren Arbeitslosenquote. *Blanchflower – Shadforth* (2009) nutzen hingegen Daten der britischen Arbeitskräfteerhebung, um anhand von einer Serie von Korrelationsanalysen einen etwas anderen Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Migration zu untersuchen. Sie zeigen, dass die Zuwanderung aus den Neuen Mitgliedsländern zwar keine statistisch signifikanten Auswirkungen auf das Arbeitslosigkeitsrisiko der Einheimischen hatte, aber die Angst vor einem Verlust des Arbeitsplatzes erhöhte. Ihrer Argumentation zu Folge führte diese "irrationale" Angst vor Arbeitsplatzverlusten zu einer exzessiven Lohnzurückhaltung der ArbeitnehmerInnen, was zu einem niedrigeren Lohnabschlüsse zum anderen aber auch eine geringere Inflation bedingte²⁵).

Die bisher wohl umfassendste Untersuchung zu den Auswirkungen der Wanderung seit dem EU-Beitritt liefern allerdings *Brücker et al.* (2009), die sich auf den Zeitraum 2004 bis 2007 beziehen. Aufbauend auf der tatsächlichen Migration in diesem Zeitraum simulieren sie anhand eines allgemeinen Gleichgewichtsmodells auch die Auswirkungen der Zuwanderung auf das BIP, BIP pro Kopf, die Löhne und die Arbeitslosigkeit in der EU 15 und den EU 10 (*Baas et al.*, 2009 und Übersicht 2.6). Es zeigt sich, dass die bisherige Wanderung aus den Neuen Mitgliedstaaten für die EU insgesamt zu einem Wohlfahrtsgewinn beitrug. Das BIP stieg demnach EU-weit ebenso wie das BIP pro Kopf kurzfristig um 0,1% und die Arbeitslosigkeit änderte sich ebenso wie die Löhne kaum (-0,03 Prozentpunkte bei der Arbeitslosigkeit, -0,07% bei den Löhnen). Langfristig ist bei gleichbleibenden Löhnen und stagnierender Arbeitslosigkeit sogar ein etwas höherer BIP und BIP pro Kopf Effekt von 0,2% zu erwarten.

²⁵ Daneben beschäftigen sich auch einige Studien mit der Emigration aus den EU 10-Ländern. In dieser Literatur zeigt zum Beispiel *Fihel – Okolski* (2009), dass die Emigranten aus Polen meistens hochqualifiziert waren und aus den städtischen Gebieten Polens stammten.

Übersicht 2.8: Die makroökonomischen Auswirkungen der Wanderungen aus den NMS 8 der Jahre 2004 bis 2007

Veränderung gegenüber dem Basisszenario in % (Arbeitslosenrate in Prozentpunkten)

	Veränderung Arbeitskräfteangebot	BIP		BIP je Einwohner		Arbeitslosenquote		Einkommen	
		Kurzfristig	Langfristig	Kurzfristig	Langfristig	Kurzfristig	Langfristig	Kurzfristig	Langfristig
Österreich	+0,42	+0,31	+0,34	+0,00	+0,02	+0,02	+0,02	-0,02	+0,00
Belgien	+0,22	+0,11	+0,17	-0,08	-0,02	+0,07	+0,05	-0,04	+0,00
Deutschland	+0,10	+0,04	+0,10	-0,03	+0,02	+0,03	+0,01	-0,03	+0,00
Dänemark	+0,23	+0,13	+0,20	-0,08	-0,01	+0,02	+0,00	-0,05	+0,00
Spanien	+0,19	+0,03	+0,11	-0,08	-0,01	+0,05	+0,02	-0,04	+0,00
Finnland	+0,09	+0,03	+0,08	-0,06	-0,01	+0,03	+0,01	-0,03	+0,00
Frankreich	+0,01	+0,01	+0,01	+0,00	+0,00	+0,00	+0,00	+0,00	+0,00
Griechenland	-0,01	+0,00	-0,01	+0,01	+0,00	+0,00	+0,00	+0,00	+0,00
Irland	+4,87	+0,80	+2,93	-2,07	-0,02	+0,87	+0,37	-1,61	+0,00
Italien	+0,11	+0,04	+0,08	-0,03	+0,01	+0,02	+0,01	-0,03	+0,00
Luxemburg	+1,00	+0,81	+1,13	+0,23	+0,55	+0,12	+0,05	-0,25	+0,00
Niederlande	+0,14	+0,09	+0,12	-0,03	-0,01	+0,02	+0,01	-0,02	+0,00
Schweden	+0,38	+0,25	+0,33	-0,01	+0,07	+0,05	+0,03	-0,06	+0,00
Großbritannien	+1,28	+0,50	+0,89	-0,28	+0,10	+0,21	+0,11	-0,29	+0,00
Tschechien	-0,08	-0,07	-0,11	+0,01	-0,03	-0,02	+0,00	+0,03	+0,00
Estland	-0,21	-0,09	-0,19	+0,12	+0,02	-0,04	+0,00	+0,06	+0,00
Ungarn	-0,44	-0,34	-0,49	+0,10	-0,04	-0,04	+0,00	+0,11	+0,00
Litauen	-1,14	-0,55	-1,15	+0,61	-0,01	-0,32	-0,01	+0,31	+0,00
Lettland	-0,43	-0,26	-0,46	+0,17	-0,03	-0,09	+0,00	+0,12	+0,00
Polen	-1,77	-0,88	-1,94	+0,90	-0,18	-0,59	+0,03	+0,43	+0,00
Slowenien	+0,26	+0,15	+0,21	-0,10	-0,05	+0,02	+0,00	-0,04	+0,00
Slowakei	-1,34	-0,53	-1,51	+0,82	-0,18	-0,55	+0,00	+0,43	+0,00
EU 15 ¹⁾	+0,36	+0,13	+0,26	-0,09	+0,03	+0,06	+0,02	-0,09	+0,00
NMS 8	-1,16	-0,52	-1,10	+0,65	+0,05	-0,42	-0,02	+0,25	+0,00
Insgesamt	+0,11	+0,11	+0,20	+0,11	+0,20	-0,03	+0,00	-0,07	+0,00

Q: Baas et al. (2009) – NMS: Neue Mitgliedstaaten. – ¹⁾ Ohne Portugal.

Diese Wohlfahrtsgewinne der Wanderung verteilten sich allerdings relativ ungleichmäßig auf die einzelnen EU-Staaten. Insbesondere verzeichneten jene Länder, die einen substantiellen Anteil der Zuwanderung erhielten (also Irland und Großbritannien), auch die höchsten Zuwächse des BIP (Irland +0,8%, Großbritannien +0,5%) aber gleichzeitig auch Rückgänge beim BIP pro Kopf (Irland -2,1%, Großbritannien -0,3%) und den Löhnen (Irland -1,6%, Großbritannien -0,3%) während die Arbeitslosigkeit (in Irland um 0,9 und in Großbritannien um 0,2 Prozentpunkte) stieg. Länder mit einer hohen Abwanderung (wie zum Beispiel Polen und die Slowakei) verzeichneten hingegen Rückgänge beim BIP (Polen -0,9%, Slowakei -0,5%) aber Zuwächse bei Löhnen (Polen und Slowakei jeweils 0,4%) und sinkende Arbeitslosenquoten (Polen und Slowakei jeweils -0,6 Prozentpunkte).

2.6 Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich somit festhalten, dass die Wanderungsbewegungen aus den EU 10-Ländern nach der Erweiterung der EU am 1. Mai 2004 wie auch jene aus den EU 2-Ländern, nach den Ergebnissen der bisherigen Literatur, für die gesamte EU wohlfahrtssteigernd wirkten. Gleichzeitig zeigt sich aber auch, dass es in Folge beider Erweiterungen auch zu einem Anstieg der Zuwanderung in die EU 15 kam, wobei am Ende der Übergangsfristen rund 0,5% der in den EU 15-Ländern wohnhaften Bevölkerung aus den EU 10-Ländern stammten und ein etwa gleich hoher Anteil der Bevölkerung der EU 25-Länder aus den EU 2-Ländern kam. Während sich dieser Anstieg der Zuwanderung auf alle Länder bezieht, lagen die Zuwächse in den meisten Ländern bei einigen Zehntel Prozent der Erwerbspersonen. Nur in Großbritannien und Irland kam es zu stärkeren Anstiegen der Bevölkerung aus den EU 10-Ländern und in Griechenland, Italien und Zypern stieg die Zahl der Bevölkerung aus den EU 2-Ländern sehr deutlich.

Darüber hinaus zeigt sich auch, dass Migrationsbewegungen zwischen den EU 10 und den EU 15-Ländern und auch zwischen den EU 2 und den EU 25-Ländern im Zeitraum nach dem Beitritt von einer Reihe von institutionellen, geographischen, kulturellen und wirtschaftlichen Faktoren, von denen die Freizügigkeit nur ein wichtiger Faktor war, bestimmt wurden. Mit der Ausnahme Großbritanniens und Irlands zogen Länder, die schon vor Gewährung der Freizügigkeit eine stärkere Zuwanderung aus den EU 10-Ländern verspürten, auch nach Gewährung der Freizügigkeit einen überproportional hohen Teil dieser ZuwanderInnen an, Länder mit einer geringen Zuwanderung aus diesen Ländern vor der Gewährung der Freizügigkeit, verzeichneten hingegen auch nach der Gewährung der Freizügigkeit einen nur moderaten Anstieg der Zuwanderung aus den EU 10-Ländern. Ähnliches gilt auch für die Wanderung aus den EU 2-Ländern nach der Erweiterung 2007.

In den meisten EU 15-Ländern hatte die Zuwanderung aus den EU 10-Ländern laut verschiedenen Simulationsergebnissen auch nur geringe Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit und die Löhne der Einheimischen. Zumeist lag hier der Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Rückgang des Lohnwachstums bei weniger als einem Zehntel Prozentpunkt. Auch hier sind allerdings Großbritannien und Irland eine Ausnahme. Hier stieg die Arbeitslosigkeit laut makro-ökonomischen Simulationen um einige Zehntel Prozentpunkte und auch das Lohnwachstum verlangsamte sich um einiges deutlicher. Allerdings zeigen mikro-ökonomische Untersuchungen, dass sich diese Effekte auf nur einige Teilssegmente des Arbeitsmarktes konzentrierten, wobei diese Verteilungswirkungen stark davon abhängen, welche Gruppen verstärkt zuwanderten, und für die Gesamtwirtschaft kaum statistisch signifikante Effekte identifiziert werden konnten.

3. Wirtschaftsentwicklung in Ostmitteleuropa 2000-2010

3.1 Überblick

Die Wirtschaft wuchs in den Ostmitteleuropäischen Ländern in den vergangenen 10 Jahren kräftig. Dieses Wachstum spiegelt den rasanten Aufholprozess wider, den die Region durchmachte und führte zu einer deutlichen Konvergenz der durchschnittlichen Einkommensniveaus in der EU. Die Unterschiede in der Region waren jedoch beträchtlich und betrafen nicht nur Wirtschaftswachstum und Wohlstand, sondern auch die zugrunde liegenden Wachstumsmuster. Diese hatten einen entscheidenden Einfluss sowohl auf Tiefe und Dauer des Einbruchs während der Finanz- und Wirtschaftskrise, als auch auf Tempo und Ausmaß der Erholung seither. In den baltischen und südosteuropäischen Ländern nahm die Inlandsnachfrage eine bedeutend stärkere Rolle als Antrieb des Wachstums wahr als in den zentraleuropäischen Ländern. Dies führte jedoch zum Aufbau hoher Leistungsbilanzdefizite vor der Krise und in der Folge zu einem starken Einbruch der Wirtschaftsleistung. Ebenso mäßig fiel die Konjunkturerholung aus. In den zentraleuropäischen Ländern wuchs die Wirtschaft in erster Linie exportgetrieben. Dies führte zu mäßigeren Zuwächsen, aber einem ausgewogeneren Wachstumsmuster, das die Voraussetzung für eine kräftige Erholung nach der Finanz- und Wirtschaftskrise bildete.

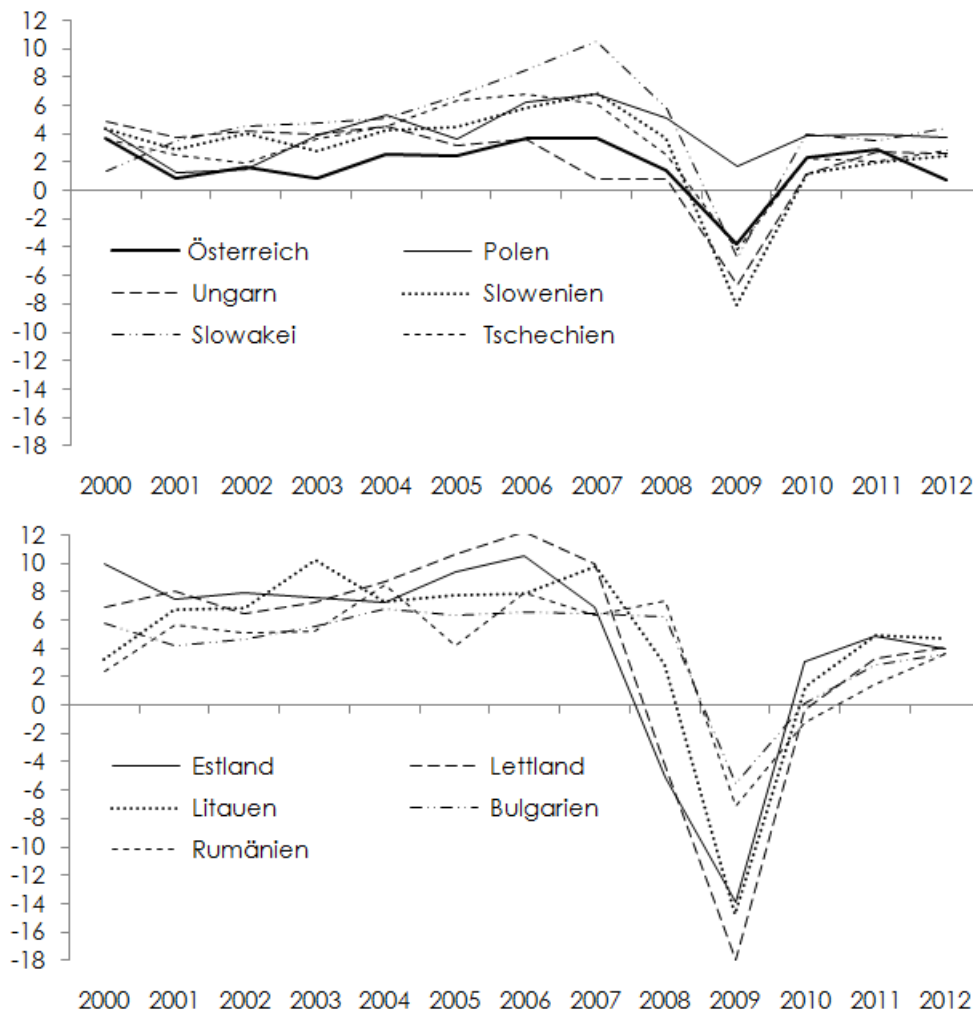
3.2 Wirtschaftswachstum und Einkommensniveau

Das Wirtschaftswachstum fiel in den vergangenen 10 Jahren in Ostmitteleuropa relativ kräftig aus. Insbesondere in den Jahren vor der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 nahm das BIP in der Region jährlich um durchschnittlich 3% bis 9% zu (Abbildung 3.1). Besonders stark wuchsen die baltischen Länder, Bulgarien, Rumänien und die Slowakei. Diese Expansion wurde durch die Krise mit Ausnahme Polens in der gesamten Region unterbrochen, die Wirtschaftsleistung ging teilweise dramatisch zurück. Die stärksten Einbrüche erlebten die baltischen Länder, Slowenien, Rumänien, und Ungarn. Seither konnte sich die Wirtschaft in den meisten Ländern wieder erholen. Das Tempo der Erholung variierte allerdings merklich. Insbesondere Polen und die Slowakei wuchsen 2010 wieder kräftig, Rumänien verharrte hingegen in der Rezession, und in Lettland stagnierte die Wirtschaftsleistung. Das BIP war 2010 daher nur in Polen und der Slowakei deutlich größer als jenes von 2007. In den baltischen Ländern lag es um 20% bis 40% unter dem Vorkrisenniveau.

Das rasche Wachstum spiegelte den rasanten Aufholprozess wider, den die Region in den vergangenen 10 Jahren durchmachte. In allen Ländern stieg das BIP pro Kopf (zu Kaufkraftparitäten) deutlich. Selbst die Finanz- und Wirtschaftskrise machte diesen Prozess nur zum Teil wieder rückläufig. Durchschnittlich ergaben sich für den Zeitraum 2000/2010 jährliche Zuwächse von 2% bis 5%. Das BIP pro Kopf lag 2010 somit real um 20% (Ungarn) bis 60% (Litauen, Slowakei, Bulgarien, Rumänien) über dem des Jahres 2000.

Abbildung 3.1: Wirtschaftswachstum

In %

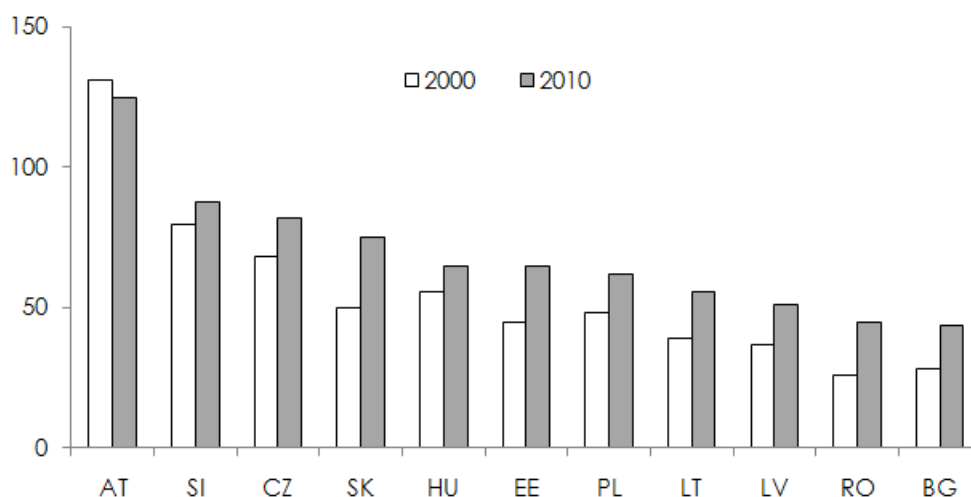


Q: Europäische Kommission, ST.AT; 2011 und 2012: Prognose

Der Aufholprozess führte zu einer deutlichen Konvergenz des durchschnittlichen Wohlstands in der EU. In Relation zum EU-Durchschnitt stieg das BIP pro Kopf von 2000 bis 2010 in Ostmitteleuropa merklich. Den stärksten Aufholprozess verzeichneten die Slowakei (+25 Prozentpunkte) und Estland (+20 Prozentpunkte), den schwächsten Slowenien (+8 Prozentpunkte) und Ungarn (+10 Prozentpunkte). Die Unterschiede in der Region blieben allerdings hoch. Die Länder mit dem niedrigsten BIP pro Kopf 2010 waren Bulgarien und Rumänien (etwa 45% des EU-Durchschnitts) und Lettland (50%), die reichsten Länder Slowenien (87%), Tschechien (82%) und die Slowakei (75%). Auch unter den Ländern der Region fand jedoch ein Konvergenzprozess statt. Betrag der Abstand zwischen dem reichsten (Slowenien) und

dem ärmsten Land (Bulgarien) im Jahr 2000 noch 51 Prozentpunkte des EU-Durchschnitts, ging er bis 2010 auf 44 Prozentpunkte zurück (Abbildung 3.2).

Abbildung 3.2: BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten
EU 27 = 100



Q: Europäische Kommission.

3.3 Nachfrage und Produktion

Das kräftige Wachstum im Zeitraum 2000/2007 war in der Region von unterschiedlichen Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage getrieben. Es lassen sich zwei grundlegende Muster unterscheiden: In Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn (CEE5) verlief das Wachstum vergleichsweise stark exportgetrieben. Einem kräftigen Wachstum der Ausfuhren stand eine deutlich weniger starke Expansion der Inlandsnachfrage gegenüber. Die Importe stiegen schwächer als die Exporte, die Leistungsbilanz verbesserte sich daher in den meisten dieser Volkswirtschaften kontinuierlich. In den baltischen und südosteuropäischen Ländern expandierten die Exporte zwar ähnlich kräftig wie in Zentraleuropa, die Inlandsnachfrage wurde hingegen deutlich stärker ausgeweitet. Dies führte zu einer dramatischen Zunahme der Importe und zu einer drastischen Verschlechterung der Leistungsbilanzsalden. Die Zunahme der Inlandsnachfrage war in erster Linie von der Ausweitung der Bruttoanlageinvestitionen getrieben; in den meisten Ländern stieg jedoch auch der private Konsum merklich (Übersicht 3.1).

Übersicht 3.1: Entwicklung der Nachfragekomponenten
Durchschnittliche jährliche Veränderung 2000/2010 in %, real

	Österreich	Polen	Ungarn	Tschechien	Slowakei	Slowenien	Estland	Lettland	Litauen	Bulgarien	Rumänien
Privater Konsum	+ 1,3	+ 3,5	+ 2,4	+ 2,9	+ 4,3	+ 2,6	+ 3,7	+ 4,3	+ 4,5	+ 4,4	+ 6,9
Öffentlicher Konsum	+ 1,3	+ 4,0	+ 1,2	+ 2,2	+ 3,5	+ 3,1	+ 1,7	+ 0,0	+ 2,8	+ 1,1	- 0,4
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,3	+ 3,2	+ 1,7	+ 1,9	+ 3,1	+ 1,7	+ 2,9	+ 1,7	+ 4,3	+ 8,8	+ 6,9
Ausrüstungen	+ 0,3	+ 2,6	+ 2,7	+ 0,9	+ 2,4	+ 3,5	+ 3,7	-	+ 3,8	+ 4,4	+ 7,1
Maschinen	+ 0,3	-	-	- 0,0	+ 4,8	+ 4,5	+ 4,8	-	+ 4,6	+ 4,5	-
Fahrzeuge	- 0,2	-	-	+ 3,5	- 3,9	- 0,9	+ 0,7	-	+ 0,7	+ 3,8	-
Bauten	- 1,1	+ 3,5	+ 0,7	+ 2,2	+ 3,5	+ 0,1	+ 1,8	-	+ 3,9	+ 10,9	+ 8,1
Wohnbau	- 1,8	+ 3,2	+ 1,4	+ 3,4	+ 0,2	+ 0,4	+ 9,6	-	+ 4,9	+ 13,4	+ 19,4
Nichtwohnbau	- 0,7	+ 3,6	+ 0,4	+ 1,8	+ 4,9	+ 0,0	- 0,5	-	+ 3,7	+ 10,1	+ 6,2
Inlandsnachfrage	+ 1,0	+ 3,5	+ 0,7	+ 2,6	+ 3,9	+ 2,4	+ 3,2	+ 3,2	+ 4,2	+ 4,5	+ 5,8
Exporte	+ 3,9	+ 7,6	+ 8,7	+ 9,3	+ 7,9	+ 5,5	+ 4,6	+ 5,9	+ 9,6	+ 7,3	+ 9,3
Güter	+ 4,0	+ 8,4	+ 9,2	+ 10,2	+ 8,9	+ 5,6	+ 5,7	+ 7,2	+ 10,3	+ 9,4	+ 9,6
Dienstleistungen	+ 3,6	+ 4,7	+ 5,8	+ 4,8	+ 1,0	+ 4,9	+ 2,1	+ 3,2	+ 6,6	+ 2,6	+ 6,9
Importe	+ 3,0	+ 6,1	+ 7,1	+ 8,6	+ 6,7	+ 4,9	+ 4,2	+ 4,8	+ 9,1	+ 7,6	+ 12,6
Güter	+ 3,3	+ 6,1	+ 6,9	+ 8,5	+ 7,1	+ 5,0	+ 4,6	+ 5,2	+ 9,2	+ 8,7	+ 13,0
Dienstleistungen	+ 1,8	+ 6,0	+ 8,3	+ 9,0	+ 4,2	+ 4,8	+ 2,4	+ 2,7	+ 8,6	+ 4,1	+ 9,7
BIP	+ 1,5	+ 3,9	+ 1,9	+ 3,2	+ 4,8	+ 2,7	+ 3,9	+ 3,7	+ 4,4	+ 4,1	+ 4,1

Q: Europäische Kommission, ST.AT.

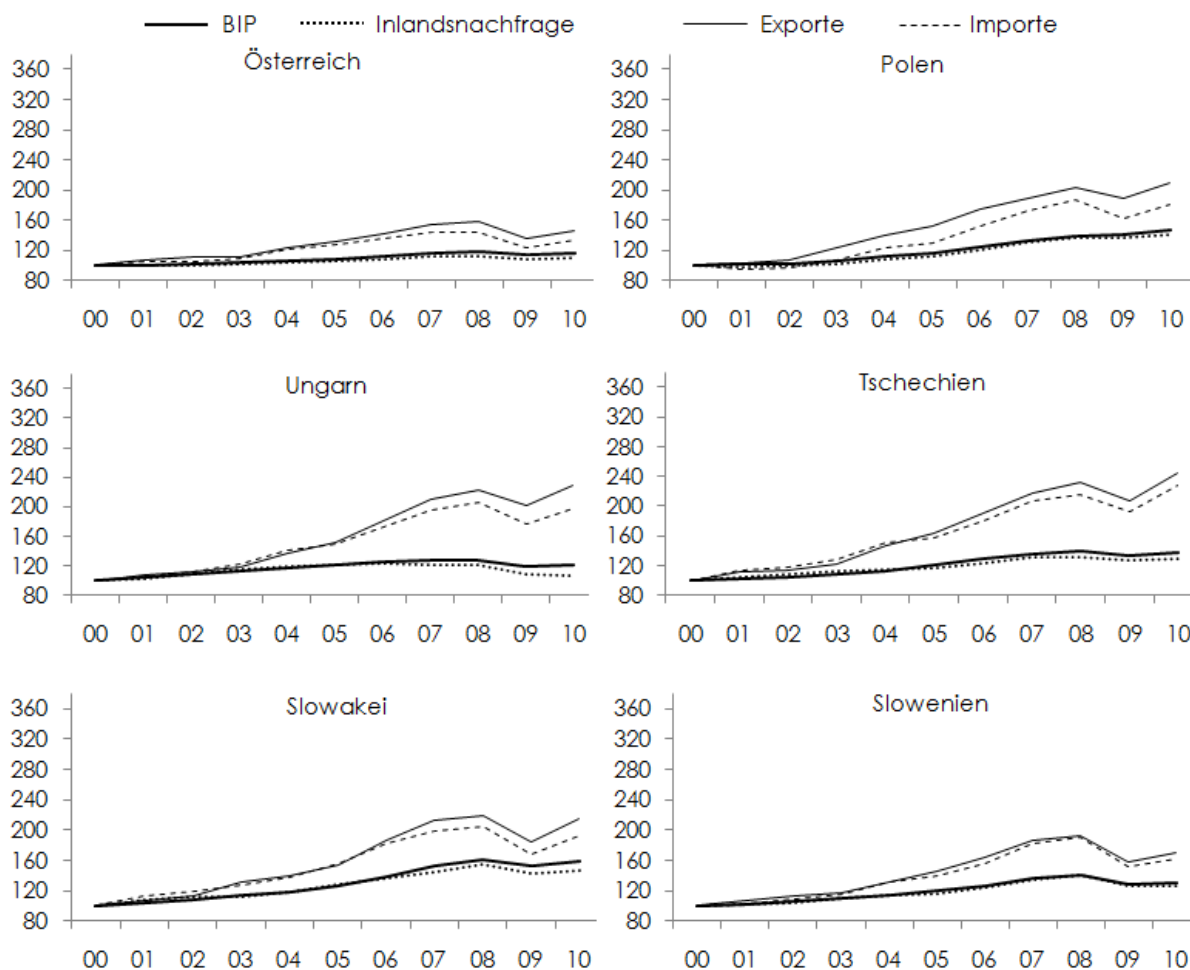
Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise korrigierte sich diese Entwicklung: Die Inlandsnachfrage brach in den baltischen und südosteuropäischen Ländern drastisch ein und erholte sich bislang kaum wieder. In den zentraleuropäischen Ländern fiel mit Ausnahme von Ungarn der Rückgang der Inlandsnachfrage hingegen gering aus. Die Exporte schrumpften während der Krise in allen Ländern stark, erholten sich jedoch anschließend wieder kräftig, so dass sie 2010 zum Teil bereits wieder deutlich über dem Niveau von 2007 lagen (Abbildung 3.3).

Diese Muster in der Entwicklung der Nachfrage spiegeln sich auf der Produktionsseite wider. In den baltischen und südeuropäischen Ländern wuchs insbesondere der Bausektor stark. Die reale Wertschöpfung im Baugewerbe wurde im Zeitraum 2000/2007 in einigen dieser Länder mehr als verdoppelt. Im Zuge der Wirtschaftskrise schrumpfte sie jedoch zumindest in den baltischen Ländern wieder auf etwa die Hälfte zurück. In Rumänien und Bulgarien hatte die Krise hingegen kaum Einfluss auf den Bau. Slowenien verzeichnete – in deutlich geringerem Ausmaß – eine ähnliche Entwicklung des Bausektors wie die baltischen Länder. Von 2000 bis 2007 nahm dort die Wertschöpfung um 50% zu, bis 2010 sank sie jedoch wieder um ein Viertel (Übersicht 3.2).

Die reale Wertschöpfung im produzierenden Gewerbe stieg hingegen in allen Ländern deutlich. Besonders stark war der Anstieg in der Slowakei, wo sie sich zwischen 2000 und 2007 mehr als verdoppelte sowie in Estland und Litauen. Den schwächsten Zuwachs verzeichnete Ungarn (+30%). Auch hier hinterließ jedoch die Krise merkliche Spuren. Zwischen 2007 und 2010 sank die reale Wertschöpfung im produzierenden Gewerbe in allen Ländern außer Tschechien, Polen und Rumänien. In der Slowakei war der Rückgang mit insgesamt 25% besonders ausgeprägt.

Abbildung 3.3a: BIP, Inlandsnachfrage und Außenhandel (1)

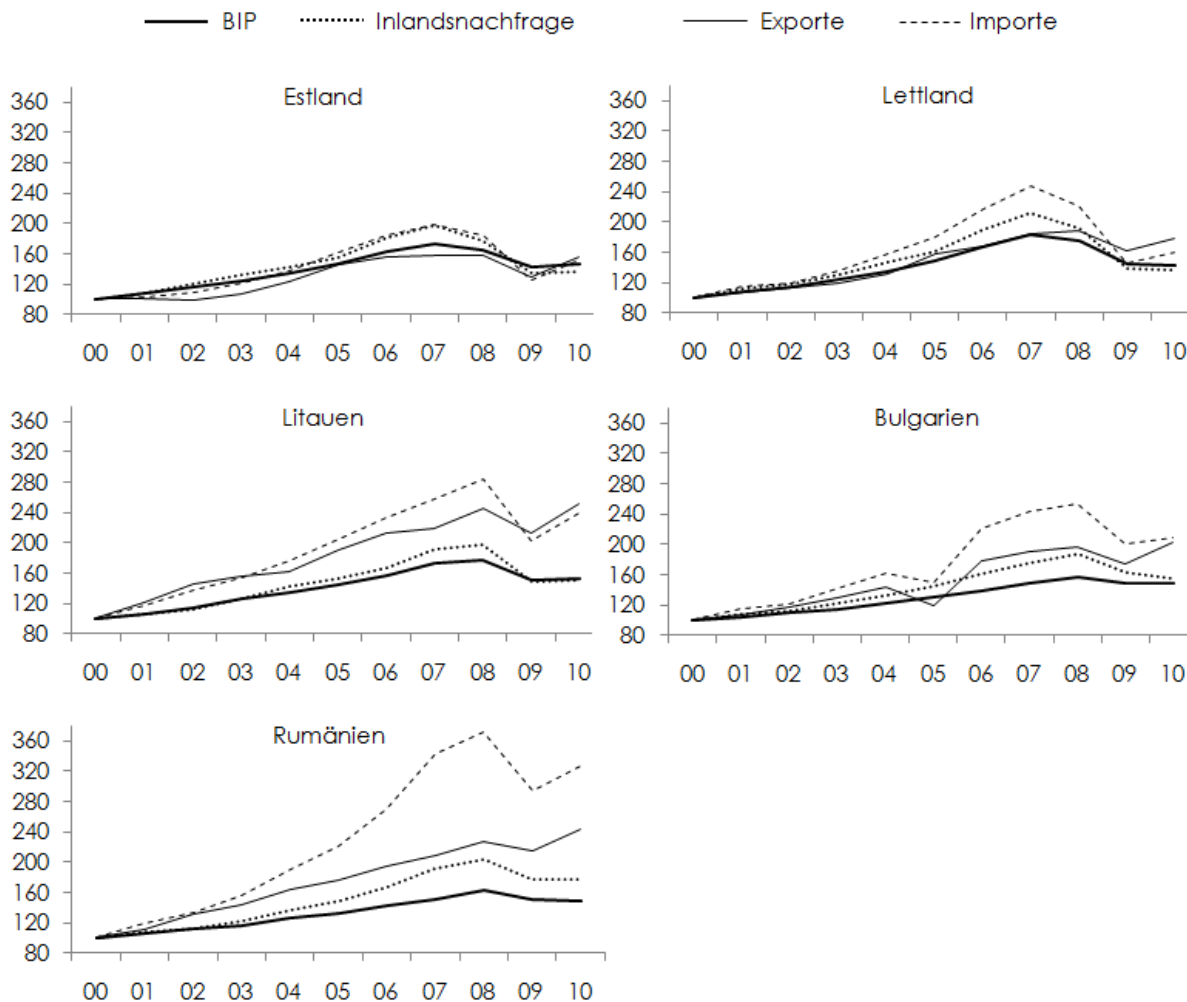
2000 = 100, real



Q: Europäische Kommission, ST.AT.

Abbildung 3.3b: BIP, Inlandsnachfrage und Außenhandel (2)

2000 = 100, real



Q: Europäische Kommission, ST.AT.

Der starke Anstieg der Inlandsnachfrage in Südosteuropa und den baltischen Ländern führte zu einer deutlichen Ausweitung der Leistungsbilanzdefizite. Diese stiegen bis 2007 auf -15% bis -25% des BIP. Die CEE5-Länder hatten hingegen ein vergleichsweise moderates Defizit. Die Wirtschaftskrise führte zu einer dramatischen Umkehrung dieser Entwicklung. In den baltischen und südeuropäischen Ländern, aber auch in Ungarn verbesserte sich der Leistungsbilanzsaldo um 10 bis 25 Prozentpunkte. 2010 verzeichneten die baltischen Länder und Ungarn sogar einen Überschuss.

Der überwiegende Teil der oben beschriebenen Entwicklungen der Leistungsbilanz lässt sich auf die Differenz zwischen Exporten und Importen und damit den Saldo der Handelsbilanz zurückführen. In allen Ländern Ostmitteleuropas war jedoch auch die Einkommensbilanz

negativ. Hohe Direktinvestitionen aus Westeuropa seit dem Fall des Eisernen Vorhangs führten dazu, dass ein zum Teil relativ hoher Anteil der Einkommen in Form von Gewinnen aus Ostmitteleuropa abfließt. In Bulgarien, Estland, Tschechien und Ungarn war das Defizit in der Einkommensbilanz 2010 mit 7% bis 8% des BIP außerordentlich hoch.

Übersicht 3.2: Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung

In %, nominell

	Jahr	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes insgesamt	Gewerbe Sachgütererzeugung	Baugewerbe	Dienstleistungen	Wirtschaftsbereiche insgesamt
Österreich	2000	1,9	23,6	20,0	7,7	66,8	100,0
	2010	1,5	21,4	17,5	6,8	70,3	100,0
Polen	2000	5,0	24,0	18,5	7,7	63,3	100,0
	2010	3,5	24,7	18,6	7,0	64,8	100,0
Ungarn	2000	5,4	26,6	23,0	5,0	62,9	100,0
	2010	3,5	26,8	23,0	4,0	65,8	100,0
Tschechien	2000	3,9	31,6	26,8	6,5	58,0	100,0
	2010	2,4	30,3	24,2	7,2	60,1	100,0
Slowakei	2000	4,5	29,1	24,7	7,0	59,3	100,0
	2010	3,8	25,8	20,6	9,0	61,4	100,0
Slowenien	2000	3,3	29,1	25,8	6,7	60,9	100,0
	2010	2,4	24,2	20,6	6,7	66,6	100,0
Estland	2000	4,8	22,0	17,7	5,6	67,6	100,0
	2010	3,5	22,7	16,8	5,7	68,1	100,0
Lettland	2000	4,6	17,4	13,7	6,2	71,8	100,0
	2010	4,1	16,8	12,2	5,0	74,1	100,0
Litauen	2000	6,3	23,8	19,3	6,0	63,9	100,0
	2010	3,4	22,3	–	5,7	68,7	100,0
Bulgarien	2000	13,6	21,3	14,2	4,6	60,6	100,0
	2010	5,3	23,2	16,4	8,1	63,5	100,0
Rumänien	2000	12,1	29,0	23,4	5,4	53,6	100,0
	2010	6,7	29,7	–	10,0	53,6	100,0

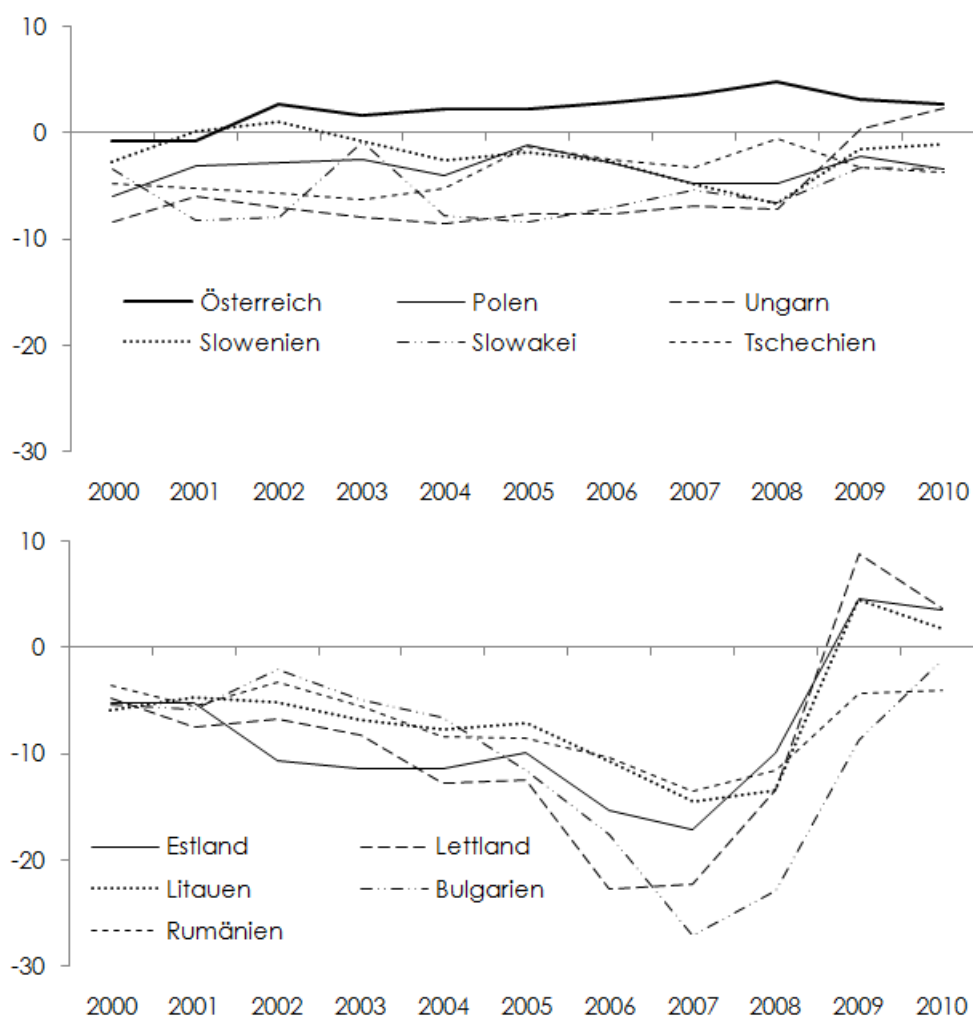
Q: Europäische Kommission, ST.AT.

Das Wachstumsmuster der zentraleuropäischen Länder war also vor der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich ausgewogener als in den baltischen und südosteuropäischen Ländern. Dies war der Grund sowohl für den starken Einbruch während der Krise in den letztgenannten Regionen, als auch für deren mäßige Erholung danach. Das kräftige Wachstum der realen Wertschöpfung im Bausektor und eine kreditgetriebene starke

Konsumentwicklung waren auf hohe Kapitalzuflüsse aus dem Ausland angewiesen. Als diese während der Krise versiegt, konnte auch das Wachstumsmuster in dieser Form nicht mehr aufrecht erhalten werden. Die zentraleuropäischen Länder erholten sich hingegen relativ rasch und vergleichsweise kräftig. In Polen wuchs die Wirtschaft sogar während der Krise. Der relativ große Binnenmarkt und eine geringe Abhängigkeit von Kapitalzuflüssen aus dem Ausland bewirkten eine stabile Ausweitung der Inlandsnachfrage. In Ungarn hingegen belastete die hohe Verschuldung der privaten Haushalte die Konjunkturerholung nach der Krise.

Abbildung 3.4: Entwicklung der Leistungsbilanz

In % des BIP



Q: IMF, OECD, OeNB.

3.4 Arbeitsmarkt

Das kräftige Wirtschaftswachstum der letzten Dekade wirkte sich auf dem Arbeitsmarkt aus. In allen Ländern Ostmitteleuropas außer Ungarn und Rumänien stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Zeitraum 2000/2007 merklich. Entsprechend der Entwicklung der Wertschöpfung unterscheiden sich jedoch die Sektoren, in denen die Erwerbstätigkeit zunahm. In den baltischen und südosteuropäischen Ländern stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Bausektor um 70% bis 130%. In der Industrie stieg sie in diesen Ländern hingegen kaum bzw. sank sie sogar. Auch in den anderen Ländern war die Zunahme der Erwerbstätigen in der Industrie verhalten. Einer deutlichen Ausweitung der Wertschöpfung in diesem Sektor stand ein beinahe ebenso starker Anstieg der Arbeitsproduktivität entgegen. In den CEE5-Ländern nahm daher die Erwerbstätigkeit insgesamt nur geringfügig zu.

Mit der Wirtschaftskrise und dem dramatischen Einbruch der Produktion im Baugewerbe in den baltischen Ländern ging auch die Erwerbstätigkeit in diesem Sektor wieder zurück. Gegenüber dem Höhepunkt der Konjunktur 2007 sank die Zahl der Erwerbstätigen im Bau in Estland, Lettland und Litauen bis 2010 wieder auf etwa die Hälfte. Insgesamt ergibt sich für den Zeitraum 2000/2010 in Estland sogar ein Rückgang der Erwerbstätigkeit im Bausektor. Die Zahl der Erwerbstätigen in der Industrie lag 2010 in allen Ländern außer Polen unter dem Niveau des Jahres 2000 (Übersicht 3.3).

Übersicht 3.3: Entwicklung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen
2000 = 100

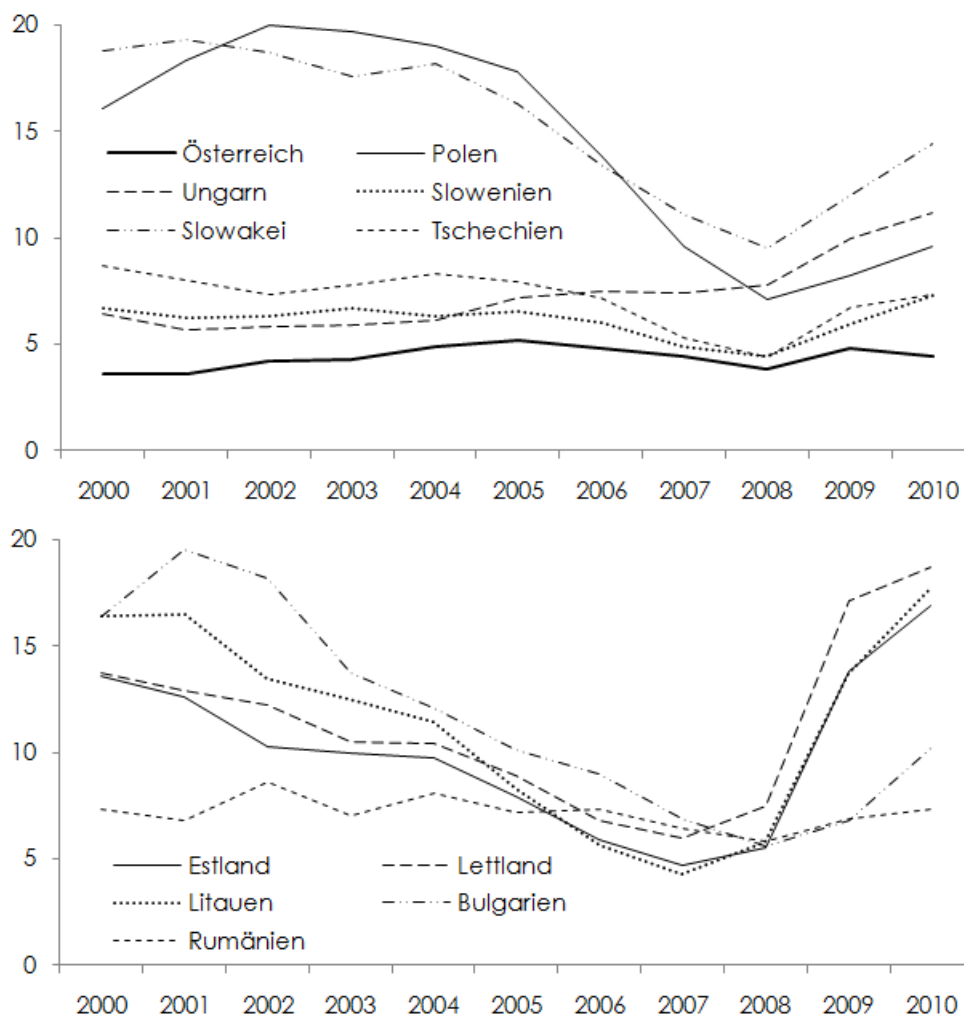
	Jahr	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Insgesamt	Gewerbe Sachgüter- erzeugung	Bau- gewerbe	Dienstleis- tungen	Wirtschafts- bereiche insgesamt
Österreich	2000	95,9	100,0	100,7	95,0	110,9	106,8
	2010	92,6	95,2	95,2	94,7	115,4	108,8
Polen	2000	51,7	110,1	112,5	119,7	113,9	104,5
	2010	47,6	106,3	107,9	142,9	124,7	109,3
Ungarn	2000	59,7	92,9	94,3	124,5	106,1	98,1
	2010	52,8	83,5	85,0	110,5	106,7	94,3
Tschechien	2000	78,9	101,8	104,4	106,6	110,0	105,7
	2010	75,5	94,9	96,9	111,4	111,9	105,0
Slowakei	2000	69,4	99,9	102,5	126,4	112,7	107,5
	2010	54,9	89,4	91,9	138,2	115,9	106,4
Slowenien	2000	81,7	92,5	92,9	120,4	118,3	106,4
	2010	77,3	79,1	78,5	119,4	124,7	104,9
Estland	2000	74,1	98,0	103,0	189,8	114,0	112,2
	2010	59,3	83,0	84,0	94,6	106,8	96,3
Lettland	2000	80,8	102,7	104,9	227,2	122,1	118,7
	2010	63,9	84,4	85,1	113,5	110,5	99,0
Litauen	2000	60,5	102,6	105,0	203,5	118,2	109,3
	2010	47,0	82,0	84,4	115,4	115,9	96,0
Bulgarien	2000	92,5	108,5	111,1	188,4	123,5	115,1
	2010	90,3	93,6	95,6	165,6	119,6	108,2
Rumänien	2000	56,9	99,1	101,9	171,2	115,4	86,9
	2010	46,6	93,8	98,0	208,6	120,5	83,9

Q: Europäische Kommission.

Die Arbeitslosenquote sank bis zum Ausbruch der Krise in vielen Ländern markant. In den baltischen Staaten, in Bulgarien, Polen und der Slowakei sank sie um 7 bis 12 Prozentpunkte. Diese Länder verzeichneten jedoch zu Beginn der Dekade mit 13% bis 19% der Erwerbspersonen dramatisch hohe Arbeitslosenquoten. In Rumänien, Slowenien, Tschechien und Ungarn lag sie hingegen bereits im Jahr 2000 im einstelligen Bereich und verbesserte sich in den drei erst genannten Ländern bis 2007 um nur wenige Prozentpunkte. In Ungarn stieg sie in diesem Zeitraum sogar leicht.

Abbildung 3.5: Harmonisierte Arbeitslosenquote

In %

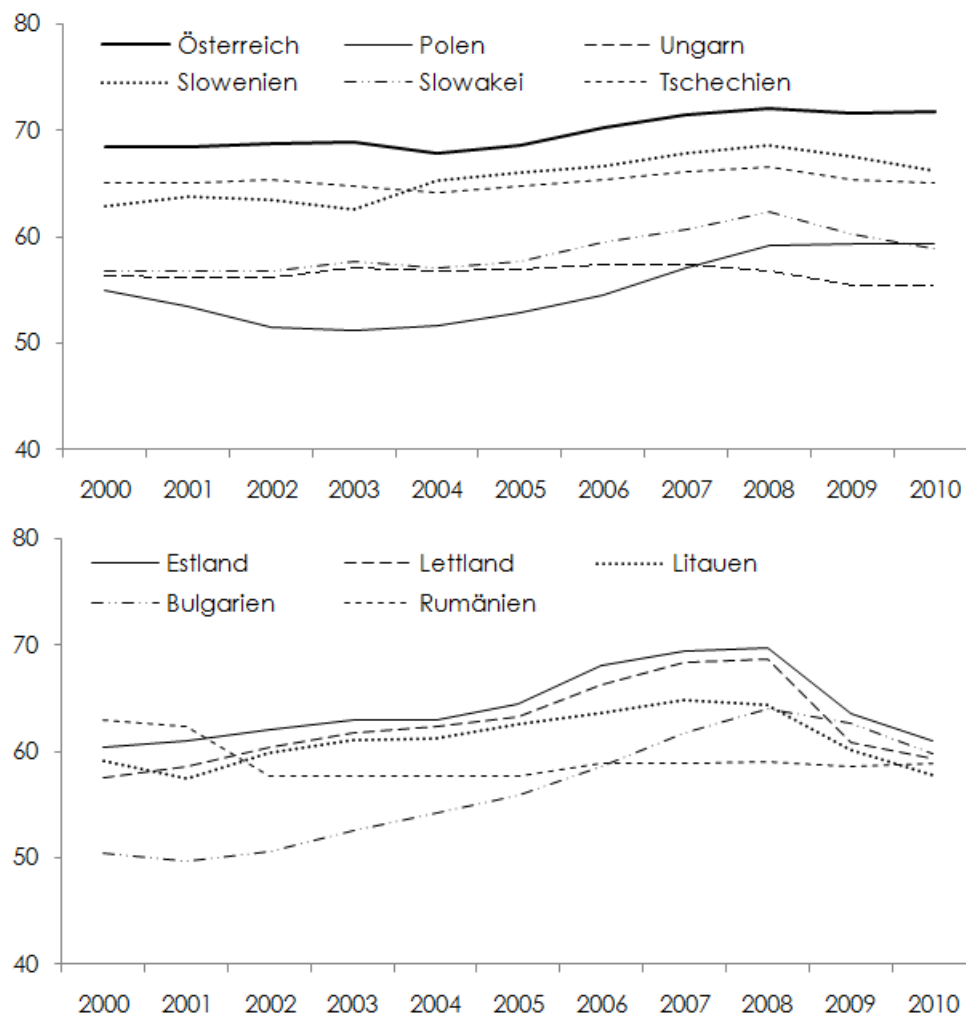


Q: Eurostat.

In der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 nahm die Arbeitslosenquote hingegen wieder drastisch zu. Insbesondere in den baltischen Ländern stieg sie zwischen 2007 und 2010 um etwa 13 Prozentpunkte. Die Arbeitslosigkeit war 2010 dort merklich höher als 10 Jahre zuvor. Mit Ausnahme von Polen, dessen Wirtschaftsleistung auch während der Krise kontinuierlich zunahm, stieg die Arbeitslosenquote in diesem Zeitraum auch in den anderen Ländern um mehrere Prozentpunkte an. In Bulgarien, der Slowakei und Ungarn kletterte sie bis 2010 wieder auf zweistellige Werte (Abbildung 3.5).

Abbildung 3.6: Entwicklung der Beschäftigungsquote (15 bis 64 Jahre)

In %

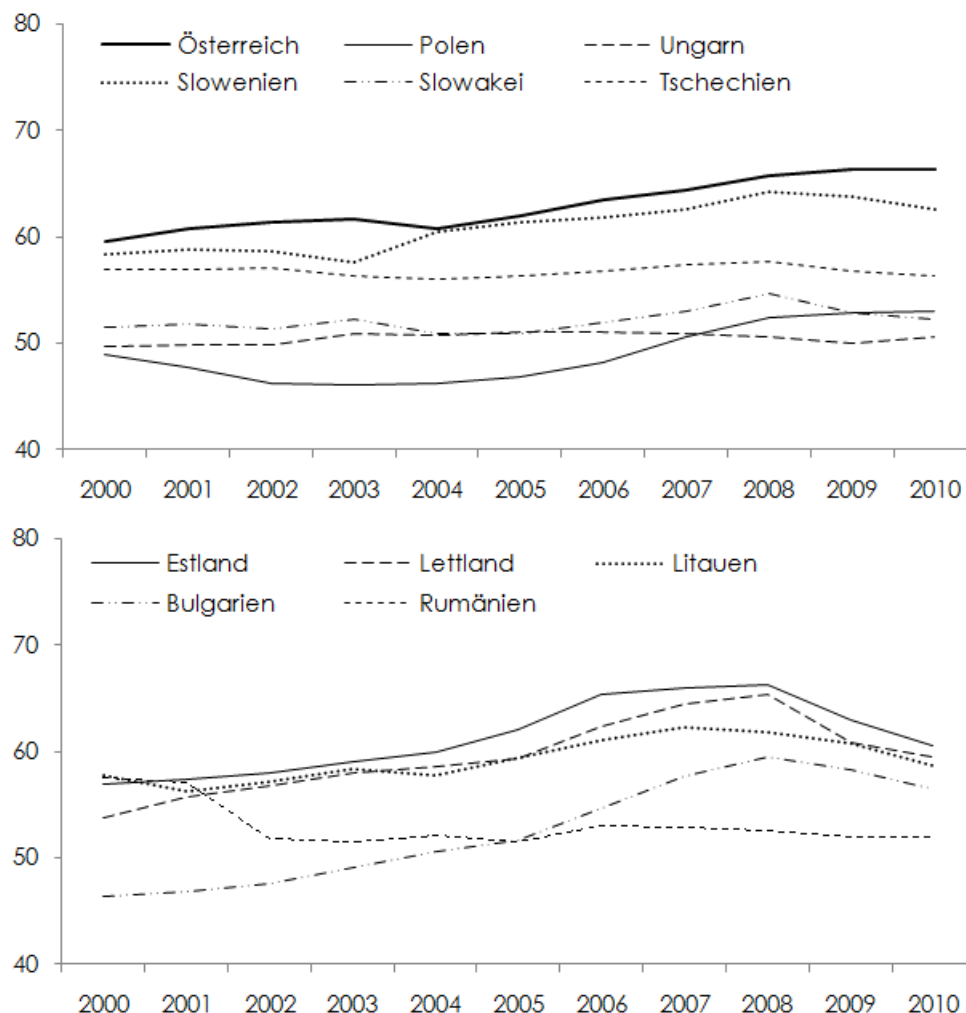


Q: Eurostat.

Die Erwerbsbeteiligung in Ostmitteleuropa ist im EU-Vergleich unterdurchschnittlich. 2010 lag die Beschäftigungsquote der 15- bis 64-Jährigen mit Ausnahme Estlands, Sloweniens und Tschechiens unter 60% der Erwerbspersonen. Die niedrigsten Werte verzeichnen Ungarn und Litauen, wo die Beschäftigungsquote – ebenso wie in Rumänien – in den vergangenen 10 Jahren sogar abgenommen hat (Abbildung 3.6).

Abbildung 3.7: Entwicklung der Frauenbeschäftigungsquote (15 bis 64 Jahre)

In %

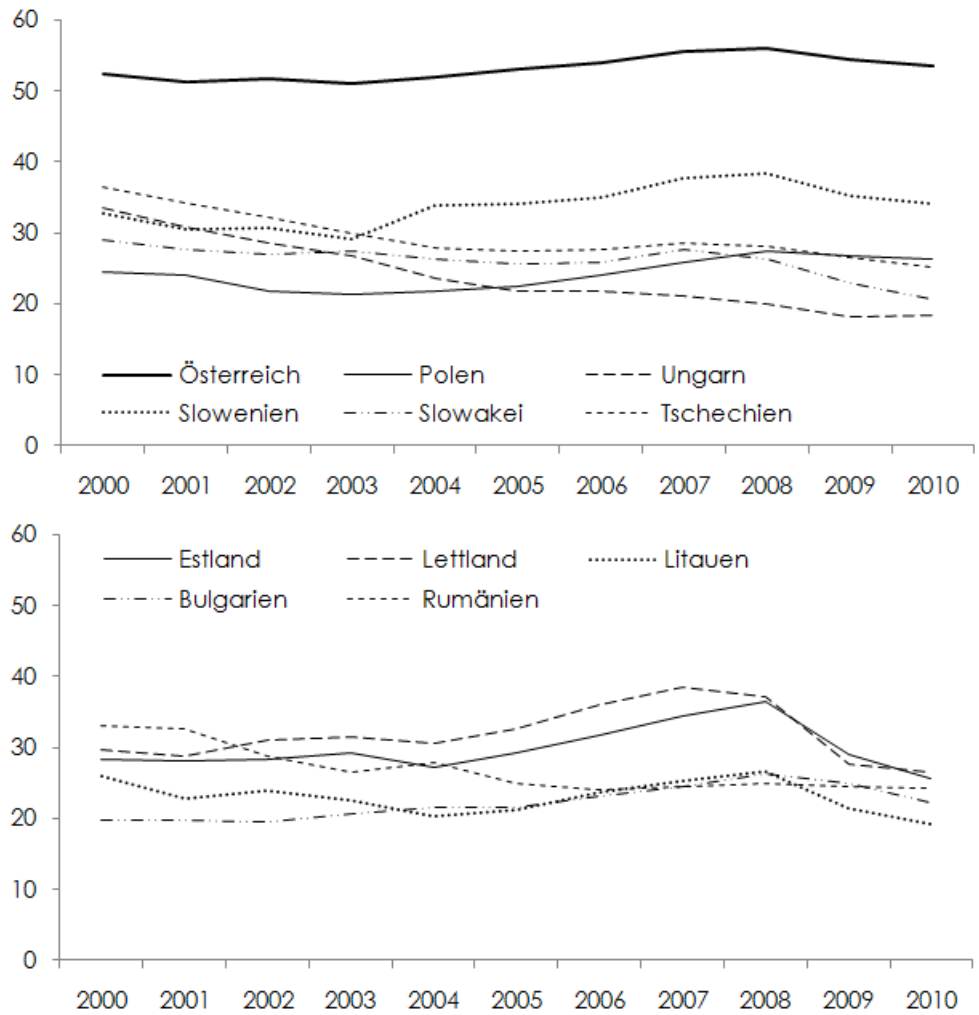


Q: Eurostat.

Die niedrige Beschäftigungsquote der 15- bis 64-Jährigen war – mit deutlichen Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern – von einer geringen Erwerbsbeteiligung von Frauen, älteren Personen und Jugendlichen bestimmt. Die Beschäftigungsquote von Frauen lag 2010 nur in den baltischen Ländern und in Slowenien über dem EU-Durchschnitt. Eine besonders niedrige Frauenbeschäftigung wiesen Polen, Rumänien, Slowakei und Ungarn auf. Die Erwerbsbeteiligung älterer Personen war ebenso in den genannten vier Ländern plus Slowenien deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Die Beschäftigungsquote der 15- bis 24-Jährigen war hingegen 2010 in allen Ländern Ostmitteleuropas mit Ausnahme Sloweniens ausgesprochen gering.

Abbildung 3.8: Entwicklung der Jugendbeschäftigungsquote (15 bis 24 Jahre)

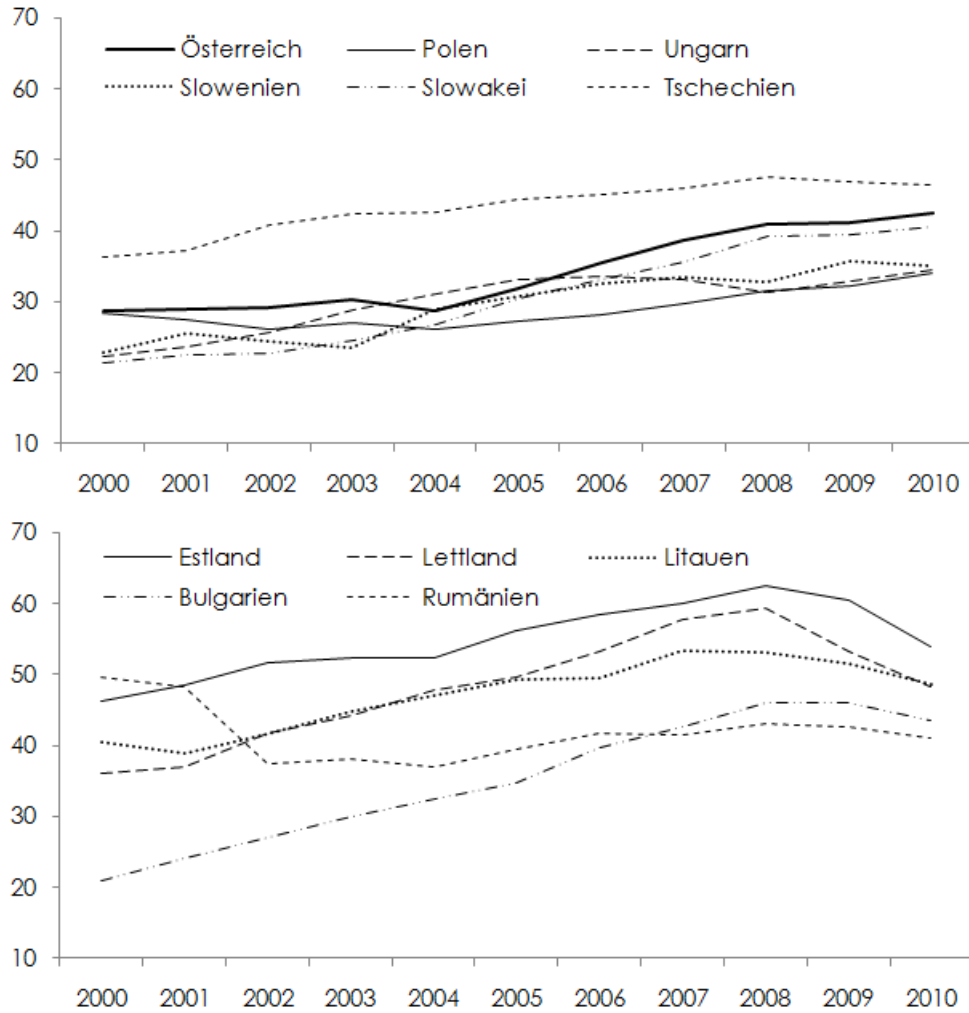
In %



Q: Eurostat.

Abbildung 3.9: Entwicklung der Beschäftigungsquote Älterer (55 bis 64 Jahre)

In %



Q: Eurostat.

4. Regionale Entwicklung Österreichs und der EU 12-Länder

Ein Aspekt, der in der öffentlichen Debatte um die wirtschaftliche Entwicklung der EU 12-Länder oftmals übersehen wird, sind die erheblichen regionalen Unterschiede in diesen Ländern (siehe *Pastore – Ferragina, 2008* und *Huber, 2007* für Literaturüberblicke). Diese sind auch für die zu erwartende Migration aus den EU 12-Ländern nach Österreich nach dem Ende der Übergangsfristen von einiger Bedeutung. Diese ergibt sich dabei zum einen, weil ein Spezifikum des österreichisch-tschechisch-slowakisch-ungarischen Grenzraumes die hohen Einkommensunterschiede sind, die in diesem Raum auf nur kurzen Distanzen auftreten. Diese bieten die Möglichkeit, durch grenzüberschreitendes Pendeln erhebliche Einkommensgewinne zu erzielen. Da Pendeln allerdings besonders distanzabhängig ist, sind für diese Form der grenzüberschreitenden Arbeitskräftebewegungen regionale Unterschiede innerhalb der unmittelbaren Grenzregion besonders bedeutsam.²⁶⁾ Zum anderen sind regionale Unterschiede auch für die großräumigere Migration zwischen weiter entfernten Ländern von einiger Bedeutung, weil sie bestimmen, aus welchen Regionen innerhalb einzelner Staaten Emigration besonders lohnenswert ist, und welche subnationalen Gebietseinheiten für ImmigrantInnen besonders attraktiv sind.

Dieses Kapitel setzt sich daher mit der regionalwirtschaftlichen Entwicklung der Neuen Mitgliedstaaten in den Jahren seit der EU-Erweiterung im Vergleich zu Österreich auseinander, wobei wir die Analyse auf zwei unterschiedliche Gebietseinheiten konzentrieren. Diese sind zum einen das gesamte Staatsgebiet der EU 12-Länder. Ausgenommen sind nur die drei baltischen Länder sowie Malta und Zypern, weil sie keine Nuts 2-Regionen haben und außerdem die Übergangsfristen für Malta und Zypern nicht gelten. Diese Analyseebene ist vor allem für migrationspolitische Überlegungen interessant. Zum anderen wird aber auch vertiefend auf die Zwillingstädte Wien und Bratislava und ihr Umland (welches im Folgenden mit der CENTROPE-Region²⁷⁾ gleichgesetzt wird) eingegangen, weil dieses Gebiet als das relevante Einzugsgebiet für grenzüberschreitendes Pendeln nach dem Ende der Übergangsfristen angesehen werden kann.

Dieses Vorhaben wird allerdings durch die Spezifika der Datenlage erschwert. Insbesondere reichen die offiziellen europäischen Daten zu Wertschöpfung und Wirtschaftswachstum auf regionaler (Nuts 2) Ebene²⁸⁾ gegenwärtig nur bis ins Jahr 2008, während hinsichtlich der Arbeitsmarktentwicklung bereits Daten für das Jahr 2010 vorliegen. Dies macht es unmöglich, die regionalen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf das Wirtschaftswachstum

²⁶⁾ Frühere Untersuchungen zeigen hier, dass der überwiegende Teil der Tagespendelbewegung innerhalb einer Reisezeit von 90 Minuten stattfinden und auch für Wochenpendeln nur selten Reisezeiten von über 3 Stunden (in eine Richtung) in Kauf genommen werden (siehe hierzu auch *Nowotny, 2011*).

²⁷⁾ Diese Region besteht (auf Nuts 2-Ebene) aus den 3 österreichischen Bundesländern der Ostregion (Wien, Niederösterreich, Burgenland), Bratislava und der Westslowakei, sowie aus Westtransdanubien (Ungarn) und dem tschechischen Südosten.

²⁸⁾ Wir stellen im Folgenden auf die Nuts 2-Ebene ab, weil für diese die Datenlage deutlich besser ist als für die kleinräumigen Nuts 3-Regionen.

anhand offizieller Daten nachzuvollziehen. Aus diesem Grund werden Prognosen von Cambridge Econometrics genutzt, um wenigstens erste Aussagen über die Entwicklung in diesem Zeitraum zu liefern.

4.1 Regionales Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit

Betrachtet man dabei zunächst das Niveau des regionalen BIP zu Kaufkraftparitäten und die Arbeitslosenquote in den Nuts 2-Regionen Österreichs und der EU 12-Länder, zeigen sich einige Besonderheiten (Abbildungen 4.1 und 4.2):

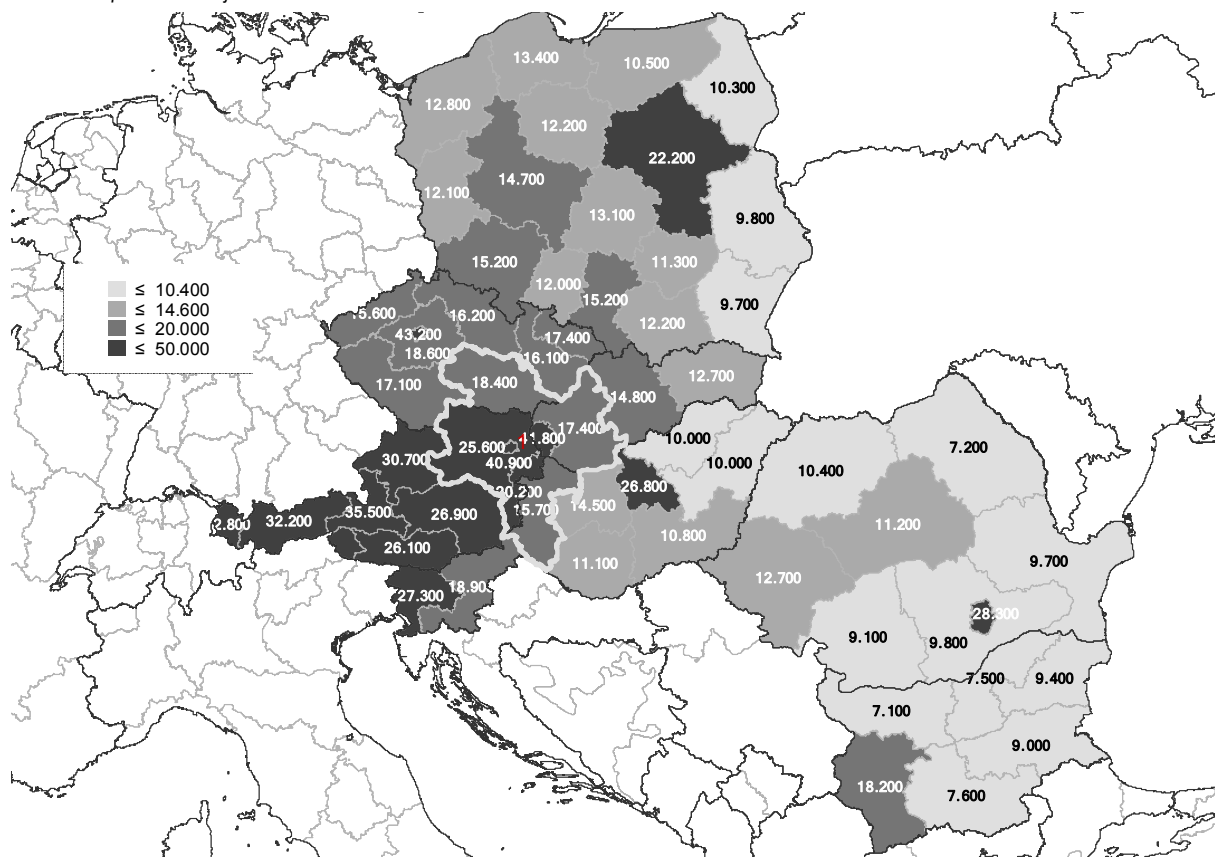
Einerseits bestehen unter den CENTROPE-Regionen und auch den CENTROPE Ländern offensichtliche Unterschiede zwischen Österreich und den angrenzenden Ländern. So lag das BIP pro Kopf (zu Kaufkraftparitäten) im Jahr 2008 in allen österreichischen Bundesländern (mit Ausnahme des Burgenlandes) über dem EU-Durchschnitt von € 25.000, während es in allen Nuts 2-Regionen der an Österreich angrenzenden CENTROPE Länder (mit Ausnahme der Hauptstadtregionen Prag, Bratislava und Mittelungarn) durchwegs unter dem EU-Durchschnitt lag. Andererseits wird diese nationale Trennung aber von einem – insbesondere in Ungarn und der Slowakei (aber auch in Österreich) ausgeprägten West-Ost-Gefälle und einem insbesondere in den Neuen Mitgliedsländern stark ausgeprägten Vorteil der Hauptstädte gegenüber dem Rest des Landes überlagert. Dies führt zu einem dazu, dass sich regionale Unterschiede im BIP pro Kopf (zu Kaufkraftparitäten) innerhalb der CENTROPE-Länder nicht immer an die nationalen Grenzen halten, und mittlerweile Prag (mit einem BIP pro Kopf von € 43.200) und auch Bratislava (€ 41.800) ein höheres BIP pro Kopf aufweisen als Wien (€ 40.900). Auch die Region Mittelungarn (in der die ungarische Hauptstadt Budapest liegt) weist mit € 26.800 ein höheres BIP pro Kopf auf als etwa Niederösterreich (€ 25.600) und auch das Burgenland (€ 20.200).²⁹⁾ Zum anderen aber bedeutet dies auch, dass die ärmsten Regionen der Neuen Mitgliedstaaten zumeist weiter entfernt von der österreichischen Grenze liegen. Aufgrund der schlechteren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Ungarns waren hier die weiter ostwärts liegenden ungarischen Regionen Südtransdanubien (mit einem BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten von € 11.100 im Jahr 2008), Nordungarn (€ 10.000), Nördliche Große Tiefebene (€ 10.000), Südliche Große Tiefebene (€ 10.800) in den letzten Jahren gegenüber den östlichen Regionen der Slowakei (Mittelslowakei € 14.800 und Ostslowakei € 12.700) benachteiligt. Noch ärmer sind die Regionen Rumäniens und Bulgariens. Unter diesen erreicht nur die Hauptstadtregion Rumäniens (Bukarest mit € 28.300) ein BIP, welches über dem EU Durchschnitt liegt und 9 der 14 rumänischen beziehungsweise bulgarischen Regionen gehören zu den 10 ärmsten Nuts 2-Regionen der EU. Der hier betrachtete größere Integrationsraum deckt

²⁹⁾ Insgesamt sind dabei die Städte der Region durch ein besonders hohes Wohlstandsniveau geprägt. Prag war 2008 die Nuts 2-Region mit dem siebthöchsten BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten in der EU 27, Wien lag hier an 11. Stelle und Bratislava an 10. Allerdings muss einschränkend auch festgehalten werden, dass regionale Vergleiche aufgrund von Kaufkraftparitäten immer auch problematisch sind, da diese aufgrund von nationalen Preisindizes angepasst werden. Dies führt dazu, dass regionale Preisunterschiede in der Berechnung dieser Zahlen nicht berücksichtigt werden. Gerade in den Neuen Mitgliedstaaten, in denen zum Beispiel die Wohnungen in den Hauptstädten deutlich teurer sind als am Land, führt dies zu erheblichen Verzerrungen.

damit annähernd die gesamte Spannweite des BIP pro Kopf in der EU (von der siebentreichsten Nuts 2-Region, Prag, zur ärmsten – der Nordwesten Bulgariens) ab.

Abbildung 4.1: BIP pro Kopf in Österreich und den EU 2- und EU 10-Ländern 2008

Kaufkraftparitäten je Einwohner



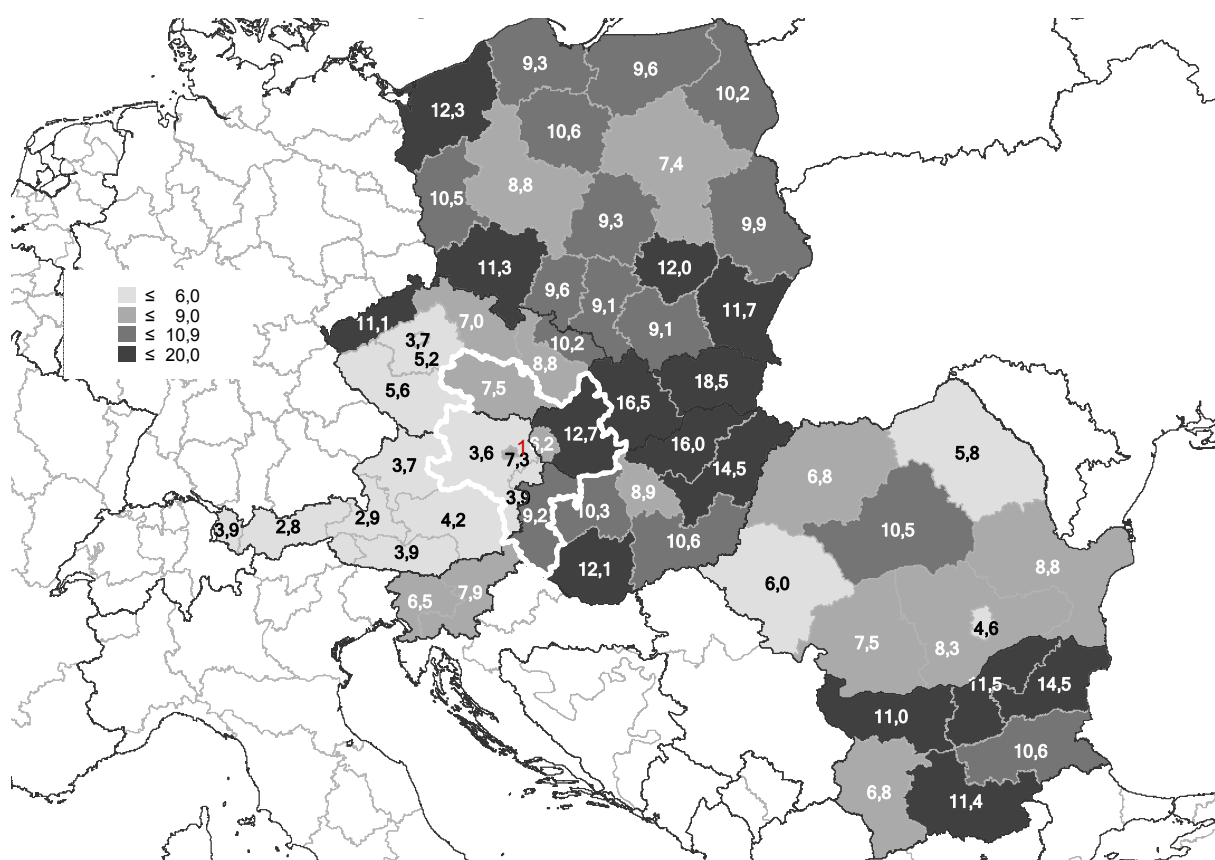
Q: Eurostat. – Umrandung: CENTROPE-Region.

Ähnliches gilt auch für die Arbeitslosenquote. Auch hier zeigen sich (für das Nachkrisenjahr 2010) erhebliche nationale Unterschiede. So hatten annähernd alle österreichischen Bundesländer (alle mit Ausnahme Wiens) im Jahr 2010 eine geringere Arbeitslosenquote als die Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder. Darüber hinaus existiert aber auch ein deutliches West-Ostgefälle innerhalb der Länder, welches zu einer deutlichen Benachteiligung der östlichen Regionen der EU 12-Länder führt. Gleichzeitig kommt es zu einer Bevorzugung der Hauptstadtregionen in den EU 12-Ländern, sodass diese Regionen durchwegs die niedrigsten Arbeitslosenquoten in ihren jeweiligen Ländern aufweisen. Die einzige Abweichung von diesem stilisierten Fakten zeigt sich hier in einer höheren Arbeitslosenquote Wiens gegenüber den übrigen österreichischen Bundesländern, sodass sich hier die Bevorzugung der städtischen Regionen nur auf die EU 12-Länder bezieht.

Allerdings besteht hier auch insofern ein Unterschied zu der Verteilung des BIP pro Kopf als die Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder nicht zu den Regionen Europas mit den höchsten Arbeitslosenquoten gehören. Diese liegen in Spanien. Die Region mit den höchsten Arbeitslosenquoten, im hier betrachteten Raum (Ostslowakei 18,5%) war daher 2010 nur die Region mit der 20. höchsten Arbeitslosenquote unter den Nuts 2-Regionen der EU 27, während die österreichischen Regionen (mit Ausnahme Wiens) durchwegs zu den 20 Regionen mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten gehörten.

Abbildung 4.2: Arbeitslosenquoten nach EU-Definition in den Nuts 2-Regionen in Österreich und den EU 2- und EU 10-Ländern 2010

In %, Nuts 2, 2010



Q: Eurostat. – Umrandung: CENTROPE-Region.

Trotzdem sind selbst innerhalb der CENTROPE-Region die Unterschiede der Arbeitslosenquoten zwischen den einzelnen Nuts 2-Regionen groß, wobei sich auch hier deutliche nationale Unterschiede auftun. Die Arbeitslosenquote in der Region mit dem niedrigsten Wert (Niederösterreich mit einer Arbeitslosenquote von 3,6%) lag dabei im Jahr 2010 bei nur etwa einem Drittel der Region mit der höchsten (West-Slowakei 12,7%) und in annähernd allen Regionen

der CENTROPE in den EU 12-Ländern sind die Arbeitslosenquoten um einiges höher als in den CENTROPE-Regionen Österreichs. Die einzigen Ausnahmen hierzu sind die Hauptstadtregionen Wien und Bratislava, da mittlerweile die Arbeitslosenquote in Wien (mit 7,3%) höher ist als in Bratislava (mit 5,2%).

Außerdem gilt für den Gesamttraum der EU 12-Länder das beim BIP pro Kopf festgestellte West-Ost-Gefälle bei der Arbeitslosenquote nur eingeschränkt. Obwohl die Arbeitslosenquote in den östlichen Regionen der Slowakei und Ungarns deutlich höher ist als in den westlichen, gilt dies für Polen nicht mehr und auch die meisten Nuts 2-Regionen Rumäniens haben geringere Arbeitslosenquoten als die östlichen ungarischen oder slowakischen Regionen. Die deutliche Bevorzugung der Hauptstädte der EU 12-Länder bleibt allerdings auch bei der Arbeitslosenquote bestehen. In allen EU 12-Ländern haben die Hauptstadtregionen die niedrigste Arbeitslosenquote ihres Landes.

4.2 Wanderungssalden der EU 12-Regionen und Österreichs

Die hinsichtlich Wertschöpfung und zum Teil auch Arbeitslosigkeit benachteiligten östlichen Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder waren dabei über den Zeitraum 2007 bis 2009 auch zumeist Abwanderungsregionen. Insbesondere aus den meisten Regionen Polens und Rumäniens aber auch aus den ostungarischen Regionen wanderte die Bevölkerung in den Jahren 2000 bis 2007 – für die hinsichtlich der Wanderungsbewegungen vergleichbare Daten für alle hier betrachteten Länder mit Ausnahme Bulgariens vorliegen – netto ab (Abbildung 4.3). Die Region mit der höchsten Abwanderung war dabei Opolskie in Polen, aus der in diesen sieben Jahren jährlich durchschnittlich rund 0,4% der Bevölkerung abwanderte. In Polen waren dabei die Hauptstadtregion Mazowieckie sowie Malopolskie und Wielkopolskie die einzigen Netto-Zuwanderungsregionen. In Rumänien war hingegen neben der Hauptstadtregion (Bucuresti – Ilfov) nur Westrumänien (Vest) ein Zuwanderungsgebiet.

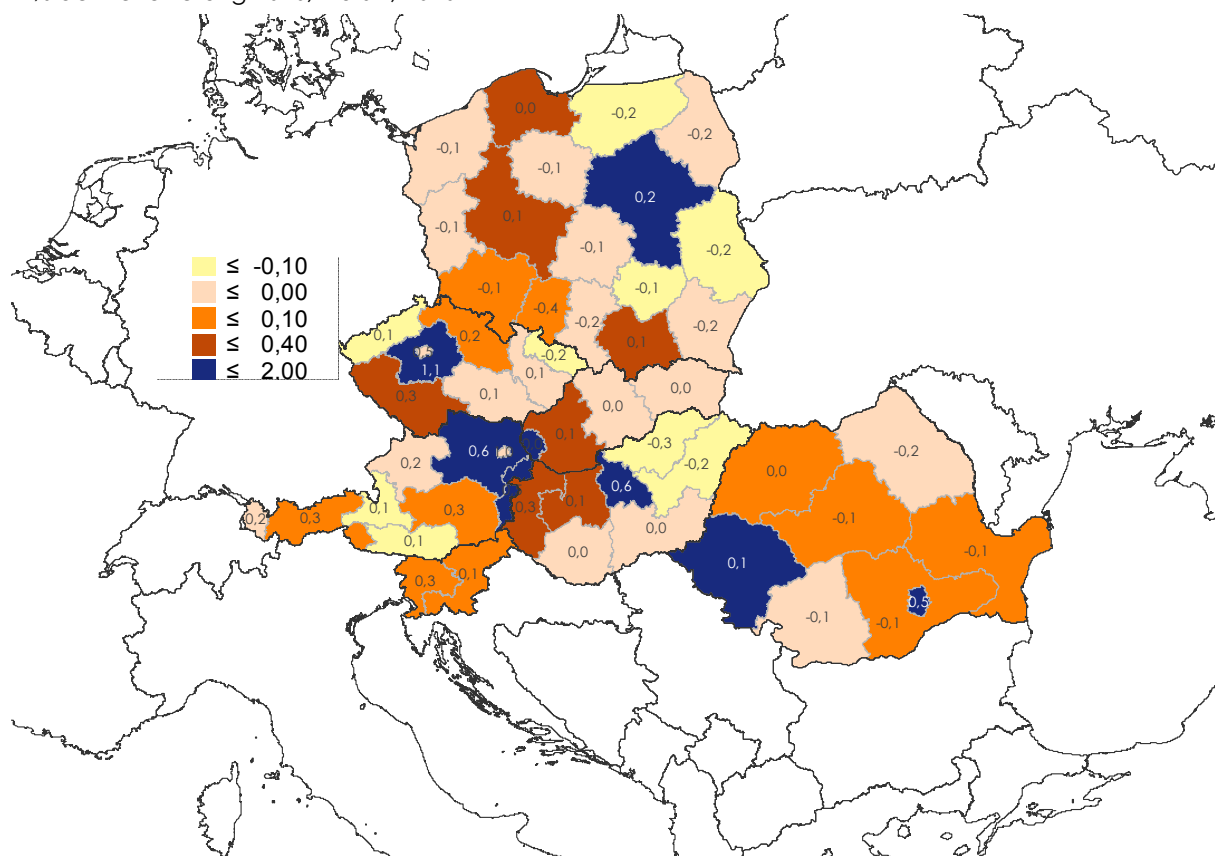
Sowohl in den polnischen als auch den rumänischen Regionen war dieser Bevölkerungsverlust vor allem durch eine starke Emigration in das Ausland verursacht. Die Regionen hatten mit Ausnahme von Lubelskie und Swietokrzyskie in Polen sowie Bukarest in Rumänien durchwegs einen negativen Außenwanderungssaldo, der durch einen positiven Binnenwanderungssaldo kompensiert wurde (Abbildung 4.4). Etwas anders gestaltete sich hingegen die Abwanderung aus den ostungarischen Regionen. Diese wurden vor allem durch einen negativen Binnenwanderungssaldo zu Abwanderungsregionen, während sie aus dem Ausland zum Teil sogar Bevölkerung anzogen. So wanderten zum Beispiel in die Südliche Tiefebene Ungarns im Zeitraum 2000 bis 2007 jährlich netto durchschnittlich rund 0,1% der Bevölkerung aus dem Ausland zu, während gleichzeitig netto rund 0,1% der Bevölkerung durch die Binnenwanderung verloren gingen, sodass insgesamt ein kleiner jährlicher Zuwachs von 0,03% verblieb.

Die Regionen Tschechiens und der Slowakei aber auch Österreichs waren hingegen im Zeitraum 2000 bis 2007 aufgrund eines positiven Außenwanderungssaldos (mit Ausnahme Mährisch-Schlesiens in Tschechien) durchwegs Zuwanderungsregionen. Insbesondere in der Slowakei aber auch in Tschechien äußert sich daher die wirtschaftliche Benachteiligung der öst-

licher gelegenen Regionen durch einen Bevölkerungsverlust aufgrund der Binnenwanderung. So verlor zum Beispiel die Ostslowakei im Zeitraum 2000 bis 2007 aufgrund der Abwanderung ins Inland jährlich netto rund 0,1% der Bevölkerung, was aber durch eine Zuwanderung von jährlich netto 0,08% aus dem Ausland fast kompensiert wurde. Die Gewinner dieser Binnenwanderung waren dabei in Tschechien die Umlandregionen der Hauptstadt und in der Slowakei die Hauptstadt. In Tschechien kam es im Zeitraum 2000 bis 2007 in der Umlandregion Prags (Zentralböhmen) zu einer Nettozuwanderung aus dem Inland von jährlich durchschnittlich 0,6% der Bevölkerung, während die heimische Bevölkerung aus Prag abwanderte, wodurch 0,1% der Bevölkerung pro Jahr verloren gingen. In Bratislava stieg die Bevölkerung aufgrund der Binnenwanderung um 0,2% jährlich.

Abbildung 4.3: Wanderungssaldo in den Nuts 2-Regionen in Österreichs und der EU 12 2000-2007

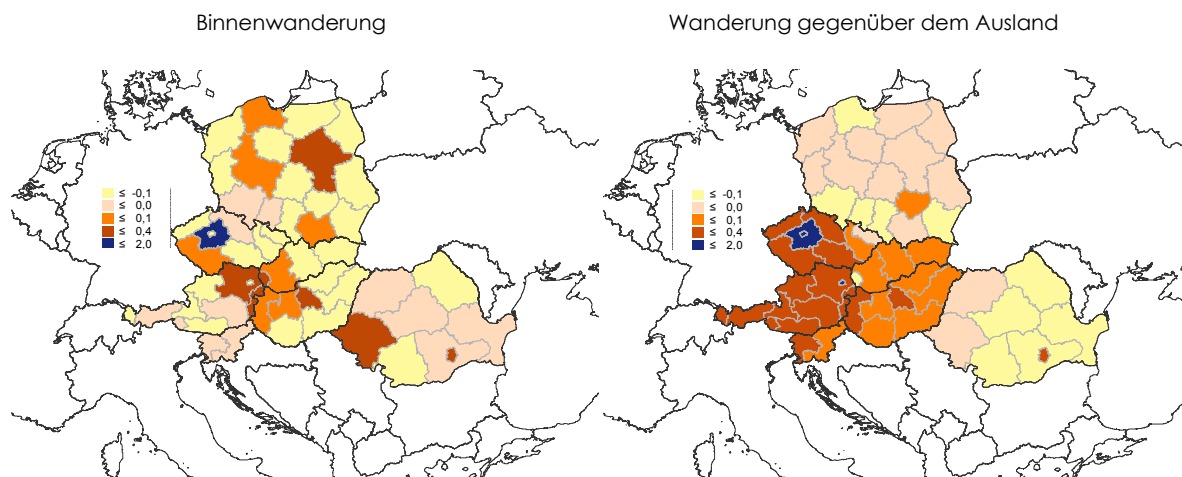
In % der Bevölkerung 2010, Nuts 2, 2010



Q: Eurostat, WIFO-Berechnung.

Abbildung 4.4: Wanderungssaldo aus dem Ausland und dem Inland in den Nuts 2-Regionen in Österreichs und der EU 12 2000-2007

In % der Bevölkerung 2010, Nuts 2, 2010



Q: Eurostat, WIFO-Berechnung.

Ähnlich kam es Zeitraum 2000 bis 2007 auch in Österreich aufgrund einer erheblichen Zuwanderung aus dem Ausland, die zum Beispiel in Kärnten als dem Bundesland mit der geringsten Zuwanderung aus dem Ausland bei 0,2% der Bevölkerung lag, zu Bevölkerungsgewinnen in allen Bundesländern. Abwanderungstendenzen lassen sich hier vor allem bei der Binnenwanderung feststellen, wobei in dieser alle Bundesländer Bevölkerung an Wien und Niederösterreich verlieren.

Aus Sicht der CENTROPE-Region bedeutet dies somit, dass alle ihre Teilregionen Zuwanderungsregionen sind. Dementsprechend stellen sich in dieser Region die demographischen Herausforderungen einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung, die laut rezenten Bevölkerungsprognosen weite Teile Mittel- und Osteuropas auszeichnen, differenzierter dar. Laut EUROSTAT Bevölkerungsprognosen sollte die Gesamtbevölkerung der CENTROPE-Region in den österreichischen Regionsteilen – aufgrund der erheblichen Zuwanderung nach Wien und auch nach Bratislava im nächsten Jahrzehnt noch steigen, und erst ab 2020 in allen Nuts 2-Regionen der CENTROPE zurückgehen. Allerdings sollte die Bevölkerung auch in der CENTROPE (in allen Teilregionen außer Wien) deutlich altern. Im Jahr 2030 sollte über ein Fünftel der Bevölkerung der CENTROPE älter als 65 Jahre sein (Rozmahel et al., 2010).

4.3 Konvergenz und Divergenz

Auffallend an den regionalen Disparitäten in der CENTROPE-Region aber auch im gesamten hier analysierten Raum ist auch, dass ihre Grundmuster im letzten Jahrzehnt (seit dem Jahr 2000 und auch davor) weitgehend unverändert blieben. Auch im Jahr 2000 gab es deutliche Unterschiede im wirtschaftlichen Entwicklungsstand der Region nach Ländern, ein deutliches West-Ost-Gefälle und (insbesondere in den Neuen Mitgliedstaaten der EU) eine erhebliche

Bevorzugung der großen Städte und auch im Jahr 2000 waren die Regionen Bulgariens und Rumäniens unter den ärmsten Regionen Europas, gehörten aber nicht zu den Regionen mit den höchsten Arbeitslosenquoten (*Palme - Huber, 2000*).

Diese weitgehende Konstanz der Differenzierungslinien, entlang derer sich räumlich Entwicklungsunterschiede in der Region festmachen lassen, sollten allerdings nicht über die erhebliche Dynamik in der Region hinweg täuschen. Insbesondere kam es in den meisten Regionen der EU 12-Länder im letzten Jahrzehnt zu einem deutlichen wirtschaftlichen Aufholprozess gegenüber dem Durchschnitt der EU 27 und auch in der CENTROPE-Region dominierten Konvergenztendenzen. So wuchs das BIP pro Kopf im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2003 (also vor der EU-Erweiterung) in annähernd allen Nuts 2-Regionen (alle mit Ausnahme einiger polnischen Regionen) der am Anfang dieser Zeitperiode auch durchwegs ärmeren EU 12-Ländern rascher als im Durchschnitt der EU 27. In diesem Zeitraum konnten vor allem einige slowakische und rumänische Regionen mit sehr hohen Wachstumsraten von mehr als 10% jährlich aufwarten. Dadurch lag das BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten in der ärmsten Nuts 2-Region in den EU 12-Ländern (der bulgarischen Region Yuzhen tsentralen) 2003 bereits bei 25,5% des EU 27-Durchschnitts nachdem es im Jahr 2000 noch bei 21,4% des EU 27-Durchschnitts gelegen war.

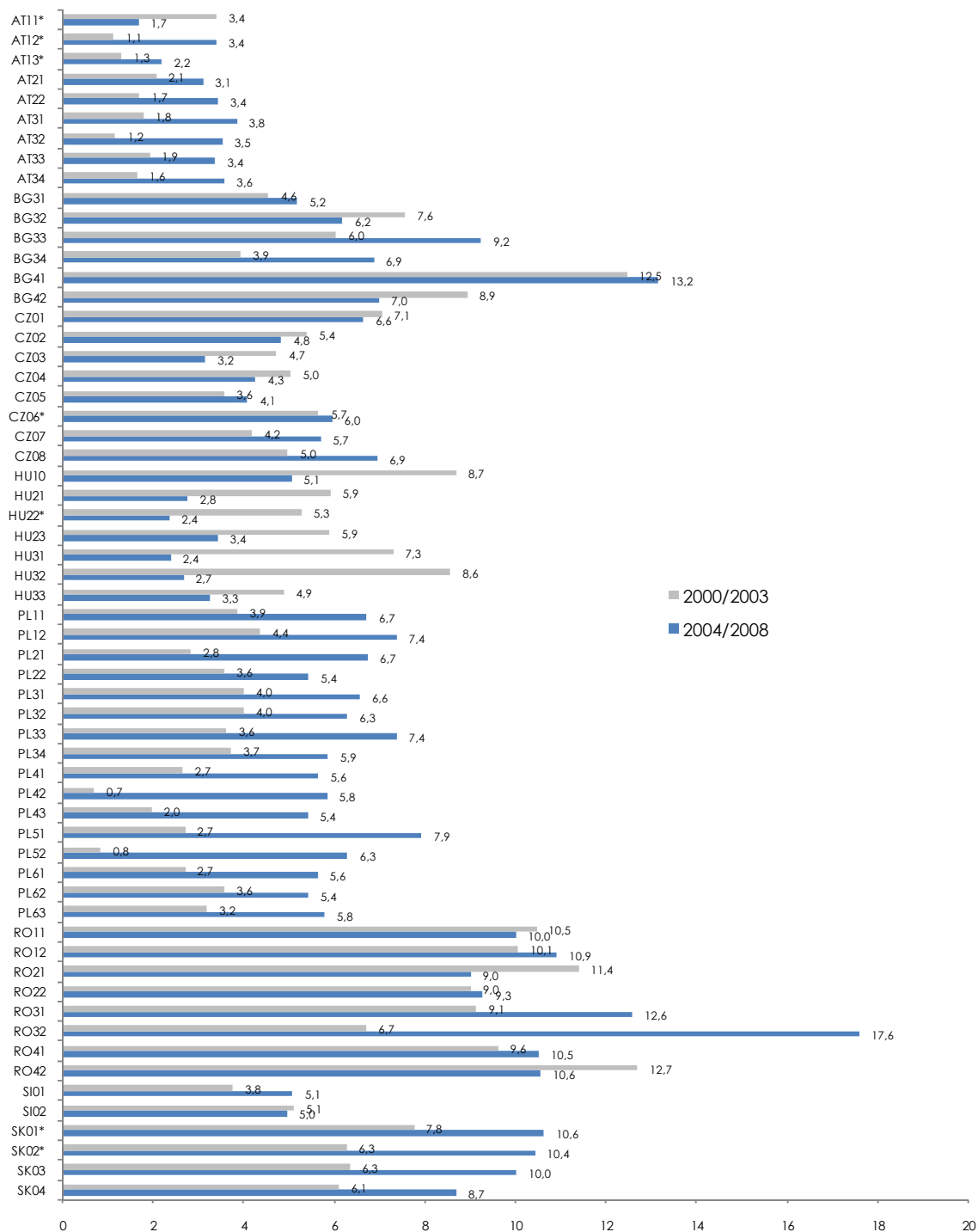
Die österreichischen Nuts 2-Regionen (mit Ausnahme des Burgenlandes) wuchsen in diesem Zeitraum hingegen durchwegs langsamer als der EU 27-Durchschnitt. Dadurch verringerten sich die regionalen Disparitäten innerhalb der CENTROPE noch deutlicher als innerhalb des hier analysierten Gesamttraumes. In der CENTROPE war in diesen Jahren die Westslowakei die ärmste Region. Im Jahr 2000 lag ihr BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten noch bei 47,1% des EU 27-Durchschnitts im Jahr 2003 lag es bei 51,9% des EU-Durchschnittes.

Dieser Aufholprozess setzte sich – mit Ausnahme Ungarns – auch in der Periode nach der EU-Erweiterung fort. Er wurde aber durch die unterdurchschnittliche Entwicklung der ungarischen Wirtschaft insbesondere im Jahr 2007 deutlich abgeschwächt. Während die slowakischen, bulgarischen und rumänischen Regionen in diesem Zeitraum sehr hohe Wachstumsraten (von oftmals mehr als 10% pro Jahr) erreichten und auch die polnischen, tschechischen und slowenischen Regionen weiterhin deutlich rascher wuchsen als der EU-Durchschnitt, war das BIP pro Kopf Wachstum in Ungarn (in allen Nuts 2-Regionen mit Ausnahme der Hauptstadtregion Mittelungarn) schwächer als im EU 27-Durchschnitt. Dennoch lag das BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten in der ärmsten Nuts 2-Region in den EU 12-Ländern im Jahr 2008 (Severozapaden in Bulgarien) bereits bei 28,2% des EU-Durchschnitts.

In der CENTROPE wuchsen im Zeitraum 2004 bis 2008 hingegen alle Regionen mit Ausnahme der ungarischen und dem Burgenland sowie Wien rascher als der EU-Durchschnitt. In den slowakischen Regionen der CENTROPE (Bratislava und Westslowakei) stieg das BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten dabei um mehr als 10% jährlich. Dadurch wuchs auch die gesamte CENTROPE rascher als der EU-Durchschnitt und die ärmste Nuts 2-Region der CENTROPE (West-Transdanubien) wies im Jahr 2008 bereits ein BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten von 62,5% des EU-Durchschnittes auf.

Abbildung 4.5: BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten der Nuts 2-Regionen in Österreich und den EU 2- und EU 10-Ländern

Durchschnittliche jährliche Veränderung in %

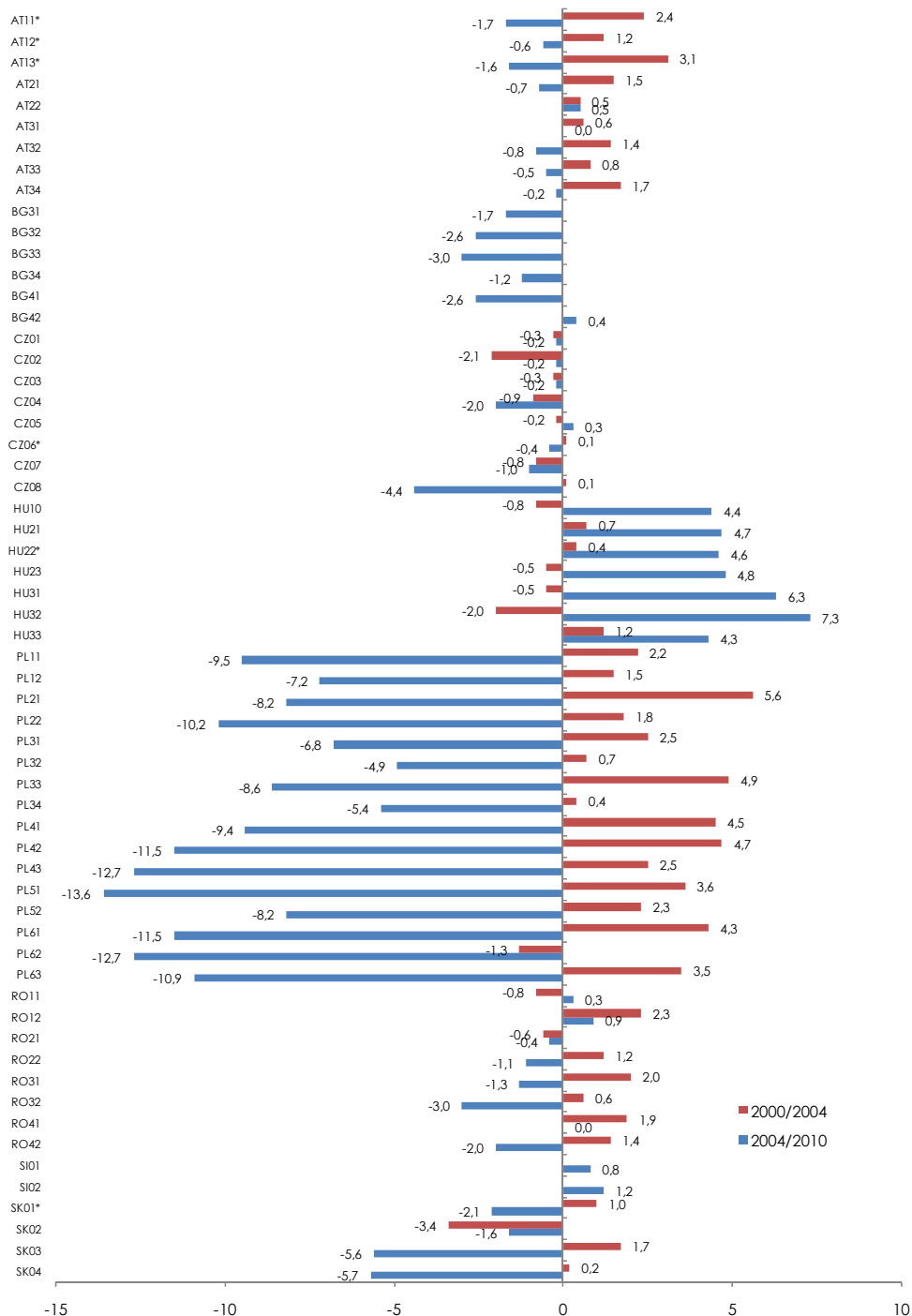


Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – * CENTROPE-Regionen.

Weniger einheitlich – obwohl immer noch vorhanden – war der Aufholprozess bei der Arbeitslosenquote (nach EU Definition). Im Zeitraum zwischen 2000 und 2003, für den für Slowenien und Bulgarien keine regionalen Arbeitslosenquoten vorliegen, stiegen die Arbeitslosenquoten in den meisten polnischen Regionen noch deutlich an, sodass sie im Jahr 2003 in allen polnischen Regionen bei über 16% und in der polnischen Region Dolnoslaskie (Niederschlesien) als der Region mit der höchsten Arbeitslosenquote bei 26% lagen. Auch in fast allen österreichischen Regionen (außer Salzburg) stiegen die Arbeitslosenquoten in diesem Zeitraum an, wobei dieser Anstieg allerdings im Vergleich zum Durchschnitt der EU (von +0,1 Prozentpunkten) nicht so deutlich war, wie in Polen. Die tschechischen und slowakischen Nuts 2-Regionen verzeichneten hingegen durchwegs einen Rückgang bzw. einen schwächeren Anstieg der Arbeitslosigkeit als der europäische Durchschnitt, und auch in den meisten ungarischen und rumänischen Regionen (mit Ausnahme West- und Mitteltransdanubiens sowie der Südlichen großen Tiefebene in Ungarn und der rumänische Süden, Süd-Westen und Bukarest in Rumänien) gingen die Arbeitslosenquoten noch zurück.

Im Zeitraum 2004 bis 2010 änderte sich diese Dynamik grundlegend. Obwohl das vorletzte Jahr dieses Zeitraums (2009) durch eine schwere Krise geprägt war, lagen im Jahr 2010 die polnischen Arbeitslosenquoten (aufgrund der selbst in der Krise guten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Polens) etwa 5 Prozentpunkte oder mehr unter dem Niveau des Jahres 2004, wobei die Arbeitslosenquoten in Niederschlesien (Dolnoslaskie), das 2003 noch die Region mit der höchsten Arbeitslosenquote im ganzen hier analysierten Raum war, um 13,6 Prozentpunkte zurückging. Ähnlich sank auch die Arbeitslosenquote in den bulgarischen (mit Ausnahme von Yuzhen tsentralen) und slowakischen Regionen – trotz der Krise im Jahr 2009 – gegenüber dem Jahr 2004 durchwegs um mehr als einen Prozentpunkt, während die Rückgänge in Tschechien und Rumänien in den meisten Regionen etwas moderater waren und es in einzelnen Regionen (im tschechischen Nordosten und im rumänischen Nordwesten und Zentrum) sogar zu Anstiegen der Arbeitslosenquote kam. Darüber hinaus waren auch in den meisten österreichischen Regionen (außer der stark industrieorientierten Steiermark) die Arbeitslosenquoten im Jahr 2010 niedriger als 2004. Einzig die ungarischen und slowenischen Regionen fielen in diesen Jahren zurück. Aufgrund der starken Auswirkungen der Wirtschaftskrise in Ungarn, die sich aufgrund der verfehlten Haushaltspolitik der ungarischen Regierung bereits seit 2006 bemerkbar machte, war die Arbeitslosenquote in den ungarischen Nuts 2-Regionen durchwegs um mehr als 2 Prozentpunkte höher als noch 2004. In Slowenien war die Arbeitslosenquote 2010 ebenfalls in beiden Regionen höher als im Jahr 2004.

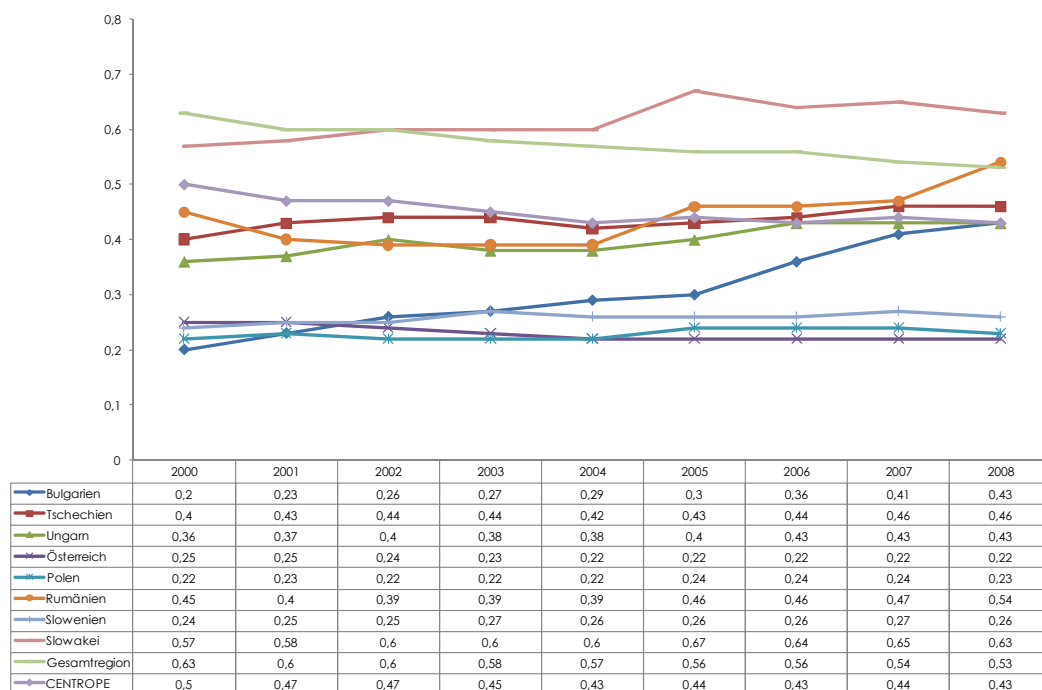
Abbildung 4.6: Arbeitslosenquoten der Nuts 2-Regionen der CENTROPE-Länder
Veränderung in Prozentpunkten



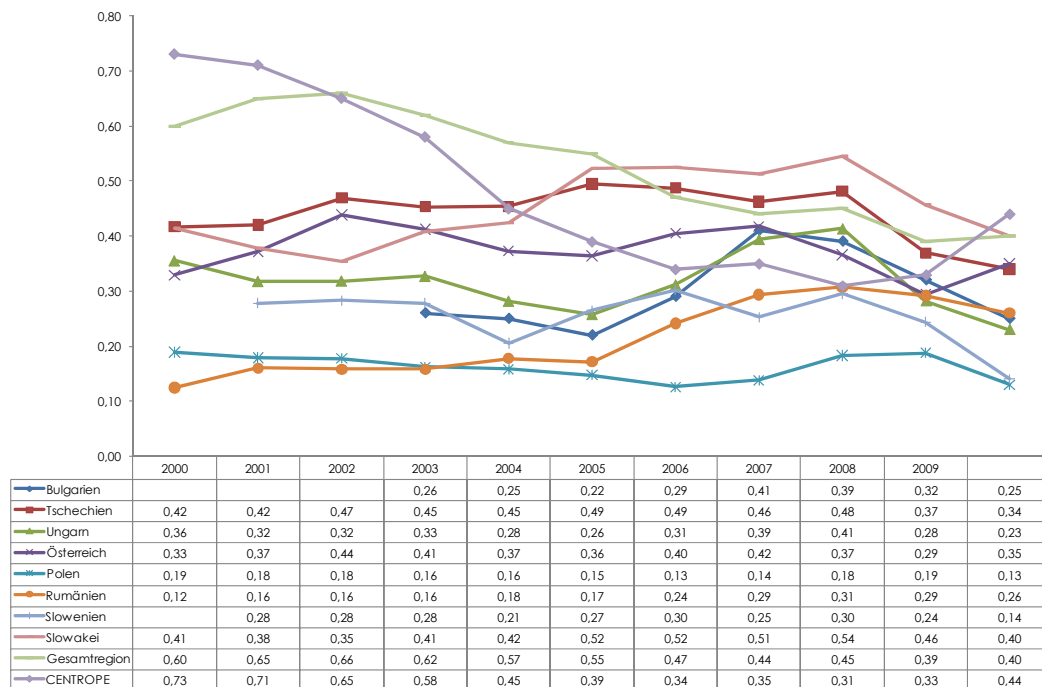
Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. * CENTROPE-Regionen.

Abbildung 4.7: Variationskoeffizienten des BIP und der Arbeitslosenquote über Nuts 2-Regionen für ausgewählte Jahre (in% des EU-Durchschnitts)

BIP



Arbeitslosenquote



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Die Arbeitslosenquote war daher, in den meisten Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder und auch Österreichs im Jahr 2010 immer noch niedriger als zum Zeitpunkt des EU-Beitritts. Diese positive Entwicklung führte dabei im gesamten hier analysierten Gebiet zu einem deutlichen Sinken der regionalen Unterschiede in der Arbeitslosenquote. Der Variationskoeffizient (als eine Kennzahl für die Höhe der regionalen Unterschiede dieser Region)³⁰⁾ über die Arbeitslosenquoten der hier analysierten Regionen sank im Zeitraum 2000 bis 2010 von 0,60 auf 0,40 (Abbildung 4.7) und die Region mit der höchsten Arbeitslosenquote unter diesen Regionen (die Ostslowakei) wies mit einer Arbeitslosenquote von 15,9% im Jahr 2010 nur mehr eine um 7 Prozentpunkte höhere Arbeitslosenquote auf als der EU-Durchschnitt, nachdem der Abstand 2004 noch 15,7 Prozentpunkte betragen hatte.

Die Konvergenztendenzen bei der Arbeitslosigkeit in der CENTROPE-Region waren allerdings im Zeitraum seit der EU-Erweiterung – aufgrund der schlechten Entwicklung der ungarischen Regionen schwächer. Obwohl sich auch hier die regionalen Unterschiede der Arbeitslosenquoten deutlich verringerten, war hier der Fortschritt in den Jahren von 2000 bis 2004 – aufgrund der damals besseren Entwicklung der ungarischen Regionen – deutlicher als seither.

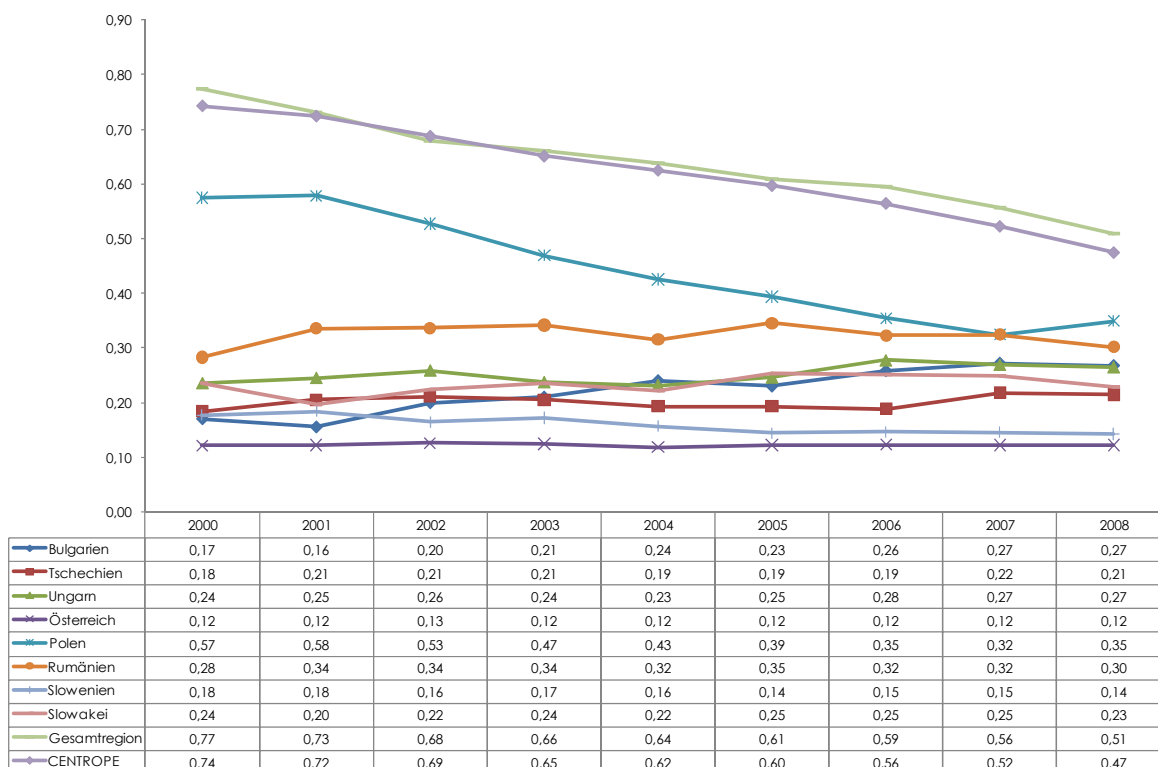
Ein wesentlicher Aspekt der Konvergenz- und Aufholprozesse sowohl innerhalb der CENTROPE als auch des gesamten hier analysierten Raumes ist, dass diese oftmals von einer stark divergierenden Entwicklung innerhalb der Länder begleitet wurde. Diese ist vor allem beim BIP pro Kopf stark ausgeprägt. So sank zwar der Variationskoeffizient des BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten über alle Nuts 2-Regionen der CENTROPE und auch im Gesamttraum im Zeitraum von 2000 bis 2008 von 63% des Mittelwertes auf 53% (für den Gesamttraum) bzw. von 50% des Mittelwertes auf 43% (innerhalb der CENTROPE). Die regionalen Unterschiede gingen also zurück. In allen hier betrachteten Neuen Mitgliedstaaten stieg der Variationskoeffizient des BIP pro Kopf jedoch; nur in Österreich ging er leicht zurück. Ähnlich konvergierte die Arbeitslosenquote zwischen den Nuts 2-Regionen der CENTROPE-Länder. Allerdings divergierten auch hier (in allen Ländern mit Ausnahme Polens) die Regionen innerhalb der einzelnen Länder bis ins Jahr 2008, und erst seit der Krise 2009 zeigten sich Zeichen einer Konvergenz.

Ursache für diese durchwegs steigenden regionalen Disparitäten in den Neuen Mitgliedstaaten war dabei die gute Entwicklung der Hauptstädte. In allen EU 12-Ländern (mit Ausnahme Rumäniens) waren im Zeitraum 2000 bis 2004 die Hauptstadtregionen die wachstumsstärksten Regionen. Ähnliches gilt auch für die Periode 2004 bis 2008. Hier waren nur die Hauptstadtregionen in Tschechien und Polen (wo sie allerdings jeweils an zweiter Stelle lagen) nicht die wachstumsstärksten Regionen ihres jeweiligen Landes. In dem hier untersuchten Zeitraum verloren die nationalen Bruchlinien bei der Bestimmung des Wohlstandes einer Region, die im Jahr 2000 noch sehr wichtig waren, daher etwas an Bedeutung. Die Unterschiede zwischen Hauptstädten und anderen Regionen innerhalb der Länder insbesondere in der CENTROPE gewannen demgegenüber an Bedeutung. Am deutlichsten lässt sich dies anhand der

³⁰⁾ Der Variationskoeffizient gilt im Allgemeinen als eine Kennzahl für das Ausmaß der regionalen Streuung. Er stellt die Standardabweichung einer Kennzahl in Bezug zu ihrem Mittelwert dar.

Region Bratislava illustrieren. Im Jahr 2000 lag das BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten in Bratislava noch um € 14.600 unter jenem Wiens. Gleichzeitig lag der Abstand zwischen der reichsten und der ärmsten Region der Slowakei bei €13.500. Im Jahr 2008 hatten sich diese Relationen gewandelt. Das BIP pro Kopf Bratislavas lag um € 900 über dem Wiener BIP, der Abstand zur ärmsten slowakischen Region (Ostslowakei) hatte sich aber auf € 29.100 erhöht. Ähnliches gilt auch für Prag und Mittelungarn. Hier betrug der Abstand im BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten zu Wien im Jahr 2000 noch € 9.300 bzw. € 19.100 und diese Regionen übertrafen die ärmste Region ihrer jeweiligen Länder um € 15.800 bzw. € 9.300; im Jahr 2009 war das BIP pro Kopf (zu Kaufkraftparitäten) in Prag bereits um € 2.300 höher als in Wien und jenes von Mittelungarn lag um € 14.100 unter dem Wiener Wert. Der Abstand zu den ärmsten Regionen in diesen Ländern hatte sich aber auf € 27.600 (Prag) und € 16.800 (Mittelungarn) erhöht.

Abbildung 4.8: Variationskoeffizient der Produktivität je Erwerbstätigen in den Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

4.4 Produktivität und Löhne

4.4.1 Produktivität

Ähnliche Entwicklungen wie für die Wachstumsraten des BIP pro Kopf und die Arbeitslosenquoten ergaben sich auch für die Produktivität in den Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder und Österreichs.³¹⁾ Auch hier lassen sich über den Zeitraum seit dem Jahr 2000 Konvergenztendenzen in der Gesamtregion, aber (aufgrund der bevorzugten Stellung der Hauptstädte in den Neuen Mitgliedstaaten) in den meisten Ländern bestenfalls stagnierende regionale Disparitäten feststellen. Der Variationskoeffizient des regionalen BIP pro Erwerbstätigen, welches hier als eine Kennzahl für die Produktivität genutzt wird, sank unter den EU 12-Ländern und Österreich zwischen den Jahren 2000 und 2008 von 77% des Mittelwertes Gesamtregion auf 51%. Unter den CENTROPE-Regionen sank der Variationskoeffizient von 74% auf 47% des Mittelwertes. In Österreich stagnierte er. In Tschechien, Ungarn, und der Slowakei aber auch in Bulgarien und Rumänien wurde aber ein leichter Anstieg verzeichnet. Einzig in Polen und (deutlich schwächer) Slowenien kam es zu einer Konvergenz der regionalen Unterschiede der Produktivität (Abbildung 4.8).

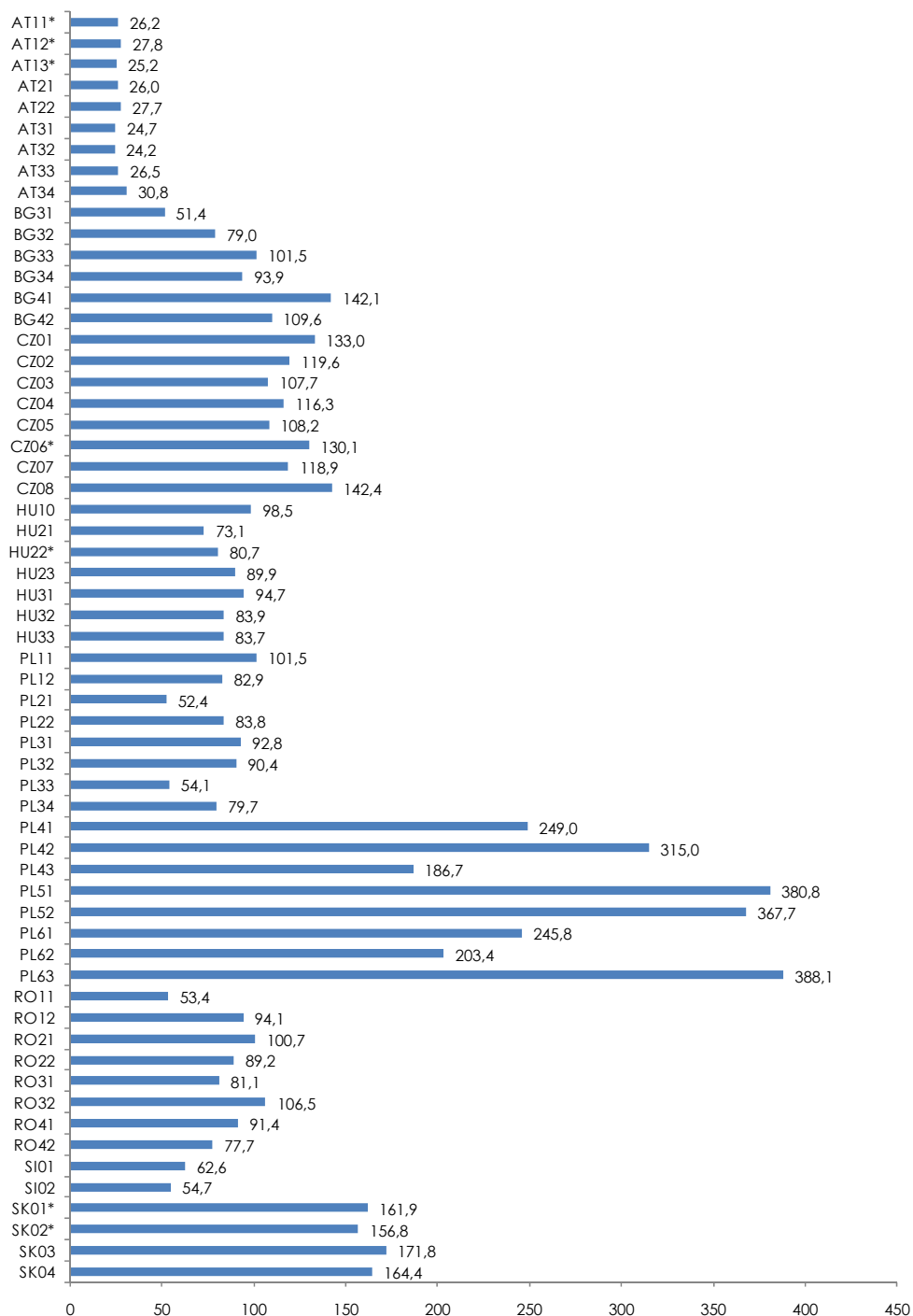
Darüber hinaus wuchs die Produktivität je Erwerbstätigen im gesamten Zeitraum in den Regionen der EU 12-Länder deutlich stärker als in Österreich (Abbildung 4.9). Im Zeitraum 2000 bis 2008 stieg die Produktivität in der Region mit dem geringsten Produktivitätswachstum unter den Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder (der bulgarische Nordosten - Severozapaden) um 51,4%, während sie in der Region mit dem höchsten Produktivitätswachstum der EU 12-Länder (der polnischen Region Pomorskie) um 388% anstieg. In Österreich lag der Zuwachs im selben Zeitraum zwischen 30,8% in Vorarlberg und 24,2% in Salzburg.³²⁾

Wie bei allen Indikatoren hat sich allerdings auch hier in Ungarn der Aufholprozess gegenüber dem noch immer höheren Produktivitätsniveau in Österreich in den letzten Jahren (zwischen 2004 und 2008) nicht mehr mit demselben Tempo fortgesetzt wie davor. Hier lag das Produktivitätswachstum im Zeitraum 2004 bis 2008 zwischen 16,3% (Mittelungarn) und 7,2% (Nordungarn), während es in Österreich zwischen 10,2% (Oberösterreich) und 5,4% (Burgenland) lag. In den anderen Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder wuchs hingegen die Produktivität auch in diesem Zeitraum weiterhin deutlich rascher als in den österreichischen Regionen (mit einem Zuwachs von zwischen 11,1% im polnischen Swietokrzyskie, und 64,2% im polnischen Warminsko-Mazurskie).

³¹⁾ In diesem Abschnitt wird die Produktivität durch die Bruttowertschöpfung pro Erwerbstätigen gemessen, obwohl die Messung anhand der Wertschöpfung pro geleisteter Arbeitsstunde vorzuziehen wäre. Der Grund für diese Vorgehensweise ist, dass Eurostat kaum Informationen zur Zahl der geleisteten Arbeitsstunden nach Regionen anbietet. Dies hat den Nachteil, dass durch unsere Darstellungen die tatsächlichen Produktivitätsunterschiede zwischen Österreich und den Neuen Mitgliedstaaten der CENTROPE-Länder unterschätzt werden, weil in Österreich die Teilzeitbeschäftigung einen wesentlich höheren Anteil an der Beschäftigung ausmacht als in den Neuen Mitgliedstaaten (Rozmahel *et al.*, 2010).

³²⁾ In einem europäischen Vergleich nimmt dabei Wien eine Spitzenposition im Produktivitätswachstum innerhalb der städtischen Regionen der EU 15 ein (Mayerhofer *et al.*, 2011).

Abbildung 4.9: Wachstum der Produktivität je Erwerbstätigen in den Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder 2000-2008



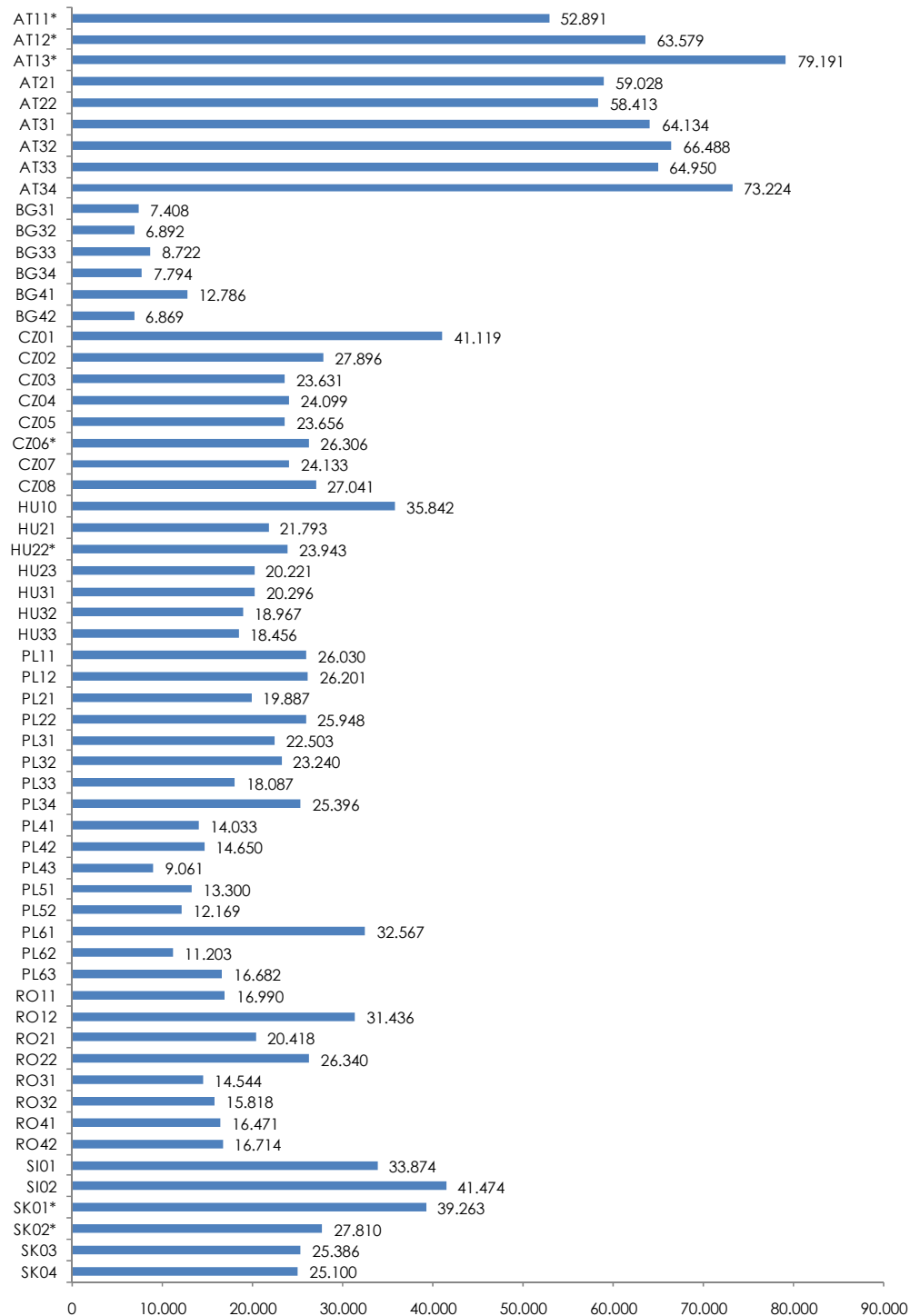
Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – * CENTROPE-Regionen.

Unter den CENTROPE-Regionen sticht hingegen sowohl für den Gesamtzeitraum (2000 bis 2008) als auch für den Zeitraum seit dem EU-Beitritt der EU 10-Länder (2004 bis 2008) der hohe Produktivitätszuwachs in den Regionen der EU 12-Länder hervor. Im Gesamtzeitraum stieg die Produktivität in Bratislava um 161,9%, seit 2004 um 35,7%. In der Westslowakei lagen die Produktivitätszuwächse bei 156,8% (im Zeitraum 2000 bis 2008) und 40,1% (im Zeitraum 2004 bis 2008). Die im Vergleich dazu schwächste Produktivitätsentwicklung unter den CENTROPE-Regionen der Neuen Mitgliedstaaten hatte West-Transdanubien (mit einem Zuwachs von 80,0% im Zeitraum 2000 bis 2008, und 11,3% im Zeitraum 2004-2008)

Die Niveauunterschiede in der Produktivität zwischen den Nuts 2-Regionen der Neuen Mitgliedstaaten und Österreich bleiben allerdings trotz dieses beachtlichen Aufholprozesses nach wie vor hoch, sodass bei den Produktivitätsunterschieden die Disparitäten zwischen den einzelnen Ländern nach wie vor wesentlich bedeutsamer sind als jene zwischen den Hauptstadtregionen und den anderen Regionen (Abbildung 4.10).

Selbst in den Hauptstadtregionen der Neuen Mitgliedstaaten, die in diesen Ländern durchwegs die höchste Produktivität aufwiesen, lag die durchschnittliche Produktivität im Jahr 2008 nur zwischen 24,2% (Yugozapaden) und 77,7% (Prag) des Burgenlandes, welches in Österreich die niedrigste Produktivität aufweist. Im Vergleich zu Wien (der Region mit der höchsten Produktivität) war die Produktivität in den Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder durchwegs bei weniger als der Hälfte des Wiener Wertes. Innerhalb der CENTROPE hat dabei Bratislava mit einer Produktivität von 74,2% des Burgenlandes die höchste Produktivität unter den Regionen der EU 12-Länder. In den meisten Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder außerhalb der Hauptstadtregionen liegt die Produktivität hingegen bei rund einem Viertel bis zu einem Drittel des Wiener Niveaus, fällt aber in manchen bulgarischen Regionen sogar auf weniger als 10% dieses Wertes. Dies bedeutet auch relativ hohe Unterschiede in der CENTROPE, wo die Produktivitäten zwar etwas höher sind aber doch (mit Ausnahme Bratislavas) durchwegs unter einem Drittel des österreichischen Niveaus liegen.

Abbildung 4.10: Produktivität je Erwerbstätigen in den Nuts 2-Regionen der EU 10-Länder 2008



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – * CENTROPE-Regionen.

4.4.2 Löhne

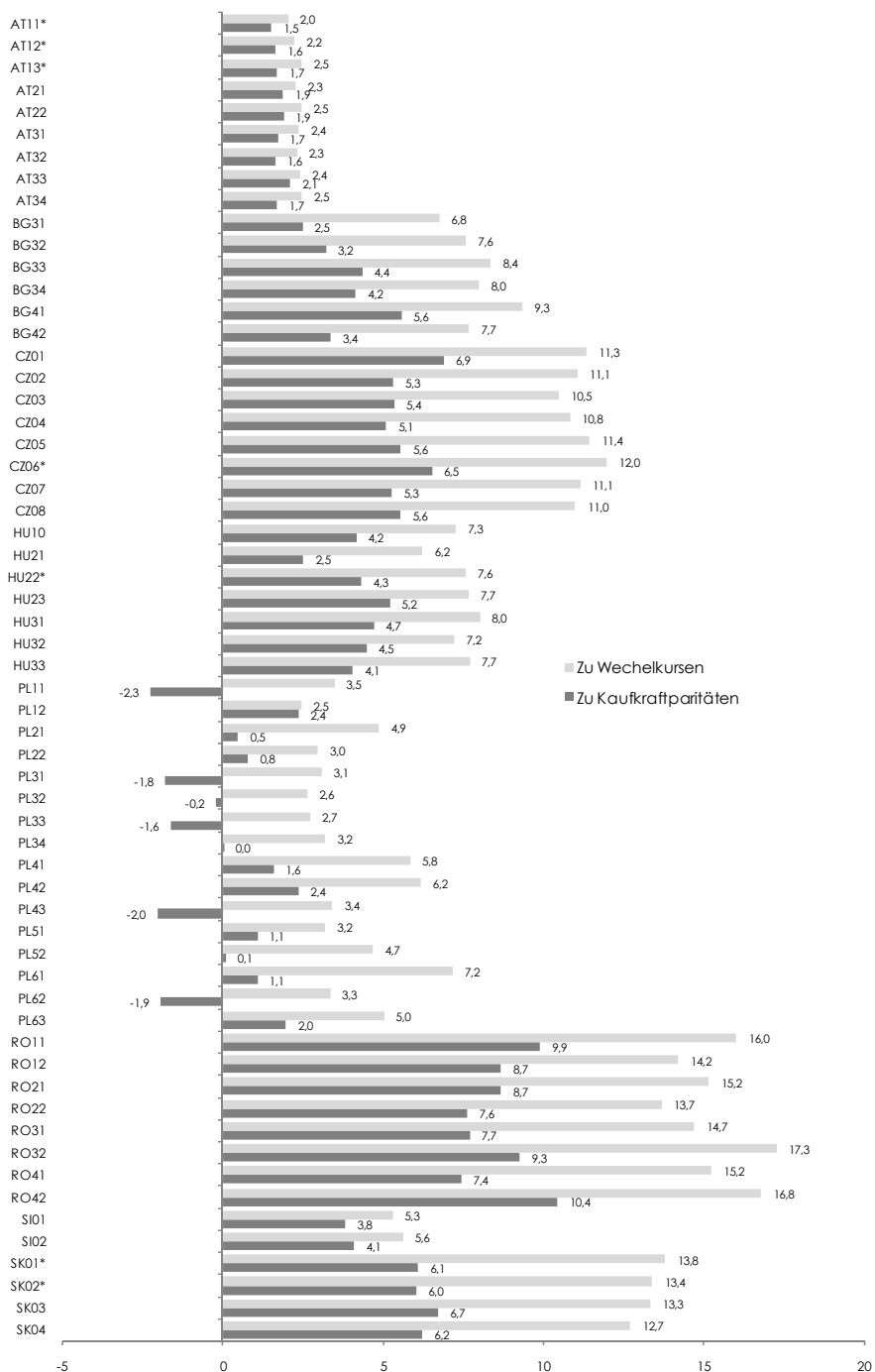
Auch bei der Lohnentwicklung zeigen sich ähnliche Tendenzen. Obwohl es auch hier in den letzten Jahren zu einer deutlichen Reduktion der regionalen Disparitäten unter den Nuts 2-Regionen der Länder kam, die hauptsächlich auf die Konvergenz zwischen den Ländern zurückzuführen ist (Huber, 2011), verbleiben immer noch erhebliche Unterschiede zwischen den Regionen innerhalb einzelner Länder. So zeigt zum Beispiel Abbildung 4.11 das Wachstum der Lohnsumme pro unselbständig Beschäftigten und Jahr zu Wechselkursen in den Regionen der CENTROPE-Länder im Zeitraum zwischen den Jahren 2000 und 2007.³³⁾ Wie schon bei den meisten anderen Indikatoren war dieses in den EU 12-Ländern ebenfalls rascher (zwischen jährlich durchschnittlich 2,5% in Mazowieckie in Polen und 16,8% im rumänischen Süd-Westen) als in Österreich (wo das Wachstum zwischen 2,0% im Burgenland und 2,5% in Wien) lag. Allerdings zeigen sich hier auch erhebliche Unterschiede in der Lohnentwicklung nach Ländern, die oftmals nur schwer durch unterschiedliche Produktivitätsentwicklungen zu erklären sind. Insbesondere stiegen die Löhne in den polnischen Regionen im hier betrachteten Zeitraum teils um weniger als 5%, während der Zuwachs in Tschechien, der Slowakei und Rumänien durchwegs mehr als 10% betrug. Die Ursache für diese im Vergleich zu den anderen EU 12-Ländern moderaten Lohnzuwächse in Polen dürfte dabei in der, in den Anfangsjahren der Beobachtungsperiode (d. h. in den frühen 2000ern), deutlich höheren Arbeitslosenquote der polnischen Regionen liegen, die zu einer entsprechend großen Lohnzurückhaltung geführt haben dürfte.

Trotz des hohen Wachstums in den EU 10-Ländern blieben die Lohnunterschiede zwischen den österreichischen Nuts 2-Regionen und den Regionen der EU 12-Länder hoch. Selbst in den Hauptstadtregionen der Neuen Mitgliedstaaten, die in diesen Ländern durchwegs das höchste Lohnniveau aufweisen, lag der durchschnittliche Jahreslohn eines unselbständig Beschäftigten zu Wechselkursen im Jahr 2006 zwischen 67,7% (Prag) und 11,3% in Severozapaden (Bulgarien) des Lohnniveaus des Burgenlandes (als dem österreichischen Bundesland mit dem niedrigsten Lohnniveau) und zwischen 49,7% und 8,3% des Lohnniveaus von Wien (als dem österreichischen Bundesland mit dem höchsten Lohnniveau).

Diese Lohnunterschiede wurden allerdings zu Wechselkursen berechnet und berücksichtigen daher nicht die erheblichen Kaufkraftunterschiede zwischen den Ländern. Sie sind daher vor allem für GrenzpendlerInnen relevant, da diese zum überwiegenden Teil in ihrem Heimatland konsumieren und daher vom niedrigen Preisniveau im Heimatland profitieren können, sodass diese Kennzahl wohl eher für den kleinräumigen CENTROPE-Raum als für den gesamten hier analysierten Integrationsraum relevant sein dürfte. Hier lagen aber die Lohnniveaus (zu Wechselkursen) in den Regionen der Neuen Mitgliedstaaten ebenfalls deutlich unter dem Niveau Österreichs. In Bratislava als der Region mit dem höchsten Lohnniveau unter den Regionen

³³⁾ Leider werden Lohndaten von Eurostat auf regionaler Ebene erst mit einiger Verzögerung gemeldet, sodass hier das Jahr 2007 das letztverfügbare ist.

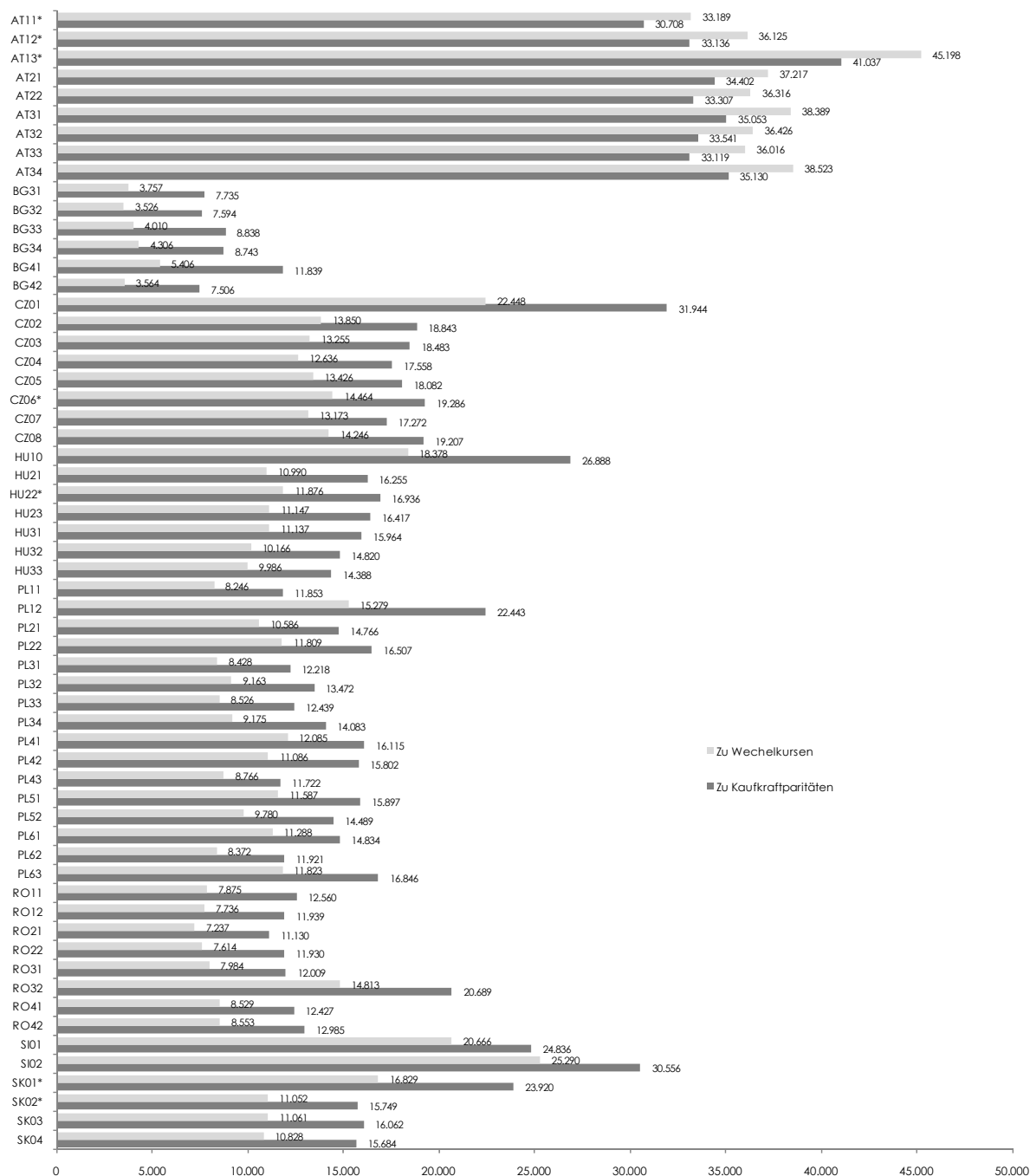
Abbildung 4.11: Wachstum Lohnniveaus in den Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder 2000-2007
In € pro unselbständig Beschäftigten und Jahr



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen – Anmerkung: Löhne = Lohnsumme pro unselbständig Beschäftigten und Jahr. – * CENTROPE-Regionen.

Abbildung 4.12: Lohnniveaus in den Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder 2007

In € pro unselbständig Beschäftigten und Jahr



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen – Anmerkung: Löhne = Lohnsumme pro unselbständig Beschäftigten und Jahr. – * CENTROPE-Regionen.

der Neuen Mitgliedstaaten der CENTROPE lag dieses 2007 bei 50,7% des Burgenlandes und bei 37,2% Wiens. In der Westslowakei – als der Region mit dem geringsten Lohnniveau waren dies 33,3% des burgenländischen und 24,5% des Wiener Wertes.

Für MigrantInnen – die im Empfängerland konsumieren – sind hingegen die Lohnunterschiede zu Kaufkraftparitäten relevanter. Deswegen werden in Abbildung 4.11 und 4.12 auch um Kaufkraftunterschiede bereinigte Lohnunterschiede dargestellt. Diese Betrachtung zeigt, dass Kaufkraftunterschiede zwar einen Teil aber bei weitem nicht die Gesamtheit der Unterschiede im Lohnniveau zu Wechselkursen erklären können. Obwohl sich auch hier ein in den Neuen Mitgliedstaaten durchgängig rascheres Lohnwachstum und dementsprechend eine Konvergenz unter den Regionen feststellen lässt, lag das Lohnniveau zu Kaufkraftparitäten in den Hauptstadtregionen der CENTROPE-Länder immer noch bei nur zwischen 18,3% (im Bulgarischen Yugoapaden) und 77,8% (Prag) des Wiener Lohnniveaus. Nur in Prag sind dabei die Löhne zu Kaufkraftparitäten höher als im Burgenland.

4.5 Prognosen

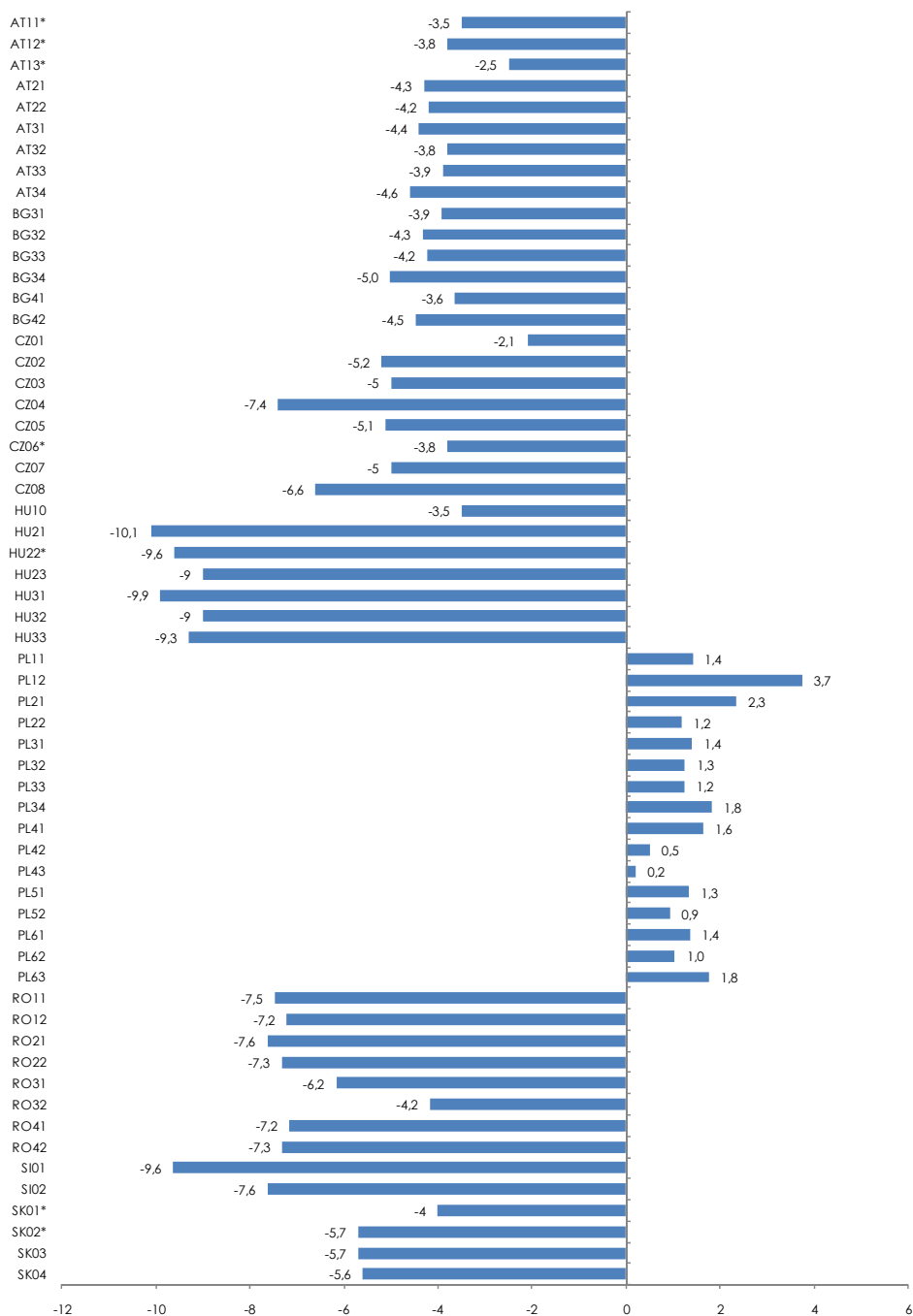
Insgesamt bestehen daher – trotz eindeutiger Konvergenztendenzen innerhalb der Region – zwischen den Nuts 2-Regionen Österreichs und jenen der angrenzenden Neuen Mitgliedstaaten immer noch große Einkommens-, Produktivitäts- und Lohnunterschiede, wobei allerdings die Nuts 2-Regionen der österreichischen Nachbarländer (mit der Ausnahme der ungarischen Regionen in den letzten Jahren) durch einen deutlichen Aufholprozess geprägt waren.

Nach den vorliegenden Prognosen dürfte dabei die Wirtschaftskrise 2009 diesen Aufholprozess unterbrochen und die regionalen Disparitäten eher vergrößert denn verkleinert haben. Nach den Prognosen von Cambridge Econometrics ist im Jahr 2009 das BIP in den meisten ungarischen Regionen mit Rückgängen von unter –9,0% eingebrochen. Die einzige Region, die hier einen deutlich geringeren Einbruch erlebte war die Hauptstadtregion Mittelungarn (mit einem Rückgang von –3,5%). Aber auch in Slowenien waren die Rückgänge mit –7,6% und –9,6% in beiden Regionen ebenso wie in Rumänien (mit zwischen –4,2% in Bukarest und –7,6% im Nordosten) erheblich.

In den meisten Nuts 2-Regionen der Slowakei (mit Ausnahme der Region Bratislava) sank das BIP ebenfalls stärker als im am meisten von der Konjunkturkrise betroffenen österreichischen Bundesland (Vorarlberg –4,6%). Die Rückgänge lagen hier durchwegs bei –5,6% bis –5,7%. In Tschechien und Bulgarien wurden (mit Rückgängen von zwischen –2,1% in Prag und –7,4% im tschechischen Nordwesten beziehungsweise zwischen –3,6% im bulgarischen Südosten und –5,0% im bulgarischen Südwesten) hingegen Rückgänge verzeichnet die zumindest teilweise im Bereich der österreichischen (zwischen –2,5% in Wien und –4,6% in Vorarlberg) lagen. Das einzige Land, in dem aufgrund der guten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (siehe Kapitel 3) nach den vorliegenden Schätzungen auch alle Regionen im Jahr 2009 noch ein BIP-Wachstum (von +0,2% in Lubuskie bis +3,7% in der Hauptstadtregion (Malopolskie)) verzeichneten, war Polen.

Abbildung 4.13: Schätzung des BIP Wachstums in den Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder 2009

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: ERECO, WIFO-Berechnungen.

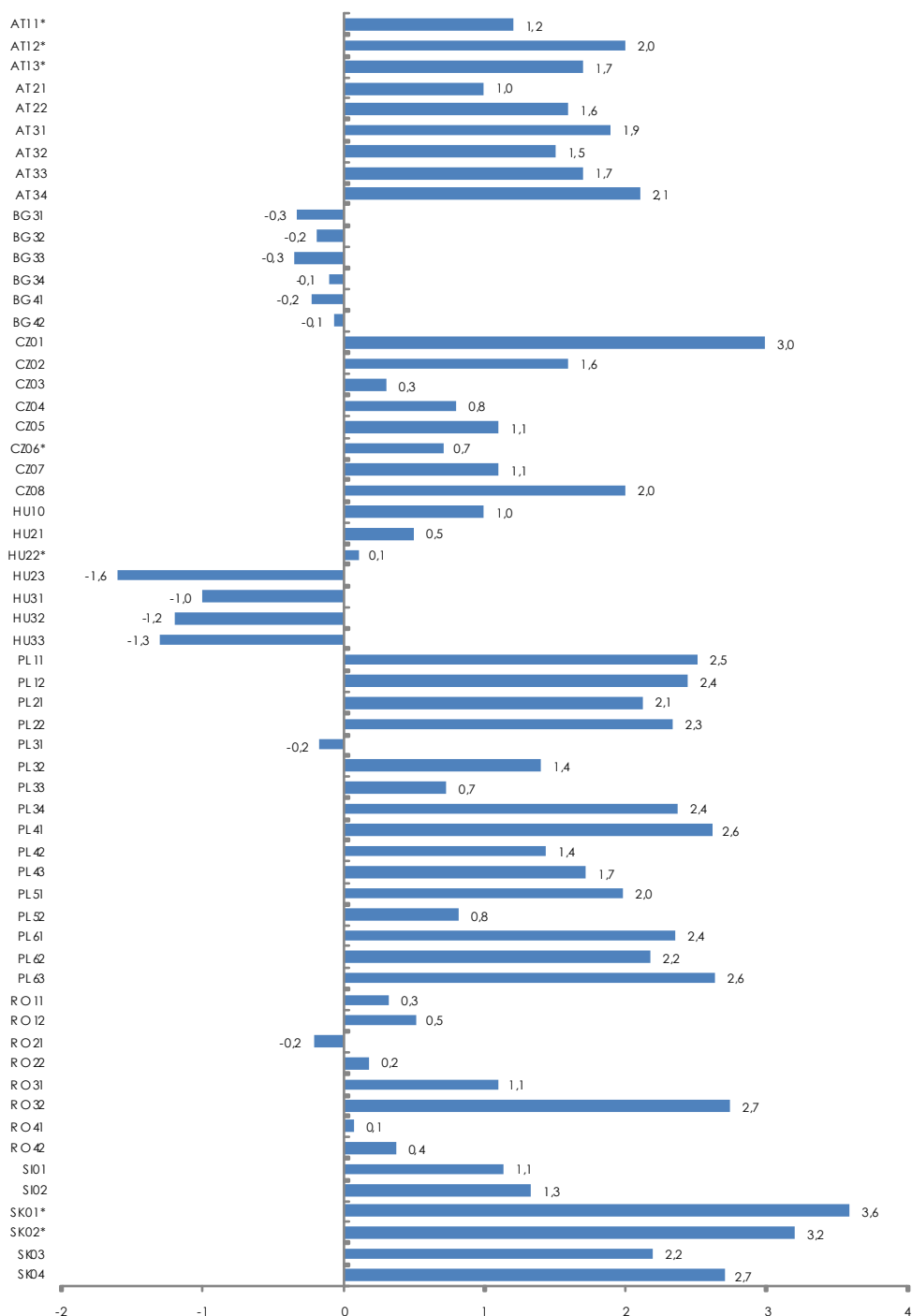
Allerdings zeigen diese Prognosen auch, dass die Krise auf regionaler Ebene insgesamt auch eine nur relativ kurzanhaltende Unterbrechung des Aufholprozesses in den meisten EU 12-Ländern war. Nur in einigen zumeist ungarischen Regionen hat sie zu einer Verlangsamung des mittelfristigen Wachstumspfadefes geführt. Für das Jahr 2010 wird für alle hier betrachteten Regionen mit Ausnahme aller bulgarischen und einiger ungarischer Regionen (Südtransdanubien, Nordungarn, Nördliche und Südliche Große Tiefebene) sowie der polnischen Region Lubelskie und dem rumänischen Nordosten ein positives BIP-Wachstum erwartet, wobei allerdings nur die slowakischen Regionen (mit Wachstumsraten zwischen 3,6% in Bratislava und 2,2% in der Westslowakei) durchgängig rascher wachsen sollten als das am raschesten wachsende österreichische Bundesland (Vorarlberg +2,1%). In Tschechien sollte hingegen das Wirtschaftswachstum nur in Prag (+3,5%) höher gewesen sein als in Österreich und in Slowenien und auch in Rumänien wird 2010 mit einem Wachstum gerechnet, welches in den meisten Regionen geringer gewesen sein sollte als in der österreichischen Region mit dem geringsten Wachstum (Kärnten +1,0%). In Polen, welches im Jahr 2009 aufgrund der positiven Wachstumsraten in allen Regionen noch durch eine Sonderentwicklung geprägt war, wuchsen hingegen 2010 nur mehr 8 Regionen deutlich rascher als die österreichischen Regionen.

Somit dürfte es 2010 nur in den slowakischen Regionen zu einer weiteren Angleichung des Wohlstandes an das österreichische Niveau gekommen sein. In den wenigen wachsenden ungarischen Nuts 2-Regionen wird dieses Wachstum hingegen niedriger sein als im am langsamsten wachsenden österreichischen Bundesland.

Ab dem Jahr 2011 sollte sich aber in allen Ländern mit Ausnahme Ungarns der bereits vor der Krise bestehende Aufholprozess fortsetzen, wobei hier auch weiterhin von einer bevorzugten Stellung der Städte in den EU 12-Ländern auszugehen ist, sodass sich die für den Aufholprozess vor der Wirtschaftskrise typischen Muster weiter fortsetzen werden. Für den Zeitraum zwischen den Jahren 2011 und 2014 wird in den slowakischen und tschechischen Regionen durchwegs mit jährlich durchschnittlichen Zuwachsraten von zwischen 3,8% (im tschechischen Südwesten) und 4,7% (Prag) gerechnet. In Bulgarien und Rumänien sollten die Wachstumsraten mit zwischen 4,1% (im bulgarischen Südosten) und 7,0% (in Bukarest) liegen, während in Polen und Slowenien, von deutlich höheren Niveaus ausgehend, Zuwächse von zwischen 3,8% (in Oberslowenien) und 6,5% (in der Hauptstadtregion Polens – Malopolskie) erwartet werden. Einzig in Ungarn werden die Wachstumsraten in allen Regionen (mit Ausnahme der Hauptstadtregion Mittelungarn) in etwa in der Größenordnung des Wachstums der österreichischen Bundesländer liegen, wobei allerdings die Grenzregion Westtransdanubien (+2,5%) deutlich (um rund einen Prozentpunkt) rascher wachsen sollte als die anderen ungarischen Regionen.

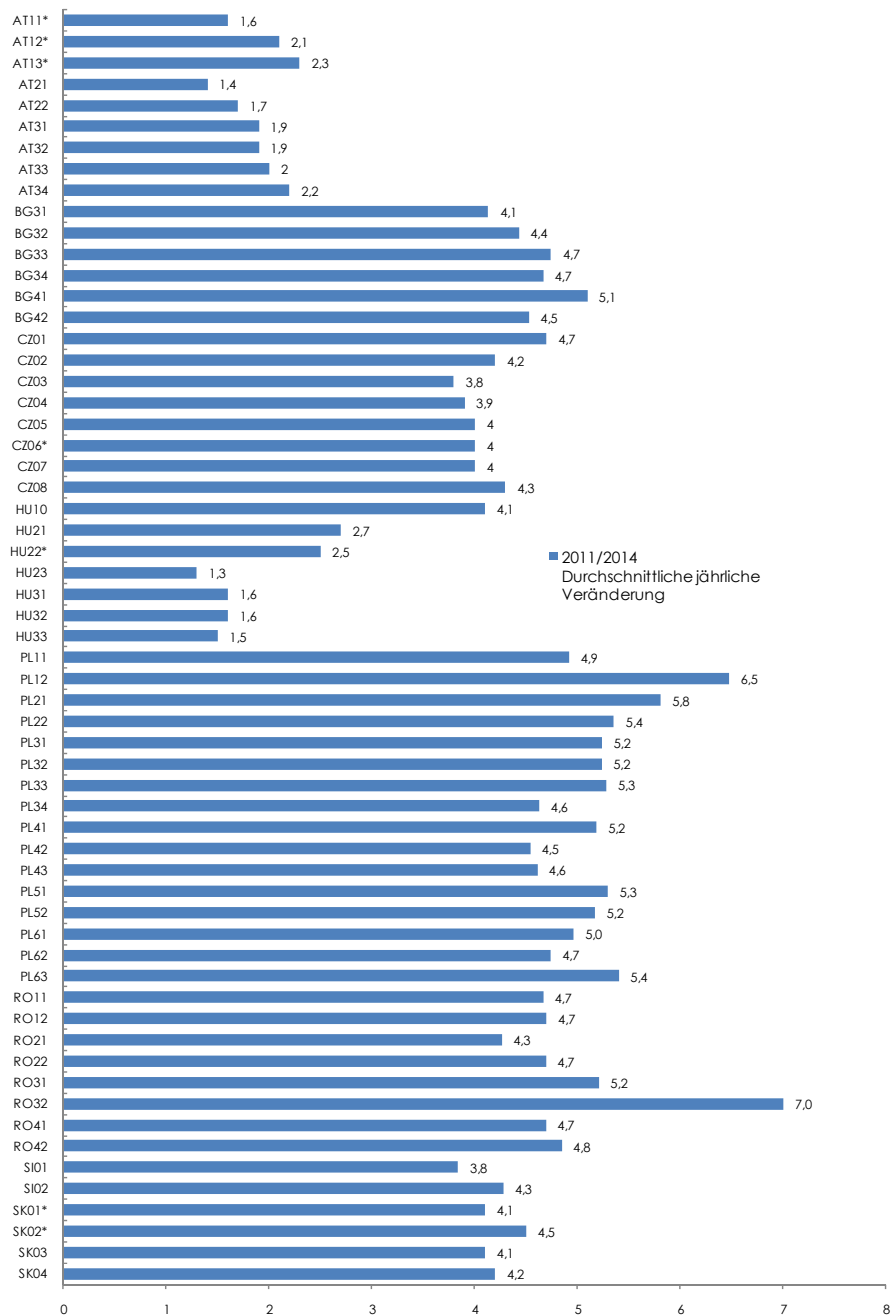
Abbildung 4.14: Schätzung des BIP Wachstums in den Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder 2010

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: ERECO, WIFO-Berechnungen. – *CENTROPE-Regionen.

Abbildung 4.15: Prognose des BIP-Wachstums in den Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder 2011-2014



Q: ERECO, WIFO-Berechnungen. – * CENTROPE-Regionen.

4.6 Zusammenfassung

Insgesamt zeigt die regionale Analyse dieses Kapitels somit, dass das letzte Jahrzehnt in den Süd- und mitteleuropäischen EU-Ländern durch einen von der Wirtschaftskrise unterbrochenen deutlichen Aufholprozess der Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder dieser Region geprägt war. Allerdings ergänzt diese Analyse diese Befunde auch insofern als sie zeigt, dass dieser Konvergenzprozess zum einen von weiter steigenden regionalen Unterschieden innerhalb dieser (bereits am Anfang der 2000er Jahre durch große regionale Disparitäten geprägten) Länder begleitet wurde und zum anderen der Grad der erreichten Konvergenz beim Lohn- und auch Produktivitätsniveau deutlich geringer ist als bei Indikatoren wie der Arbeitslosigkeit und dem BIP pro Kopf.

Insgesamt waren dabei in der Regionalentwicklung in den EU 12-Ländern im letzten Jahrzehnt in erster Linie die Hauptstadtregionen bevorzugt. Da sie bereits im Jahr 2000 durch ein deutlich besseres Entwicklungsniveau geprägt waren als der Rest der Länder, führte dies zu steigenden regionalen Unterschieden in diesen Ländern. In zweiter Linie waren aber auch die Grenzregionen bevorzugt, da in der gesamten Region ein deutliches West-Ost-Gefälle besteht, wobei allerdings nicht alle unmittelbaren Grenzregionen der Neuen Mitgliedstaaten über den gesamten Zeitraum bevorzugt waren. Insbesondere in Westtransdanubien war die Entwicklung bereits in den Jahren vor der Wirtschaftskrise durch ein langsames Wachstum und eine steigende Arbeitslosigkeit geprägt und auch in Polen, Rumänien und Tschechien war das West-Ost-Gefälle zumindest hinsichtlich der Arbeitslosigkeit nicht so stark ausgeprägt, wie in den anderen EU 12-Ländern dieser Region.

Abgesehen von den offensichtlichen Herausforderungen, die die steigenden regionalen Disparitäten innerhalb der Länder an die nationale Regionalpolitik stellen, impliziert die bevorzugte Stellung der Grenzregionen innerhalb der Neuen Mitgliedstaaten, dass die regionalen Unterschiede in den unmittelbaren Grenzregionen Österreichs mit EU 12-Ländern deutlich geringer sind als zwischen den Ländern. Als spektakuläres Beispiel kann hier die Stadt Bratislava dienen, deren BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten 2008 bereits höher war als in Wien. Diese geringeren regionalen Unterschiede relativieren somit übertriebene Besorgnis hinsichtlich möglicher grenzüberschreitender PendlerInnenströme. Gleichzeitig bedeutet dies aber auch, dass die weiter entfernt liegenden Regionen Bulgariens und auch Rumäniens ein deutlich geringeres Einkommen haben als die Nachbarländer Österreichs, und die Migrationsanreize aus diesen Ländern entsprechend hoch sind.

Schlussendlich zeigt sich auch, dass die Einkommens- und Lohnunterschiede zu Wechselkursen sogar in den Grenzregionen zu den EU 12-Ländern (außerhalb Bratislavas) immer noch hoch sind und in den weiter entfernten Regionen dementsprechend höher. So lag das Lohnniveau zu Kaufkraftparitäten vor der Krise in den meisten unmittelbaren Grenzregionen der Neuen Mitgliedsländer bei zwischen 51% (Westslowakei) bis 59% (Tschechischen Südosten) des burgenländischen Niveaus und zwischen 38% bis 44% des Wiener Niveaus. Selbst in Bratislava (als Region mit dem höchsten Lohnniveau in der unmittelbaren Grenzregion der Neuen Mitgliedstaaten) lagen die Löhne zu Wechselkursen 2007 nur bei 78% des Burgenlandes,

sodass in der Region auch weiterhin mit einem bestehenden Pendelpotential gerechnet werden muss.

5. Regionale Struktur und Strukturwandel

Abgesehen von den Unterschieden im wirtschaftlichen Entwicklungsniveau unterscheiden sich die EU 12-Länder auch in struktureller Hinsicht von Österreich. Sie sind durch eine andere Wirtschaftsstruktur, unterschiedliche Bildungsniveaus und auch durch unterschiedliche Arbeitsmarktstrukturen geprägt. Diese Unterschiede haben auch wichtige Auswirkungen auf die zu erwartende Struktur der Zuwanderung aus den Neuen Mitgliedstaaten nach dem Ende der Übergangfristen, da zum Beispiel aus Ländern mit einem hohen Anteil an gut ausgebildeten Facharbeitskräften tendenziell auch mehr gut ausgebildete Arbeitskräfte abwandern werden.

Dieses Kapitel fasst daher die wesentlichen Unterschiede in der Wirtschafts-, Bildungs- und Arbeitsmarktstruktur zwischen den EU 12-Ländern und Österreich anhand der verfügbaren Eurostat-Daten zusammen. Wie schon im letzten Kapitel sind allerdings auch hier die drei baltischen Länder sowie Malta und Zypern ausgenommen, weil sie keine Nuts 2-Regionen haben und außerdem die Übergangfristen für Malta und Zypern nicht gelten. Zum anderen wird aber auch vertiefend auf die Zwillingstädte Wien und Bratislava und ihr Umland (welches im Folgenden mit der CENTROPE-Region³⁴) gleichgesetzt wird) eingegangen, weil dieses Gebiet als das relevante Einzugsgebiet für grenzüberschreitendes Pendeln nach dem Ende der Übergangfristen angesehen werden kann.

Insgesamt werden dabei die strukturellen Unterschiede – in noch wesentlich stärkerem Ausmaß als jene in Einkommens- und Arbeitslosigkeitsniveaus – von der Nachkriegsgeschichte der betrachteten Länder und institutionellen Pfadabhängigkeiten geprägt (siehe *Palme - Huber, 2000; Huber, 2007* für einen Überblick). Dementsprechend sind auch die im letzten Kapitel festgestellten Konvergenztendenzen zwischen den hier betrachteten Ländern in struktureller Hinsicht weniger stark ausgeprägt.

5.1 Strukturwandel und sektorale Entwicklung

5.1.1 Sektorstruktur

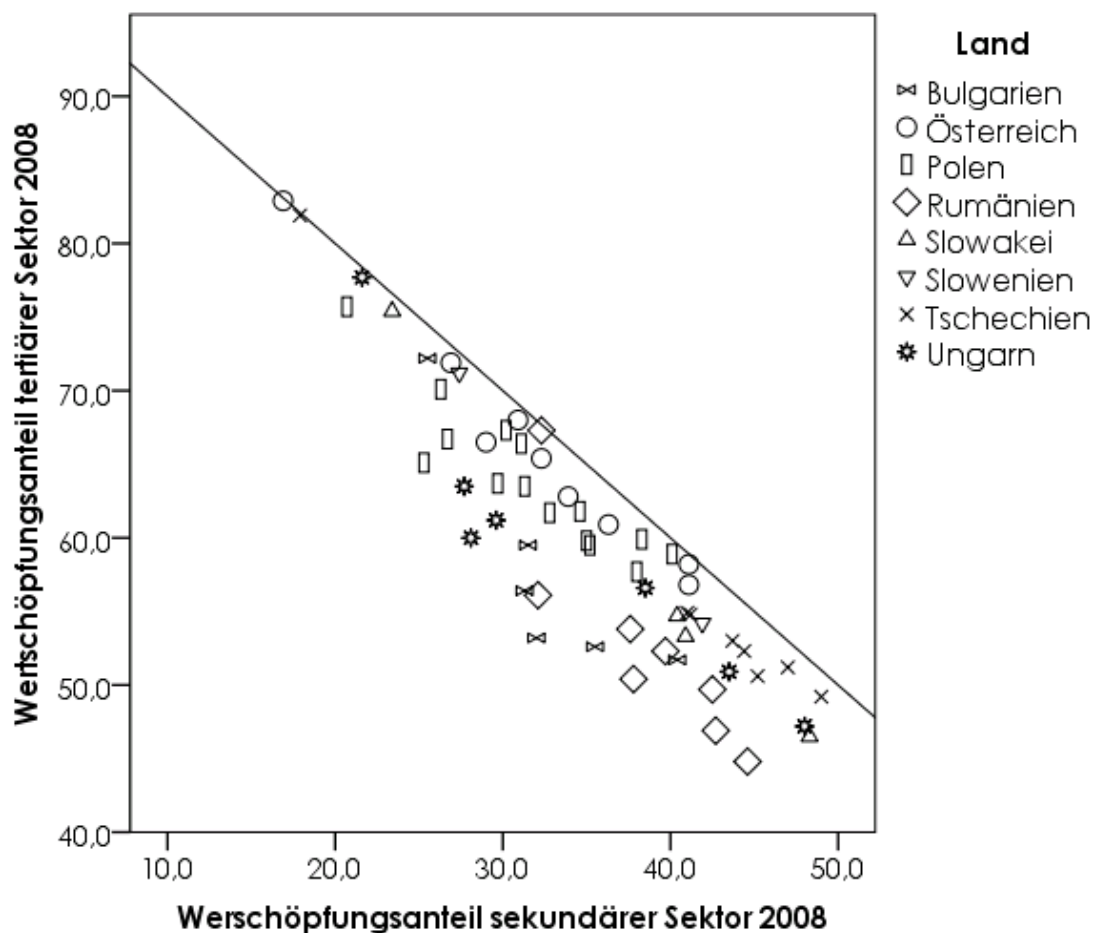
So zeigt zum Beispiel ein Vergleich der Sektoranteile an der Bruttowertschöpfung und Beschäftigung der Regionen unter den EU 12-Ländern, dass es sich bei diesen Regionen zum überwiegenden Teil entweder um nur wenig tertiärisierte Industrieregionen oder aber stark agrarisch geprägte Regionen handelt. Dies wird aus den Abbildungen 5.1 und 5.2 ersichtlich, in denen die Beschäftigungsanteile des tertiären und sekundären Sektors im Jahr 2008 an der Beschäftigung und an der Wertschöpfung der Regionen des hier untersuchten Raumes dargestellt werden. Da sich die Summen der Anteile des primären, sekundären und tertiären Sek-

³⁴ Diese Region besteht (auf Nuts 2-Ebene) aus den 3 österreichischen Bundesländern der Ostregion (Wien, Niederösterreich, Burgenland), Bratislava und der Westslowakei, sowie aus Westtransdanubien (Ungarn) und dem tschechischen Südosten.

tors auf 100% summieren müssen, gibt die Distanz eines Punktes zur in diesen Abbildungen ebenfalls aufgetragenen negativ geneigten 45 Grad Linie durch die jeweiligen 100% Anteile des sekundären und tertiären Sektors den Landwirtschaftsanteil an. Je weiter eine Region unter dieser Linie liegt, desto höher ist ihr Agraranteil.

Abbildung 5.1: Sektoranteile an der Bruttowertschöpfung in den Regionen der EU 12-Länder 2008

Anteile in %

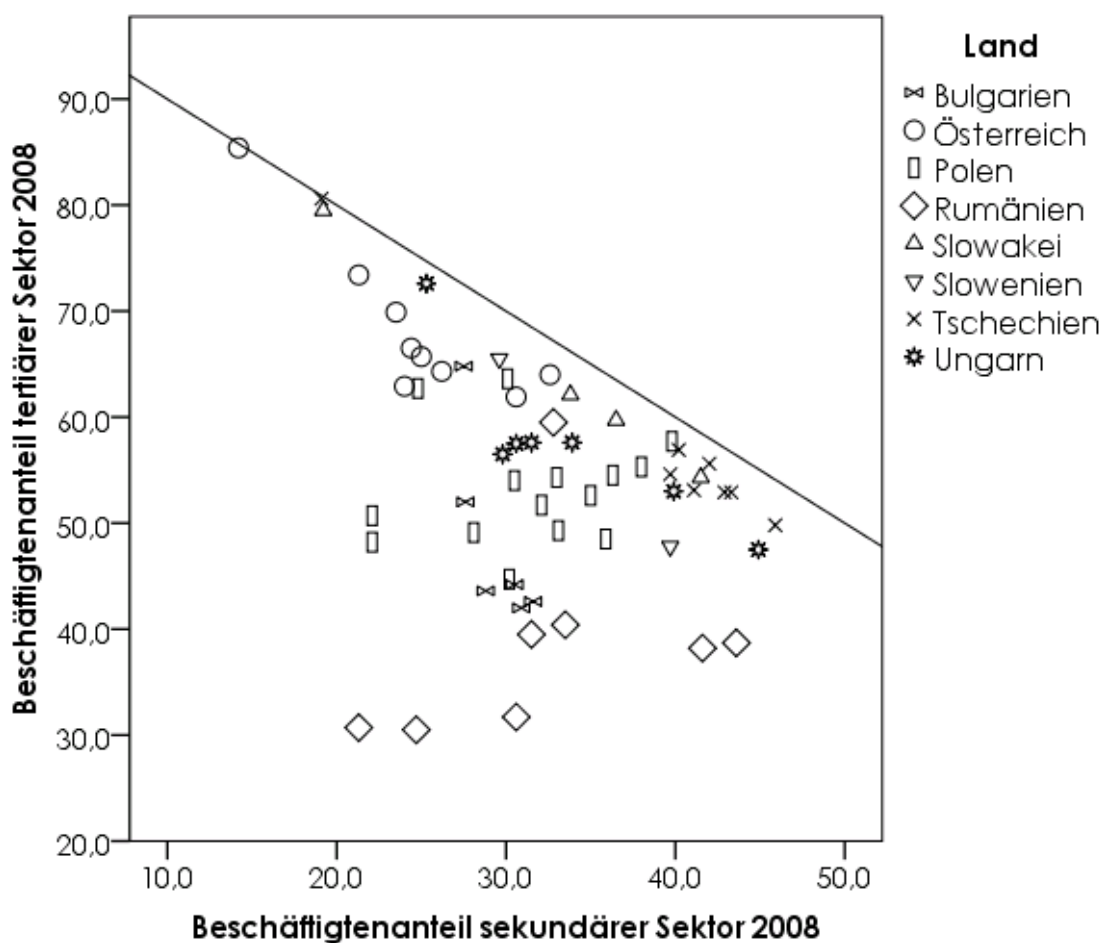


Q: Eurostat.

Unter den 59 Regionen der hier analysierten EU 12-Länder weisen dabei nur 7 (die Hauptstadtregionen Bulgariens, Tschechiens, Sloweniens, Polens und der Slowakei sowie die polnische Region Zachodniopomorskie und der bulgarische Südosten) Anteile des tertiären Sektors an der Beschäftigung auf, die höher sind als im am wenigsten stark tertiärisierten österreichischen Bundesland (Oberösterreich: 60,6%). In allen Regionen (außer den Hauptstadtregionen) liegt der Anteil der Dienstleistungen an der Wertschöpfung unter 65%. Die einzige Ausnahme hierzu sind die polnischen Regionen, bei denen zwar der Dienstleistungsanteil an der

Beschäftigung durchwegs gering (zwischen 44,7% in Swietokrzyskie und 63,3% in Zachodniopomorskie) ist, aber der Anteil der Dienstleistungen an der Wertschöpfung durchgängig über 65% (von 67,7% in Opolskie bis 75,7% in Mazowieckie) liegt. Damit weisen in den EU 12-Ländern alle Regionen außer den Hauptstädten und den polnischen Regionen einen geringeren Anteil der Dienstleistungen an der Beschäftigung und Wertschöpfung auf als die österreichischen Bundesländer und selbst in den Hauptstadtregionen ist der Anteil der Dienstleistungen (sowohl bei Beschäftigung als auch an der Wertschöpfung) deutlich niedriger als in Wien (85,4%).

Abbildung 5.2: Sektoranteile an der Beschäftigung in den Regionen der EU 12-Länder 2008
Anteile in %



Q: Eurostat.

Ähnlich ist in den meisten der Regionen der hier analysierten EU 12-Länder auch der Anteil der Beschäftigten und der Wertschöpfung in der Landwirtschaft hoch. Dies trifft insbesondere auf die bulgarischen und rumänischen Regionen zu, in denen der Agraranteil an der Wertschöpfung außerhalb der Hauptstadtregionen durchwegs bei über 7% liegt und der Anteil der

Beschäftigung sogar häufig über 20%. Es gilt aber auch für einige strukturschwächere in den östlichen Landesteilen gelegenen Regionen Ungarns und Polens, wo die Agraranteile oftmals ähnliche Größenordnungen erreichen.

In jenen Regionen, in denen der Agraranteil gering ist, wie zum Beispiel den tschechischen und slowakischen Regionen ist hingegen der Anteil der Sachgütererzeugung deutlich höher als im österreichischen Bundesland mit dem höchsten Anteil des sekundären Sektors an der Wertschöpfung und Beschäftigung, welches Vorarlberg ist. Einzig in den Hauptstadtregionen dieser Länder und in der Ostslowakei ist der Anteil des sekundären Sektors an der Wertschöpfung geringer als in Vorarlberg. Beim Anteil der Beschäftigten trifft dies sogar nur auf die Hauptstadtregionen dieser Länder zu. Darüber hinaus ist auch in den Hauptstadtregionen dieser Länder der Anteil des sekundären Sektors an Wertschöpfung und Beschäftigung deutlich höher als in Wien. In Ungarn und Polen sind hingegen nur einzelne Regionen (insbesondere West- und Südtransdanubien in Ungarn und Slasko (Schlesien), Wielkopolskie sowie Lubuskie in Polen) ähnlich stark industrialisiert.

Insgesamt ergeben sich somit für die Gesamtregion recht erhebliche strukturelle Unterschiede die zumeist von nationalen Bruchlinien innerhalb der Region bestimmt werden. So sind insbesondere die beiden EU 2-Länder (Bulgarien und Rumänien) im Vergleich zum Durchschnitt der EU 27 noch stark landwirtschaftlich geprägt, während Tschechien und die Slowakei deutlich überdurchschnittliche Industrieanteile aufweisen. In Polen und Ungarn bestehen hingegen (zumeist im Osten) sowohl stark landwirtschaftlich geprägte Regionen als auch (überwiegend im Westen) industriell geprägte Regionen. Gemeinsam ist den Regionen in den EU 12-Ländern hingegen eine geringe Bedeutung des tertiären Sektors bei der Beschäftigung und (in allen Ländern mit der Ausnahme Polens) auch in der Wertschöpfung.

Für die CENTROPE-Region bedeutet die Lage an der Grenze zur Slowakei, Tschechien und dem in Ungarn deutlich stärker industrialisierten Westtransdanubien allerdings, dass der Anteil des primären Sektors an der Wertschöpfung und Beschäftigung in den CENTROPE-Regionen der Neuen Mitgliedstaaten oder Österreichs nur gering ist. Hier fallen vor allem die österreichischen Bundesländer als Regionen mit einem hohen Beschäftigungsanteil aber einem geringen Wertschöpfungsanteil des primären Sektors auf. Dies ist allerdings auf die große Zahl an mithelfenden Familienangehörigen in der stark nebenerwerbsorientierten österreichischen Landwirtschaft zurückzuführen. Bei den in den Neuen Mitgliedstaaten gelegenen Regionen der CENTROPE handelt es sich zumeist um stark industrialisierte Regionen, in denen der Anteil des sekundären Sektors an der Wertschöpfung bei zwischen 41,0% (im tschechischen Südosten) und 48,3% (in der Westslowakei) liegt, oder aber um dienstleistungsorientierte Hauptstädte wie Bratislava.

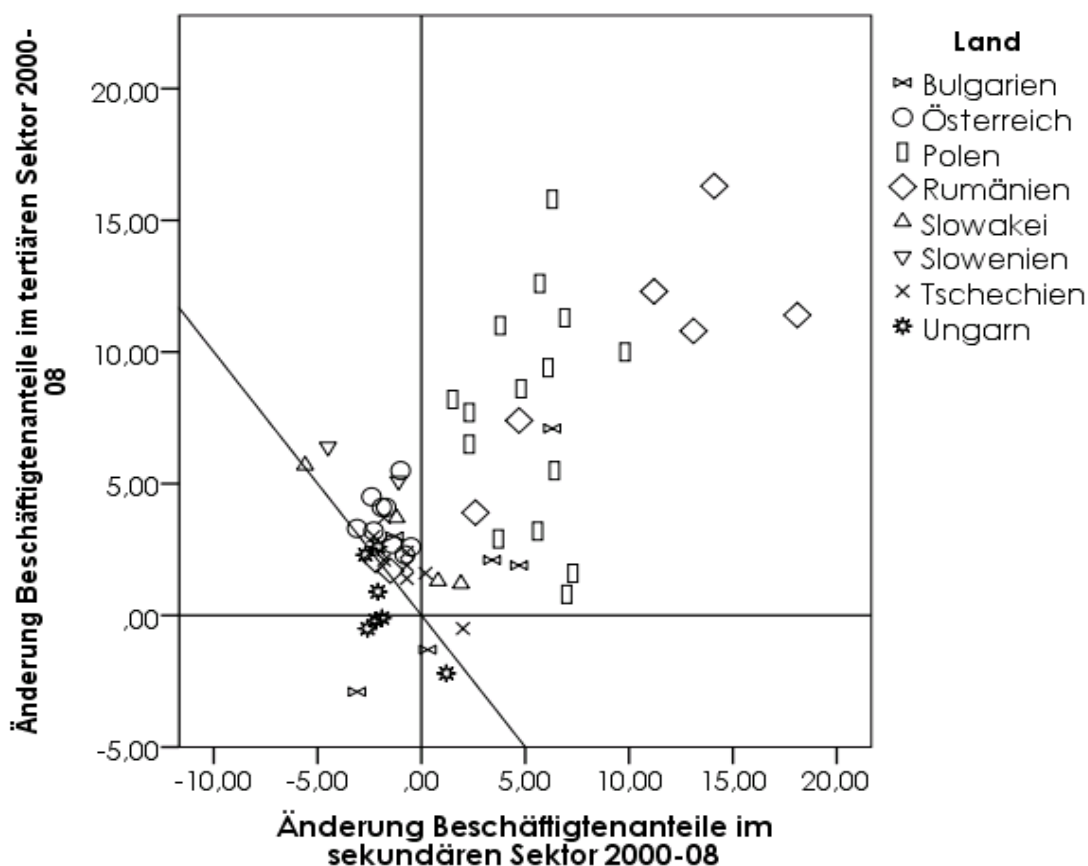
5.1.2 Sektorstrukturwandel

Bei den Spezialisierungsmustern der hier untersuchten Regionen zeigen sich aber – im Gegensatz zu den Wohlstandsindikatoren – kaum Anzeichen einer Konvergenz. Um dies zu illustrieren wurden in Abbildung 5.3 die Veränderungen der Sektoranteile an der Beschäftigung des ter-

tiären und sekundären Sektors im Zeitraum 2000 bis 2008 dargestellt. Die auf der horizontalen Achse eingetragenen Werte zeigen die Änderung des Anteils des sekundären Sektors an der Beschäftigung in diesem Zeitraum, während die vertikale Achse die Änderung im Anteil des tertiären Sektors misst. Da sich die Summe der Sektoranteilsänderungen auf null addiert, stellt die Distanz eines Punktes zu der auf dieser Abbildung ebenfalls aufgetragenen negativ geneigten 45°-Geraden durch den Ursprung die Veränderung im Sektoranteil des primären Sektors dar. Abbildung 5.4. wiederholt diese Abbildung für die Veränderungen der Sektoranteile an der Wertschöpfung des tertiären und sekundären Sektors im Zeitraum 2000 bis 2008.

Abbildung 5.3: Änderung der Sektoranteile an der Beschäftigung 2000 bis 2008

In Prozentpunkten

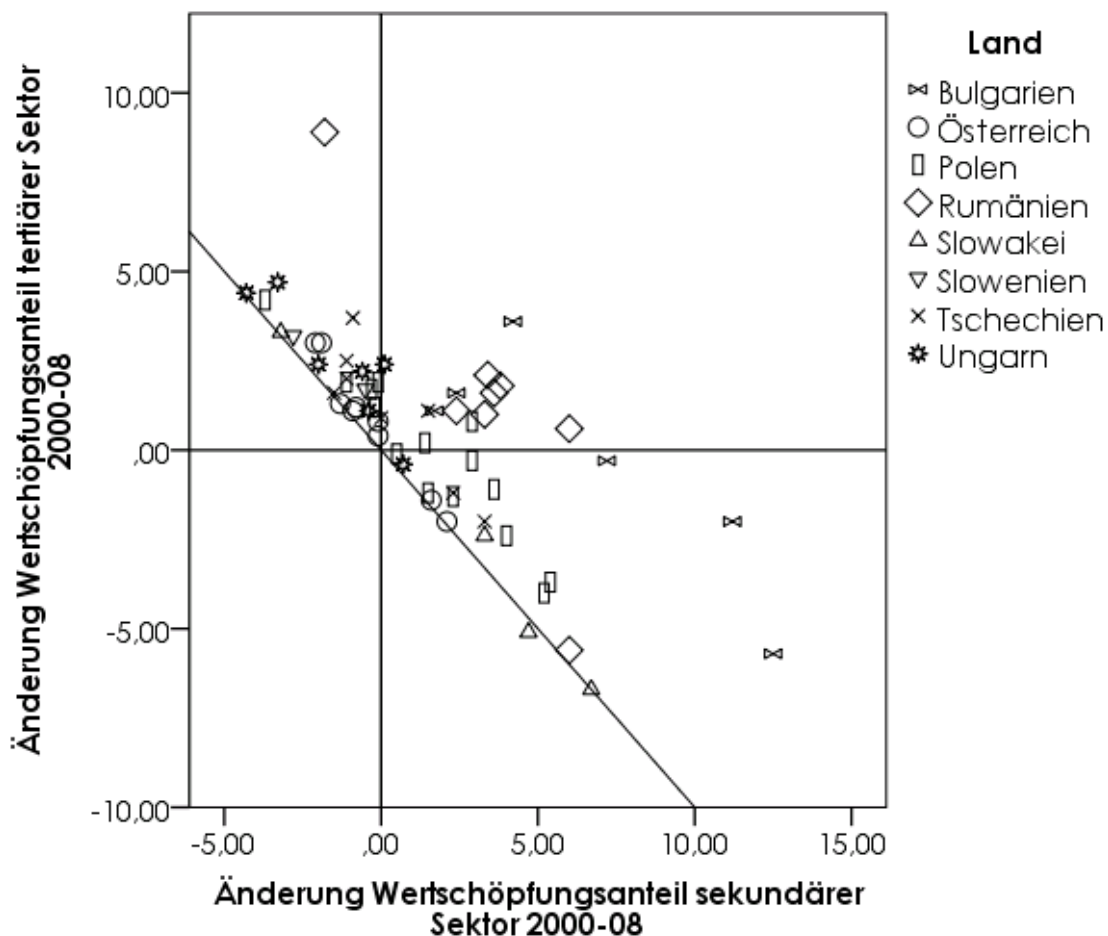


Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Wie aus diesen Abbildungen ersichtlich, kam es im letzten Jahrzehnt in allen österreichischen Bundesländern bei sinkendem Agraranteil zu einer deutlichen De-Industrialisierung der Beschäftigtenstruktur. Dementsprechend stieg der Anteil des tertiären Sektors an der Beschäftigung. Ähnliches gilt auch für die Sektoranteile an der Wertschöpfung. Hier sank der Anteil des primären Sektors in allen österreichischen Bundesländern und auch der Anteil des sekun-

dären Sektors ging in fast allen Bundesländern (mit Ausnahme Tirols und Vorarlbergs) – wenn auch aufgrund einer besseren Produktivitätsentwicklung im Sachgüterbereich deutlich weniger stark als bei der Beschäftigung – zurück. Der Dienstleistungsanteil an der Wertschöpfung erhöhte sich hingegen in allen Bundesländern außer Vorarlberg und Tirol.

Abbildung 5.4: Änderung der Sektoranteile an der Wertschöpfung 2000 bis 2008
In Prozentpunkten



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

In den Regionen der EU 12-Länder bestehen hingegen weniger eindeutige Tendenzen des sektoralen Strukturwandels. In Slowenien kam es – ähnlich wie in Österreich – sowohl bei der Struktur der Wertschöpfung als auch bei jener der Beschäftigung zu einer Abnahme des Anteils des primären Sektors kam und auch zu einer (beim Wertschöpfungsanteil aber deutlich schwächeren als beim Beschäftigungsanteil) De-Industrialisierung. In Tschechien waren hingegen in allen Regionen (mit Ausnahme Zentralböhmens und der CENTROPE-Region des tschechischen Südostens, in denen der Beschäftigungsanteil im Sachgüterbereich stieg) zwar

die Beschäftigungsanteile sowohl im primären als auch im sekundären Sektor fallend. Bei den Wertschöpfungsanteilen stieg aber der Anteil des sekundären Sektors in 4 von 8 Regionen, was in zwei Regionen (Mittelmähren und Mährisch-Schlesien) sogar zu rückläufigen Wertschöpfungsanteilen des tertiären Sektors führte.

In allen slowakischen Regionen mit Ausnahme Bratislavas, wo (sowohl bei Beschäftigung als auch Wertschöpfung) De-Industrialisierungstendenzen dominierten, und der Mittelslowakei (wo der Beschäftigungsanteil im sekundären Sektor sank) kam es hingegen – aufgrund der guten Industriekonjunkturlage und der erheblichen industriellen Direktinvestitionen – zu einem Anstieg sowohl des Wertschöpfungs- als auch des Beschäftigungsanteils im sekundären Sektor und einem Rückgang des Wertschöpfungsanteils (aber einen steigenden Beschäftigungsanteil) des tertiären Sektors. Diesem Muster folgte auch die Mehrheit der polnischen Regionen (obwohl hier der Wertschöpfungsanteil des sekundären Sektors sowohl in der Hauptstadtregion als auch in Malopolskie, Zachodniopomorskie, Kujawsko-Pomorskie und Pomorskie sank). Umgekehrt war in Rumänien und Bulgarien der Rückgang des Anteils des primären Sektors so stark, dass sowohl der sekundäre als auch der tertiäre Sektor in allen Regionen (außer Bukarest und dem Nordosten in Rumänien) sowohl die Wertschöpfungs- und auch Beschäftigungsanteile erhöhen konnten. In den ungarischen Regionen schlussendlich sank der Industrieanteil an den Beschäftigten und in den meisten Regionen auch an der Wertschöpfung, wobei allerdings bei der Beschäftigung neben dem Anteil des tertiären Sektors auch der Anteil des primären Sektors stieg.

In vielen der EU 12-Länder kam es daher aufgrund der zunehmenden – zumeist industriellen – Direktinvestitionen in diesen Ländern im letzten Jahrzehnt zu einer zunehmenden Industrialisierung, wobei es gerade in den am Anfang der Periode stark industrialisierten Regionen der CENTROPE zu einem Anstieg oder einem nur schwachen Sinken des Industrieanteils kam, sodass hier zumindest für den Zeitraum 2000 bis 2008 (insbesondere hinsichtlich der Wertschöpfung) von kaum einer strukturellen Konvergenz zwischen den österreichischen CENTROPE-Regionen und den CENTROPE-Regionen der Neuen Mitgliedsländer gesprochen werden kann.

5.2 Humankapital

Den unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen entsprechend unterscheidet sich auch die Bildungsstruktur der Bevölkerung zwischen den EU 12-Ländern recht deutlich. Insgesamt sind dabei die CENTROPE-Länder inklusive Österreich im europäischen Vergleich durch einen hohen Anteil an Personen mit mittleren Ausbildungsniveaus und einem geringen Anteil an Niedrigqualifizierten geprägt. So hatten im Jahr 2010 in der gesamten EU 27 48,4% der Beschäftigten einen mittleren Schulabschluss, im Durchschnitt der CENTROPE-Länder und Österreichs waren es aber 70,1% und selbst in der Region mit dem geringsten Bevölkerungsanteil mit mittlerer Qualifikation (Budapest) lag dieser Anteil noch deutlich höher (bei 58,1%) als im europäischen Durchschnitt. Ähnlich betrug der Anteil der Beschäftigten mit niedriger Ausbildung im europäischen Durchschnitt 22,0%, im Durchschnitt der CENTROPE-Länder aber

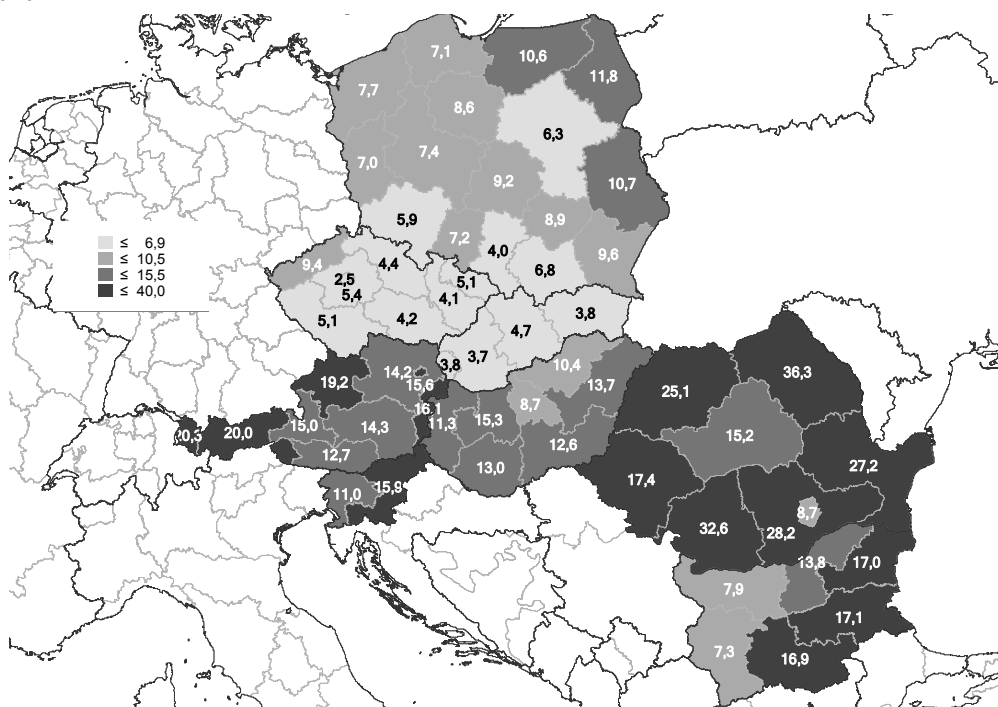
nur 9,4%, wobei auch hier dieser Anteil in der Region mit dem höchsten Anteil der Niedrigqualifizierten (Vorarlberg) mit 20,3% noch immer unter dem europäischen Durchschnitt lag.

Allerdings weisen die CENTROPE-Länder im europäischen Vergleich auch durchgängig einen nur unterdurchschnittlichen Anteil der Beschäftigten mit einem hohen (tertiären) Bildungsabschluss auf. Hier lag der europäische Durchschnitt im Jahr 2010 bei 28,9%, der Durchschnitt der hier betrachteten Länder lag bei 20,5%, wobei dieser nur in den Hauptstadtregionen der CENTROPE-Länder (Bratislava 36,0%, Prag 35,6%, Mittelungarn 32,2%) über dem EU-Durchschnitt lag. Dieser Anteil war in diesen Städten im Jahr 2010 auch höher als in Wien, wo er mit 28,6% sogar leicht unter dem EU-Durchschnitt lag.

Insgesamt ist damit die Bevölkerung in den CENTROPE-Ländern aufgrund eines deutlich geringeren Anteils der Niedrigqualifizierten besser ausgebildet als im europäischen Durchschnitt. Allerdings bestehen im hoch gebildeten Segment immer noch Defizite gegenüber dem EU-Mittelwert.

Abbildung 5.5: Beschäftigungsstruktur nach höchster erreichter Ausbildung in der CENTROPE: Niedrige Ausbildung (ISCED 0-2)

Nuts 2, 2010



Q: Eurostat. WIFO-Berechnungen.

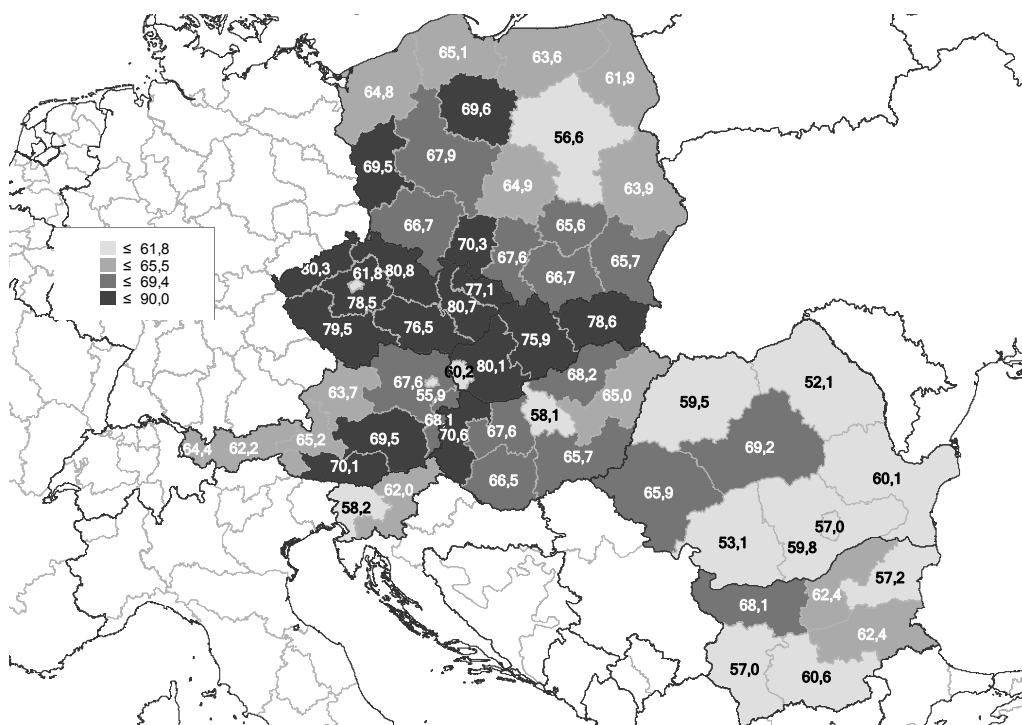
In den anderen EU 12-Ländern ähneln die Bildungsstrukturen im Vergleich zum übrigen Europa zwar diesen generellen Befunden. Allerdings ergeben sich auch einige wichtige nationale Unterschiede, die nicht zuletzt auch auf Unterschiede in den nationalen Bildungssystemen zurückzuführen sind. So sind zum Beispiel in Polen (mit einem Anteil von zwischen 6,3% und

11,8%) auch wie in Slowenien, die Anteile der Geringqualifizierten ähnlich niedrig wie in den CENTROPE-Ländern, in den EU 2-Ländern sind sie aber deutlich höher. Insbesondere in Rumänien liegt dabei der Anteil der gering qualifizierten Arbeitskräfte in der Mehrheit der Nuts 2-Regionen über dem Durchschnitt der EU 27 und mit Ausnahme Bukarests deutlich über dem Durchschnitt der EU 12-Länder und auch Österreichs. Ähnlich weisen auch alle Regionen Bulgariens (mit Ausnahme der beiden westlichen Regionen) einen höheren Anteil der Geringqualifizierten auf als die anderen EU 12-Länder.

Auch der Anteil der Beschäftigten im mittleren Qualifikationssegment ist in Polen und Slowenien und auch (wenn auch geringer als in diesen beiden Ländern) in Bulgarien und Rumänien deutlich höher als im EU 27-Durchschnitt, erreicht aber nicht ähnlich hohe Werte wie in den tschechischen und slowakischen Regionen oder aber auch in Westtransdanubien. Der Anteil der Beschäftigten mit einem tertiären Abschluss ist hingegen in Polen, Slowenien und Bulgarien deutlich höher als in allen österreichischen oder auch CENTROPE-Regionen (mit Ausnahme der Hauptstädte).

Abbildung 5.6: Beschäftigungsstruktur nach höchster erreichter Ausbildung in der CENTROPE: Mittlere Ausbildung (ISCED 3-4)

Nuts 2, 2010



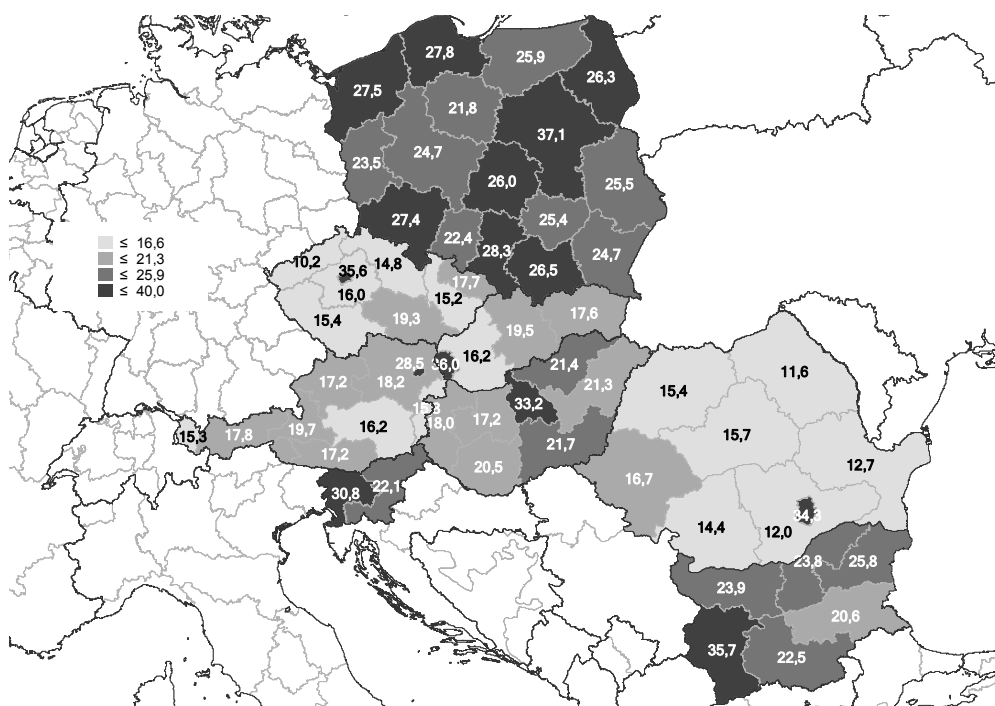
Q: Eurostat. WIFO-Berechnungen.

Insgesamt ist damit die Bildungsstruktur in den unmittelbar an Österreich grenzenden Nuts 2-Regionen zumeist besser als in den österreichischen Grenzregionen. Dies trifft sowohl auf die

tschechischen Grenzregionen (wo der Anteil der Geringqualifizierten geringer ist als in Ober- oder Niederösterreich und der Anteil der Mittelqualifizierten höher) wie auch auf Bratislava und die Westslowakei (die einen geringeren Anteil Niedrigqualifizierter und zumindest in Bratislava einen höheren Anteil an Höherqualifizierten haben) und auch auf Westtransdanubien (wo der Anteil der Hochqualifizierten höher und jener der Niedrigqualifizierten geringer ist als im Burgenland) zu. Insgesamt ist damit davon auszugehen, dass schon aufgrund des höheren Bildungsstandes der Sendelandbevölkerung sowohl MigrantInnen als auch PendlerInnen aus den EU 10-Ländern ein höheres Bildungsniveau aufweisen als der österreichische Durchschnitt. Jedenfalls weisen sie eine deutlich bessere Bildungsstruktur auf als bisherige MigrantInnen nach Österreich, wobei allerdings – aufgrund der Bevölkerungsstruktur dieser Länder – ein überwiegend aus dem mittleren Bildungsniveau stammendes Migrations- und Pendelpotential zu erwarten wäre.³⁵⁾

Abbildung 5.7: Beschäftigungsstruktur nach höchster erreichter Ausbildung in der CENTROPE: Hohe Ausbildung (ISCED 5-6)

Nuts 2, 2010



Q: Eurostat. WIFO-Berechnungen.

³⁵⁾ Einschränkend ist hier allerdings festzuhalten, dass sich diese Aussage einzig aus der Bevölkerungsstruktur der Neuen Mitgliedstaaten bezieht und daher nicht auf die Selektion der MigrantInnen und PendlerInnen innerhalb der Bevölkerung Bezug nimmt. Allerdings zeigt Nowotny (2011), dass das nach Österreich gerichtete Mobilitätspotential aus den hier analysierten Ländern weder positiv noch negativ selektiert ist.

Für ZuwanderInnen aus den von Österreich weiter entfernten EU 2-Ländern ist hingegen aufgrund der Bildungsstruktur eine etwas schlechter gebildete Gruppe zu erwarten. Da trotz eines im Vergleich zu Österreich hohen Anteils an tertiär ausgebildeten Arbeitskräften in Bulgarien in beiden Ländern insgesamt auch ein hoher Teil an nur niedrig qualifizierten Arbeitskräften arbeitet.

5.3 Struktur der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit

Außer diesen Unterschieden in der Struktur der Wirtschaft und der Arbeitskräfte bestehen aber auch noch einige Unterschiede in der Struktur der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit zwischen den Neuen Mitgliedstaaten und Österreich. So ist zum Beispiel der Anteil der Teilzeit- und atypisch Beschäftigten in den Neuen Mitgliedstaaten deutlich geringer als in Österreich. Während der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an der Gesamtbeschäftigung in den österreichischen Bundesländern durchwegs zwischen 22,1% (Burgenland) und 27,0% (Tirol) liegt und bei Frauen meist über 40% beträgt, ist er in den EU 10-Ländern mit zwischen 3,9% (Ostslowakei) und 13,8% (Podkarpackie) durchwegs geringer und erreicht in einigen Regionen Rumäniens (Nordosten, Nordwesten, Südosten und Süden) Werte von über 10%, während er in Bulgarien durchwegs unter 5% liegt. Interessanterweise ist dabei das Geschlechterverhältnis in der Teilzeitquote in allen EU 12-Ländern deutlich ausgewogener als in Österreich, wobei in Rumänien die Teilzeitquote der Männer in einigen Regionen sogar höher ist als unter Frauen.

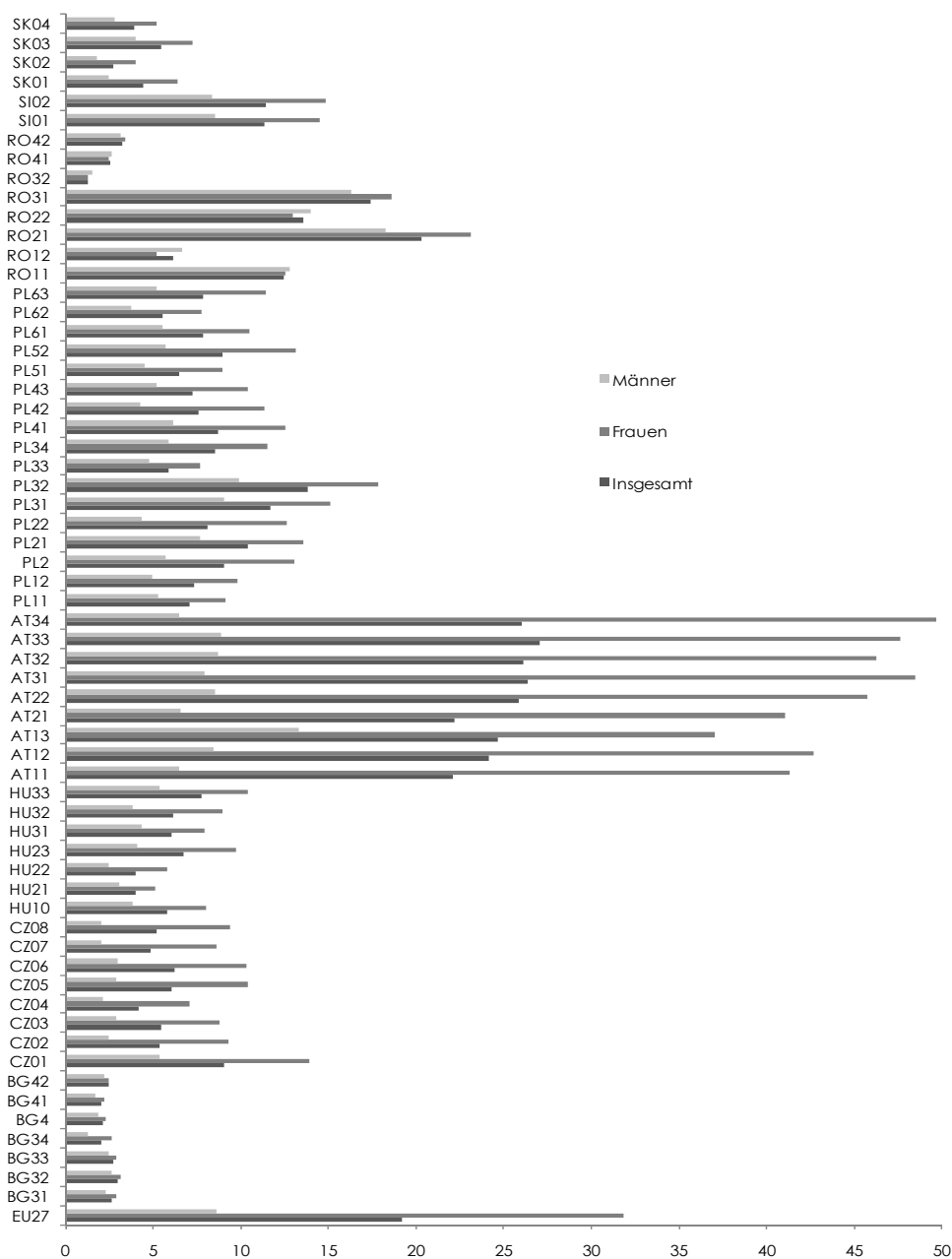
Dies ist von einiger Bedeutung, weil die hohe Teilzeitquote in Österreich auch Auswirkungen auf die Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeitsstatistik hat, die dazu führen, dass die Unterschiede zwischen den Neuen Mitgliedstaaten und Österreich (sowohl hinsichtlich Niveau als auch Dynamik) überzeichnet werden, da (unter sonst gleichen Bedingungen) Länder mit einer hohen Teilzeitquote auch eine höhere Beschäftigungsquote und eine geringere Arbeitslosenquote aufweisen.³⁶⁾

Daneben haben sich aber auch in den meisten EU 12-Ländern in den letzten Jahren die nach der politischen Wende der neunziger Jahre durchwegs sehr geringen Geschlechterunterschiede in der Beschäftigungs- und Arbeitslosenquote deutlich erhöht, sodass im Jahr 2010 einige Regionen dieser Länder im europäischen Vergleich bereits überdurchschnittliche Geschlechterunterschiede erreichten. So lag zum Beispiel im Jahr 2010, insbesondere in den tschechischen Regionen mit Ausnahme Prags und einigen polnischen Regionen ebenso wie in der Westslowakei und Nordtransdanubien, die Arbeitslosenquote der Männer um mehr als einen Prozentpunkt unter jener der Frauen (womit die Geschlechterunterschiede deutlich höher waren als in allen österreichischen Regionen), während in der EU 27 beide Geschlechter in etwa die gleiche Arbeitslosenquote aufwiesen. Im Gegensatz dazu lagen in allen

³⁶⁾ Dementsprechend werden die Unterschiede in der Beschäftigungsdynamik zwischen den Neuen Mitgliedsländern und Österreich im Zeitraum 2004 bis 2010 unterzeichnet, wenn man nur auf die Zahl der beschäftigten Personen abstellt. Stellt man auf die im Hauptberuf geleistete Arbeitszeit ab, so stagnierte zum Beispiel das Arbeitsvolumen im Zeitraum 2000 bis 2007 in vielen österreichischen Bundesländern (mit jährlich durchschnittlichen Zuwachsraten von weniger als 0,5%), während es in Bratislava um 3,5% jährlich wuchs (Rozmahel et al., 2011).

rumänischen und bulgarischen Regionen, sowie in der Mehrheit der ungarischen Regionen die Arbeitslosenquoten der Männer höher als jene der Frauen, was in den übrigen Ländern eher selten der Fall war.

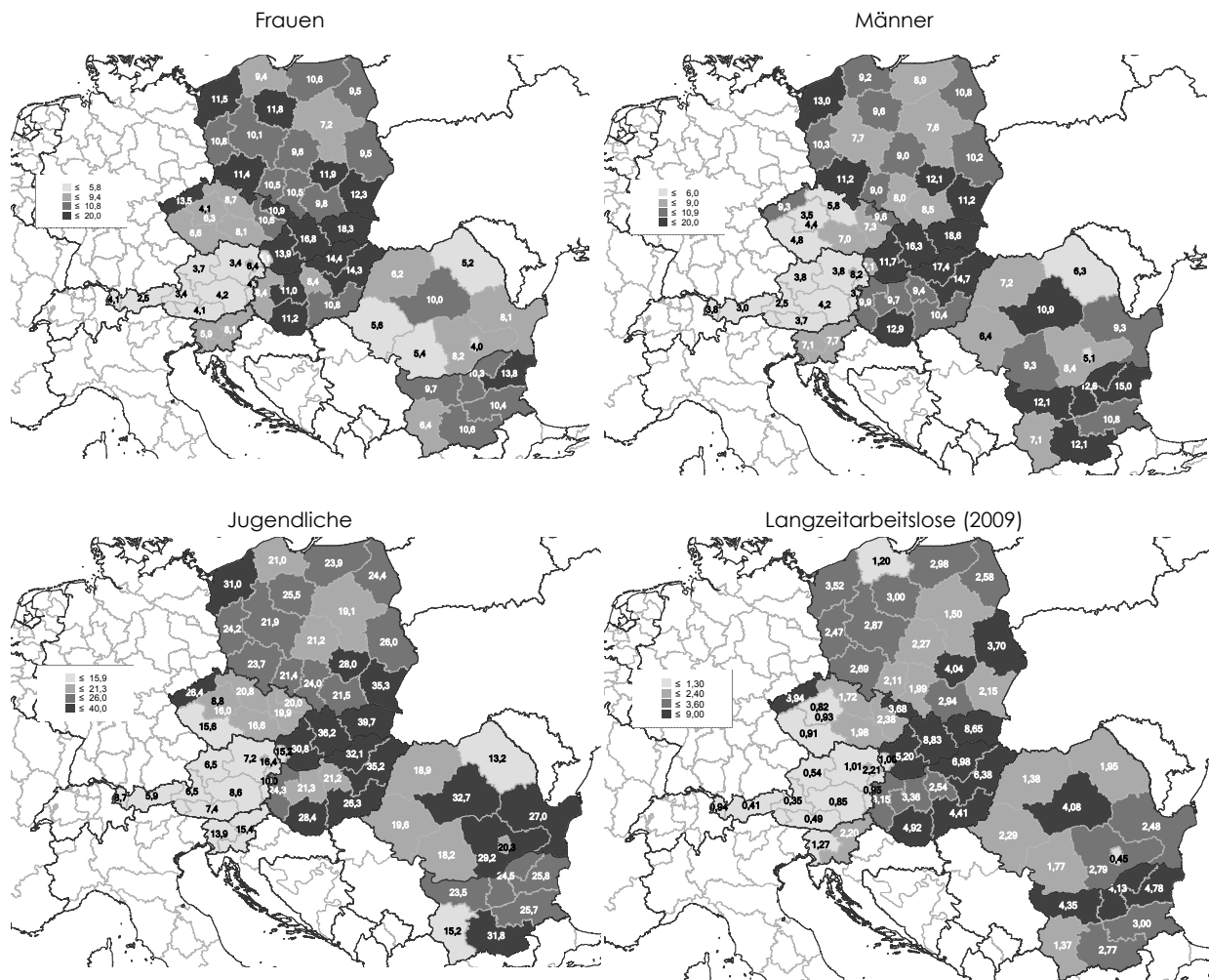
Abbildung 5.8: Teilzeitquoten in den Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder 2010



Q: Eurostat.

Abbildung 5.9: Struktur der Arbeitslosigkeit nach EU-Definition in den Nuts 2-Regionen der EU 10-Länder (2010)

In %

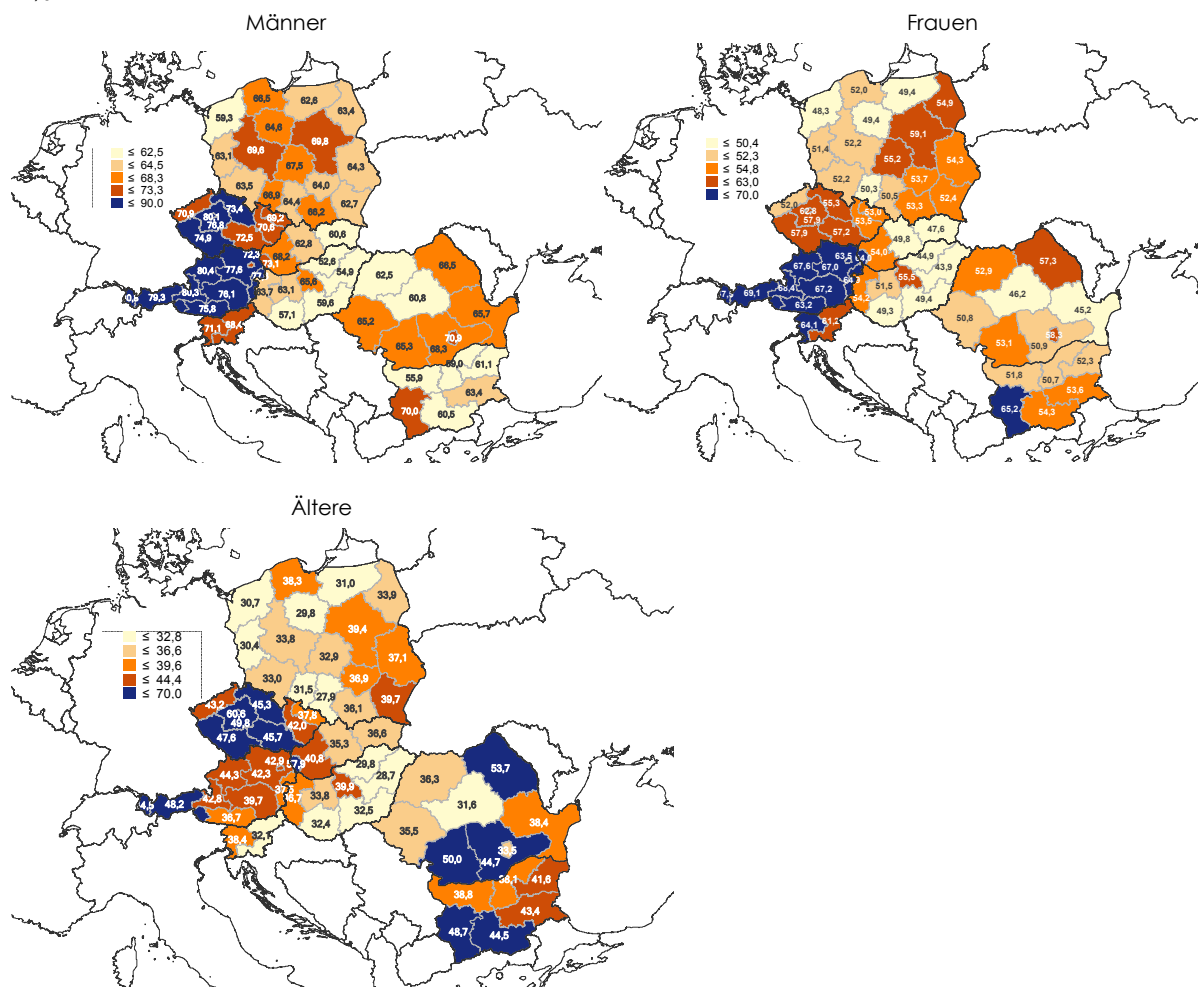


Q: Eurostat.

Ähnlich ist auch bei den Beschäftigungsquoten (der über 15-Jährigen) jene der Männer in allen Regionen höher als jene der Frauen. Diese Unterschiede sind vor allem in Tschechien mit zwischen 15 und 19 Prozentpunkten besonders hoch, liegen aber auch in der Mehrheit der slowakischen, polnischen, ungarischen und auch rumänischen Regionen bei über 10 Prozentpunkten. Damit unterscheiden sich diese Länder kaum mehr von Österreich, wo in allen Bundesländern mit Ausnahme Wiens und der Steiermark ähnlich hohe Geschlechterunterschiede bestehen, oder auch dem EU-Durchschnitt, der 2010 bei 11 Prozentpunkten lag. Die einzigen Ausnahmen hierzu sind Bulgarien und Slowenien. In diesen Ländern liegen die Geschlechterunterschiede bei den Beschäftigungsquoten in allen Regionen unter 10 Prozentpunkten.

Abbildung 5.10: Beschäftigungsquote nach Geschlecht nach EU-Definition in den Nuts 2-Regionen der EU 10-Länder, 2010

In %



Q: Eurostat.

Schlussendlich zeigt eine regionale Betrachtung auch deutliche Unterschiede in der Problemlage verschiedener Regionen hinsichtlich der in den Neuen Mitgliedstaaten auffallend hohen Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit sowie der geringen Beschäftigungsquote der Älteren. Insbesondere zeigt sich hier – noch deutlicher als bei der Gesamtarbeitslosigkeit – das in Ungarn und der Slowakei (aber auch Österreich) bestehende West-Ost-Gefälle in den Arbeitsmarktproblemen. In der Ostslowakei und auch im östlichen Ungarn liegt die Arbeitslosenquote der Jugendlichen durchwegs bei oder über 32%, während sie in den unmittelbaren Grenzregionen dieser Länder zu Österreich zumindest durchwegs unter 25% liegt. Ähnlich liegt die Langzeitarbeitslosenquote in den östlichen Regionen Ungarns und der gesamten Slowakei (mit Ausnahme Bratislavas) über 5%, in Westtransdanubien aber nur bei 3,2% und in Bratislava

bei 1,0%. Nur in Polen zeigt sich dieses West-Ost-Gefälle nicht. Hier sind es vor allem die auch insgesamt durch geringere Arbeitslosenquoten charakterisierten, zentralpolnischen Regionen, die deutlich niedrigere Jugend- und auch Langzeitarbeitslosenquoten aufweisen. In den EU 2-Ländern besteht hingegen ebenfalls ein deutliches West-Ost-Gefälle, hier sind die westrumänischen Regionen mit Jugendarbeitslosenquoten von unter 20% und Langzeitarbeitslosenquoten von unter 3% ebenso wie die westbulgarischen Regionen etwas besser gestellt als die ostungarischen Regionen.

Etwas weniger deutlich ist die Benachteiligung der östlichen Regionen der Neuen Mitgliedsländer bei der Beschäftigungsquote der Älteren (55-64-Jährigen). Hier weisen nur die östlichen ungarischen und slowakischen Regionen (mit Beschäftigungsquoten der Älteren zwischen 32% und 39%) ein deutlich geringeres Niveau auf als die westlicher gelegenen Regionen. In Polen und Rumänien besteht demgegenüber bei dieser Kennzahl sogar ein Ost-West-Gefälle. Allerdings erweisen sich hier die Hauptstadtregionen der CENTROPE Länder, (mit Beschäftigungsquoten zwischen 60,6% in Prag und 38,9% in Mittelungarn) als gegenüber dem Rest ihrer Länder deutlich bevorzugt, in Polen, Bulgarien und Rumänien gilt allerdings auch dies nicht mehr.

5.4 Zusammenfassung

Insgesamt können die Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder – mit Ausnahme der Hauptstädte – daher durchwegs als nur wenig tertiärisierte Regionen bezeichnet werden. Hinsichtlich ihrer Industrialisierung bestehen in diesen Regionen allerdings erhebliche nationale Unterschiede. Während die bulgarischen und rumänischen Regionen (mit Ausnahme der Hauptstädte) durchwegs noch einen recht hohen Anteil des primären Sektors an der Beschäftigung und Wertschöpfung aufweisen ist in Tschechien und der Slowakei (ebenfalls mit Ausnahme der Hauptstädte) der Anteil des sekundären Sektors deutlich höher als selbst in den am stärksten industrialisierten österreichischen Regionen. In Polen und Ungarn sind hingegen zumeist die östlichen Regionen noch stark agrarisch geprägt, während der sekundäre Sektor in den westlichen Regionen einen hohen Beschäftigungs- und Wertschöpfungsanteil hält.

Dadurch unterscheiden sich diese Regionen in ihrer Struktur deutlich von jenen Österreichs. Für die gesamte hier analysierte Region (inklusive Österreichs) gilt allerdings, dass sie in ihrer Humankapitalstruktur vor allem durch einen hohen Anteil an Personen mit einem mittleren Bildungsabschluss aber nur einen geringen Anteil an Personen mit einem niedrigen und auch hohen Bildungsabschluss auffällt, wobei aber auch hier wichtige nationale Unterschiede bestehen. Diese führen dazu, dass zum Beispiel der Anteil der Beschäftigten mit tertiärer Ausbildung insbesondere in den meisten polnischen und bulgarischen Regionen höher ist als in Österreich. Dies deutet somit darauf hin, dass die gemeinsamen komparativen Vorteile der hier untersuchten Länder in einer gut ausgebildeten Industriearbeiterschaft liegen, während bei höher qualifizierten Tätigkeiten immer noch Defizite bestehen.

Im Unterschied zu den gesamtwirtschaftlichen Indikatoren zeigen sich bei Strukturindikatoren auch kaum Konvergenztendenzen. Die Sektorstruktur der hier betrachteten Regionen diver-

gierte in unserem Beobachtungszeitraum, was auf eine zunehmende regionale Spezialisierung in der Region hindeutet. Einzig hinsichtlich der Struktur der Arbeitslosigkeit zeigt sich das auch bei der Gesamtarbeitslosigkeit bestehende West-Ost-Gefälle innerhalb der Region, wobei allerdings die Benachteiligung der östlichen Regionen hinsichtlich der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit etwas stärker ausgeprägt ist als bei der Gesamtarbeitslosigkeit und die Beschäftigungsquote der Älteren vor allem in den Hauptstadtregionen der Neuen Mitgliedstaaten höher liegt als im Rest der Länder.

Aus migrationspolitischer Perspektive bedeutet dies, dass die zu erwartenden ZuwanderInnen aus den EU 10-Ländern aus einer Bevölkerung stammen bei der es sich zum Überwiegenden Teil um eine gut ausgebildete Industriearbeiterschaft handelt. Wenn es nicht zu sehr starken Selektionsprozessen zwischen MigrantInnen, PendlerInnen und immobilen Bevölkerungsgruppen kommt wären daher eindeutig besser qualifizierte ZuwanderInnen aus diesen Ländern zu erwarten als im Durchschnitt der bisher in Österreich lebenden ZuwanderInnen. Für ZuwanderInnen aus den von Österreich weiter entfernten EU 2-Ländern ist hingegen aufgrund der Bildungsstruktur eine etwas schlechter gebildete Gruppe zu erwarten. Da trotz eines im Vergleich zu Österreich hohen Anteils an tertiär ausgebildeten Arbeitskräften in Bulgarien in beiden Ländern insgesamt auch ein hoher Teil an nur niedrig qualifizierten Arbeitskräften arbeitet. Überdies bestätigt eine Betrachtung der regionalen Struktur der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit, dass diese beiden "Push-Faktoren" für Wanderung in den östlichen Regionen – insbesondere der Slowakei und Ungarns – einen stärkeren Migrationsanreiz darstellen als in den unmittelbaren Grenzregionen.

6. Pendeln und Migration seit der Erweiterung in der CENTROPE-Region

Aus struktureller Sicht handelt es sich somit bei der CENTROPE-Region und auch bei dem größeren im letzten Kapitel untersuchten Integrationsraum um keine homogene Region. Ähnlich zeigen aber auch räumliche Autokorrelationsanalysen (Feldkircher, 2006) und Analysen zu den grenzüberschreitenden Verflechtungen innerhalb der CENTROPE (z.B. Römisch - Huber, 2011; Huber - Römisch, 2011), dass die Intensität der Verflechtungen zwischen den Teilregionen der CENTROPE immer noch geringer ist als in EU-Grenzregionen, die eine längere Geschichte der grenzüberschreitenden Kooperation teilen, sodass die CENTROPE auch aus funktionalen Überlegungen nicht als einheitliche Wirtschaftsregion zu betrachten ist. Insgesamt handelt es sich nach diesen Befunden bei der CENTROPE um eine Region, die eng mit dem Rest Europas verbunden ist, in der aber die interne Integration noch gering ist. Dies hat sicherlich auch damit zu tun, dass ein wesentlicher Aspekt, welcher die Intensität der gegenseitigen Beeinflussung von Regionen bestimmt, nämlich die Arbeitskräftewanderung, in der CENTROPE bis vor kurzer Zeit erheblichen institutionellen Beschränkungen unterlag, die erst am 1. Mai 2011 vollends abgebaut wurden.

Trotz dieser institutionellen Beschränkungen ist es allerdings in der Region in der Vergangenheit durchaus zu relevanten Wanderungsbewegungen gekommen, wobei sich diese aus Migrationsprozessen (bei denen sowohl Wohn- als auch Arbeitsort über Grenzen verlagert wurden) und Pendelprozessen (bei denen nur der Arbeitsort verlagert wurde) zusammensetzten. Da gerade diese grenzüberschreitenden Migrations- und Pendelbewegungen ein zentraler Aspekt des FAMO-Projektes sind, soll in diesem Kapitel ein kurzer Überblick über das bisherige Ausmaß dieser Wanderung in der CENTROPE gegeben werden. Im ersten Teil dieses Kapitels wird dabei zunächst anhand einer Sonderauswertung der europäischen Arbeitskräfteerhebung eine Bestandsaufnahme der in der CENTROPE-Region bisher beobachteten Wanderungsprozesse vorgenommen. Hierbei wird sowohl die Wanderung innerhalb der Region als auch mit dem Rest der Welt analysiert³⁷). Im zweiten Teil werden anschließend Daten der grenzüberschreitenden Pendelverflechtungen analysiert.

6.1 Der Datensatz der europäischen Arbeitskräfteerhebung

Die Datengrundlage, anhand derer die Wanderungsprozesse und Pendelverflechtungen innerhalb der CENTROPE untersucht werden, ist dabei die europäische Arbeitskräfteerhebung. Diese vierteljährlich in allen Ländern der EU 27 vorgenommene repräsentative Stichprobe erhebt dabei (neben einer Vielzahl von demographischen Merkmalen) auch regelmäßig den Wohnort (auf Nuts 2-Ebene), das Geburtsland und den Arbeitsort (auf Nuts 2-Ebene) der Befragten. Anhand dieser Befragung kann somit die Zahl der in einer Nuts 2-Region woh-

³⁷) Dieser Teil der Analyse ist dabei gegenüber dem ersten Projektbericht (Huber, 2009) unverändert, da uns hier keine neuen Daten zur Verfügung stehen (siehe dazu unten).

nenden AusländerInnen (im Ausland Geborenen) sowie die Zahl der PendlerInnen zwischen zwei Nuts 2-Regionen abgeschätzt werden.³⁸⁾

Leider hat die europäische Arbeitskräfteerhebung, neben diesen Stärken, aber auch einige Schwächen. Insbesondere ist sie eine Stichprobenerhebung, sodass alle quantitativen Angaben dieser Datenquelle auch einem Stichprobenfehler unterliegen. EUROSTAT (das europäische statistische Amt) empfiehlt daher Schätzungen, die auf einer zu geringen Anzahl an Beobachtungen beruhen – und daher einer zu hohen Stichprobenschwankung unterliegen – entweder (bei sehr geringer Beobachtungshäufigkeit) gar nicht zu melden, oder aber (bei etwas größerer Beobachtungshäufigkeit) gesondert zu kennzeichnen.³⁹⁾ Wir folgen dieser Konvention und melden Zahlen mit sehr geringem Besatz gar nicht, während Zahlen mit einem hohen Stichprobenfehler nur in Klammern ausgewiesen werden.

Eine zweite Schwäche der europäischen Arbeitskräfteerhebung bezieht sich auf die Erfassung der im Ausland geborenen Arbeitskräfte. Da die Arbeitskräfteerhebung vierteljährlich unter den Personen mit Hauptwohnsitz in einer Region durchgeführt wird, wird hier die temporäre, saisonale und auch irreguläre Migration untererfasst, sodass davon auszugehen ist, dass die vorliegenden Zahlen das tatsächliche Ausmaß der Migration etwas unterschätzen.

6.2 Migration

Betrachtet man, trotz dieser Einschränkung, die Bevölkerung der CENTROPE-Regionen nach Geburtsländern⁴⁰⁾, zeigt sich der deutlich höhere Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung in den österreichischen Regionen (Übersicht 6.1). In der Ostregion Österreichs liegt der Anteil der im Ausland Geborenen an der Bevölkerung im Durchschnitt bei annähernd 21%, wobei vor allem Wien mit einem Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von annähernd 32% deutlich heraussticht. Aber auch im Burgenland – als der österreichischen CENTROPE-Region mit dem geringsten AusländerInnenanteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung – ist dieser Anteil noch deutlich höher als in den CENTROPE-Regionen der neuen EU-Mitgliedsländer unter den Nachbarstaaten Österreichs. In diesen liegt der Anteil der im Ausland Geborenen an der erwerbsfähigen Bevölkerung nach Daten der europäischen Arbeitskräfteerhebung durchwegs bei etwa einem oder unter einem Prozent. Dieser Anteil ist unter den Regionen der neuen EU-Mitgliedstaaten im tschechischen Südwesten mit (1,6%) am höchsten und in der Westslowakei (mit weniger als 0,5%) am geringsten.

³⁸⁾ Dieser Datensatz steht dem WIFO als gruppierter Individualdatensatz für die Jahre 2007 (für MigrantInnen) und 2008 (für PendlerInnen) zur Verfügung. Siehe Huber und Nowotny, 2008 für eine detaillierte Datenbeschreibung.

³⁹⁾ Die für diese Behandlung vorgeschlagenen Grenzen unterscheiden sich dabei zwischen den einzelnen EU-Ländern. In Österreich liegen sie zum Beispiel bei 3.000 und 6.000 Beobachtungen, in Tschechien hingegen bei 700 Beobachtungen.

⁴⁰⁾ Diese liegen, aufgrund strengerer Geheimhaltungspflichten seitens EUROSTAT seit der Arbeitskräfteerhebung 2008, nur für das Jahr 2007 in ausreichendem Detail vor, um zwischen MigrantInnen aus den CENTROPE-Ländern und aus anderen Ländern zu unterscheiden. Rezentere Daten unterscheiden nur mehr zwischen der Zuwanderung von StaatsbürgerInnen der EU 27 und dem Rest der Welt.

Aufgrund dieser geringen Anteile der im Ausland Geborenen ist die CENTROPE insgesamt auch nur durch einen in etwa durchschnittlichen Anteil der im Ausland Geborenen an der erwerbsfähigen Bevölkerung geprägt. Nur rund 8% der erwerbsfähigen Bevölkerung der CENTROPE wurden im Ausland geboren, dies entspricht in etwa dem Anteil der im Ausland Geborenen in Dänemark und ist auch nur wenig geringer als der EU 27-Durchschnitt von 8,6%. Diese geringen Anteile der im Ausland Geborenen an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den CENTROPE-Regionen der neuen EU-Mitgliedstaaten erlauben auch kaum mehr weitere Aussagen zur Länderstruktur der ZuwanderInnen. Im österreichischen Teil der CENTROPE zeigt sich hingegen, der eher geringe Anteil der im Ausland Geborenen, die aus einem anderen CENTROPE-Land stammen. Dieser liegt (bei einem durchschnittlichen Anteil von 2,1%) nur in Wien bei über 2% der erwerbsfähigen Bevölkerung. Maßgeblich für die hohen Anteile der im Ausland geborenen erwerbsfähigen Bevölkerung in den österreichischen CENTROPE-Regionen sind daher ZuwanderInnen aus anderen Ländern. Aus anderen EU-Ländern (außerhalb der CENTROPE) stammen rund 4% der erwerbsfähigen Bevölkerung in der österreichischen CENTROPE (in Wien 6%) und aus Ländern außerhalb der EU 14,4% (Wien 23,2%) der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Übersicht 6.1: Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter nach Geburtsort in den Regionen der CENTROPE

In %, 2007

	Geburtsort			
	Im selben Land	In anderem CENTROPE-Land	In anderem EU-Land	Außerhalb der EU
Burgenland	92,3	(1,9)	(1,8)	4,0
Niederösterreich	88,9	1,7	2,5	7,0
Wien	68,1	2,6	6,1	23,2
Österreichische CENTROPE	79,3	2,1	4,1	14,4
Südwesten	98,4	0,9	0,1	0,6
Südosten	98,6	1,0	0,1	0,4
Tschechische CENTROPE	98,5	0,9	0,1	0,5
Westtransdanubien	98,9	(0,2)	–	0,8
Bratislava	98,7	0,9	–	–
Westslowakei	99,5	0,5	–	–
Slowakische CENTROPE	99,3	0,6	–	(0,1)
CENTROPE	91,9	1,2	1,5	5,4

Q: Europäische Arbeitskräfteerhebung 2007, Zahlen in Klammern = hoher Stichprobenfehler aufgrund kleiner Stichprobe, – = Stichprobenfehler erlaubt keine Aussagen über die Größe der Gruppe.

Insgesamt ist die CENTROPE daher nur durch eine geringe interne Migration geprägt. Nur 1,2% der gesamten wohnhaften erwerbsfähigen Bevölkerung der Region stammte im Jahr 2007

aus einem anderen CENTROPE-Land als dem des Wohnsitzes. Und auch die Zuwanderung aus anderen Regionen war nur im österreichischen Teil der CENTROPE von einer größeren quantitativen Bedeutung.

Übersicht 6.2: Struktur der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter nach Geburtsort in den Regionen der CENTROPE

Anteile in %, 2007

	Im selben Land geboren				In anderem Land geboren			
	Österreich	Tschechien	Ungarn	Slowakei	Österreich	Tschechien	Ungarn	Slowakei
<i>Geschlecht</i>								
Frauen	48,1	48,7	47,5	47,8	46,8	47,0	40,3	44,4
Männer	51,9	51,3	52,5	52,2	53,2	53,0	59,7	55,6
<i>Alter in Jahren</i>								
15-24	14,0	15,3	14,7	17,8	12,3	11,8	–	–
25-44	33,2	35,4	34,1	36,5	45,7	34,6	(23,7)	20,4
45 und mehr	52,8	49,3	51,2	45,8	42,0	53,6	67,2	73,9
<i>Bildung</i>								
Niedrige Qualifikation	25,9	18,7	31,0	22,1	36,5	24,8	(26,7)	19,6
Mittlere Qualifikation	59,7	70,1	58,0	64,9	46,3	59,4	55,1	54,2
Hohe Qualifikation	14,5	11,2	11,0	13,0	17,2	15,8	–	26,2
<i>Beschäftigungsstatus</i>								
Nicht beschäftigt	43,5	43,9	48,6	43,8	42,1	45,7	57,7	52,0
Beschäftigt	56,5	56,1	51,4	56,2	57,9	54,3	42,3	48,0
<i>Aufenthaltsdauer</i>								
10 oder mehr Jahre					69,6	71,6	80,7	88,1
1 bis 9 Jahre					30,4	28,4	–	–

Q: Europäische Arbeitskräfteerhebung 2007. – Zahlen in Klammern = hoher Stichprobenfehler aufgrund kleiner Stichprobe, – = Stichprobenfehler erlaubt keine Aussagen über die Größe der Gruppe. Niedrig qualifiziert = höchste abgeschlossene Ausbildung ist geringer als ISCED Stufe 3, mittlere Qualifikation = höchste abgeschlossene Ausbildung ist ISCED Stufe 3 oder 4, hohe Qualifikation = höchste abgeschlossene Ausbildung ist höher als ISCED Stufe 4.

Überdies bestehen zwischen dem österreichischen Teil der CENTROPE und den Teilen der CENTROPE in den EU 10-Ländern auch erhebliche Unterschiede in der Struktur der Zuwanderung (Übersicht 6.2). Die ZuwanderInnen in den österreichischen Teil der CENTROPE sind zwar ebenso wie jene der Neuen Mitgliedstaaten zumeist männlich, im Gegensatz zu diesen sind sie aber häufiger jung (unter 25 Jahre alt), was auch auf die kürzere Aufenthaltsdauer der ZuwanderInnen in Österreich zurückzuführen ist. Sie haben auch häufiger eine geringe Qualifikation, während ZuwanderInnen in die CENTROPE-Regionen der Neuen Mitgliedstaaten häufiger mittlere Qualifikationen aufweisen und in beiden Regionsteilen der Anteil der Hochqualifizierten unter den ZuwanderInnen höher ist als unter den im Inland Geborenen. Schlussendlich sind die ZuwanderInnen im österreichischen Teil der CENTROPE auch öfter beschäftigt

als die im Inland Geborenen, während sie in den neuen EU-Mitgliedstaaten seltener beschäftigt sind. Insgesamt ist die im Ausland geborene erwerbsfähige Bevölkerung im österreichischen Teil der CENTROPE daher nicht nur quantitativ bedeutsamer als in den CENTROPE-Regionen der Neuen Mitgliedstaaten sondern auch jünger und am Arbeitsmarkt besser integriert, aber schlechter ausgebildet.⁴¹⁾

Für die Neuen Mitgliedstaaten der CENTROPE-Länder quantitativ bedeutsamer als die Zuwanderung ist allerdings die Auswanderung. Nach den Ergebnissen der europäischen Arbeitskräfteerhebung 2007 leben rund 10% der in den CENTROPE-Ländern Geborenen im erwerbsfähigen Alter in einem anderen EU-Land (Übersicht 6.3). Unter den in der Slowakei Geborenen liegt dieser Anteil dabei sogar bei 17,9%. Allerdings sind auch hier die bilateralen Migrationsbewegungen unter den CENTROPE-Ländern von deutlich geringerer Bedeutung als die Migrationsbewegungen in andere EU-Länder (außerhalb der CENTROPE). Die Ausnahmen sind hier nur die Anteile der in der Slowakei geborenen erwerbsfähigen Bevölkerung, die in Tschechien wohnen, und die Anteile der in Tschechien, der Slowakei und Ungarn Geborenen, die in Österreich wohnen.

Übersicht 6.3: Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in CENTROPE-Ländern nach Geburts- und Wohnort in der EU 27

Anteile in %, 2007

	Geburtsland			
	Österreich	Tschechien	Ungarn	Slowakei
Österreich	90,2	0,4	0,4	0,4
Tschechien	-	89,7	0,0	1,9
Ungarn	-	-	91,1	0,2
Slowakei	-	0,2	-	82,1
Andere Länder	9,7	9,7	8,5	15,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
In anderen Ländern	9,8	10,3	8,9	17,9

Q: Europäische Arbeitskräfteerhebung 2007, Zahlen in Klammern = hoher Stichprobenfehler aufgrund kleiner Stichprobe, - = Stichprobenfehler erlaubt keine Aussagen über die Größe der Gruppe

Die EmigrantInnen aus den CENTROPE-Ländern erweisen sich dabei als eine gegenüber der im Heimatland Wohnhaften deutlich besser qualifizierte Gruppe, in der der AkademikerInnenanteil (weitgehend unabhängig vom Geburtsland) deutlich höher ist als unter den im Geburtsland Wohnhaften (Übersicht 6.4). Außerdem sind die EmigrantInnen (ebenfalls weitgehend unabhängig vom Geburtsland) oftmals männlich, über 45 Jahre alt und wohnen dementsprechend oftmals schon seit längerem im Ausland. Der Anteil der Beschäftigten

⁴¹⁾ Diese Unterschiede können aber zum Teil auf eine unterschiedliche Sendelandstruktur der Zuwanderung zurückgeführt werden, da in Österreich insbesondere die GastarbeiterInnenmigration der 1970er Jahre durch eine schlechte Bildungsstruktur gekennzeichnet war (Bock-Schappelwein et al., 2008).

unter diesen EmigrantInnen ist allerdings – relativ zum Beschäftigtenanteil der im Geburtsland lebenden – unter den in Österreich und in Tschechien geborenen MigrantInnen deutlich geringer, während er bei den in der Slowakei und Ungarn Geborenen höher liegt als im Heimatland.

Dies ist deswegen von Bedeutung, weil zum einen die Bildungsstruktur der EmigrantInnen aus der CENTROPE-Region angesichts des bereits im letzten Kapitel festgestellten geringen AkademikerInnenanteils in der CENTROPE auf einen nicht zu vernachlässigenden und bereits einige Zeit andauernden "Brain Drain" aus allen CENTROPE-Ländern hindeutet. Zum anderen deutet aber auch der geringe Anteil der Beschäftigten unter den im Ausland lebenden ÖsterreicherInnen und TschechInnen auf einige Probleme bei der Erwerbsintegration dieser Gruppen im Ausland hin.

Übersicht 6.4: Demographische Struktur der in der EU 27 lebenden EmigrantInnen im erwerbsfähigen Alter aus den CENTROPE-Ländern

Anteile in %, 2007 %

	Geburtsland			
	Österreich	Tschechien	Ungarn	Slowakei
<i>Geschlecht</i>				
Frauen	38,3	37,7	40,5	41,2
Männer	61,7	62,3	59,5	58,8
<i>Alter in Jahren</i>				
15-24	6,8	7,9	6,5	14,4
25-44	26,5	37,7	45,0	44,3
45 und mehr	66,6	54,4	48,5	41,3
<i>Höchste abgeschlossene Ausbildung</i>				
Niedrige Qualifikation	23,9	19,0	15,9	27,9
Mittlere Qualifikation	41,9	53,6	53,6	60,2
Hohe Qualifikation	34,2	27,5	30,6	12,0
<i>Beschäftigung</i>				
Nicht beschäftigt	56,5	56,1	49,2	40,8
Beschäftigt	43,5	43,9	50,8	59,2
<i>Aufenthaltsdauer</i>				
10 oder mehr Jahre	75,9	66,3	68,6	49,5
1 bis 9 Jahre	24,1	33,7	31,4	50,5

Q: Europäische Arbeitskräfteerhebung 2007. – Zahlen in Klammern = hoher Stichprobenfehler aufgrund kleiner Stichprobe, – = Stichprobenfehler erlaubt keine Aussagen über die Größe der Gruppe. Niedrig qualifiziert = höchste abgeschlossene Ausbildung ist geringer als ISCED Stufe 3, mittlere Qualifikation = höchste abgeschlossene Ausbildung ist ISCED Stufe 3 oder 4, hohe Qualifikation = höchste abgeschlossene Ausbildung ist höher als ISCED Stufe 4.

6.3 Pendeln

Neben den Migrationsbewegungen innerhalb der CENTROPE ist diese grenzüberschreitende Region aber auch durch eine hohe Bevölkerungsdichte und zwei Hauptstädte, eine der Regionen an der ehemaligen Außengrenze der Europäischen Union, in der die geographischen

Voraussetzung für erhebliche grenzüberschreitende Pendelbewegungen gegeben sind. Tatsächlich hält sich das grenzüberschreitende Pendeln in dieser Region aber noch in Grenzen (Übersicht 6.5). Insgesamt gibt es nur aus der ungarischen CENTROPE-Region, (aus der 2008 rund 1,8% der Beschäftigten am Arbeitsort in andere CENTROPE-Länder pendelten) und aus der slowakischen CENTROPE-Region (mit einem Anteil von 3,0% der Beschäftigten am Arbeitsort) nennenswerte grenzüberschreitende PendlerInnenbewegungen. Aus der österreichischen CENTROPE gibt es hingegen kaum grenzüberschreitendes Pendeln in die anderen CENTROPE-Länder und aus den tschechischen CENTROPE-Regionen pendeln gerade einmal 0,3% der Beschäftigten am Wohnort in andere CENTROPE-Länder aus.

Übersicht 6.5: Wohnbevölkerung der CENTROPE im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) nach Arbeitsort und Regionen der CENTROPE 2008, in% der Beschäftigten am Wohnort

Arbeitsort	Österreichische	Tschechische	Ungarische	Slowakische
	CENTROPE			
Österreichische CENTROPE	97,4	-	0,0	0,4
Andere österreichische Regionen	2,0	-	0,0	-
Unbekannt Österreich	0,0	-	1,8	0,3
Tschechische CENTROPE	0,0	97,0	0,0	0,2
Andere tschechische Regionen	0,0	2,5	0,0	0,4
Unbekannt Tschechien	-	0,0	0,0	0,4
Ungarische CENTROPE	0,0	0,0	95,3	0,1
Andere ungarische Regionen	0,0	0,0	2,2	1,0
Unbekannt Ungarn	-	0,0	0,0	0,1
Slowakische CENTROPE	0,0	-	0,0	94,8
Andere slowakische Regionen	0,0	0,0	0,0	0,5
Unbekannt Slowakei	-	0,0	0,0	0,0
CENTROPE Insgesamt	97,4	97,2	95,3	95,5
CENTROPE-Länder	99,5	99,8	99,3	98,3
im selben Land	99,4	99,5	97,5	95,3
in anderem CENTROPE-Land	-	0,3	1,8	3,0
In andere Länder	0,5	0,2	(0,7)	1,7

Q: Europäische Arbeitskräfteerhebung 2008. – Zahlen in Klammern = hoher Stichprobenfehler aufgrund kleiner Stichprobe. – = Stichprobenfehler erlaubt keine Aussagen über die Größe der Gruppe. 100%=alle Beschäftigten der Region nach Wohnortprinzip.

Im Vergleich zu den in Huber (2009) analysierten Zahlen für das Jahr 2006 sind damit die Pendelverflechtung der ungarischen, tschechischen und slowakischen CENTROPE mit den anderen CENTROPE-Ländern leicht gestiegen, da damals 0,3% der in der tschechischen CENTROPE Beschäftigten, 1,6% der in der ungarischen CENTROPE Beschäftigten und 2,9% der

slowakischen Beschäftigten über Ländergrenzen in andere CENTROPE-Regionsteile pendelten. Die Verflechtungen der österreichischen CENTROPE blieben hingegen auch 2008 ähnlich bedeutungslos wie schon 2006.

Die grenzüberschreitenden Pendelbewegungen in der CENTROPE finden auch oft unter den neuen EU-Mitgliedsländern und weniger zwischen Österreich und den Neuen Mitgliedsländern statt. Die Pendelverflechtungen mit Österreich wurden aber in den letzten zwei Jahren etwas intensiver. So arbeiten z. B. insgesamt 1,0% (gegenüber 1,1%, 2006) der beschäftigten Wohnbevölkerung der slowakischen CENTROPE in der Tschechischen Republik (mit der aus historischen Gründen besonders enge Arbeitsmarktbeziehungen bestehen) und weitere 1,2% (gegenüber 1,1%, 2006) in Ungarn, während mittlerweile rund 0,7% der beschäftigten Wohnbevölkerung (gegenüber 0,5%, 2006) in Österreich arbeitet. Stärker auf Österreich konzentriert sind nur die Pendelbewegungen von Ungarn nach Österreich. Hier pendelten 2006 rund 1,8% der beschäftigten Wohnbevölkerung nach Österreich. Dies ist allerdings zumindest zum Teil auf das GrenzgängerInnenabkommen zwischen Ungarn und Österreich zurückzuführen, in dessen Rahmen im letzten Jahrzehnt insgesamt rund 2.500 Personen aus Ungarn eine Beschäftigungsbewilligung in Österreich erhielten (Übersicht 6.5).

Übersicht 6.6: Beschäftigte der CENTROPE nach Wohnort und Regionen der CENTROPE der Beschäftigten am Wohnort

In %, 2008

Wohnort	Arbeitsort			
	Österreich	Tschechien	Ungarn	Slowakei
	<i>Absolut</i>			
Österreich	3.989.673	-	-	-
Tschechien	(4.584)	4.925.870	0	-
Ungarn	12.038	-	3.792.643	-
Slowakei	17.505	69.458	18.734	2.245.078
Andere Länder	32.027	11.748	-	-
	<i>In % der Beschäftigten am Arbeitsort</i>			
Österreich	98,4	-	-	-
Tschechien	(0,1)	98,4	0,0	-
Ungarn	0,3	0,0	99,4	-
Slowakei	0,4	1,4	0,5	99,9
Andere Länder	0,8	0,2	-	-

Q: Europäische Arbeitskräfteerhebung 2008. – Zahlen in Klammern = hoher Stichprobenfehler aufgrund kleiner Stichprobe. – = Stichprobenfehler erlaubt keine Aussagen über die Größe der Gruppe. Exklusive Personen mit unbekanntem Arbeitsort in den Empfängerländern.

Übersicht 6.7: Struktur der PendlerInnen in der CENTROPE

Beschäftigten am Wohnort, in %, 2008

	Nicht-PendlerInnen	Binnen-PendlerInnen	Grenz-PendlerInnen	Insgesamt
<i>Geschlecht</i>				
Männer	54,8	67,1	75,7	55,4
Frauen	45,2	32,9	24,3	44,6
<i>Alter in Jahren</i>				
15-19	1,7	1,3	-	1,7
20-29	18,8	32,6	34,7	19,5
30-39	27,5	30,0	29,0	27,6
40-49	26,4	20,0	20,9	26,1
50-59	21,7	14,0	13,5	21,3
60 und mehr	3,8	2,1	-	3,7
<i>Bildungsniveau</i>				
Niedrig qualifiziert	10,6	6,6	5,6	10,5
Mittlere Qualifikation	71,1	67,9	87,8	71,1
Hohe Qualifikation	18,3	25,5	6,6	18,4
<i>Sektoren</i>				
Landwirtschaft und Bergbau	5,1	1,7	(2,5)	4,9
Sachgütererzeugung	24,9	24,7	38,9	25,0
Markt Dienstleistungen	44,7	54,0	49,4	45,1
Nicht-Markt Dienstleistungen	25,3	19,6	9,2	25,0
<i>Beruf nach Skill Level</i>				
Hohe Skills	30,5	35,7	12,6	30,6
Mittlere Skills	73,4	70,1	81,5	73,3
Niedrige Skills	8,1	5,6	12,8	8,1
Nicht klassifiziert	7,2	10,3	-	7,3

Q: Europäische Arbeitskräfteerhebung 2008. – Zahlen in Klammern = hoher Stichprobenfehler aufgrund kleiner Stichprobe. – = Stichprobenfehler erlaubt keine Aussagen über die Größe der Gruppe. Niedrig qualifiziert = höchste abgeschlossene Ausbildung ist geringer als ISCED Stufe 3, mittlere Qualifikation = höchste abgeschlossene Ausbildung ist ISCED Stufe 3 oder 4, Hohe Qualifikation = höchste abgeschlossene Ausbildung ist höher als ISCED Stufe 4. Beruf nach Skills laut ISCO – ILO Klassifikation Hohe Skills = ISCO 2 und 3, Mittlere Skills = ISCO 4 bis 8, Niedrige Skills = ISCO 9, Nicht klassifiziert = ISCO 0 und 1.

Diese bisher geringe Bedeutung des Grenzpendelns in der CENTROPE bestätigt sich auch bei einer Analyse des Anteils der grenzüberschreitenden Einpendler in % der Beschäftigten am Arbeitsort (Übersicht 6.6), die allerdings nur auf Länderebene zur Verfügung steht, weil viele grenzüberschreitende PendlerInnen nur das Land (nicht aber die Nuts 2-Region), in dem sie arbeiten angeben.⁴²⁾ Nach diesen Daten, pendelten im Jahr 2006 insgesamt nur 0,8% der in Österreich Beschäftigten und 0,5% der in Ungarn Beschäftigten aus anderen CENTROPE-Ländern ein. In der Slowakei war dieser Anteil so gering, dass er unter die Messbarkeitsgrenze der Arbeitskräfteerhebung fiel. Nur in Tschechien ist er, aufgrund einer erheblicheren Pendelverflechtung mit der Slowakei mit 1,4% etwas höher.

⁴²⁾ Der Grund dafür sind dabei oft die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten die dazu führen, dass z. B. in der ungarischen Arbeitskräfteerhebung keine Aussagen zu den erheblichen grenzüberschreitenden Bewegungen aus diesem Land in die österreichischen Regionen gemacht werden können.

Des Weiteren sind die Grenz-PendlerInnen in der CENTROPE sowohl im Vergleich zu Binnen-PendlerInnen als auch im Vergleich zu am Wohnort Beschäftigten deutlich öfter männlich und auch jünger (Übersicht 6.7). Außerdem weisen sie auch häufiger ein mittleres Qualifikationsniveau auf und arbeiten in der Sachgüterproduktion. Insbesondere weisen 87,8% der GrenzpendlerInnen ein mittleres Qualifikationsniveau auf und 81,5% arbeiten in einem Beruf der laut ISCO-ILO-Definition ein mittleres Bildungsniveau erfordert. Insgesamt handelt es sich daher bei GrenzpendlerInnen oftmals um männliche Industriearbeiter, was vor allem auf die Sektorstruktur der CENTROPE in den neuen EU-Mitgliedsländern zurückzuführen ist (siehe dazu Kapitel 5).⁴³⁾

Übersicht 6.8: Dauer der Beschäftigung und Arbeitsbedingungen der PendlerInnen in der CENTROPE

In % 2008

	Nicht-PendlerInnen	Binnen-PendlerInnen	Grenz-PendlerInnen a	Insgesamt
<i>Dauer Verhältnis in Jahren</i>				
2 oder weniger	26,2	35,9	39,3	26,7
3 bis 5	18,4	23,6	32,2	18,7
6 bis 9	17,0	16,8	16,8	16,9
10 oder mehr	38,4	23,4	11,8	37,6
<i>Andere Arbeitsformen</i>				
Vollzeit	90,3	95,4	99,2	90,6
Befristet	6,4	7,4	7,9	6,5
Schichtarbeit	20,3	20,6	34,3	20,4
Abendarbeit	12,6	13,0	33,9	12,8
Nachtarbeit	7,2	8,4	25,0	7,4
Samstagsarbeit	22,3	18,8	37,2	22,3
Sonntagsarbeit	11,8	13,5	23,0	12,0

Q: Europäische Arbeitskräfteerhebung 2008. – Zahlen in Klammern = hoher Stichprobenfehler aufgrund kleiner Stichprobe. – = Stichprobenfehler erlaubt keine Aussagen über die Größe der Gruppe.

Aufgrund des hohen Anteils an Beschäftigten des mittleren Qualifikationsniveaus in der Sachgüterproduktion sind dabei GrenzpendlerInnen auch deutlich öfter als BinnenpendlerInnen in Berufen tätig, die von Ihnen Schicht-, Abend-, Nacht- oder Samstags- und Sonntagsarbeit verlangen. 34,3% der GrenzpendlerInnen arbeiten an Arbeitsplätzen mit Schicht- und 33,9% mit Abendarbeit. Immerhin 25,0% arbeiten zumindest gelegentlich in der Nacht, 37,2% am Samstag und 23,0% am Sonntag. Damit sind die Anteile der durch diese Arbeitszeitsonderformen belasteten Grenz-PendlerInnen durchwegs deutlich höher als unter den Binnen-PendlerInnen

⁴³⁾ Allerdings zeigen auch europäische Vergleiche, dass GrenzpendlerInnen sowohl im Vergleich zu MigrantInnen als auch zu den am Wohnort Beschäftigten überproportional oft ein mittleres Qualifikationsniveau aufweisen und häufig in der Sachgütererzeugung arbeiten.

oder auch als unter den am Wohnort Beschäftigten. Höher als unter diesen Gruppen ist bei den Grenz-PendlerInnen aber auch der Anteil der Vollzeitbeschäftigten und der Anteil der Personen die ihren Arbeitsplatz erst seit kurzem (2 Jahre oder weniger) inne haben.

6.4 Zusammenfassung

Insgesamt zeigt eine Analyse der europäischen Arbeitskräfteerhebung somit, dass die CENTROPE-Region – trotz einer leichten Verbesserung in den letzten Jahren – gerade bei der Bewegung der Arbeitskräfte zwischen ihren einzelnen Teilregionen immer noch eine schwach integrierte Region ist. Einzig zwischen der tschechischen und slowakischen Republik bestehen engere Migrations- und Pendelbewegungen, die aber wohl eher auf die historischen Verbindungen dieser Länder zurückzuführen sind, als auf die Integrationspolitik der letzten Jahre. Überdies weist diese Analyse die österreichische CENTROPE (und hier vor allem die Stadt Wien) eindeutig als das wichtigste Anzugsgebiet für Zuwanderung, sowohl innerhalb als auch außerhalb der CENTROPE, aus, wobei aber hier die bis vor Kurzem bestehenden Barrieren der Zuwanderung für die Neuen Mitgliedstaaten gepaart mit der längeren (Nachkriegs-)Geschichte der Zuwanderung aus anderen Ländern, dazu geführt haben, dass die Zuwanderung aus anderen Regionen als den CENTROPE-Ländern deutlich wichtiger ist.

Für die Region insgesamt ist dabei die Emigration in andere europäische Regionen quantitativ bedeutsamer als die zwischen den CENTROPE-Regionen. Durch diese Emigration verloren dabei sowohl der österreichische Teil der CENTROPE als auch die Teile in den Neuen Mitgliedstaaten oftmals hoch qualifizierte Arbeitskräfte, die insbesondere gegen Ende der Hochkonjunktur 2008, am heimischen Arbeitsmarkt schwer zu finden waren, sodass die CENTROPE-Region insgesamt eine "brain drain"-Region ist.

7. Die Entwicklung der grenzüberschreitenden Arbeitskräftewanderung in Österreich 2004-2011

Nach den Ergebnissen des letzten Kapitels ist Österreich somit eindeutig das Land mit der höchsten Attraktivität für Zuwandernde aus den EU 10- und EU 2-Ländern unter den in dieser Studie betrachteten Ländern und die österreichische CENTROPE (und hier vor allem die Stadt Wien) ist eindeutig das wichtigste Anzugsgebiet für Zuwanderung und grenzüberschreitendes Pendeln sowohl aus anderen CENTROPE-Regionen als auch aus Regionen außerhalb der CENTROPE. Aus diesem Grund wird in diesem Kapitel die Wanderung nach Österreich während der Übergangsfristen gesondert untersucht. Hier steht vor allem die Frage im Mittelpunkt, wie sich die Migrationsprozesse nach Österreich seit dem Beitritt der neuen EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2004 verändert haben. Überdies werden auch die wenigen verfügbaren Zahlen zur Zuwanderung aus den EU 10-Ländern seit dem 1. Mai 2010 analysiert, wobei hier neben der Frage nach der Höhe der Zuwanderung die Frage im Mittelpunkt steht, in welche Branchen und Regionen diese Zuwanderung ging.

7.1 Zu- und Abwanderung nach Österreich vor und nach dem EU-Beitritt

In Österreich wurden dabei die Bestimmungen der Übergangsfristen durch das EU-Erweiterungsanpassungsgesetz umgesetzt. Dieses sieht vor, dass StaatsbürgerInnen der EU 10 nach dem Beitritt zur EU keinen Aufenthaltstitel nach Fremdenrecht mehr benötigen aber weiterhin vom Quotensystem des Ausländerbeschäftigungsgesetzes erfasst werden (*Nowotny, 2007*). Überdies wurden die regionalen Geschäftsstellen angewiesen StaatsbürgerInnen aus den Neuen Mitgliedstaaten sofern möglich zu bevorzugen, und während der Laufzeit erfolgten wiederholt partielle Liberalisierungen der Zuwanderungsbestimmungen.⁴⁴⁾ Außerdem erhielten Personen, die unter die Ausnahmeregelungen des Beitrittsvertrages fielen (also Familienangehörige von ArbeitnehmerInnen, die am Tag des Beitritts bereits mehr als 12 Monate einen rechtmäßigen Wohnsitz in einem EU-Mitgliedstaat hatten) und auch selbstständig Beschäftigte bereits mit 1. Mai 2004 uneingeschränkten Arbeitsmarktzugang zum österreichischen Arbeitsmarkt⁴⁵⁾.

Insgesamt wurden die Übergangsfristen in Österreich somit nicht ausschließlich dazu genutzt den österreichischen Arbeitsmarkt abzuschotten, sondern dienten auch der Steuerung der Zuwanderung aus diesen Ländern. Die wesentlichen Wanderungsbewegungen nach Öster-

⁴⁴⁾ Z. B. über die sogenannte Ausländerbeschäftigungsverordnung vom August 2008, durch die die vollversicherungspflichtige Tätigkeit als PflegerIn in Privathaushalten, WerbemittelverteilerIn bzw. ZustellerIn von Tageszeitungen oder periodischen Druckschriften vom Ausländerbeschäftigungsgesetz ausgenommen wurde, sofern diese von BürgerInnen aus den neuen EU 10-Ländern ausgeübt wurde und die Fachkräftebundesoberstufenverordnung durch die zuletzt Facharbeiter in 67 Mangelberufen unter erleichterten Voraussetzungen einen Arbeitsmarktzugang in Österreich erhielten.

⁴⁵⁾ *Beer et al.*, 2003 schätzte vor der Erweiterung das Potential von bereits anwesenden Familienangehörigen von ArbeitnehmerInnen, die mehr als 12 Monate in Österreich sind, auf rund 12.000 Personen. Überdies schätzte sie, dass in Österreich vor dem Beitritt etwa 35.000 Personen aus den neuen EU-Mitgliedsländern arbeiteten, die über ein Jahr lang einen ununterbrochenen Arbeitsmarktzugang hatten.

reich stammten während der Übergangsfristen allerdings nicht aus den EU 10-Ländern, sondern aus anderen EU 15-Ländern und Drittstaaten, sodass die Zuwanderung aus den EU 10-Ländern deutlich geringer blieb als die in den Ex-ante-Prognosen erwarteten 40.000 Personen jährlich. So betrug laut den Zahlen der Wanderungsstatistik, die österreichweit bis ins Jahr 2010 und regional bis 2009 vorliegt und Daten über Wohnortverlagerungen von ausländischen StaatsbürgerInnen erfasst, die Netto-Zuwanderung aus den EU 10-Ländern in den Jahren seit der Erweiterung zwischen 8.000 und 3.400 Personen, während sie in den beiden Jahren vor der Erweiterung bei rund 3.000 Personen lag. Insbesondere in den ersten beiden Jahren nach der Erweiterung (2004 und 2006) war dabei diese Zuwanderung, mit zwischen 7.000 und 8.000 Personen, deutlich höher als vor der Erweiterung, während sie in den Folgejahren (von 2006 bis 2008) zwischen 5.000 und 6.000 Personen pro Jahr und im Jahr 2009 – krisenbedingt – bei nur rund 3.400 Personen lag aber anschließend wieder auf 4.900 Personen anstieg (Übersicht 7.1).

Übersicht 7.1: Zu- und Wegzüge von ausländischen StaatsbürgerInnen aus und nach Österreich nach Ländergruppen
In 1.000

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Zuzüge								
Ausland insgesamt*	108,1	111,9	122,5	114,5	98,5	106,7	110,1	107,8	114,4
EU 27 und EWR	34,7	39,5	47,5	48,4	47,9	57,7	60,9	58,6	64,2
EU 15	17,1	20,0	22,6	24,4	25,6	28,7	30,4	28,6	29,7
EU 10	10,5	11,1	16,5	16,4	15,4	16,1	17,4	16,7	18,0
EU 2	6,3	7,4	7,2	6,5	5,8	11,4	11,7	11,9	14,7
EWR	0,8	1,0	1,2	1,1	1,2	1,5	1,5	1,5	1,5
Drittländer	73,5	72,3	75,0	66,1	50,6	49,0	49,2	49,2	49,2
	Wegzüge								
Ausland	74,8	72,0	71,7	70,1	74,4	71,9	75,6	87,2	86,7
EU 27 und EWR	25,2	26,1	28,0	29,1	33,8	33,9	38,3	44,6	44,0
EU 15	14,3	12,9	13,6	13,6	16,4	16,7	18,5	21,3	20,5
EU 10	7,3	8,2	8,5	9,6	10,6	10,5	11,5	13,3	13,1
EU 2	2,4	4,0	4,9	4,9	5,1	4,5	5,8	7,8	8,3
EWR	1,2	0,9	0,9	0,9	1,6	2,2	2,4	2,3	2,2
Drittländer	49,6	45,9	43,8	41,1	40,7	38,0	37,4	42,6	42,7
	Nettowanderung								
Ausland	33,3	39,9	50,8	44,3	24,1	34,7	34,4	20,6	27,7
EU 27 & EWR	9,5	13,4	19,6	19,3	14,1	23,8	22,6	14,0	20,2
EU 15	2,8	7,1	9,0	10,8	9,1	12,1	11,8	7,3	9,4
EU 10	3,1	2,9	8,0	6,8	4,7	5,6	5,8	3,4	4,9
EU 2	3,9	3,3	2,3	1,6	0,6	6,8	5,8	4,1	6,5
EWR	-0,4	0,1	0,2	0,2	-0,4	-0,7	-0,9	-0,8	-0,5
Drittländer	23,8	26,5	31,2	25,0	10,0	10,9	11,8	6,6	7,4

Q: Statistik Austria, Wanderungsstatistik, WIFO-Berechnungen. – * Inklusive österreichische Staatsangehörige.

Obwohl sich damit die Zahl der aus den EU 10-Ländern stammenden ZuwanderInnen deutlich erhöhte, stammten die relevanteren Zuwanderungsimpulse nach Österreich im Zeitraum seit der Erweiterung nicht aus den EU 10-Ländern, sondern aus anderen EU 15-Ländern und Dritt-

staaten. In jedem der Jahre seit 2003 war die Zuwanderung aus anderen EU 15-Ländern aber auch aus Drittstaaten höher als jene aus den EU 10-Ländern. So wanderten aus den anderen EU-Staaten jedes Jahr netto etwa 10.000 Personen nach Österreich zu. Aus Drittländern kam es hingegen in den Jahren 2004 und 2005 mit jeweils mehr als 25.000 Personen zu einer deutlichen Zuwanderung, während für den Rest der Nacherweiterungsperiode – mit der Ausnahme der Jahre 2009 und 2010 – rund 10.000 ZuwanderInnen jährlich registriert wurden.

Schlussendlich zeigt sich auch, dass nach der zweiten Erweiterungsrunde der EU am 1. Jänner 2007 die Zahl der NettozuwanderInnen aus Bulgarien und Rumänien (von zwischen 1.000 bis 4.000 pro Jahr vor der Erweiterung) auf annähernd 6.000 Personen pro Jahr anstieg. Insgesamt war damit seit dem Jahr 2007 die Zahl der ZuwanderInnen aus den EU 2-Ländern durchgängig höher als die Zuwanderung aus den EU 10-Ländern, obwohl die EU 2-Länder eine ungleich geringere Bevölkerungszahl aufweisen.

Übersicht 7.2: Kennzahlen zum Umschlag von ausländischen StaatsbürgerInnen aus und nach Österreich nach Ländergruppen in %

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Überschussumschlag**								
Ausland	81,8	78,3	73,8	76,0	86,1	80,6	81,5	89,4	86,2
EU 27 und EWR	84,2	79,6	74,0	75,1	82,7	74,0	77,2	86,4	81,3
EU 15	91,1	78,4	75,3	71,6	78,3	73,4	75,8	85,4	81,7
EU 10	82,3	85,0	67,9	73,9	81,7	79,1	79,8	88,7	84,2
EU 2	55,1	70,8	80,7	86,2	94,1	57,0	66,7	79,1	72,2
EWR	118,1	96,3	88,4	90,9	113,2	118,4	122,4	121,3	118,9
Drittstaaten	80,6	77,6	73,7	76,7	89,1	87,5	86,3	92,8	92,9
	Nettowanderung in % der Zuzüge								
Ausland	30,8	35,6	41,5	38,7	24,5	32,6	31,3	19,1	24,2
EU 27 und EWR	27,3	33,9	41,2	39,9	29,5	41,3	37,1	23,9	31,5
EU 15	16,3	35,5	39,7	44,2	35,7	42,0	39,0	25,5	31,6
EU 10	30,0	26,1	48,6	41,4	30,9	34,6	33,6	20,3	27,2
EU 2	62,0	45,2	32,3	24,2	11,2	60,1	50,0	34,6	44,2
EWR	-44,3	7,2	20,8	16,7	-30,4	-45,1	-57,6	-54,3	-33,3
Drittstaaten	32,4	36,6	41,6	37,8	19,7	22,3	24,0	13,4	15,0

Q: Statistik Austria, Wanderungsstatistik, WIFO-Berechnungen. ** Prozentsatz der überschüssigen Bruttowanderung (= Summe aus Zu- und Wegzügen minus der Nettozuwanderung) an der Gesamtwanderung.

Abgesehen von der erhöhten Nettozuwanderung aus den EU 10-Ländern änderte sich seit der Erweiterung auch die Struktur der Zuwanderung aus dieser Region. Insbesondere war die Zuwanderung aus den EU 10-Ländern seit 2004 durch einen geringeren Umschlag gekennzeichnet als jene vor 2004. Obwohl die Bruttozuwanderung die Nettozuwanderung aus den EU 10-Ländern – wie bei der Zuwanderung aus anderen Staaten – aufgrund erheblicher Rückwanderungstendenzen um ein vielfaches übersteigt, deuten Kennzahlen zum Umschlag an Wanderungsbewegungen auf ein deutliches Sinken dieses Umschlages aus den EU 10-Ländern nach der Erweiterung hin. Während die Zuwanderung vor der Erweiterung durch einen

überdurchschnittlichen Überschussumschlag⁴⁶⁾ und einen unterdurchschnittlichen Anteil der Nettozuwanderung an der Bruttozuwanderung geprägt war, war es im Zeitraum seit 2004 jedes Jahr (mit Ausnahme der letzten beiden) genau umgekehrt (Übersicht 7.2). Insgesamt kamen in diesem Zeitraum brutto drei ZuwanderInnen auf eine NettozuwanderIn.

Übersicht 7.3: Zu- und Wegzüge von ausländischen StaatsbürgerInnen aus und nach Österreich nach Ländern und Ländergruppen

	Zuzüge	Wegzüge	Saldo	Zuzüge	Wegzüge	Saldo
		2002-2003			2004-2010	
Ausländer insgesamt	179.485	93.418	+ 86.067	661.729	395.342	+ 266.387
EU-Staaten (14)	32.088	21.842	+ 10.246	199.305	113.837	+ 85.468
Deutschland	20.112	12.073	+ 8.039	116.325	56.129	+ 60.196
EU-Beitrittsstaaten (10)	20.754	14.337	+ 6.417	113.330	72.862	+ 40.468
Estland	71	34	+ 37	415	237	+ 178
Lettland	148	51	+ 97	833	472	+ 361
Litauen	240	173	+ 67	1.527	1.030	+ 497
Malta	9	8	+ 1	61	45	+ 16
Polen	6.354	4.317	+ 2.037	37.268	21.795	+ 15.473
Slowakei	5.151	3.040	+ 2.111	27.303	17.724	+ 9.579
Slowenien	904	945	- 41	4.814	3.596	+ 1.218
Tschechien	2.376	1.700	+ 676	8.852	7.084	+ 1.768
Ungarn	5.484	4.056	+ 1.428	32.118	20.798	+ 11.320
Zypern	17	13	- 4	139	81	+ 58
EU-Beitrittsstaaten (2)	13.633	6.210	+ 7.423	69.255	40.717	+ 28.538
Bulgarien	3.200	1.609	+ 1.591	14.763	9.010	+ 5.753
Rumänien	10.433	4.601	+ 5.832	54.492	31.707	+ 22.785
Ehem. Jugoslawien*	41.208	20.754	+ 20.454	106.853	69.570	+ 37.283

Q: Statistik Austria, Wanderungsstatistik, WIFO-Berechnungen. – * Ohne Slowenien.

Die Umschlagszahlen bei der Zuwanderung aus den EU 2-Ländern unterlagen im Zeitraum 2002 bis 2010 hingegen erheblichen Schwankungen. Insbesondere waren die Umschlagszahlen bei den ZuwanderInnen im Jahr 2002 noch deutlich geringer (und der Anteil der Nettozuwanderung an der Gesamtwanderung noch deutlich höher) als bei der Zuwanderung aus den EU 10-Ländern. Nach dem Beitritt der EU 2-Ländern im Jahr 2007 stieg allerdings auch hier Anteil der Nettozuwanderung an der Bruttozuwanderung deutlich an, während der Überschussumschlag aus und in diese Länder deutlich zurückging. Im Anschluss unterlagen diese Indikatoren allerdings wieder einigen Schwankungen, sodass sich hier nur wenige einheitliche Tendenzen über die Auswirkungen des EU-Beitritts dieser Länder auf das Rückwanderungsverhalten ihrer MigrantInnen ableiten lassen.

Auch die Länderstruktur der Nettozuwanderung aus den EU 10-Ländern nach Österreich hat sich in den Jahren seit der Erweiterung geändert. Während in den Jahren 2002 bis 2003 die meisten der ZuwanderInnen der EU 10-Länder SlowakInnen waren, wanderten in den ersten beiden Jahren nach der Erweiterung (2004 und 2005) vor allem Polen und Polinnen verstärkt

⁴⁶⁾ Der Überschussumschlag gibt dabei an, welchen Prozentsatz der Gesamtwanderung die überschüssige Bruttozuwanderung (= Summe aus Zu- und Wegzügen minus der Nettozuwanderung) ausmacht. Sie lässt sich daher anhand der Formel $(\text{Zuzüge} + \text{Wegzüge} - (\text{Zuzüge} - \text{Wegzüge})) / (\text{Zuzüge} + \text{Wegzüge})$ berechnen.

nach Österreich. In den Jahren seit 2004 lag die Nettozuwanderung aus Polen bei rund 15.473 Personen. An zweiter Stelle folgten die vor der Erweiterung noch drittichtigste Gruppe der UngarInnen (+11.320), die vor allem im Krisenjahr 2009, von dem Ungarn besonders stark betroffen war, einen besonders hohen Anteil der Zuwanderung aus den EU 10-Ländern ausmachte. Die vor der Erweiterung noch wichtigste Gruppe der ZuwanderInnen aus der Slowakei war hingegen im Zeitraum nach der Erweiterung (mit einem Zuwachs von 9.579 Personen) nur die drittichtigste. Die Zuwanderung aus Tschechien, den baltischen Ländern aber auch aus Malta und Zypern (mit jeweils weniger als 1.800 ZuwanderInnen) spielte eine nur geringe Rolle. Der Anstieg der ZuwanderInnen aus den EU 2-Ländern nach dem Jahr 2007 resultierte hingegen vor allem aus einem starken Anstieg der Zuwanderung aus Rumänien, obwohl sich auch die Zuwanderung aus Bulgarien – allerdings von einem deutlich niedrigeren Niveau ausgehend – annähernd verdreifachte (Übersicht 7.3).

Übersicht 7.4: Nettozuwanderung von ausländischen StaatsbürgerInnen nach Österreich nach Ländergruppen und Bundesländern 2002-2009

	Insgesamt	EU 10	EU 2	Insgesamt	EU 10	EU 2
		2002-2003			2004-2009	
Wien	41.342	3.675	3.653	97.596	19.067	10.464
Niederösterreich	10.144	984	989	27.925	4.911	2.501
Burgenland	1.477	116	119	5.895	2.013	638
Steiermark	8.172	467	1.204	23.140	3.127	3.576
Kärnten	2.065	26	122	10.252	885	557
Oberösterreich	11.033	344	870	32.983	3.181	2.670
Salzburg	2.850	169	175	11.006	789	684
Tirol	5.605	503	195	17.315	894	638
Vorarlberg	3.379	133	96	8.417	528	272
Österreich	86.067	6.417	7.423	234.529	35.395	22.000

Q: Statistik Austria, Wanderungsstatistik, WIFO-Berechnungen.

Insgesamt war somit die Zuwanderung aus den EU 10-Ländern im Zeitraum seit der EU-Erweiterung deutlich geringer als in den meisten Ex-ante-Schätzungen vorausgesagt, in denen allerdings auch keine Übergangsfristen unterstellt wurden. Dies kann als ein Indiz für die Wirksamkeit der Übergangsfristen gewertet werden. Trotzdem kam es in den Jahren seit der Erweiterung zu einer – im Vergleich mit zu den Vorjahren – stärkeren Zuwanderung aus den EU 10-Ländern, wobei diese im Vergleich zu den Jahren vor der Erweiterung auch dauerhafter war und sich auch die Länderstruktur der Zuwanderung aus den EU 10 änderte.

An der regionalen Verteilung der Zuwanderung aus den EU 10-Ländern änderte sich hingegen nach der Erweiterung nur wenig. Wie auch vor der Erweiterung lag der Anteil der Zuwanderung in die österreichischen Ostregion in den Jahren seit 2004 bei rund 75%, wobei der Anteil der Zuwanderung nach Wien nur leicht (von 57% auf 53%) zurückging und dafür jener des Burgenlandes (aufgrund der stärkeren Zuwanderung der Ungarn) von 2% auf 6% anstieg. In der österreichischen Südregion (Steiermark und Kärnten) siedelten sich hingegen

rund 11% – gegenüber 8% vor der Erweiterung – der ZuwanderInnen an und in der Westregion 15% (gegenüber 18% vor der Erweiterung – Übersicht 7.4).

Dasselbe gilt auch für die Zuwanderung aus den EU 2-Ländern seit 2004. Auch diese blieb aufgrund eines hohen Anteils der Zuwanderung nach Wien – in noch stärkerem Ausmaß als die Zuwanderung aus den EU 10-Ländern – auf die Ostregion konzentriert. Vor dem Jahr 2004 wanderten ca. 64% der ZuwanderInnen aus den EU 2-Ländern in die Ostregion Österreichs (49% nach Wien) und jeweils 18% in die Süd- und Westregion. Nach 2004 sank der Anteil Wiens nur unwesentlich (auf 48%) und jener Niederösterreichs sank von 13% auf 11%, während das Burgenland einen leichten Anstieg von rund 2% auf 3% verzeichnete. In der Ostregion siedelten daher rund 62% der ZuwanderInnen aus den EU 2-Ländern seit 2004, in der Süd- und Westregion hingegen jeweils rund 19%.

7.2 Demographische Struktur der in den EU 10 geborenen MigrantInnen in Österreich – Ergebnisse des Mikrozensus

Abgesehen von den Unterschieden hinsichtlich Regionalstruktur und Dauer des Aufenthalts unterscheiden sich die MigrantInnen aus den EU 10-Ländern in Österreich auch hinsichtlich anderer demographischer Merkmale deutlich von der österreichischen Bevölkerung und auch anderen Zuwanderungsgruppen. Insbesondere hinsichtlich Bildung und Siedlungsstruktur aber auch hinsichtlich des Zuwanderungszeitpunktes bestehen Unterschiede. So sind nach Daten der österreichischen Arbeitskräfteerhebung⁴⁷⁾ (Übersicht 7.5) MigrantInnen aus den EU 10-Ländern deutlich häufiger weiblich, und haben zu einem wesentlich höheren Anteil ein mittleres Ausbildungsniveau als im Inland Geborene.

Im Vergleich zu anderen im Ausland geborenen Bevölkerungsgruppen in Österreich, sticht der hohe Frauenanteil in der aus den EU 10-Ländern stammenden Bevölkerung in Österreich und der hohe Anteil der Personen im mittleren Ausbildungssegment hervor. Mit einem Frauenanteil von annähernd 60% weisen ZuwanderInnen aus den EU 10-Ländern den höchsten Frauenanteil unter allen in Übersicht 7.5 analysierten Gruppen auf und auch der Anteil der Personen im mittleren Bildungssegment ist mit annähernd 60% der höchste unter allen Gruppen, wobei hier allerdings die aus EU 10 stammende Bevölkerung auch einen höheren AkademikerInnenanteil aufweist als die im Inland Geborenen. Gleichzeitig wanderte die aus den EU 10-Ländern zuwandernde Bevölkerung häufig erst nach 1989 zu, wiesen aber zum Zeitpunkt der Zuwanderung eine recht ausgeglichene Altersstruktur auf.

⁴⁷⁾ Daten der Arbeitskräfteerhebung sind zur Beurteilung der demographischen Struktur der in Österreich wohnhaften aber im Ausland geborenen Bevölkerung sicherlich nicht ideal. Insbesondere handelt es sich bei diesen Daten um eine Stichprobenerhebung, die bei geringem Stichprobenbesatz der betrachteten Gruppe zu starken Zufallsschwankungen führt. Statistik Austria empfiehlt daher Zahlen mit einer hochgerechneten Stichprobengröße von 6.000 Personen gesondert zu kennzeichnen, da hier große Ungenauigkeiten vorliegen, und Zahlen mit einer hochgerechneten Stichprobengröße von weniger als 3.000 Personen gänzlich zu ignorieren. (Wir folgen dieser Empfehlung in diesem und den folgenden Abschnitten, in denen Zahlen der Arbeitskräfteerhebung genutzt werden.) Allerdings stellen Daten der Arbeitskräfteerhebung für viele relevante Aspekte der Struktur der Zuwanderung den in Österreich einzigen rezent verfügbaren Datensatz dar. (Huber 2010 für einen Überblick der Datenverfügbarkeit zur Zuwanderung).

ZuwanderInnen aus den EU 2-Ländern weisen hingegen gegenüber den MigrantInnen aus den EU 10-Ländern einen etwas niedrigeren Frauenanteil auf, haben eine schlechtere Bildungsstruktur (höheren Anteil an PflichtschulabsolventInnen und geringeren an AkademikerInnen), siedeln seltener in Wien und sind auch seltener vor 1989 zugewandert.

Übersicht 7.5: Demographische Struktur der im Ausland geborenen Bevölkerung in Österreich nach Geburtslandgruppen (in % der aus der jeweiligen Gruppe stammenden Bevölkerung)

	Geburtsland				
	Österreich	EU 15	EU 10	EU 2	Andere Länder
<i>Geschlecht</i>					
Männlich	49,0	46,8	40,2	42,8	49,3
Weiblich	51,0	53,2	59,9	57,2	50,7
<i>Alter in Jahren</i>					
0-24	28,9	16,0	9,8	17,0	17,8
25-39	18,5	25,3	26,3	36,7	32,3
40-64	34,9	34,9	36,1	35,8	43,3
65+	17,8	23,9	27,8	10,5	6,7
<i>Bildung</i>					
ISCED 2 oder weniger*	20,2	13,5	15,0	25,7	41,4
ISCED 3 oder 4	50,7	51,4	60,6	55,8	40,4
ISCED 5 und mehr	12,4	28,8	19,2	14,1	12,8
In Ausbildung	16,7	6,4	5,1	(4,4)	5,4
<i>Wohnort</i>					
Wien	16,7	24,7	43,9	37,8	45,5
Niederösterreich	20,4	10,2	17,4	18,3	11,4
Burgenland	3,7	(1,6)	(4,0)	-	1,3
Steiermark	15,5	9,1	10,5	17,9	7,2
Kärnten	7,1	6,8	(4,1)	-	3,6
Oberösterreich	17,4	12,7	10,7	14,5	14,3
Salzburg	6,4	9,6	-	-	6,0
Tirol	8,6	17,4	4,2	-	5,8
Vorarlberg	4,3	7,9	-	-	5,1
<i>Alter bei Zuwanderung in Jahren**</i>					
0-15		30,7	27,1	23,5	25,1
16-24		17,1	24,2	23,7	27,6
25-34		28,8	28,2	30,2	32,0
35-64		23,4	20,6	22,7	15,2

Q: Arbeitskräfteerhebung 2010, WIFO-Berechnungen. – Anmerkungen: Basis Wohnbevölkerung ohne Präsenz- und Zivildienstler, Werte in Klammern = Hochgerechnete Bevölkerungsgruppe ist kleiner als 6.000 Personen, Zahlen sind mit hohen Zufallsschwankungen behaftet, – = Hochgerechnete Bevölkerungsgruppe ist kleiner als 3.000 Personen, Zahlen lassen keine verlässlichen Aussagen zu. * inklusive ISCED 3c kurz. ** Aufgrund des geringen Gruppenbesatzes exklusive Personen über 64 Jahren.

Da über 60% der in Österreich wohnhaften MigrantInnen aus den EU 10-Ländern in der Ostregion Österreichs wohnen und auch der Anteil der in der Ostregion wohnenden MigrantInnen aus den EU 2-Ländern nur etwas unter 60% liegt, unterscheiden sich diese MigrantInnen auch hinsichtlich ihrer demographischen Merkmale nur wenig vom österreichischen Durch-

schnitt. Als relevante Unterschiede erweisen sich hier die bessere Bildungsstruktur der in der Ostregion wohnhaften MigrantInnen aus diesen beiden Regionen und ein dementsprechend höherer Anteil der zum Zeitpunkt der Migration über 25-jährigen MigrantInnen (Übersicht 7.6).

Der Anteil der MigrantInnen mit einem Pflichtschulabschluss lag in der Ostregion (mit 13,0% für MigrantInnen aus den EU 10-Ländern und 22,6% für MigrantInnen aus den EU 2-Ländern) niedriger als im österreichischen Durchschnitt, dafür lag der Anteil der MigrantInnen mit einem tertiären Bildungsabschluss (mit 21,5% bei den EU 10-Ländern und 18,4% bei den EU 2-Ländern) darüber. Der Grund hierfür ist, dass die ZuwanderInnen insbesondere in Wien – der Struktur des Wiener Arbeitsmarktes entsprechend – deutlich besser gebildet sind als im übrigen Österreich.⁴⁸⁾

Übersicht 7.6: Demographische Struktur der im Ausland geborenen Bevölkerung in der Ostregion Österreichs nach Geburtslandgruppen

In % der aus der jeweiligen Gruppe stammenden Bevölkerung

	Österreich	EU 15	EU 10	EU 2	Andere Länder
<i>Geschlecht</i>					
Männlich	48,7	46,7	40,1	43,2	49,4
Weiblich	51,3	53,3	59,9	56,8	50,6
<i>Alter in Jahren</i>					
0-24	28,7	14,6	9,5	(19,8)	17,0
25-39	18,3	26,4	28,3	38,5	31,5
40-64	34,0	35,9	38,4	35,8	45,0
65+	18,9	23,1	23,8		6,5
<i>Bildung</i>					
ISCED_2_oder_weniger*	18,7	9,7	13,0	22,6	38,0
ISCED_3_oder_4	50,2	45,1	60,7	55,7	41,1
ISCED_5_und_mehr	14,0	39,5	21,5	18,4	16,0
In Ausbildung	17,0	(5,7)	(4,8)		4,9
<i>Alter bei Migration in Jahren**</i>					
0-15		25,8	25,1	(20,3)	24,1
16-24		16,6	23,2	(24,9)	27,1
25-34		33,9	30,1	32,0	32,3
35-64		22,1	21,2	(21,8)	16,0

Q: Arbeitskräfteerhebung 2010, WIFO-Berechnungen. – Anmerkungen: Basis Wohnbevölkerung ohne Präsenz- und Zivildienstler, Werte in Klammern = Hochgerechnete Bevölkerungsgruppe ist kleiner als 6.000 Personen, Zahlen sind mit hohen Zufallsschwankungen behaftet, – = Hochgerechnete Bevölkerungsgruppe ist kleiner als 3.000 Personen, Zahlen lassen keine verlässlichen Aussagen zu. * inklusive ISCED 3c kurz. ** Aufgrund des geringen Gruppenbesatzes exklusive Personen über 64 Jahren.

Dieses höhere Ausbildungsniveau führt auch dazu, dass die ZuwanderInnen aus den EU 10- und EU 2-Ländern in der Ostregion zum Zeitpunkt der Zuwanderung auch oftmals etwas älter waren als im österreichischen Durchschnitt. 52,3% der ZuwanderInnen aus den EU 10-Ländern (gegenüber 48,8% im österreichischen Durchschnitt) und 53,8% der ZuwanderInnen aus den

⁴⁸⁾ Siehe Huber - Nowotny (2011) für eine Untersuchung der Bildungsstruktur der MigrantInnen in Wien im Vergleich zu Österreich.

EU 2-Ländern (gegenüber 52,9% im österreichischen Durchschnitt) in der Ostregion Österreichs waren zum Zeitpunkt ihrer Migration älter als 25 Jahre.

MigrantInnen, die laut Daten der Arbeitskräfteerhebung seit 2004 aus den EU 10-Ländern zuwanderten, waren allerdings gegenüber den ZuwanderInnen der 1990er und frühen 2000er Jahre seltener weiblich, etwas älter und auch besser ausgebildet (Übersicht 7.7), wobei sie insgesamt aber auch noch stärker als frühere Kohorten auf das mittlere Bildungssegment konzentriert waren. Letzteres dürfte dabei zum einen auf die zunehmende Umstrukturierung des österreichischen Migrationssystems auf Höherqualifizierte in den 2000er Jahren (Bock-Schappelwein et al., 2009) und zum anderen auf die Konzentration vieler der Bestimmungen, durch die die Zuwanderung aus den EU 10-Ländern während der Laufzeit der Übergangsfristen bevorzugt wurden, auf das mittlere Qualifikationssegment, zurückzuführen sein.

Übersicht 7.7: Demographische Struktur der in den EU 10 geborenen Bevölkerung in Österreich nach Zuwanderungszeitraum

In % der aus der jeweiligen Gruppe stammenden Bevölkerung

	Zuwanderungszeitraum		
	vor 1989	1989-2003	nach 2004
<i>Geschlecht</i>			
Männlich	42,0	37,7	40,1
Weiblich	58,0	62,3	59,9
<i>Alter in Jahren*</i>			
0-15	39,1	17,2	17,0
16-24	29,4	25,2	10,8
25-34	22,0	28,4	41,4
35-64	9,5	29,2	30,8
<i>Ausbildung**</i>			
ISCED 2 oder weniger	23,1	12,2	6,1
ISCED 3_oder 4	58,4	67,4	70,2
ISCED 5 und mehr	18,5	20,5	23,7

Q: Arbeitskräfteerhebung 2010, WIFO-Berechnungen. – Anmerkungen: Basis Wohnbevölkerung ohne Präsenz- und Zivildienstler, Werte in Klammern = Hochgerechnete Bevölkerungsgruppe ist kleiner als 3.000 Personen, Zahlen sind mit hohen Zufallsschwankungen behaftet, – = Hochgerechnete Bevölkerungsgruppe ist kleiner als 6.000 Personen, Zahlen lassen keine verlässlichen Aussagen zu. * Aufgrund geringen Gruppenbesatzes exklusive Personen im Alter von über 65 Jahren. ** Aufgrund geringen Gruppenbesatzes exklusive in Ausbildung befindlicher Personen.

7.3 Arbeitskräftewanderung

Insgesamt weisen somit Zahlen der Wanderungsstatistik wie auch der Arbeitskräfteerhebung auf einige relevante Änderungen im Niveau und der Struktur der MigrantInnen aus den EU 10-Ländern während der Laufzeit der Übergangsfristen hin. Für eine Beurteilung der Arbeitsmarktauswirkungen der Zuwanderung scheinen aber Zahlen über den Arbeitskräftezuzug relevanter, da von den Übergangsfristen nur die unselbständige Beschäftigung betroffen war. Allerdings ergibt sich nach diesen Daten ein sehr ähnliches Bild der Migrationsbewegungen seit

dem Jahr 2004⁴⁹⁾). Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in Österreich ist im letzten Jahrzehnt zwar deutlich gestiegen, wobei es zu einer nicht zu vernachlässigenden Zuwanderung aus den EU 10-Ländern kam. Allerdings war auch die Arbeitskräftezuwanderung aus den EU 10-Ländern im Vergleich zu den Ex-ante-Prognosen ohne Übergangsfristen deutlich geringer und die Länderstruktur der ZuwanderInnen in den Jahren 2004 bis 2010 zeigt auch, dass die EU 10-Länder nicht die primären Quellländer der nach Österreich gerichteten Arbeitsmigration waren. Ein größerer Teil der Zuwanderung kam aus Drittstaaten und auch aus Deutschland.

Übersicht 7.8: Angebot an unselbständig beschäftigten AusländerInnen nach Nationalitäten

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Veränderung 2004-2010 absolut
Ehemaliges Jugoslawien*	158.386	158.666	158.102	157.588	158.361	170.254	168.736	164.646	160.646	2.544
Türkei	55.691	55.108	54.534	53.602	53.912	57.796	57.577	55.879	56.179	1.645
BRD	29.879	35.433	43.444	52.006	60.535	70.924	78.541	81.001	85.318	41.874
EU 10	41.547	43.413	46.666	50.851	54.376	64.088	69.273	72.482	77.649	30.983
Estland	23	27	29	34	40	58	72	81	80	51
Lettland	50	62	75	92	102	139	154	176	229	154
Litauen	59	74	95	113	130	171	201	224	261	166
Malta	11	12	13	13	15	16	24	25	25	12
Polen	12.342	12.671	13.365	14.344	15.297	17.262	17.819	18.333	19.485	6.120
Slowenien	4.521	4.597	4.963	5.425	5.639	7.757	8.037	7.935	8.157	3.194
Tschechien, Slowakei	11.765	12.403	13.613	15.067	16.235	18.949	20.117	20.620	21.680	8.067
Ungarn	12.740	13.532	14.476	15.725	16.882	19.700	22.810	25.045	27.681	13.205
Zypern	37	36	36	39	37	37	41	43	50	14
EU 2	11.803	12.404	13.029	13.566	14.075	17.186	19.276	20.365	22.286	9.257
Bulgarien	1.726	1.832	1.975	2.081	2.185	2.779	3.089	3.300	3.629	1.654
Rumänien	10.077	10.572	11.054	11.485	11.890	14.408	16.187	17.065	18.658	7.604
Übrige Staaten	42.847	45.652	48.977	53.003	57.119	73.780	78.969	81.500	88.135	39.158
Insgesamt	340.153	350.677	364.751	380.617	398.379	454.028	472.371	475.874	490.213	125.462

Q: AMS, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Arbeitsmarktdatenbank, Erwerbskarrieremonitoring), WIFO-Berechnungen. – * ohne Slowenien.

So stieg zum Beispiel das Arbeitskräfteangebot an ausländischen unselbständig Beschäftigten⁵⁰⁾ (Übersicht 7.8) aus den EU 10 in Österreich seit dem Jahr 2004 um rund 31.000 Personen

⁴⁹⁾ Die Bewertung der verschiedenen Trends der Migration aus und nach Österreich wird dabei unter anderem auch durch die in vielen Teilbereichen schlechte Datenlage erschwert. In der folgenden Darstellung werden daher mehrere Datenquellen herangezogen, wobei nur auf die wesentlichen Schwächen einzelner Datensätze hingewiesen werden kann. Detaillierte Diskussionen der einzelnen hier verwendeten Daten finden sich in *Biffi – Bock-Schappelwein* (2004, 2005 und 2006), sowie *Biffi* (2004, 2005 und 2006).

⁵⁰⁾ Dieses ergibt sich aus der Summe der ausländischen unselbständig Beschäftigten und der Zahl der Arbeitslosen AusländerInnen.

(oder über 70%) und bei den unselbständig Beschäftigten aus diesen Ländern war der Anstieg nur unwesentlich geringer (Übersicht 7.9). Der Anstieg bei den ausländischen Arbeitskräften aus Drittstaaten (ohne ehemaliges Jugoslawien und Türkei) war aber sowohl beim Angebot an unselbständig Beschäftigten als auch bei den unselbständig Beschäftigten (mit +39.000 bzw. +35.000) deutlich höher als bei den Arbeitskräften aus den EU 10-Ländern und die Zahl der aus Deutschland stammenden Arbeitskräfte wurde in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt und erhöhte sich um fast 42.000 (beim Angebot an unselbständig Beschäftigten) bzw. 40.000 (bei den unselbständig Beschäftigten).

Ähnlich beschleunigte sich auch (insbesondere seit 2007) die Arbeitskräftezuwanderung aus den EU 2-Ländern. Bei den Arbeitskräften aus Bulgarien und Rumänien lag das Angebot an unselbständig Beschäftigten 2010 um annähernd 75% über dem Niveau des Jahres 2003. Absolut waren die Zuwächse mit +9.300 (beim Angebot an unselbständig Beschäftigten) und +8.300 (bei den unselbständig Beschäftigten), aufgrund eines geringen Ausgangsniveaus, aber deutlich geringer als bei den Arbeitskräften aus den EU 10-Ländern.

Übersicht 7.9: *Unselbständig beschäftigte AusländerInnen in Österreich nach Nationalitäten*

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Veränderung 2004-2010 absolut
Ehemaliges Jugoslawien*	140.124	139.636	138.745	137.185	139.579	153.487	153.130	145.345	142.375	3.630
Türkei	47.962	47.089	46.198	44.843	45.967	50.513	50.770	47.338	48.041	1.843
BRD	27.763	32.995	40.647	48.800	57.222	67.515	74.904	75.833	80.152	39.505
EU 10	38.607	40.363	43.266	47.026	50.491	60.342	65.544	67.527	72.479	29.213
Estland	20	24	26	31	34	52	66	75	74	48
Lettland	43	53	67	83	94	127	137	160	207	140
Litauen	56	69	86	102	118	160	191	210	237	151
Malta	11	11	11	12	13	15	22	23	23	12
Polen	11.189	11.475	12.065	12.911	13.852	15.912	16.491	16.681	17.705	5.640
Slowenien	4.082	4.157	4.517	4.953	5.156	7.315	7.603	7.345	7.664	3.147
Tschechien, Slowakei	11.033	11.619	12.659	13.988	15.133	17.853	19.037	19.220	20.157	7.498
Ungarn	12.139	12.922	13.800	14.912	16.058	18.875	21.961	23.774	26.368	26.230
Zypern	35	34	34	35	34	34	38	39	43	9
EU 2	10.585	11.187	11.747	12.153	12.715	15.824	17.886	18.357	20.075	8.328
Bulgarien	1.582	1.670	1.805	1.878	1.990	2.572	2.870	2.995	3.273	1.468
Rumänien	9.003	9.517	9.942	10.275	10.725	13.253	15.016	15.362	16.803	6.861
Übrige Staaten	38.982	41.196	43.752	46.296	50.205	66.770	71.880	72.577	78.917	35.165
Insgesamt	304.023	312.467	324.354	336.304	356.180	414.451	434.113	426.978	442.039	117.685

Q: AMS, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Arbeitsmarktdatenbank, Erwerbskarrieremonitoring), WIFO-Berechnungen. – * Ohne Slowenien.

Diese Zahlen über den Zuzug der Arbeitskräfte relativieren allerdings die oben auf Grundlage der Wanderungsstatistik geschilderte Länderstruktur der Zuwanderung etwas, da der größte Zuwachs bei den Arbeitskräften bei den UngarInnen, gefolgt von den TschechInnen und

SlowakInnen entstand und – im Gegensatz zu den Zahlen der Wanderungsstatistik – die polnischen StaatsbürgerInnen erst an dritter Stelle folgen. Außerdem kam es nach diesen Zahlen auch zu einem relevanten Arbeitskräftezuzug aus Slowenien. Diese recht unterschiedliche Länderstruktur der Zuwanderung kann eine Reihe von Ursachen haben. Eine mögliche Ursache hierfür wären grenzüberschreitendes Pendeln oder Unterschiede im Zuzug von Personen (wie zum Beispiel Kindern), die in Österreich keine Arbeit aufnehmen. Aufgrund der größeren Distanz zum Heimatland ist hier anzunehmen, dass polnische StaatsbürgerInnen seltener pendeln und auch häufiger ihre Familie mitnehmen, was die höhere Zahl der ZuwanderInnen aus Polen erklären kann. Außerdem könnte bei polnischen oder slowenischen ZuwanderInnen auch ein größerer Anteil eine selbständige Beschäftigung aufgenommen haben. Schlussendlich könnte auch eine unterschiedliche Saisonalität der Beschäftigung eine Rolle spielen, da die Primärquelle der Wanderungsstatistik das österreichische Melderegister ist, in dem nur Verlagerungen des Hauptwohnsitzes für mehr als 90 Tage gezählt werden. Wenn daher Saisonarbeitskräfte (wie zum Beispiel die deutschen Arbeitskräfte im Tourismus) angeben weniger als 90 Tage einen Wohnsitz in Österreich haben, oder – aufgrund einer kurzen Aufenthaltsdauer – gar keinen Wohnsitz melden, würden sie in dieser Statistik nicht erfasst werden.

Übersicht 7.10: Änderungen im Angebot an unselbständig beschäftigten AusländerInnen nach Nationalitäten und Bundesländern in Österreich

	Insgesamt	EU 10 2000/2003	EU 2	Insgesamt	EU 10 2004/2010	EU 2
Wien	+ 5.872	+ 1.146	+540	+ 38.910	+ 9.055	+2.908
Niederösterreich	-1.590	+ 748	-172	+ 14.800	+ 4.874	+1.116
Burgenland	+ 1.449	+ 1.323	- 9	+ 4.004	+ 3.086	+ 159
Steiermark	+ 3.614	+ 816	+414	+ 13.306	+ 4.927	+1.935
Kärnten	+ 636	+ 159	- 38	+ 5.732	+ 1.277	+ 241
Oberösterreich	+ 2.523	+ 312	- 31	+ 18.707	+ 3.027	+1.438
Salzburg	+ 1.694	+ 265	+ 27	+ 10.297	+ 1.781	+ 405
Tirol	+ 4.021	+ 663	+ 75	+ 9.620	+ 1.768	+ 477
Vorarlberg	+ 614	+ 155	+ 51	+ 1.651	+ 389	+ 81
Österreich	+18.833	+ 5.586	+857	+117.026	+30.184	+8.759

Q: AMS, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Arbeitsmarktdatenbank, Erwerbskarrieremonitoring), WIFO-Berechnungen. Anmerkung: Übersicht zeigt die absolute Veränderung des Angebotes an unselbständig beschäftigten StaatsbürgerInnen der jeweiligen Länder im jeweiligen Zeitraum.

Etwas deutlicher als bei der Zuwanderung waren auch die Verschiebungen in der regionalen Verteilung des Anstiegs im Angebot der unselbständig Beschäftigten und der unselbständig Beschäftigten nach Bundesländern (Übersichten 7.10 und 7.11).⁵¹⁾ Insbesondere kam es in der

⁵¹⁾ Im Gegensatz zur regionalen Verteilung der Zuwanderung können hier aber auch aufgrund der Mobilität der alteingesessenen ausländischen StaatsbürgerInnen innerhalb Österreichs, aber auch aufgrund von Naturalisierungen (d. h. Erwerb von österreichischer Staatsbürgerschaft) zu Verschiebungen in der regionalen Verteilung beigetragen haben.

Periode nach der Erweiterung zu einer Verlagerung der Wanderung von ausländischen Arbeitskräften aus den EU 10-Ländern aus dem Burgenland nach Wien. Während der Zuwachs im Angebot an unselbständig Beschäftigten aus den EU 10-Ländern vor der Erweiterung (2004) zu 23,7% im Burgenland (und zu 28,0% bei den unselbständig Beschäftigten) aber nur zu 20,5% (12,2% bei den unselbständig Beschäftigten) in Wien entstand, waren es in den Jahren seit der Erweiterung (sowohl beim Angebot an unselbständig Beschäftigten als auch bei den unselbständig Beschäftigten) 30% in Wien und 10,2% (10,5% bei den unselbständig Beschäftigten) im Burgenland. Die Ursache für diese massive Änderung dürfte in sich ändernden institutionellen Gegebenheiten liegen, da gerade in den Jahren 2000 bis 2003 die GrenzgängerInnenkontingente im Burgenland stark ausgeweitet wurden, was bei der insgesamt geringeren Arbeitskräftezuwanderung dieser Jahre die Migrationsströme in das Burgenland abgelenkt haben dürfte.

Übersicht 7.11: *Änderung der unselbständig beschäftigten AusländerInnen nach Nationalitäten und Bundesländern in Österreich*

	Insgesamt	EU 10 2000/2003	EU 2	Insgesamt	EU 10 2004/2010	EU 2
Wien	-1.981	+ 560	+314	+ 38.035	+ 8.486	+ 2.651
Niederösterreich	-3.057	+ 590	-270	+ 13.845	+ 4.540	+ 1.133
Burgenland	+1.306	+1.285	- 20	+ 3.862	+ 2.970	+ 162
Steiermark	+2.321	+ 738	+252	+ 11.572	+ 4.646	+ 1.738
Kärnten	+ 125	+ 131	- 55	+ 4.901	+ 1.164	+ 210
Oberösterreich	+1.317	+ 241	- 69	+ 17.708	+ 2.880	+ 1.349
Salzburg	+1.082	+ 253	+ 5	+ 10.023	+ 1.672	+ 373
Tirol	+3.202	+ 653	+ 67	+ 8.712	+ 1.615	+ 451
Vorarlberg	- 246	+ 139	+ 39	+ 1.609	+ 347	+ 74
Österreich	+4.068	+4.592	+264	+110.267	+28.320	+ 8.139

Q: AMS, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Arbeitsmarktdatenbank, Erwerbskarrieremonitoring), WIFO-Berechnungen. – Anmerkung: Übersicht zeigt die absolute Veränderung der unselbständig beschäftigten StaatsbürgerInnen der jeweiligen Länder im jeweiligen Zeitraum.

Die Verteilung der Zuwanderung nach Großregionen blieb hingegen vor und nach der Erweiterung deutlich stabiler. Im Zeitraum vor der Erweiterung gingen 57,6% des zusätzlichen Arbeitskräfteangebots aus den EU 10-Ländern (und etwa 53% der unselbständig Beschäftigten) in die Ostregion Österreichs, 17,5% (18,9% bei den unselbständig Beschäftigten) in die Südregion und 25,0% (28,0% der unselbständig Beschäftigten) in die Westregion. Seit der Erweiterung gingen hingegen 56,4% (56,5% der unselbständig Beschäftigten) in die Ostregion, 20,6% (20,5% bei den unselbständig Beschäftigten) in die Südregion und 23,1% (23,0% der unselbständig Beschäftigten) in die Westregion.

Das Angebot der unselbständig Beschäftigten aus den EU 2-Ländern (und auch die Zahl der unselbständig Beschäftigten) sank aufgrund der geringen Zuwanderung nach Österreich hin-

gegen in Zeitraum 2000 bis 2003 in 4 der österreichischen Bundesländer (Niederösterreich, Burgenland, Kärnten, Oberösterreich) und stieg nur in den anderen moderat an, sodass hier Anteilsvergleiche zwischen der Phase vor 2004 und danach nur schwer interpretierbar sind. Seit 2004 gehen aber 47,8% des steigenden Angebots an unselbständig Beschäftigten (und 48,5% des Anstiegs bei den unselbständig Beschäftigten) in die Ostregion Österreichs, wobei Wien durchwegs rund zwei Drittel dieser Zuwanderung erhielt. 24,8% des zusätzlichen Angebots an unselbständig Beschäftigten (und 23,9% der unselbständig Beschäftigten) gingen in die Südregion und 27,4 (bzw. 27,6% bei den unselbständig Beschäftigten) in die Westregion.

Übersicht 7.12: Geringfügig beschäftigte AusländerInnen in Österreich 2002-2010

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2004/2010 Veränderung absolut
Ehem. Jugoslawien*	5.827	5.891	5.752	5.736	5.732	4.416	4.647	4.698	4.690	- 1.062
Türkei	2.553	2.638	2.801	3.003	3.263	3.538	4.131	4.589	4.954	+ 2.153
BRD	2.121	2.420	2.759	3.264	3.825	4.714	5.683	6.434	7.150	- 2.044
EU 10	1.841	2.055	2.245	2.507	2.741	3.307	3.807	4.095	4.424	+ 2.179
Estland	2	3	3	2	4	8	8	11	13	+ 10
Lettland	2	4	8	7	10	15	15	18	27	+ 19
Litauen	6	10	12	11	12	25	26	29	31	+ 19
Malta	2	2	3	3	4	4	2	2	2	- 1
Polen	811	876	941	1.054	1.128	1.342	1.453	1.469	1.546	+ 605
Slowenien	173	194	198	204	214	290	350	340	333	+ 135
Tschechien, Slowakei	442	516	595	664	731	880	1.074	1.190	1.293	+ 698
Ungarn	401	445	483	557	633	741	876	1.031	1.171	+ 688
Zypern	2	4	3	5	5	3	4	5	8	+ 5
EU 2	816	956	1.147	1.283	1.368	1.541	1.726	1.921	2.214	+ 1.067
Bulgarien	179	258	362	416	429	459	490	513	576	+ 214
Rumänien	637	698	785	866	939	1.081	1.236	1.407	1.638	+ 853
Insgesamt	18.653	20.075	21.683	24.198	26.433	31.420	36.355	39.450	41.894	+20.211

Q: AMS, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Arbeitsmarktdatenbank, Erwerbskarrieremonitoring), WIFO-Berechnungen. – *Ohne Slowenien.

Eine etwas von diesen Befunden abweichende Struktur wies im Zeitraum seit 2004 nur die – für den Gesamtanstieg der ausländischen Arbeitskräfte in Österreich eher weniger bedeutsame – geringfügige Beschäftigung auf (Übersicht 7.12). Bei dieser stieg die Anzahl der aus den EU 10-Ländern stammenden geringfügigen Beschäftigten deutlich rascher als bei den Drittstaaten und bei den Deutschen (wo sogar ein Rückgang verzeichnet wurde). Dies geht dabei vor allem auf die UngarInnen, SlowakInnen und Polen und Polinnen zurück.

Auch die regionale Verteilung des Anstiegs der geringfügig Beschäftigten unterschied sich dabei recht erheblich von der Entwicklung bei den unselbständig Beschäftigten, da hier – bei

sehr geringen absoluten Veränderungen – vor der Erweiterung eine wesentlich stärkere Konzentration auf Wien und die Steiermark vorlag. 47,8% des Zuwachses an aus den EU 10-Ländern stammenden geringfügig Beschäftigten ging im Zeitraum vor der Erweiterung nach Wien und 20,3% in die Steiermark. Von den zusätzlichen aus den EU 2-Ländern stammenden geringfügig Beschäftigten erhielt Wien 46,1% und die Steiermark 31,5%. Dementsprechend dominierten hier die Ostregion (mit einem Anteil von 69,7% bei geringfügig Beschäftigten aus den EU 10-Ländern) und die Südregion (mit 21,1% und 34,5% aus den EU 2-Ländern), während nur 9,4% der zusätzlichen geringfügigen Beschäftigten aus den EU 10-Ländern und nur 10,8% aus den EU 2-Ländern in die Westregion gingen (Übersicht 7.13).

Übersicht 7.13: Änderung der geringfügig beschäftigten AusländerInnen in Österreich nach Bundesländern 2002-2010

	Insgesamt	EU 10 2000/2003	EU 2	Insgesamt	EU 10 2004/2010	EU 2
Wien	+ 1.126	+ 235	+ 107	+ 9.178	+ 743	+ 333
Niederösterreich	+ 271	+ 85	+ 19	+ 2.376	+ 246	+ 105
Burgenland	+ 67	+ 23	+ 2	+ 431	+ 200	+ 16
Steiermark	+ 478	+ 100	+ 73	+ 2.505	+ 177	+ 281
Kärnten	+ 128	+ 4	+ 7	+ 886	+ 55	+ 44
Oberösterreich	+ 103	+ 24	+ 17	+ 2.538	+ 162	+ 87
Salzburg	+ 1	+ 5	- 1	+ 1.809	+ 64	+ 28
Tirol	+ 89	+ 11	+ 9	+ 1.811	+ 32	+ 15
Vorarlberg	+ 71	+ 6	± 0	+ 823	+ 30	+ 19
Österreich	+ 2.334	+ 492	+ 232	+ 22.357	+ 1.709	+ 928

Q: AMS, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Arbeitsmarktdatenbank, Erwerbkarrieremonitoring), WIFO-Berechnungen. – Anmerkung: Übersicht zeigt die absolute Veränderung der geringfügig beschäftigten StaatsbürgerInnen der jeweiligen Länder im jeweiligen Zeitraum.

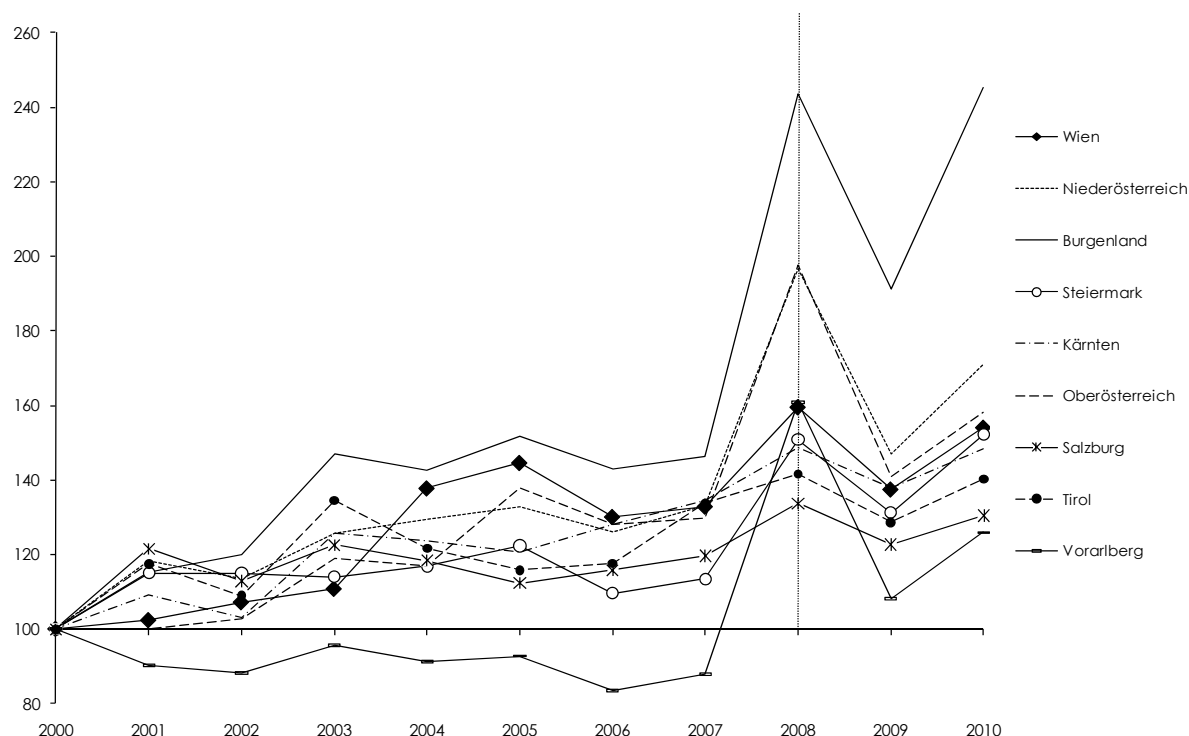
Seit dem Jahr 2004 hat sich diese regionale Konzentration beim Zuwachs der aus den EU 10- und EU 2-Ländern stammenden geringfügig Beschäftigten etwas verringert. Unter den aus den EU 10-Ländern stammenden gingen zwar nach wie vor 43,5% nach Wien aber nur mehr 10,4% in die Steiermark, unter den aus den EU 2-Ländern stammenden geringfügig Beschäftigten veränderte sich hingegen der Anteil der Steiermark (mit 30,3%) nur wenig, dafür aber sank der Anteil Wiens auf 35,9%. Dementsprechend stieg der Anteil der Westregion auf 16,9% bei den aus den EU 10-Ländern stammenden geringfügig Beschäftigten und auf 16,1% bei den aus den EU 2-Ländern stammenden. Auf die Ostregion entfielen in diesen Zeitraum 69,6% der aus den EU 10-Ländern stammenden geringfügig Beschäftigten und 48,9% der aus den EU 2-Ländern stammenden geringfügig Beschäftigten, auf die Südregion hingegen 13,6% bzw. 35,0%.

7.2.1 Umgehung der Übergangfristen? – Die Entwicklung der selbständigen Beschäftigung

Neben der offiziellen Zuwanderung wurde in Österreich vor der Erweiterung auch befürchtet, dass die Übergangsfristen zu einer Umgehung durch Schwarzarbeit und Gründung von Einzelunternehmen führen könnten. Während zur Schwarzarbeit kaum Daten vorliegen⁵²⁾, ergaben sich bei der Zahl der Unternehmensgründungen von EinzelunternehmerInnen, die nicht unter die Übergangsfristen fallen, Entwicklungen, die zumindest in den ersten Jahren nach der EU-Erweiterung auf eine teilweise Umgehung schließen lassen.

Abbildung 7.1: Entwicklung der Anmeldungen von Einzelunternehmen in Österreich

2000 = 100



Q: Wirtschaftskammer Österreich, WIFO-Berechnungen. – Seit 2008 inkl. Personenbetreuer.

Insbesondere stieg die Zahl der in Österreich neu angemeldeten Ein-Personen-Unternehmen laut Meldestatistik der Wirtschaftskammer im Jahr 2004 um rund 5.000 an (Abbildung 7.1), wobei interne Auswertungen der Kammer darauf hindeuten, dass in den Jahren 2004 und 2005 rund 10.000 neue UnternehmerInnen aus den neuen EU-Mitgliedsländern (vor allem aus

⁵²⁾ Anekdotische Evidenz, die eine Zunahme der Schwarzarbeit in einzelnen Branchen in grenznahen Gebieten nahelegt, wurde von der Arbeiterkammer (siehe *Arbeiterkammer Österreich*, 2005) gesammelt und die Einstellungen der Bevölkerung zur Schwarzarbeit in der CENTROPE-Region wurde im Rahmen des vorliegenden Projektes andernorts erhoben (*Hierländer - Nowotny*, 2009).

Polen) stammen. Sie meldeten ihr Gewerbe vor allem in Wien (oftmals im Bau- oder Baunebengewerbe) an. Seit 2004 erweisen sich allerdings diese Unternehmensanmeldungen als deutlich stabiler, wobei allerdings eine Umstellung der Statistik (in der ab 2008 auch Personenbetreuer beinhaltet sind) die Vergleichbarkeit über die Zeit erschwert.

Übersicht 7.14: Entwicklung der selbständigen Beschäftigung von ausländischen StaatsbürgerInnen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten in Österreich

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2004-2010*
Ehemaliges Jugoslawien**	2.877	3.316	3.718	4.062	4.376	4.621	4.931	4.960	5.013	+ 1.295
Türkei	1.626	1.980	2.253	2.525	2.766	2.648	2.787	2.839	2.963	+ 710
BRD	2.930	3.350	3.770	4.208	4.709	5.279	5.684	5.808	6.094	+ 5.717
EU 10	2.121	2.307	2.980	5.414	7.257	8.386	15.578	22.520	27.218	+ 26.920
Estland	2	3	3	4	7	9	10	9	11	+ 8
Lettland	6	6	5	8	10	16	16	26	93	+ 88
Litauen	4	6	7	15	23	23	30	34	41	+ 34
Malta	0	0	2	2	2	2	2	2	1	- 1
Polen	945	1.035	1.585	3.417	4.600	5.127	5.177	4.974	4.680	+ 3.095
Slowenien	89	108	117	152	170	236	290	348	398	+ 281
Tschechien, Slowakei	501	555	659	1.027	1.407	1.676	8.344	14.842	19.076	+ 18.417
Ungarn	568	589	596	785	1.031	1.291	1.702	2.277	2.909	+ 2.313
Zypern	6	5	5	5	6	7	9	8	8	+ 3
EU 2	822	954	1.004	1.050	1.135	1.635	3.006	4.803	7.191	+ 6.187
Bulgarien	346	387	390	407	439	546	795	1.023	1.329	+ 939
Rumänien	475	567	614	643	695	1.089	2.210	3.780	5.862	+ 5.248
Übrige Staaten	4.615	5.126	5.623	6.026	6.482	7.328	7.806	7.880	8.332	+ 2.709
Insgesamt	14.991	17.033	19.348	23.285	26.725	29.897	39.792	48.810	56.810	+ 37.462

Q: AMS, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Arbeitsmarktdatenbank, Erwerbskarrieremonitoring), WIFO-Berechnungen. – * Absolute Veränderung. – **ohne Slowenien.

Dieser deutliche Anstieg der selbständigen Beschäftigung wird auch durch Zahlen aus der Meldestatistik des Arbeitsmarktservice bestätigt, nach denen der Anstieg der selbständig Beschäftigten aus den neuen EU 12-Ländern von 2004 bis 2010 rund 33.100 Personen ausmachte (Übersicht 7.14) und die Zuwächse aus anderen Ländern deutlich übertraf⁵³). Dieser Anstieg stammte dabei zum überwiegenden Teil aus einem Anstieg der ausländischen Selbständigen aus Tschechien und der Slowakei um rund 18.400. Daneben waren nur noch die Zuzüge der selbständigen Arbeitskräfte aus Polen (+3.100) und Ungarn (+2.300) von einiger Bedeutung. Allerdings dürfte es bei diesem starken Anstieg nicht nur um eine Konsequenz der Umgehung der Übergangfristen, sondern zumindest teilweise auch um die Konsequenz einer Liberalisierung (und auch einer Legalisierung) im Bereich der Altenpflege handeln, da die

⁵³) Unterschiede zwischen der Meldestatistik der Wirtschaftskammer und des Arbeitsmarktservice können unter anderem entstehen, wenn selbständige Personen ihr Gewerbe in Österreich nur kurzfristig ausüben, aber bei der Kammer nicht abmelden. Da die bestehende Anmeldung bei der Wirtschaftskammer mit keinen Kosten verbunden ist, dürfte dies öfters der Fall sein.

Zahlen der selbständig Beschäftigten erst seit der Liberalisierung in diesem Bereich (im Jahr 2008) zu steigen beginnen.

Der größte Teil der zusätzlichen selbständig Beschäftigten sowohl aus den EU 10- als auch aus den EU 2-Ländern siedelte sich dabei in der Periode 2000 bis 2003 aber auch im Zeitraum 2004 bis 2010 in Wien an. Im Zeitraum zwischen den Jahren 2000 und 2003 wurden 52,3% der zusätzlichen selbständig Beschäftigten aus den EU 10-Ländern, und 42,2% aus den EU 2-Ländern in Wien registriert. Ansonsten erhielten nur die Steiermark und Niederösterreich einen zweistelligen Anteil. Dementsprechend erhielt die Ostregion Österreichs in diesem Zeitraum 70,6% der zusätzlichen selbständigen Beschäftigten aus den EU 10-Ländern und 60,5% der aus den EU 2-Ländern stammenden. In die Südregion gingen in diesem Zeitraum 14,6% der zusätzlichen aus den EU 10-Ländern und 23,7% der aus den EU 2-Ländern stammenden selbständigen Beschäftigten. In der Westregion waren es 14,8% der aus den EU 10-Ländern beziehungsweise 16,3% der aus den EU 2-Ländern stammenden.

Übersicht 7.15: Veränderung der selbständigen Beschäftigung von ausländischen StaatsbürgerInnen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten nach Bundesländern in Österreich

	Insgesamt	EU 10 2000/2003	EU 2	Insgesamt	EU 10 2004/2010	EU 2
Wien	+ 2.077	+ 459	+ 155	+ 12.274	+ 7.566	+ 2.109
Niederösterreich	+ 595	+ 124	+ 51	+ 7.511	+ 5.371	+ 1.396
Burgenland	+ 111	+ 37	+ 16	+ 1.891	+ 907	+ 843
Steiermark	+ 537	+ 100	+ 55	+ 3.724	+ 2.371	+ 719
Kärnten	+ 259	+ 28	+ 32	+ 1.147	+ 568	+ 207
Oberösterreich	+ 437	+ 54	+ 31	+ 6.132	+ 5.000	+ 308
Salzburg	+ 434	+ 43	+ 22	+ 1.419	+ 485	+ 250
Tirol	+ 436	+ 27	+ 3	+ 1.827	+ 779	+ 309
Vorarlberg	+ 219	+ 6	+ 4	+ 1.342	+ 1.098	+ 40
Österreich	+ 5.103	+ 878	+ 367	+ 37.267	+ 24.145	+ 6.180

Q: AMS, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Arbeitsmarktdatenbank, Erwerbskarrierenmonitoring), WIFO-Berechnungen. – Anmerkung: Übersicht zeigt die absolute Veränderung der selbständig beschäftigten StaatsbürgerInnen der jeweiligen Länder im jeweiligen Zeitraum.

Nach dem Beitritt der EU 10-Länder verringerte sich die räumliche Konzentration des Zuwachses der selbständigen Beschäftigung auf die Bundeshauptstadt allerdings deutlich. Nur mehr 31,3% der zusätzlichen aus den EU 10-Ländern stammenden Selbständigen und 34,1% der aus den EU 2-Ländern stammenden wurden in diesem Zeitraum in Wien registriert und neben einem zweistelligen Anteil Niederösterreichs mit 22,2% (Steiermark 9,8%) erhielt Oberösterreich 20,7% der selbständig Beschäftigten aus den EU 10-Ländern (aber nur 5,0% der aus den EU 2-Ländern) stammenden und der Anteil Niederösterreichs an den aus den EU 2-Ländern stammenden selbständig Beschäftigten stieg auf 22,6%. Dementsprechend erhöhte sich der Anteil der zusätzlichen selbständigen Beschäftigten aus den EU 10-Ländern in der Westregion auf 30,5%, während er bei den aus den EU 2-Ländern stammenden bei 14,7% lag. Die Ostregion

erhielt in diesem Zeitraum hingegen nur mehr 57,3% der aus den EU 10-Ländern stammenden Selbständigen aber (aufgrund des steigenden Anteils Niederösterreichs) 70,4% der aus den EU 2-Ländern stammenden und in der Südregion siedelten sich in diesem Zeitraum 12,2% der aus den EU 10-Ländern und 15,0% der aus den EU 2-Ländern stammenden zusätzlichen Selbständigen an.

7.4 Struktur der Beschäftigung

In ihrer Beschäftigungsstruktur sind die ZuwanderInnen aus den EU 10-Ländern gegenüber den in Österreich Geborenen vor allem in den Sektoren Bau, Handel, Beherbergungswesen und im Gesundheitswesen überrepräsentiert, während die anderen Sektoren der Wirtschaft durchwegs einen geringeren Anteil der Beschäftigten aus den EU 10-Ländern aufnehmen als unter den im Inland Geborenen. Im Vergleich zu den anderen ausländischen Arbeitskräften fällt hingegen der geringe Anteil der in der Sachgüterproduktion und auch am Bau Beschäftigten unter den ZuwanderInnen aus den EU 10-Ländern auf. Unter den aus den EU 10-Ländern stammenden MigrantInnen in Österreich liegt der Anteil der in der Sachgüterproduktion Beschäftigten bei 12,4%, bei allen anderen Zuwanderungsgruppen zwischen 15,3% (bei aus den anderen EU 15-Ländern stammenden Gruppen) und 19,9% (bei den aus den EU 2-Ländern stammenden Beschäftigten). Im Bausektor ist der Anteil der Beschäftigten nur unter den aus den EU 15-Ländern stammenden MigrantInnen (mit 5,7%) niedriger.

Die starke Fokussierung der aus den EU 10-Ländern stammenden ZuwanderInnen auf Dienstleistungssektoren, führt auch zu einem 2010 deutlich höheren Anteil der Beschäftigten in Dienstleistungsberufen. Annähernd ein Viertel der aus den EU 10-Ländern stammenden MigrantInnen – und damit deutlich mehr als aus allen anderen Zuwanderungsregionen – arbeitete zu diesem Zeitpunkt in Dienstleistungsberufen. Ansonsten waren die ZuwanderInnen aus den EU 10-Ländern ebenso wie auch die ZuwanderInnen aus anderen Regionen – wenn auch im Vergleich zu jenen aus den EU 2-Ländern und der Restkategorie der "anderen Länder" etwas weniger stark – überproportional oft in den Handwerks- und verwandten Berufen und noch stärker in den HilfsarbeiterInnenberufen vertreten. In den höher qualifizierten Berufen (wie z.B. als WissenschaftlerInnen) kamen sie hingegen eher selten zum Einsatz, (insbesondere im Vergleich zu den MigrantInnen aus den EU 15-Ländern). Der hohe HilfsarbeiterInnenanteil lässt in Verbindung mit der überdurchschnittlich guten Bildungsstruktur der ZuwanderInnen aus den EU 10-Ländern eine hohe Rate der überqualifizierten Beschäftigung unter diesen MigrantInnen erwarten.

Diese Vermutung bestätigt auch die Struktur der ZuwanderInnen aus den EU 10-Ländern nach Stellung im Beruf. Trotz des hohen Anteils der in den Dienstleistungsberufen beschäftigten Arbeitskräfte ist der Anteil der Angestellten in dieser Gruppe immer noch geringer als unter den Einheimischen beziehungsweise als unter den in den EU 15-Ländern geborenen MigrantInnen. Der Anteil der ArbeiterInnen ist hingegen immer noch höher. Allerdings ist auch der Anteil der Selbständigen unter den in den EU 10-Ländern Geborenen (mit rund 13%) der

zweithöchste unter allen MigrantInnengruppen, und damit auch etwas höher als unter den in Österreich Geborenen.

Übersicht 7.16: Anteil der Beschäftigten nach Branchengruppen, Berufsobergruppen und Stellung im Beruf in Österreich

In % der Gruppensumme, 2010

	Geburtsland				
	Österreich	EU 15	EU 10	EU 2	Andere Länder
<i>Sektor</i>					
Primärer Sektor	6,2	-	(3,8)	-	1,2
Sachgütererzeugung	16,2	15,3	12,4	19,9	18,1
Bau	7,9	5,7	10,2	(11,5)	11,6
Handel	15,5	14,4	12,5	(8,7)	14,5
Beherbergung und Gastronomie	5,0	8,7	13,8	(12,2)	12,8
Verkehr/Information und Freiberufliche DL	13,0	17,6	12,3	(9,5)	10,3
Finanz/Wohnungswesen und andere DL	7,5	6,8	9,7	(10,0)	11,5
Gesundheit	9,6	11,4	12,3	(10,9)	8,4
Sonstige nicht-marktm. DL	18,9	18,6	12,9	15,0	11,5
<i>Berufsgruppe</i>					
Angehörige gesetzgeb. Körperschaften	6,8	10,1	(5,5)	-	4,5
WissenschaftlerInnen	11,0	23,8	10,6	(9,7)	6,3
Techniker und gleichrangige Nichttech.	22,0	22,0	15,7	(10,2)	9,6
Bürokräfte, Kaufmännische Angestellte	14,4	10,6	(8,0)	-	5,4
Dienstleistungsberufe, VerkäuferIn	14,1	14,2	23,2	(14,5)	16,0
Fachkräfte in der Landwirtschaft und	5,8	-	-	-	1,2
Handwerks- und verwandte Berufe	12,8	8,5	14,0	(14,7)	16,0
Anlagen- und MaschinenbedienerInnen	4,8	(3,3)	(4,8)	(11,8)	9,1
Hilfsarbeitskräfte	8,2	(5,6)	16,7	25,3	31,9
<i>Stellung im Beruf</i>					
Angestellte	48,5	57,9	45,8	30,1	29,9
ArbeiterIn	23,3	16,9	34,7	55,6	58,8
Beamte/Vertragsbedienstete	12,5	6,4	(4,4)	-	2,4
Freie DienstnehmerInnen	1,4	(2,5)	-	-	(0,8)
Selbständige	11,9	15,3	12,9	10,8	7,6
Mithelfende	2,5	-	-	-	-

Q: Arbeitkräfteerhebung 2010, WIFO-Berechnungen. – Anmerkungen: Basis Wohnbevölkerung ohne Präsenz- und Zivildieneer, Werte in Klammern = Hochgerechnete Bevölkerungsgruppe ist kleiner als 3.000 Personen, Zahlen sind mit hohen Zufallsschwankungen behaftet, – = Hochgerechnete Bevölkerungsgruppe ist kleiner als 6.000 Personen, Zahlen lassen keine verlässlichen Aussagen zu.

In Ostösterreich unterscheiden sich dabei die Beschäftigungsstrukturen der MigrantInnen – aufgrund des hohen Anteils der Ostregion an den in Österreich wohnhaften MigrantInnen aus den EU 10- und EU 2-Ländern – nur wenig vom österreichischen Durchschnitt. Allerdings sind die ZuwanderInnen aus diesen Regionen – ihrer Bildungsstruktur entsprechend (siehe Abschnitt 7.2) – in der Ostregion öfter als im österreichischen Durchschnitt als TechnikerInnen (oder in gleichrangigen Berufen) und als Angestellte beschäftigt. Überdies arbeiten sie auch öfter in Dienstleistungsbranchen (insbesondere im Finanzwesen und in den sonstigen Nicht-Markt Dienstleistungen).

Dies trifft vor allem auf die aus den EU 10-Ländern stammenden MigrantInnen zu. Unter ihnen arbeiten in der Ostregion 17,5% (gegenüber 15,7% im österreichischen Durchschnitt) als TechnikerInnen, 48,9% (gegenüber 45,8%) als Angestellte und 26,2% (gegenüber 22,1%) im Finanz- und Wohnungswesen oder aber in den sonstigen Nicht-Markt Dienstleistungen. Außerdem sind MigrantInnen aus den EU 10- und auch EU 2-Ländern in der Ostregion auch häufiger selbstständig als im österreichischen Durchschnitt. In der Ostregion sind 14,8% der MigrantInnen aus den EU 10-Ländern und 13,7% der MigrantInnen aus den EU 2-Ländern selbstständig beschäftigt, im österreichischen Durchschnitt sind es hingegen nur 12,9% beziehungsweise 10,8%.

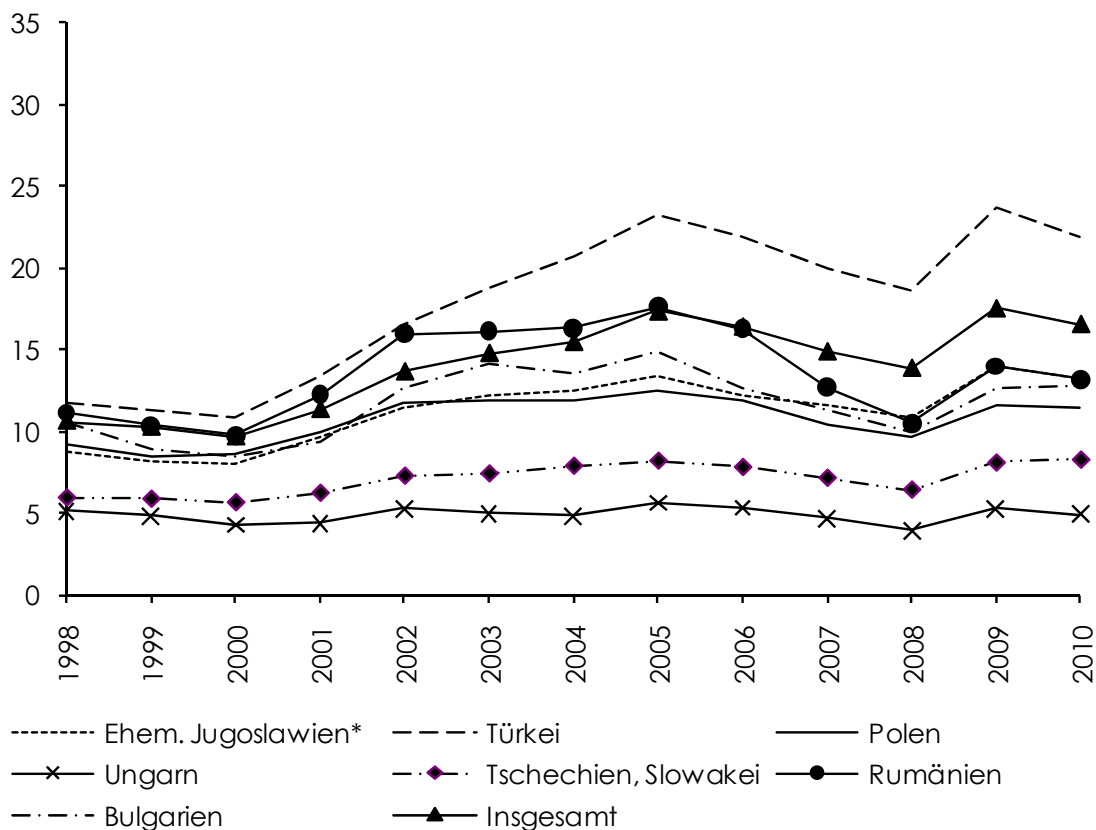
Übersicht 7.17: Anteil der Beschäftigten nach Branchengruppen, Berufsgruppen und Stellung im Beruf in der Ostregion Österreichs

In % der Gruppensumme, 2010

	Österreich	EU 15	EU 10	EU 2	Andere Länder
<i>Sektor</i>					
Primärer Sektor	5,4				
Sachgütererzeugung	12,6	(8,8)	(9,7)	(12,7)	13,5
Bau	6,2		11,4		10,8
Handel	15,6	13,1	12,6		14,9
Beherbergung und Gastronomie	4,0	(6,4)	(10,0)		11,9
Verkehr/Information und Freiberufliche DL	16,2	24,0	13,4		11,1
Finanz/Wohnungswesen und andere DL	9,5	(7,6)	12,9		13,2
Gesundheit	9,5	11,3	(11,9)	(13,9)	9,8
Sonstige nicht-marktm. DL	21,1	24,3	13,2	(20,1)	14,1
<i>Berufsgruppe</i>					
Angehörige gesetzgeb. Körperschaften	6,8	13,2	(6,5)		5,2
WissenschaftlerInnen	13,4	31,8	(9,7)	(14,9)	7,9
Techniker und gleichrangige Nichttech.	23,9	22,5	17,5	(13,2)	11,7
Bürokräfte, Kaufmännische Angestellte	16,6	(11,1)	(9,3)		6,1
Dienstleistungsberufe, VerkäuferIn	13,7	(11,6)	22,1	(19,6)	18,2
Fachkräfte in der landwirtschaft und	5,0				
Handwerks- und verwandte Berufe	10,1		12,9	(12,8)	13,9
Anlagen- und MaschinenbedienerInnen	4,1				7,6
Hilfsarbeitskräfte	6,5		15,5	(15,0)	28,3
<i>Stellung im Beruf</i>					
Angestellte	51,9	64,71	48,9	40,7	35,8
ArbeiterIn	17,4	(7,3)	28,8	40,4	51,2
Beamte/Vertragsbedienstete	14,6	(6,7)			3,0
Freie DienstnehmerInnen	2,0				
Selbständige	12,2	17,1	14,8	(13,7)	8,6
Mithelfende	1,9				

Q: Arbeitskräfteerhebung 2010, WIFO-Berechnungen. – Anmerkungen: Basis selbständig und unselbständig Beschäftigte ohne Präsenz- und Zivildienstler, Werte in Klammern = Hochgerechnete Bevölkerungsgruppe ist kleiner als 6.000 Personen, Zahlen sind mit hohen Zufallsschwankungen behaftet, – = Hochgerechnete Bevölkerungsgruppe ist kleiner als 3.000 Personen, Zahlen lassen keine verlässlichen Aussagen zu.

Abbildung 7.2: Arbeitslosenquoten nach Nationalitäten in % der unselbständigen Erwerbspersonen



Q: HV, WIFO-Berechnungen. * Ohne Slowenien.

7.5 Arbeitslosigkeit und Verdrängung von ausländischen Arbeitskräften

Obwohl somit die wesentlichen Entwicklungen bei der Zuwanderung in den Jahren 2004 bis 2010 nicht von der EU-Erweiterung ausgegangen sind, sondern aus anderen Ländergruppen stammen, stellte die Erweiterung doch auch Herausforderungen an das österreichische Migrationssystem, die über jene einer erhöhten Zuwanderung aus den EU 12-Ländern hinausgehen. Abgesehen von der bereits dargestellten steigenden Zuwanderung aus den neuen EU 12-Ländern hat sich nämlich im letzten Jahrzehnt auch die Arbeitslosenquote der ausländischen Arbeitskräfte deutlich erhöht. Sie lag auch im Jahr 2010 bei 16,6% (gegenüber 6,9% insgesamt) und sank selbst im Hochkonjunkturjahr 2008 nicht unter das Niveau des Jahres 2002, obwohl die Arbeitslosenquote insgesamt 2008 um einen Prozentpunkt unter dem Niveau des Jahres 2002 lag (Abbildung 4.13).⁵⁴⁾ Im letzten Jahrzehnt entwickeln sich daher die Arbeitslosenquote der In- und der AusländerInnen in Österreich zunehmend auseinander, was ein

⁵⁴⁾ Der Vergleich mit dem Jahr 2002 bietet sich an, weil in diesem Jahr die Gesamtarbeitslosenquote wie auch 2010 bei 6,9% lag.

Hinweis auf die mangelhafte Fähigkeit des österreichischen Arbeitsmarktes ist, die Zuwandernden ausländischen Arbeitskräfte in die Erwerbstätigkeit zu integrieren.

Von diesem Anstieg waren dabei vor allem die Angehörigen der traditionellen Zuwanderungsgruppen betroffen. So stieg die Arbeitslosenquote unter den traditionellen Gastarbeitergruppen (Türkische StaatsbürgerInnen und StaatsbürgerInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien) absolut am stärksten an, wobei der Anstieg unter türkischen StaatsbürgerInnen (gegenüber dem Jahr 2002) mit +5,4 Prozentpunkten der höchste ist.⁵⁵⁾ Mit Arbeitslosenquoten von 21,9% (bei einer Gesamtarbeitslosenquote in Österreich von 6,9%) unter den türkischen StaatsbürgerInnen im Jahr 2010 und einer Arbeitslosenquote von 13,2% unter den StaatsbürgerInnen des ehemaligen Jugoslawien (+1,8 Prozentpunkte gegenüber 2002) wird es am österreichischen Arbeitsmarkt daher aus mittelfristiger Perspektive zunehmend schwieriger diese traditionellen ZuwanderInnengruppen dauerhaft in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Bei den nicht traditionellen ZuwanderInnengruppen ist die Arbeitslosigkeit hingegen deutlich geringer und nur Arbeitskräfte mit einer tschechischen oder slowakischen Staatsbürgerschaft weisen einen Anstieg ihrer Arbeitslosenquote (von einem Prozentpunkt) gegenüber 2002 auf. Ihre Arbeitslosenquote lag 2010 aber nur bei 8,3%. Bei den ungarischen ArbeitnehmerInnen in Österreich lag sie zuletzt mit 4,9% wie schon traditionellerweise⁵⁶⁾ unter dem österreichischen Durchschnitt und war auch um 0,2 Prozentpunkte geringer als noch 2002. Unter den RumänInnen (13,2%) und Polen und Polinnen (11,4%), die allerdings in Österreich aufgrund der Zuwanderung in den späten achtziger Jahren ebenfalls schon zu den traditionellen GastarbeiterInnengruppen gehören, ist die Arbeitslosigkeit bereits seit längerem deutlich höher als im gesamtösterreichischen Durchschnitt. Auch hier kam es gegenüber dem Jahr 2002 zum Teil zu deutlichen Rückgängen, bei den RumänInnen um 2,8 und bei den Polen und Polinnen um 0,2 Prozentpunkte. Einzig bei den BulgarInnen, deren Arbeitslosenquote 2010 bei 12,8% lag gab es gegenüber dem Jahr 2002 einen leichten Zuwachs (um 0,2 Prozentpunkte).

Dies deutet somit auf eine Substitution zwischen alteingesessenen ausländischen Arbeitskräften und neu zuwandernden Gruppen am österreichischen Arbeitsmarkt hin, da vor allem die alteingesessenen Gastarbeitergruppen in Österreich mit einer stark steigenden Arbeitslosenquote konfrontiert sind, während die neu Zuwandernden – oftmals besser qualifizierten Arbeitskräfte – keinen solchen Anstieg verzeichnen.⁵⁷⁾ Insgesamt gelingt es in Österreich daher nur unzureichend die alteingesessenen ZuwanderInnen zu integrieren. Dies betrifft nicht

⁵⁵⁾ Die höheren Arbeitslosenquoten unter den "alteingesessenen" Gruppen ausländischer Arbeitskräfte zeigt sich auch an Polen, aus dem die Zuwanderung – im Gegensatz zu den Gruppen aus den übrigen neuen EU-Mitgliedstaaten – bereits in den achtziger Jahren begann.

⁵⁶⁾ Diese traditionellerweise geringere Arbeitslosenquote für ungarische StaatsbürgerInnen dürfte dabei auf den hohen Anteil an GrenzpendlerInnen zurückzuführen sein. Da diese im Ausland arbeitslos sind, erhöhen sie die österreichische Arbeitslosenquote nicht,

⁵⁷⁾ Die Zuwanderung der letzten Jahre verschärft auch die Konkurrenzsituation zwischen den niedergelassenen und den neu zuwandernden Arbeitskräften, die oftmals nur mit befristeten Titeln auf den Arbeitsmarkt kommen. Eine Personengruppe, die dabei besonders unter Druck gerät, sind Drittstaatsangehörige, deren Arbeitserlaubnis infolge von Arbeitslosigkeit entzogen wird und die keine Schlüsselqualifikationen aufweisen. Sie sind von Abschiebung bedroht, sobald die Niederlassungsbewilligung ausläuft (*Biffi - Bock-Schappelwein, 2004*).

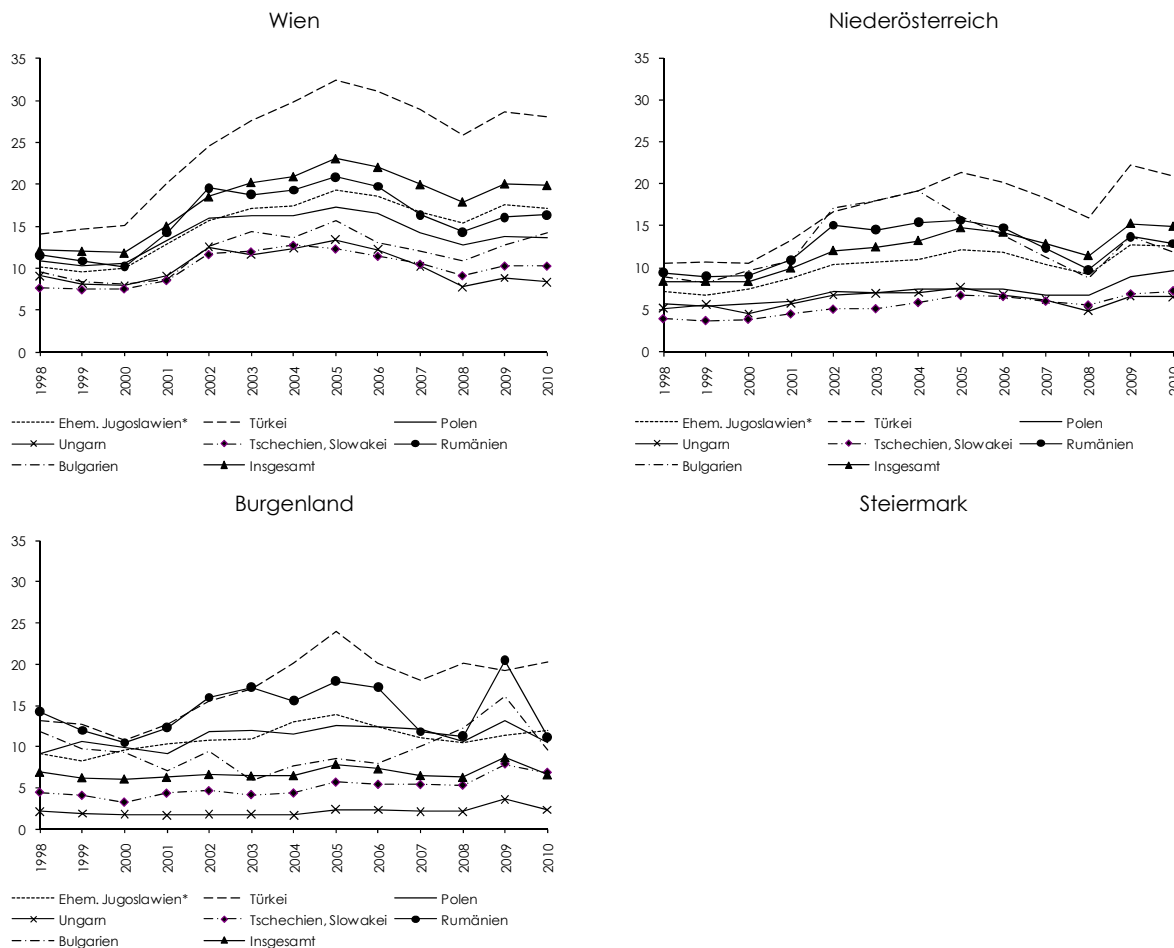
nur die Arbeitsmarktintegration, sondern auch die schulische und gesellschaftliche Integration. So zeigen eine Reihe von Studien (Bock-Schappelwein, 2004; Fritz et al., 2006; Huber, 2010), dass die schulische Integration ausländischer Kinder und österreichischer Kinder der zweiten Generation gering ist, und überdies ausländische Arbeitskräfte deutlich unter ihrem Qualifikationsniveau eingesetzt werden (Bock-Schappelwein et al., 2009).

Diese integrationspolitischen Probleme unterscheiden sich dabei in regionaler Hinsicht deutlich zwischen den einzelnen Bundesländern des österreichischen Teils der CENTROPE (Abbildung 7.3):

- Besonders gravierend erscheinen sie in Wien. Die Arbeitslosenquote unter türkischen Staatsangehörigen lag hier im Jahr 2010 bei 28,1% (um 3,5% höher als noch 2002) und unter den Arbeitskräften aus dem ehemaligen Jugoslawien (ohne Slowenien) bei 17,1% (1,5 Prozentpunkte höher als 2002). Ähnlich hohe Arbeitslosenquoten wurden 2010 sonst nur bei den Rumänischen und Bulgarischen StaatsbürgerInnen verzeichnet. Allerdings war hier zumindest die Arbeitslosenquote der RumänInnen um 3,2 Prozentpunkte niedriger als noch 2002 (jene der BulgarInnen jedoch um 1,0 Prozentpunkte höher). Alle anderen Gruppen weisen in Wien (mit zwischen 8,3% bei den TschechInnen und SlowakInnen und 13,6% bei Polen und Polinnen) eine höhere Arbeitslosenquote als in den anderen Bundesländern auf. Allerdings kam es hier durchwegs zu Rückgängen der Arbeitslosenquote gegenüber 2002.
- Etwas besser ist die Lage in Niederösterreich. Hier liegt die Arbeitslosenquote insgesamt unter dem Wert Wiens und unter den Gruppen der ausländischen Beschäftigten weisen nur mehr die türkischen Staatsangehörigen (mit 20,9%) extrem hohe Arbeitslosenquoten auf. Die Arbeitslosenquoten der UngarInnen (6,5%), TschechInnen und SlowakInnen (7,3%) und auch der Polen und Polinnen (9,6%) liegen hingegen zumindest im einstelligen Bereich. Bei den RumänInnen (12,9%) und BulgarInnen (13,6%) waren zumindest gegenüber 2002 deutliche Rückgänge (von -2,2 bzw. -5,5 Prozentpunkten) zu verzeichnen.
- Das Burgenland profitiert hingegen bei der Arbeitslosigkeit der ausländischen Arbeitskräfte stark vom Grenzgängerabkommen mit Ungarn. Da es sich bei diesen Arbeitskräften um PendlerInnen handelt, die am (ungarischen) Wohnort und nicht im Burgenland arbeitslos werden und überdies aufgrund dieses Abkommens ein großer Teil der ausländischen Arbeitskräfte aus Ungarn stammt, liegt die Arbeitslosenquote unter den AusländerInnen mit 6,6% im Jahr 2010 sogar unter der durchschnittlichen Arbeitslosenquote des Burgenlandes. Die Arbeitslosenquote der ungarischen Staatsangehörigen im Burgenland liegt aus dem selben Grund nur bei 2,3%. Ansonsten liegen allerdings die Arbeitslosenquoten der anderen Gruppen ausländischer Arbeitskräfte, mit Ausnahme der TschechInnen und SlowakInnen (die wohl aufgrund eines hohen PendlerInnenanteils bei den SlowakInnen auch nur eine Arbeitslosenquote von 6,9% haben) durchwegs auf einem ähnlichen Niveau wie in Niederösterreich. Bei den TürkInnen sind 20,2% der Arbeitskräfte arbeitslos, bei den StaatsbürgerInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien 12,0%, bei den RumänInnen 11,2%, bei Polen und Polinnen 10,3% und bei den BulgarInnen 9,6%.

Abbildung 7.3: Arbeitslosenquoten nach Nationalitäten

Arbeitslose in % der bewilligungspflichtigen AusländerInnen



Q: AMS, HV, WIFO-Berechnungen. * Ohne Slowenien.

7.6 Ausmaß der Zuwanderung seit dem 1. Mai 2011

Insgesamt zeigten sich somit während der Laufzeit der Übergangfristen Anzeichen zunehmender Schwierigkeiten ausländische Arbeitskräfte am österreichischen Arbeitsmarkt zu integrieren. Am 1. Mai 2011 endeten allerdings die Übergangfristen hinsichtlich der Freizügigkeit der Arbeitskräfte gegenüber den EU 10-Ländern. Dies hatte zur Folge, dass Arbeitskräfte aus diesen Ländern, die einen Arbeitsplatz als unselbständig Beschäftigte(r) in Österreich fanden, im Gegensatz zu bisher bestehenden Regelungen keiner Arbeitsbewilligung mehr bedurften. Aus Sicht Österreichs bedeutete diese Liberalisierung einen wesentlichen Schritt. Da dadurch ein Wanderungspotential von zuletzt annähernd 15% der gesamten Zuwanderung nach Österreich liberalisiert wurde.

Es ist daher wenig verwunderlich, dass dieser Liberalisierungsschritt in Österreich mit einiger Besorgnis betrachtet wurde. Dementsprechend wurden vor der Gewährung der Freizügigkeit auch einige Studien zur Abschätzung der zu erwartenden Arbeitskräftewanderung in Auftrag gegeben. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (*Nowotny et al., 2011*) schätzte dabei auf Grundlage einer groß angelegten Befragung in den Nachbarländern Österreichs (Tschechien, Slowakei, Ungarn), dass die Zahl der Personen, die im Jahr 2010 binnen der nächsten beiden Jahre bereit waren nach Österreich zu wandern rund 70.000 Personen betrug. Aufbauend auf Studien, die die Wanderungswilligkeit der tatsächlichen Wanderung gegenüberstellten, schloss das WIFO, dass die schon vorher seitens des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz publizierten Schätzungen des Zuwanderungspotentials nach dem Ende der Übergangsfristen von rund 25.000 Personen aus den Nachbarländern der EU 10-Länder realistisch erschienen.

Ähnlich kam eine Studie der Donauuniversität Krems in Zusammenarbeit mit dem Institut für höhere Studien (*Biffi et al., 2011*) zu dem Ergebnis, dass diese Erwartung eine realistische Schätzung der nach der Gewährung der Freizügigkeit zu erwartenden Zuwanderung darstelle. Überdies zeigte diese Studie, dass eine Zuwanderung in dieser Höhe bis ins Jahr 2020 zu einer zusätzlichen Beschäftigung von rund 30.000 Personen und zu einer kurzfristigen Erhöhung der Arbeitslosenquote von 0,07 Prozentpunkten (bei Geringqualifizierten um 0,17 Prozentpunkte) sowie zu einer leichten Verlangsamung des Lohnwachstums beitragen wird.

Eine weitere Folge der Gewährung der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit für die EU 10-Länder am 1. Mai 2011 war, dass die vor diesem Zeitpunkt existierenden administrativen Systeme der Erfassung ausländischer Arbeitskräfte aus den EU 10-Ländern nicht mehr zur Verfügung standen. Da seit dem 1. Mai 2011 die Aufnahme eines unselbständigen Beschäftigungsverhältnisses für eine Arbeitskraft aus den EU 10-Ländern nicht mehr an den Erhalt einer Arbeitserlaubnis gekoppelt ist, besteht seither auch keine administrative Quelle mehr, anhand derer die Arbeitskräftezuwanderung aus diesen Ländern erfasst wird. Als einzige Datenquellen, die die Zuwanderung aus diesen Ländern erfassen, verbleiben somit die Wanderungsstatistik, welche die Wohnortverlagerung in und aus dem Ausland erfasst, aber erst mit zweijähriger Verzögerung publiziert wird, die Arbeitskräfteerhebung, welche anhand einer Stichprobe die Zahl der aus dem Ausland stammenden EinwohnerInnen in Österreich schätzt und mit einer Verzögerung von rund 6 Monaten verfügbar ist, aber die neuzuwandernde Bevölkerung im ersten Jahr zumeist deutlich unterschätzt, sowie die Daten des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger, welche die Zahl der in Österreich gemeldeten Beschäftigten (getrennt nach verschiedenen sozialversicherungsrechtlich relevanten Beschäftigungsstadien) nach der Staatsbürgerschaft, mit einer Verzögerung von rund einem Monat meldet.

Übersicht 7.18: Zuwanderung aus den EU 10-Ländern in Österreich August 2011

Beschäftigungsverhältnisse

	Veränderung zum Vorjahr	Liberalisierungs- effekt absolut	Veränderung zum Vorjahr in % der unselbständig Beschäftigten	Liberalisierungs- effekt
Gesamtbeschäftigung	+ 27.405	+ 19.756	0,8	0,6
<i>Geschlecht</i>				
Männer	+ 18.475	+ 13.852	1,0	0,8
Frauen	+ 8.930	+ 5.905	0,6	0,4
<i>Wohnort</i>				
Wohnhaft in Österreich	+ 16.606	+ 11.409	0,5	0,3
PendlerInnen	+ 10.799	+ 8.348	0,3	0,2
<i>Bundesland</i>				
Wien	+ 7.877	+ 6.037	1,0	0,8
Niederösterreich	+ 5.560	+ 4.234	0,9	0,7
Burgenland	+ 1.890	+ 1.051	1,9	1,1
Steiermark	+ 3.997	+ 2.827	0,8	0,6
Kärnten	+ 1.610	+ 1.339	0,7	0,6
Oberösterreich	+ 2.826	+ 2.221	0,5	0,4
Salzburg	+ 1.396	+ 816	0,6	0,3
Tirol	+ 1.794	+ 916	0,6	0,3
Vorarlberg	+ 455	+ 314	0,3	0,2
<i>Senderegion</i>				
Ungarn	+ 11.208	+ 7.305		
Polen	+ 6.543	+ 5.186		
Slowakei	+ 5.240	+ 4.040		
Slowenien	+ 2.126	+ 1.463		
Tschechische Republik	+ 2.133	+ 1.560		
Litauen	+ 180	+ 145		
Lettland	+ 105	+ 66		
Estland	+ 44	+ 42		
<i>Sektor</i>				
Beherbergung und Gastronomie	+ 5.706	+ 3.853	3,1	2,1
Bau	+ 5.215	+ 4.305	2,2	1,8
Sonstige wirtschaftlichen Dienstleistungen	+ 5.090	+ 4.419	2,9	2,5
<i>darunter:</i>				
78 Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	+ 3.429	+ 3.090	3,9	3,5
81 Gebäudebetreuung, Garten- und Landschaftsbau	+ 1.254	+ 1.074	2,1	1,8
Handel und KFZ-Reparatur	+ 3.266	+ 2.187	0,6	0,4
Herstellung von Waren	+ 2.723	+ 1.664	0,5	0,3
Land- und Forstwirtschaft	+ 1.451	+ 1.148	7,4	5,8
Verkehr und Lagerei	+ 1.237	+ 887	0,7	0,5
Wissenschaftliche & technische DL	+ 987	+ 658	0,7	0,4

Q: BMASK, WIFO-Berechnungen.

Als Datengrundlage für eine rezente Abschätzung der Zuwanderung seit dem 1. Mai 2011 verbleibt somit nur das auf einer Auswertung des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger basierende Monitoringsystem des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz über die Nettozuwanderung der aus den EU 10-Ländern stammenden Arbeitskräfte nach der Gewährung der Freizügigkeit, welches gegenwärtig bis August 2011 vorliegt. In diesem System wird die Bestandsveränderung der aus den EU 10-Ländern stammenden unselbständig Beschäftigten in Österreich gegenüber dem Vorjahr berechnet, wobei der Unterschied zwischen dem Bestand in diesem Monat und dem Zuwachs bis Mai 2011 als "Liberalisierungseffekt" berechnet wird⁵⁸⁾.

Nach diesen Daten stieg die Zahl der aus den EU 10 stammenden unselbständigen Beschäftigungsverhältnissen zwischen 1. Mai und Ende August 2011 um 19.756 an (Übersicht 7.18), wobei der überwiegende Teil aus Ungarn (+7.305) kam und in Wien (+6.037) und im Bau (+4.305), im Tourismus (+3.853) oder aber in den der Erbringung sonstiger Dienstleistungen (+4.419) arbeitete. In letzterer Branchengruppe weiteten vor allem die Arbeitskräfteüberlasser (+3.090) die Beschäftigung der aus den EU 10-Ländern stammenden unselbständig Beschäftigten aus. Überdies zeigt dieser Datensatz auch, dass der Anstieg der unselbständig beschäftigten PendlerInnen aus den EU 10-Ländern gegenüber dem Vorjahreswert 10.799 Arbeitskräfte betrug, während der Zuwachs der in Österreich wohnhaften unselbständig Beschäftigten aus diesen Ländern bei 16.606 lag.

Charakteristisch an der Arbeitskräftezuwanderung aus den EU 10-Ländern seit Mai 2011 ist ihre starke Konzentration auf einzelne Regionen und Branchen. Gemessen an der Arbeitsmarktgröße (der Zahl der unselbständig Beschäftigten) verzeichneten das Burgenland (mit einer Zuwanderung von 1,1% der unselbständigen Beschäftigung) Wien (0,8%), Niederösterreich (0,7%), sowie das Bauwesen (1,8%), Beherbergung und Gastronomie (2,1%) sowie die wirtschaftlichen Dienstleistungen (2,5%, darunter Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften 3,5%) und die Landwirtschaft (5,8% – in der allerdings die hohe Zahl der Mithelfenden den Vergleich erschwert) zum Teil deutlich überdurchschnittlich hohe Zuwanderungsraten in Prozent der unselbständig Beschäftigten. Noch stärkere Konzentrationen wären dabei bei einer bundeslandspezifischen sektoralen Betrachtung zu erwarten.

⁵⁸⁾ Konkret wird in diesem Monitoringsystem der Beitrittsseffekt anhand des Zuwachses der aus den EU 10 stammenden unselbständig Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr minus der durchschnittlichen Zuwanderung in den ersten vier Monaten des Jahres 2011 berechnet.

Übersicht 7.19: Zuwanderung aus dem Ausland in Österreich nach Staatsbürgerschaft

	August 2011	
	Veränderung zum Vorjahr	Liberalisierungseffekt
AusländerInnen insgesamt	+43.534	+13.663
EU 27-Länder	+37.087	+18.215
EU 10	+27.405	+19.756
EU 2	+ 3.623	+ 447
EU 15	+ 6.059	- 1.989
EFTA-Staaten	+ 17	- 3
Drittstaaten	+ 6.328	- 4.500
Drittstaaten ohne ehem. Jugoslawien und Türkei	+ 3.676	- 371
Ehem. Jugoslawien und Türkei	+ 2.652	- 4.130

Q: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

Während es somit seit dem 1. Mai zu einem erheblichen Anstieg der unselbständigen Beschäftigung aus den EU 10-Ländern kam, war die Zuwanderung unselbständig Beschäftigter aus anderen Ländern seit dem 1. Mai 2011 rückläufig. Insgesamt arbeiteten im August 2011 um 6.059 mehr ausländische unselbständig Beschäftigte aus den EU 15-Ländern und 6.328 mehr ausländische unselbständig Beschäftigte aus Drittstaaten in Österreich als noch vor einem Jahr (Übersicht 7.19). Im Vergleich zu den ersten vier Monaten des Jahres 2011 ging aber die Zahl der unselbständig Beschäftigten aus diesen Ländern in den Monaten Mai 2011 (um 1.989 bei den EU 15-Ländern und um 4.500 unselbständig Beschäftigte bei den Drittstaaten) zurück. Neben der unselbständigen Beschäftigung von StaatsbürgerInnen aus den EU 10-Ländern waren unselbständig Beschäftigte aus den EU 2-Ländern die einzige Gruppe, bei der für diesen Zeitraum noch ein Anstieg der unselbständigen Beschäftigung (um 447 Beschäftigungsverhältnisse) verzeichnet wurde. Insgesamt stieg daher die Zahl der unselbständig beschäftigten AusländerInnen aufgrund dieser "Verdrängungseffekte" zwischen verschiedenen AusländerInnengruppen in den Monaten Mai bis August 2011 deutlich langsamer als die unselbständige Beschäftigung aus den EU 10-Ländern. Während der Anstieg bei den StaatsbürgerInnen der EU 10-Länder 19.756 unselbständig Beschäftigte betrug, lag er bei allen ausländischen StaatsbürgerInnen insgesamt nur bei 13.663 unselbständig Beschäftigten.

7.7 Zusammenfassung

Insgesamt zeigt sich somit, dass die Übergangsfristen in Österreich nicht ausschließlich der Abschottung des österreichischen Arbeitsmarktes gegenüber den EU-Ländern dienten, sondern auch versucht wurde diese für eine aktive Gestaltung der Zuwanderung in diesem Zeitraum zu nutzen. Allerdings blieb das Ausmaß der Zuwanderung aus diesen Ländern – trotz eines Anstiegs gegenüber dem Zeitraum unmittelbar vor der Erweiterung – geringer als in den Ex-ante-Studien zu den Migrationsprognosen erwartet. Überdies stammten die quantitativ

bedeutsamsten Zuwanderungsströme nach Österreich in diesem Zeitraum aus den anderen EU 15-Ländern und Drittstaaten.

Außerdem kam es während der Übergangfristen auch zu strukturellen Verschiebungen bei der Zuwanderung aus den EU 10-Ländern, da sich zum einen die Länderstruktur änderte und die Zuwanderung außerdem durch einen geringeren Umschlag geprägt war als noch vor der Erweiterung. So verringerte sich zum einen der Umschlag an MigrantInnen und auch die Länderstruktur der Zuwanderung aus den EU 10 änderte sich merklich. Überdies waren MigrantInnen, die seit 2004 aus den EU 10-Ländern zuwanderten, gegenüber den ZuwanderInnen der 1990er und frühen 2000er Jahren seltener weiblich, etwas älter und auch besser ausgebildet, wobei sie – aufgrund der zunehmenden Umstrukturierung des österreichischen Migrationssystems auf Höherqualifizierte in den 2000er Jahren und der Konzentration vieler Ausnahmebestimmungen von den Übergangfristen auf das mittlere Qualifikationssegment – insgesamt noch stärker als frühere Kohorten auf das mittlere Bildungssegment konzentriert waren.

Am Ende der Übergangfristen (im Jahr 2010) waren daher die MigrantInnen aus den EU 10-Ländern meistens gut ausgebildet (wobei der überwiegende Teil der ZuwanderInnen ein mittleres Ausbildungsniveau aufwies) und arbeiteten überproportional oft in Dienstleistungssektoren und Berufen. Allerdings bestanden auch Hinweise, dass es diesen MigrantInnen noch nicht vollends gelungen ist ihre Qualifikationen am österreichischen Arbeitsmarkt umzusetzen. Noch besorgniserregender sind allerdings die Befunde hinsichtlich der Arbeitslosenquote ausländischer StaatsbürgerInnen in Österreich. Hier zeigen sich in den letzten 20 Jahren Anzeichen einer Arbeitsmarktdesintegration der ausländischen StaatsbürgerInnen und eines verschärften Konkurrenzkampfes alteingesessener und neu zuwandernder Arbeitskräfte in Österreich.

Schlussendlich zeigt eine erste Betrachtung der Zuwanderung aus den EU 10-Ländern in den ersten vier Monaten seit der Gewährung der Freizügigkeit, dass in diesem Zeitraum rund 20.000 unselbständig Beschäftigte aus diesen Ländern nach Österreich kamen. Obwohl damit die für das erste Jahr erwartete Zahl von 25.000 Arbeitskräften noch nicht erreicht wurde, scheint dies doch auf eine am Ende des Jahres höhere Zuwanderung hinzudeuten als erwartet.

Gleichzeitig verringerte sich aber – möglicherweise als Reaktion auf die Zuwanderung aus den EU 10-Ländern – auch die Nettozuwanderung ausländischer Arbeitskräfte aus anderen Ländern. Insgesamt ist damit die Zahl der unselbständig Beschäftigten ausländischer Arbeitskräfte im Zeitraum seit Gewährung der Übergangfristen um rund 14.000 gestiegen. Charakteristisch an der Arbeitskräftezuwanderung aus den EU 10-Ländern seit Mai 2011 ist dabei ihre starke Konzentration auf einzelne Regionen und Branchen. Gemessen an der Arbeitsmarktgröße verzeichneten das Burgenland, sowie das Bauwesen und Beherbergung und Gastronomie besonders hohe Zuwanderungsraten.

8. Zusammenfassung

Die Erweiterung der EU um die mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten im Mai 2004 wurde in Österreich ausgesprochen kontrovers diskutiert. Dabei wurde von den Befürwortern dieser Erweiterungsrunde – abgesehen von der außen- und sicherheitspolitischen Bedeutung – immer wieder betont, dass Österreich insgesamt zu den größten wirtschaftlichen Profiteuren der Erweiterung unter den alten EU-Mitgliedsländern zählt. Von Kritikern wurden hingegen vor allem die potentiellen negativen Verteilungswirkungen angesprochen. Dabei standen die möglichen Auswirkungen von Migration und Pendeln, der Dienstleistungsfreiheit und regionale Auswirkungen im Mittelpunkt des Interesses.

Die vorliegende Studie, welche eine Teilstudie des transnationalen Projektes "FAMO – Fachkräftemonitoring" ist und aufbauend auf den Ergebnissen des LAMO (Labour Monitoring)-Projektes (Huber *et al.*, 2007) die vorangegangene Studie (Huber, 2009) im Rahmen dieses Projektes aktualisiert, stellt die wirtschaftliche Entwicklung der CENTROPE-Region seit dem Zeitpunkt der Erweiterung dar. Zentrale Fragestellung ist dabei, ob es in den Jahren seit der Erweiterung zu sichtbaren Auswirkungen auf makro-ökonomischer Ebene in den EU-Ländern, Österreich und der CENTROPE-Region gekommen ist. Insbesondere interessieren uns hier mögliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Migrations- und Pendelbewegungen.

Im Gegensatz zu der vorangegangenen Studie im FAMO-Projekt weitet diese Untersuchung allerdings den räumlichen Bezugsrahmen auch auf die EU 2-Länder (Bulgarien und Rumänien), welche der EU am 1. Jänner 2007 beitraten, aus. Die Gründe hierfür sind zum einen, dass die Übergangsfristen bei der Freizügigkeit der Arbeitskräfte gegenüber den 10 Ländern, die der EU am 1. Mai 2004 (EU 10-Länder) beitraten, am 1. Mai 2011 endeten und somit der migrationspolitische Spielraum gegenüber diesen Ländern seit diesem Zeitpunkt eingeschränkt ist, und zum anderen, dass mit der Entscheidung über eine mögliche Verlängerung der Übergangsfristen am 1. Jänner 2012 gegenüber den EU 2-Ländern und dem endgültigen Auslaufen dieser Übergangsfristen spätestens am 1. Jänner 2014, wichtige migrationspolitische Entscheidungen gegenüber den EU 2-Ländern bevorstehen, die auch Konsequenzen für die CENTROPE-Region haben könnten.

Migrationsbewegungen in der EU seit den EU-Beitritten 2004 und 2007

Eine Analyse der Wanderungsbewegungen in der EU in den Jahren seit 2004 zeigt dabei, dass es im Gefolge beider Erweiterungen (2004 und 2007) zu einem Anstieg der Zuwanderung aus den Beitrittsländern kam, wobei am Ende der Übergangsfristen rund 0,5% der in den EU 15-Ländern wohnhaften Bevölkerung aus den EU 10-Ländern stammten und ein etwa gleich hoher Anteil der Bevölkerung der EU 25-Länder aus den EU 2-Ländern kam. Allerdings lagen die Zuwächse in den meisten Ländern bei wenigen Zehntel Prozent der Erwerbspersonen. Nur in Großbritannien und Irland kam es zu stärkeren Anstiegen der Bevölkerung aus den EU 10-Ländern um mehr als einen Prozentpunkt und in Griechenland, Italien und Zypern stieg die Zahl der Bevölkerung aus den EU 2-Ländern ähnlich deutlich an.

Darüber hinaus zeigt sich auch, dass Migrationsbewegungen zwischen den EU 10- und den EU 15-Ländern und auch zwischen den EU 2- und den EU 25-Ländern im Zeitraum nach dem Beitritt von einer Reihe von institutionellen, geographischen, kulturellen und wirtschaftlichen Faktoren, von denen die Freizügigkeit nur ein wichtiger Faktor war, bestimmt wurden. Mit der Ausnahme Großbritanniens und Irlands zogen Länder, die schon vor Gewährung der Freizügigkeit eine stärkere Zuwanderung aus den EU 10-Ländern verspürten, auch nach Gewährung der Freizügigkeit einen überproportional hohen Teil dieser ZuwanderInnen an. Länder mit einer geringen Zuwanderung aus diesen Ländern vor der Gewährung der Freizügigkeit, verzeichneten hingegen auch nach der Gewährung der Freizügigkeit einen nur moderaten Anstieg der Zuwanderung aus den EU 10-Ländern. Ähnliches gilt auch für die Wanderung aus den EU 2-Ländern nach der Erweiterung 2007.

Eine Analyse der europäischen Arbeitskräfteerhebung für die CENTROPE-Region zeigt dabei, dass diese Region – trotz einer leichten Verbesserung in den letzten Jahren – gerade bei der Bewegung der Arbeitskräfte zwischen ihren einzelnen Teilregionen immer noch schwach integriert ist. Einzig zwischen der tschechischen und slowakischen Republik bestehen engere Migrations- und Pendelbewegungen, die aber wohl eher auf die historischen Verbindungen dieser Länder zurückzuführen sind, als auf die Integrationspolitik der letzten Jahre. Überdies weist diese Analyse die österreichische CENTROPE (und hier vor allem die Stadt Wien) eindeutig als das wichtigste Anzugsgebiet für Zuwanderung, sowohl innerhalb als auch außerhalb der CENTROPE, aus, wobei aber hier die bis vor Kurzem bestehenden Barrieren der Zuwanderung für die Neuen Mitgliedstaaten gepaart mit der längeren (Nachkriegs-)Geschichte der Zuwanderung aus anderen Ländern, dazu geführt haben, dass die Zuwanderung aus anderen Regionen als den CENTROPE-Ländern deutlich wichtiger ist.

Für die Region insgesamt ist dabei die Emigration in andere europäische Regionen quantitativ bedeutsamer als die zwischen den CENTROPE-Regionen. Durch diese Emigration verloren dabei sowohl der österreichische Teil der CENTROPE als auch die Teile in den Neuen Mitgliedstaaten oftmals hoch qualifizierte Arbeitskräfte, sodass die CENTROPE-Region insgesamt eine "brain drain"-Region ist.

In den meisten EU 15-Ländern hatte die Zuwanderung aus den EU 10-Ländern aber laut verschiedenen Simulationsergebnissen auch nur geringe Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit und die Löhne der Einheimischen. Zumeist lag hier der Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Rückgang des Lohnwachstums bei weniger als einem Zehntel Prozentpunkt. Auch hier sind allerdings Großbritannien und Irland eine Ausnahme. Hier stieg die Arbeitslosigkeit laut makroökonomischen Simulationen um einige Zehntel Prozentpunkte und auch das Lohnwachstum verlangsamte sich um einiges deutlicher. Allerdings zeigen mikro-ökonomische Untersuchungen, dass sich diese Effekte auf nur einige Teilssegmente des Arbeitsmarktes konzentrierten, wobei diese Verteilungswirkungen stark davon abhängen, welche Gruppen verstärkt zuwanderten, und für die Gesamtwirtschaft kaum statistisch signifikante Effekte identifiziert werden konnten.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Beitrittsländer und Österreichs

Die Wirtschaft der Ostmitteleuropäischen Länder wuchs in den vergangenen 10 Jahren aber kräftig. Dieses Wachstum spiegelt den rasanten Aufholprozess wider, den die Region durchmachte und führte zu einer deutlichen Konvergenz der durchschnittlichen Einkommensniveaus in der EU. Die Unterschiede in der Region waren jedoch beträchtlich und betrafen nicht nur Wirtschaftswachstum und Wohlstand, sondern auch die zugrunde liegenden Wachstumsmuster. Diese hatten einen entscheidenden Einfluss sowohl auf Tiefe und Dauer des Einbruchs während der Finanz- und Wirtschaftskrise, als auch auf Tempo und Ausmaß der Erholung seither. In den baltischen und südosteuropäischen Ländern nahm die Inlandsnachfrage eine bedeutend stärkere Rolle als Antrieb des Wachstums wahr als in den zentraleuropäischen Ländern. Dies führte jedoch zum Aufbau hoher Leistungsbilanzdefizite vor der Krise und in der Folge zu einem starken Einbruch der Wirtschaftsleistung. Ebenso mäßig fiel die Konjunkturerholung aus. In den zentraleuropäischen Ländern wuchs die Wirtschaft in erster Linie exportgetrieben. Dies führte zu mäßigeren Zuwächsen, aber einem ausgewogeneren Wachstumsmuster, das die Voraussetzung für eine kräftige Erholung nach der Finanz- und Wirtschaftskrise bildete.

Konvergenz zum EU-Niveau aber Divergenz innerhalb der Länder

Auch auf regionaler Ebene war das letzte Jahrzehnt in den Süd- und mitteleuropäischen EU-Ländern durch einen von der Wirtschaftskrise unterbrochenen deutlichen Aufholprozess annähernd aller Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder geprägt. Allerdings wurde dieser Konvergenzprozess zum einen von weiter steigenden regionalen Unterschieden innerhalb dieser (bereits am Anfang der 2000er Jahre durch große regionale Disparitäten geprägten) Länder begleitet. Zum anderen entwickelten sich die Löhne in diesen Ländern deutlich langsamer als das BIP, sodass der Grad der erreichten Konvergenz beim Lohn- und auch Produktivitätsniveau deutlich geringer ist als bei Indikatoren wie der Arbeitslosigkeit und dem BIP pro Kopf.

Insgesamt waren dabei in der Regionalentwicklung in den EU 12-Ländern im letzten Jahrzehnt in erster Linie die Hauptstadtregionen bevorzugt. Da sie bereits im Jahr 2000 durch ein deutlich besseres Entwicklungsniveau geprägt waren als der Rest der Länder, führte dies zu steigenden regionalen Unterschieden in diesen Ländern. In zweiter Linie waren aber auch die Grenzregionen bevorzugt, da in der gesamten Region ein deutliches West-Ost-Gefälle besteht, wobei allerdings nicht alle unmittelbaren Grenzregionen der Neuen Mitgliedstaaten über den gesamten Zeitraum bevorzugt waren. Insbesondere in Westtransdanubien war die Entwicklung bereits in den Jahren vor der Wirtschaftskrise durch ein langsames Wachstum und eine steigende Arbeitslosigkeit geprägt und auch in Polen, Rumänien und Tschechien war das West-Ost-Gefälle zumindest hinsichtlich der Arbeitslosigkeit nicht so stark ausgeprägt, wie in den anderen EU 12-Ländern dieser Region.

Abgesehen von den offensichtlichen Herausforderungen, die die steigenden regionalen Disparitäten innerhalb der Länder an die nationale Regionalpolitik stellen, impliziert die bevorzugte Stellung der Grenzregionen innerhalb der Neuen Mitgliedstaaten, dass die regionalen

Unterschiede in den unmittelbaren Grenzregionen Österreichs mit EU 12-Ländern deutlich geringer sind als zwischen den Ländern. Als spektakuläres Beispiel kann hier die Stadt Bratislava dienen, deren BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten 2008 bereits um € 900 höher war als in Wien. Diese geringeren regionalen Unterschiede relativieren somit übertriebene Besorgnis hinsichtlich möglicher Arbeitskräftewanderung aus den unmittelbaren Grenzregionen. Gleichzeitig bedeutet dies aber auch, dass die weiter entfernt liegenden Regionen Bulgariens und auch Rumäniens ein deutlich geringeres Einkommen haben als die Nachbarländer Österreichs, und die Migrationsanreize aus diesen Ländern entsprechend hoch sind.

Schlussendlich zeigt sich auch, dass die Einkommens- und Lohnunterschiede zu Wechselkursen sogar in den Grenzregionen zu den EU 12-Ländern (außerhalb Bratislavas) immer noch hoch sind und in den weiter entfernten Regionen dementsprechend höher. So lag das Lohnniveau zu Kaufkraftparitäten vor der Krise in den meisten unmittelbaren Grenzregionen der Neuen Mitgliedsländer bei zwischen 51% (Westslowakei) bis 59% (Tschechischen Südosten) des burgenländischen Niveaus und zwischen 38% bis 44% des Wiener Niveaus. Selbst in Bratislava (als Region mit dem höchsten Lohnniveau in der unmittelbaren Grenzregion der Neuen Mitgliedstaaten) lagen die Löhne zu Wechselkursen 2007 nur bei 78% des Burgenlandes, sodass in der Region auch weiterhin mit einem – wenn auch deutlich geringeren als noch 2004 – Pendelpotential gerechnet werden muss.

Deutlich unterschiedliche regionale Strukturen

Daneben unterscheiden sich die Regionen der Neuen Mitgliedstaaten auch in ihrer Struktur deutlich von jenen Österreichs. Insgesamt sind die Nuts 2-Regionen der EU 12-Länder – mit Ausnahme der Hauptstädte – durchwegs nur wenig tertiärisiert. Hinsichtlich ihrer Industrialisierung bestehen in den Neuen Mitgliedstaaten allerdings erhebliche nationale Unterschiede. Während die bulgarischen und rumänischen Regionen (mit Ausnahme der Hauptstädte) durchwegs noch einen recht hohen Anteil des primären Sektors an der Beschäftigung und Wertschöpfung aufweisen, ist in Tschechien und der Slowakei (ebenfalls mit Ausnahme der Hauptstädte) der Anteil des sekundären Sektors deutlich höher als selbst in den am stärksten industrialisierten österreichischen Regionen. In Polen und Ungarn sind hingegen zumeist die östlichen Regionen noch stark agrarisch geprägt, während der sekundäre Sektor in den westlichen Regionen einen hohen Beschäftigungs- und Wertschöpfungsanteil hält.

Für die gesamte hier analysierte Region (inklusive Österreichs) gilt allerdings, dass sie in ihrer Humankapitalstruktur vor allem durch einen hohen Anteil an Personen mit einem mittleren Bildungsabschluss aber nur einen geringen Anteil an Personen mit einem niedrigen und auch hohen Bildungsabschluss auffällt. Auch hier bestehen aber nationale Unterschiede. Diese führen dazu, dass zum Beispiel der Anteil der Beschäftigten mit tertiärer Ausbildung in den meisten polnischen und bulgarischen Regionen höher ist als in Österreich.

Im Unterschied zu den gesamtwirtschaftlichen Indikatoren zeigen sich bei Strukturindikatoren auch kaum Konvergenztendenzen. Die Sektorstruktur der Wertschöpfung der hier betrachteten Regionen divergierte in unserem Beobachtungszeitraum, was auf eine zunehmende

regionale Spezialisierung hindeutet. Einzig hinsichtlich der Struktur der Arbeitslosigkeit zeigt sich hier ein West-Ost-Gefälle innerhalb der Region, wobei allerdings die Benachteiligung der östlichen Regionen hinsichtlich der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit etwas stärker ausgeprägt ist als bei der Gesamtarbeitslosigkeit und die Beschäftigungsquote der Älteren vor allem in den Hauptstadtregionen der Neuen Mitgliedstaaten höher liegt als im Rest der Länder.

Aus migrationspolitischer Perspektive bedeutet dies, dass die zu erwartenden ZuwanderInnen aus den EU 10-Ländern aus einer Bevölkerung stammen, bei der es sich zum überwiegenden Teil um eine gut ausgebildete Industriearbeiterschaft handelt. Wenn es nicht zu sehr starken Selektionsprozessen zwischen MigrantInnen, PendlerInnen und immobilien Bevölkerungsgruppen kommt, wären daher eindeutig besser qualifizierte ZuwanderInnen aus diesen Ländern zu erwarten als im Durchschnitt der bisher in Österreich lebenden ZuwanderInnen. Für ZuwanderInnen aus den von Österreich weiter entfernten EU 2-Ländern ist hingegen aufgrund der Bildungsstruktur eine etwas schlechter gebildete Gruppe zu erwarten. Da trotz eines, im Vergleich zu Österreich, hohen Anteils an tertiär ausgebildeten Arbeitskräften in Bulgarien in beiden Ländern insgesamt auch ein hoher Teil an nur niedrig qualifizierten Arbeitskräften arbeitet. Überdies bestätigt eine Betrachtung der regionalen Struktur der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit, dass diese beiden "Push-Faktoren" für Wanderung in den östlichen Regionen – insbesondere der Slowakei und Ungarns – einen stärkeren Migrationsanreiz darstellen als in den unmittelbaren Grenzregionen.

Migration aus den EU 12-Ländern während der Übergangsfristen in Österreich

In Österreich dienten die Übergangsfristen dabei nicht ausschließlich der Abschottung des österreichischen Arbeitsmarktes gegenüber den EU-Ländern, sondern es wurde auch versucht diese für eine aktive Gestaltung der Zuwanderung in diesem Zeitraum zu nutzen. Allerdings blieb das Ausmaß der Zuwanderung aus den EU 12-Ländern – trotz eines Anstiegs gegenüber dem Zeitraum unmittelbar vor der Erweiterung – geringer als in den Ex-ante-Studien zu den Migrationsprognosen erwartet. Überdies stammten die quantitativ bedeutsamsten Zuwanderungsströme nach Österreich in diesem Zeitraum aus den anderen EU 15-Ländern und Drittstaaten. Eine erste Betrachtung der Zuwanderung aus den EU 10-Ländern in den ersten vier Monaten seit der Gewährung der Freizügigkeit zeigt dabei, dass seit 1. Mai 2011 rund 20.000 unselbständig Beschäftigte aus diesen Ländern nach Österreich kamen. Gleichzeitig verringerte sich aber – möglicherweise als Reaktion auf die Zuwanderung aus den EU 10-Ländern – auch die Nettozuwanderung ausländischer Arbeitskräfte aus anderen Ländern. Insgesamt ist damit die Zahl der unselbständig Beschäftigten ausländischer Arbeitskräfte im Zeitraum seit Gewährung der Übergangsfristen um rund 14.000 gestiegen. Charakteristisch an der Arbeitskräftezuwanderung aus den EU 10-Ländern seit Mai 2011 ist dabei ihre starke Konzentration auf einzelne Regionen und Branchen. Gemessen an der Arbeitsmarktgröße verzeichneten das Burgenland, sowie das Bauwesen und Beherbergung und Gastronomie besonders hohe Zuwanderungsraten.

Außerdem kam es während der Übergangfristen auch zu strukturellen Verschiebungen bei der Zuwanderung aus den EU 10-Ländern, da sich zum einen die Länderstruktur änderte und die Zuwanderung außerdem durch einen geringeren Umschlag geprägt war als noch vor der Erweiterung. So verringerte sich zum einen der Umschlag an MigrantInnen und auch die Länderstruktur der Zuwanderung aus den EU 10 änderte sich merklich. Überdies waren MigrantInnen, die seit 2004 aus den EU 10-Ländern zuwanderten, gegenüber den ZuwanderInnen der 1990er und frühen 2000er Jahren seltener weiblich, etwas älter und auch besser ausgebildet, wobei sie – aufgrund der zunehmenden Umstrukturierung des österreichischen Migrationssystems auf Höherqualifizierte und der Konzentration vieler Ausnahmebestimmungen von den Übergangfristen auf das mittlere Qualifikationssegment – insgesamt noch stärker als frühere Kohorten auf das mittlere Bildungssegment konzentriert waren.

Am Ende der Übergangfristen (im Jahr 2010) waren daher die MigrantInnen aus den EU 10-Ländern meistens gut ausgebildet (wobei der überwiegende Teil der ZuwanderInnen ein mittleres Ausbildungsniveau aufwies), häufig weiblich und arbeiteten überproportional oft in Dienstleistungssektoren und Berufen. Allerdings bestanden auch Hinweise, dass es diesen MigrantInnen noch nicht vollends gelungen ist ihre Qualifikationen am österreichischen Arbeitsmarkt umzusetzen. Noch besorgniserregender sind allerdings die Befunde hinsichtlich der Arbeitslosenquote ausländischer StaatsbürgerInnen in Österreich. Hier zeigen sich in den letzten 20 Jahren Anzeichen einer Arbeitsmarktdesintegration der ausländischen StaatsbürgerInnen und eines verschärften Konkurrenzkampfes alteingesessener und neu zuwandernder Arbeitskräfte in Österreich, auf dem Wiener Arbeitsmarkt lagen zum Beispiel die Arbeitslosenquoten unter türkischen StaatsbürgerInnen 2010 bereits bei 28,1%.

Wirtschaftspolitische Handlungsmöglichkeiten

Insgesamt deutet diese Studie somit auf recht unterschiedliche migrationpolitische Handlungsspielräume aber auch Handlungsnotwendigkeiten hinsichtlich der Zuwanderung aus den EU 10- und EU 2-Ländern hin.

So deuten unsere Ergebnisse hinsichtlich der Zuwanderung aus den EU 10-Ländern, die seit dem 1. Mai 2011 keinen Beschränkungen mehr unterliegt, auf eine starke Konzentration der Zuwanderung auf einzelne Sektoren und Regionen seit der Gewährung der Freizügigkeit hin. Die Wirtschaftspolitik könnte daher versuchen erstens, die steuerbare Zuwanderung aus den Drittstaaten gerade in jenen Regionen und Sektoren, die gegenwärtig besonders viele ArbeitnehmerInnen aus den EU 10-Ländern aufnehmen (also in der Ost- und Südregion Österreichs sowie in der Baubranche, in Beherbergung und Gastronomie und auch in den Markt-Dienstleistungen), durch eine restriktive Vergabe von Arbeitsgenehmigungen zu verringern. Zweitens, könnte versucht werden, durch entsprechende Vermittlungsaktivitäten (z. B. seitens des AMS) andere Sektoren und Regionen für die ZuwanderInnen aus den EU 10-Ländern attraktiver zu machen und gerade in jenen Sektoren und Regionen, in denen es zu einer besonders starken Zuwanderung von Arbeitskräften kam, die Kontroll- und Beratungsintensität hinsichtlich der Einhaltung sozial-, arbeits- und kollektivvertraglicher Bestimmungen zu erhö-

hen. Drittens, sollte auch versucht werden Arbeitskräften, die von der Zuwanderung in bestimmten Branchen und Regionen betroffen sind, durch entsprechende Qualifizierungsangebote (z. B. durch entsprechende Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik) breitere Verwendungsmöglichkeiten am Arbeitsmarkt zugänglich zu machen.

Im Hinblick auf das Zuwanderungspotential aus den EU 2-Ländern, welches nach allen unseren Ergebnissen – sowohl zu den in der Vergangenheit realisierten Wanderungsströme und auch zu den Einkommensunterschieden – immer noch höher sein sollte als jenes aus den EU-Ländern, wird es hingegen – auch wenn die Übergangsfristen am 1. Jänner 2012 verlängert werden – notwendig sein durch zusätzliche Angebote – insbesondere an besser qualifizierte Zuwanderungswillige – den Arbeitsmarkt bereits vor dem Ende der Übergangsfristen selektiv zu öffnen um auf diese Weise einen übermäßigen Migrationsdruck im Jahr 2014 zu vermeiden. Gerade die Erfahrungen Österreichs mit der Zuwanderung aus den EU 10-Ländern während der Übergangsfristen zeigen, dass es durch eine solche selektive Öffnung gelingen kann gut qualifizierte Arbeitskräfte nach Österreich zu holen, negative Arbeitsmarktauswirkungen zu verringern und Migrationspotentiale abzubauen, wobei durch die Erfahrungen mit den EU 10-Ländern hier auch ein gut ausgebautes und differenziertes Spektrum an Instrumenten (wie z. B. bilaterale Verträge aber auch unilaterale Liberalisierungen) besteht, welches nunmehr verstärkt auf die EU 2-Länder ausgedehnt werden könnte.

Schlussendlich zeigt unsere Untersuchung aber auch, dass die Integration alteingesessener ausländischer Arbeitskräfte gerade auf einigen Arbeitsmärkten der Ostregion zunehmend zum Problem wird. Obwohl zu diesem Thema aus der vorliegenden Analyse kaum wirtschaftspolitische Vorschläge zur Verringerung dieses Problems abgeleitet werden können, scheinen unsere Ergebnisse doch auf die Notwendigkeit verstärkter Bemühungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik für diese Zielgruppe hinzuweisen.

Literaturhinweise

- Aiginger, K., "Europe's Position in Quality Competition", Working Paper and Background Report for "The European Competitiveness Report 2000", DG Enterprise, Brussels, 2000.
- Altzinger, W., "Grenzüberschreitende Direktinvestitionen" in BMWA, Österreichs Außenwirtschaft, Jahrbuch 2003/2004, BMWA, 2004.
- Altzinger, W., On the Earnings of Austrian Affiliates in the New EU Member Countries, University of Economics and BA, Vienna; Department of Economics, presented at the NOEG Annual Meeting May 5 – 6 2006, 2006.
- Arbeiterkammer Österreich, Ein Jahr EU-Erweiterung: Trends und Fakten – Eine umfassende Analyse aus Sicht der Bundesarbeiterkammer, AK, Wien, 2005.
- Astrov, V., Pöschl, J., "MOEL im Sog der Krise", wiiw research papers No. 2009-05, 2009.
- Astrov, V., Wirtschaftsentwicklung in den MOEL durch deutliche Konvergenz geprägt, WIFO Monatsberichte, Jg. 77, Heft 5, 2004.
- Astrov, V., Unterschiedliche Einflüsse beschleunigen Wachstum in den MOEL, WIFO Monatsberichte, Jg. 78, Heft 5, 2005.
- Astrov, V., Wirtschaftswachstum hält in den MOEL an, WIFO Monatsberichte, Jg. 79, Heft 5, 2006.
- Baas, T., et al., The macroeconomic consequences of labour mobility, in Brücker H. et al, Labour Mobility in the context of enlargement and the functioning of the transitional arrangements, Europäische Kommission, Brüssel, 2009.
- Beer, E. et al., Die Erweiterung der Europäischen Union mit 1. Mai 2004: Was wird sich für uns ändern, Kommentar zu Beitrittsvertrag aus Sicht der österreichischen ArbeitnehmerInnen, Arbeiterkammer Österreich, Wien, 2003.
- Biffi, G., SOPEMI Report on Labour Migration, Austria, mehrere Jahrgänge.
- Biffi, G., et al., Ökonomische und strukturelle Aspekte der Ausländerbeschäftigung in Österreich, Studie im Auftrag des AMS, WIFO, Wien, 1997.
- Biffi, G., et al., Auswirkungen der Arbeitsmarktöffnung am 1. Mai auf den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Österreich (Prognosehorizont 2050. Donauuniversität Krems, Krems), 2011.
- Biffi, G., Huber, P., Walterskirchen, E., Auswirkungen der Übergangsregelungen im Bereich der Freizügigkeit und der Dienstleistungsfreiheit, WIFO, Wien 2006.
- Biffi, G., Bock-Schappelwein, J., Zur Niederlassung von Ausländerinnen und Ausländern in Österreich, WIFO, mehrere Jahrgänge.
- Birner, A., Huber, P., Winkler, P., Schätzung des Potentials an Einpendlern und Arbeitsmigranten aus den MOEL und regionale Arbeitsmarktwirkungen in Palme, G., et al., 1999.
- Blonigen, B., A Review of the Empirical Literature on FDI Determinants, NBER Working Paper, April 2005, (11299).
- Bock-Schappelwein, J., Ausländer in Österreich – vier Fragen zu ihrer Integration, WIFO, Wien, 2004.
- Bock-Schappelwein, J., Bremberger, C., Hierländer, R., Huber, R., Knittler, K., Berger, J., Hofer, H., Miess, M., Strohner, L., Die ökonomischen Wirkungen der Immigration in Österreich 1989–2007, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung WIFO und des Instituts für höhere Studien (IHS) im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, Wien, 2009.
- Boeri, T., Brücker, H., (Hrsg.) The Impact of Eastern Enlargement on Employment und Wages in the EU Member States, Manuskript, European Integration Consortium, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW, 1999.
- Brandel, F., Hofer, H., Pichelmann, K., "Verdrängungsprozesse am Arbeitsmarkt", Institut für Höhere Studien Forschungsbericht No. 345, 1994.
- Breuss, F., (2002a), Die Kosten der Nicht-Erweiterung der EU, WIFO,-Studie, WIFO, Wien, März 2002.
- Breuss, F., (2002b), Benefits and dangers of EU-Enlargement, *Empirica*, 29(3), 2002, S. 245-247.
- Breuss, F., Makroökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf alte und neue Mitglieder, WIFO-Monatsberichte 74(11), 2001, S. 655-666.

- Breuss, F., Ostöffnung, EU-Mitgliedschaft, Euro-Teilnahme und EU-Erweiterung. Wirtschaftliche Auswirkungen auf Österreich, WIFO Working Papers, 2006, (270).
- Breuss, F., Fink, G., Haiss, P., How Well Prepared Are the New Member States for the European Union?, *Journal of Policy Modeling*, 2004, (26).
- Breuss, F., Kaniowski, S., Schratzenstaller, M., Steuerreform 2004/05 – Maßnahmen und makroökonomische Effekte, WIFO-Monatsberichte, 8/2004, S 627-643.
- Breuss, F., Schebeck, F., Kosten und Nutzen der EU Osterweiterung für Österreich, WIFO-Monatsberichte, 71(11), 1998, S. 741-750.
- Breuss, F., Schratzenstaller, M., Unternehmenssteuerwettbewerb und internationale Direktinvestitionen, WIFO-Monatsberichte, 8/2004, S. 645-653.
- Brücker, H., Boeri, T., The Impact of Eastern Enlargement on Employment and Labour Markets in the EU Member States. Final Report, Europäische Kommission, Brüssel, 2000.
- Brücker, H., Damelang A. Analysis of the scale, direction and structure of labour mobility, in Brücker H. et al , Labour Mobility in the context of enlargement and the functioning of the transitional arrangements, Europäische Kommission, Brüssel, 2009.
- Brücker, H., Damelang A., Wolf K. Forecasting potential migration from the New Member States into the EU-15: Review off he Literature, Evaluation of Forecasting Methods and Forecast results, in Brücker H. et al , Labour Mobility in the context of enlargement and the functioning of the transitional arrangements, Europäische Kommission, Brüssel, 2009.
- Brücker, H., et al, Labour Mobility in the context of enlargement and the functioning of the transitional arrangements, Europäische Kommission, Brüssel, 2009.
- Burda, M., Migration and the option value of waiting, *Economic and Social Review* 27(1), 1995, S. 1-19.
- Cameron, G., Muellbauer, J., The housing market and regional commuting and migration choices, *Scottish Journal of Political Economy* 45(4), 1998, S. 420-446.
- Casella, A., "Large countries, small countries and the enlargement of trade blocs," *European Economic Review*, Elsevier, vol. 40(2), 1996, February, S. 389-415.
- DaVanzo, J., Repeat migration in the United States: who moves back and who moves on?, *Review of Economics and Statistics* 65(4), S. 552-559.
- Egger, P., Außenhandelsbeziehungen zwischen Österreich und den 5 MOEL, in ÖROK, Regionale Auswirkungen der EU-Integration der Mittel- und Osteuropäischen Länder. ÖROK Schriftenreihe Nr. 146/I, 1999, S. 67 – 131.
- Egger, P., "Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und ausgewählten mittel- und osteuropäischen Ländern: Entwicklungen der letzten Jahre und Versuch einer Prognose", Teilprojekt 4 des Forschungsprogramms PREPARITY, WIFO, Wien, 2000.
- Egger, P., Außenhandel im erweiterten Integrationsraum, Preparity Teilprojekt 4, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, 2001.
- Eliasson, K., Lindgren, U., Westerlund, O., Geographical labour mobility: migration or commuting?, *Regional Studies* 37(8), 2003, S. 827-837.
- Europäische Kommission, Bericht über die Anwendung der im Beitrittsvertrag 2003 festgelegten Übergangsregelungen, Mitteilung der Kommission an den Rat das europäische Parlament, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Brüssel, 2006A.
- Europäische Kommission, Enlargement two years after: An economic Evaluation, *European Economy, Occasional Papers*, Brüssel, 2006B.
- Fassmann, H., Hintermann, C., Migrationspotential Ostmitteleuropa. Struktur und Motivation potentieller Migranten aus Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn, ISR-Forschungsbericht 15, Institut für Stadt- und Regionalforschung, Wien, 1997, S. 12.
- Fassmann, H., Hintermann, C., Migrationspotential Ostmitteleuropa, ISR-Forschungsberichte 15, Institut für Stadt- und Regionalforschung, Wien, 1997.
- Feldkircher, M., Regional Convergence within the EU-25: a Spatial Econometric Analysis, Workshops: Proceedings of OeNB Workshops, *New regional Economics in Central European Economies: The Future of CENTROPE*, 2006, S. 101-120.

- Fidrmuc, J., Labor mobility during transition: evidence from the Czech Republic, *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung* 73(4), 2004, S. 437-450.
- Fidrmuc, J., Huber, P., The Willingness to Migrate in the CEECs: Evidence from the Czech Republic, *Empirica* 34(4), 2007, S. 351-369.
- Fischer, P., Holm, E., Malmberg, G., Straubhaar, T., Why do people stay? Insider advantages and immobility, HWWA Discussion Paper 112, Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg, 2000.
- Fritz, O., et al., Case study of West-Transdanubia, WIFO-Projekt, WIFO, 2005.
- Fritz, et al., Arbeitsmarktpolitik in Tirol bis 2010, WIFO, Wien, 2006.
- Gann, D. M., "Innovation in the Construction Sector", in Dodgson, M., Rothwell, R. (eds.), *The Handbook of Industrial Innovation*, Aldershot, 1994, S. 202-212.
- Grandner, Th., The Impact of an EU Enlargement on Austria's Labor Market, in Karl Pichelmann (Hrsg.) *The Economic Consequences of Eastern Enlargement of the European Union - The Austrian View*, IHS, März, 1998.
- Helmstedt, K., *Ausländische Direktinvestitionen in den Oststaaten*, Bundesministerium für Wirtschaftliche Angelegenheiten, 1997.
- Hofer, H., The Impact of Emigration on Host Country's Wages und Unemployment, in Pichelmann, Karl (Hrsg.) *The Economic Consequences of Eastern Enlargement of the European Union - The Austrian View*, IHS, März, 1998.
- Hofer, H., Huber, P., Wage and Mobility Effects of Trade on the Austrian Labor Market, Institut für höhere Studien und Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien, 1999.
- Hofer, H., Pichelmann, K., Schuh, A. U., Price and Quantity Adjustments in the Austrian Labor Market, Institute for Advanced Studies, Economic Series 57, Vienna, 1998.
- Huber, P., Auswirkungen der Erweiterung der Europäischen Union auf Beschäftigung und Arbeitsmarkt, Preparity Teilprojekt 9, WIFO, Wien, 2001.
- Huber, P., (2001a), Auswirkungen der Erweiterung der Europäischen Union auf das Arbeitskräfteangebot, Preparity Teilprojekt 10, WIFO, Wien, 2001.
- Huber, P., "Intra-national Labour Market Adjustment in the Candidate Countries", *Journal of Comparative Economics*, vol. 32, no. 2, 2004, S. 248-264.
- Huber, P., (2004) Regional Labour Market Developments in Transition: A Survey of the Empirical Literature, *European Journal of Comparative Economics*, vol. 4, no. 2, 2007, pp. 263-98
- Huber, P., Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Burgenland 1995 bis 2003, WIFO Studie, Wien, 2005.
- Huber, P., FAMO – Fachkräftemonitoring. Regelmäßige Erhebung des Angebots und des Bedarfs an Fachkräften in der Grenzregion Ostösterreichs mit der Slowakei. FAMO I: Wirtschaftliche Entwicklung in der CENTROPE-Region seit der EU-Erweiterung, WIFO, Wien, 2009.
- Huber, P., Die Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten in Österreich, WIFO Working Papers, Heft 365/2010, WIFO, Wien, 2010.
- Huber, P., AFLA – Arbeitskräftemobilität und Fachkräftebedarf nach der Liberalisierung des österreichischen Arbeitsmarktes. Regionale und gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Nachbarländern Österreichs 2000-2010, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien, 2011.
- Huber, P., Brücker, H., Auswirkungen und Ausnutzung von Übergangsfristen für die Freizügigkeit der Arbeitskräfte nach der EU-Erweiterung, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien, 2003.
- Huber, P., Hofer, H., Auswirkungen der EU-Erweiterung auf den österreichischen Arbeitsmarkt, in: Peter Mayerhofer, Gerhard Palme (Koord.), *PREPARITY – Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung*, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung WIFO und des Instituts für höhere Studien (IHS) im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIC, Wien, 2001.
- Huber, P., Mayerhofer, P., "Structural Change in the CENTROPE-Region", in OeNB (ed.), *New Regional Economics in Central European Economies: The Future of CENTROPE*, Proceedings of OeNB Workshops, No.9, Wien, 2006, S. 146-179.

- Huber, P., Palme, G., Teilprojekt 3: Regionalwirtschaftliche Entwicklung in den MOEL, Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung, WIFO, Wien, 2000.
- Huber, P., Pichelmann, K., "Osterweiterung, struktureller Wandel und Arbeitsmärkte", Wirtschaftspolitische Blätter, 1998, (4) S. 339-349.
- Huber, P., Römisch, R., Grenzüberschreitende Direktinvestitionen und Unternehmenskooperationen in der CENTROPE-Region, WIFO-Monatsberichte, 6/2011, S. 435-445.
- Huber, P., Mayerhofer, P., Nowotny, K., Palme, G., (LAMO II) Labour Market Monitoring II – Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt im Zuge der EU-Erweiterung, WIFO Studie im Rahmen der Interreg-IIIa-Programme, Wien, 2007.
- Huber, P., et al., Wiener Wirtschaftsaktivitäten, WIFO, Wien, 2002.
- Huber, P., et al., Analyse der Niederösterreichischen Wirtschaftsaktivitäten. Teil I: Analyse, WIFO, Wien, 2003.
- Hudler-Seitzberger, M., Bittner, M., Labour Market Monitoring (LAMO)-Arbeitsmarktmonitoring. Entwicklung, Anwendung und Validierung eines Monitoringinstruments zur regelmäßigen Beobachtung der Veränderungen am Arbeitsmarkt im Zuge der EU-Erweiterung. Zusammenfassende Projektdarstellung, Paul Lazarsfeld Gesellschaft für Sozialforschung, Wien, 2005.
- Hunya, G., wiiw Database on Foreign Direct Investment in Central, East and Southeast Europe: Increasing Significance of Repatriated and Reinvested Earnings, wiiw, May 2006.
- Hunya, G., Stankovsky, J., WIIW-WIFO Database, Foreign Direct Investment in Central, and Eastern Europe with Special Attention to Austrian FDI Activities in this Region, WIFO, July 2004.
- Institute for Public Policy Research, EU Enlargement: Bulgaria and Romania – migration implications for the UK, IPPR, London, 2006.
- Keuschnigg, Ch., Kohler, W., "Eastern Enlargement of the EU: How Much Is It Worth For Austria?", CEPR Working Paper, London, 1998, (1786).
- Keuschnigg, Ch., Kohler, W., Eastern Enlargement to the EU: Economic Costs and Benefits for the EU Present Member States – Final Report, The Case of Austria, Study XIX/B1/9801, Manuscript, Brüssel, 1999.
- Knöll, N., International orientierte Unternehmen in Österreich, Rahmenbedingungen für Steuerungsfunktionen und Forschungskompetenz, WIFO, April 2004.
- Kohler, W., "Trade and wages: What Can Factor Contents Tell Us?", Working Paper, Universität Linz, Linz, 1999, (9906).
- Krajasits, C., Neunteufl, G., Wach, I., "Raumstrukturelle Hintergrundanalyse und Auswahlverfahren für Gemeinden, Städte und Unternehmen in der LAMO-Region", Studie des Österreichischen Instituts für Raumplanung, Wien, 2005.
- Krajasits, C., Neunteufl, G., Steiner, R., Regional Analysis of the CENTROPE-Region, ÖIR, Wien 2003.
- Landesmann, et al., Competitiveness of CEE Industries: Evidence From Foreign Trade Specialisation and Quality Indicators (with P. Havlik and R. Stehrer); The Vienna Institute for International Economic Studies (wiiw), Research Report no 278, July 2001.
- Lutz, H., Walterskirchen, E., Aktive Beschäftigung in Österreich, WIFO, Wien, 2004.
- Mayerhofer, P., Wien in einer erweiterten Union. Ökonomische Effekte der Ostintegration auf die Wiener Stadtwirtschaft", LIT-Verlag, Wien, 2006.
- Mayerhofer, P., Palme, G., "Sachgüterproduktion und Dienstleistungen: Sektorale Wettbewerbsfähigkeit und regionale Integrationsfolgen", Teilprojekt 6/1 in dies. (Koord.), "PREPARITY – Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung", Forschungsprogramm des WIFO, Wien, 2001.
- Mayerhofer, P., Palme, G. (2001a), "Aspekte der regionalen Wettbewerbsfähigkeit", Teilprojekt 8 in dies. (Koord.), "PREPARITY – Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung", Forschungsprogramm des WIFO, Wien, 2001.
- Mayerhofer, P., Palme, G. (2001b), "Wirtschaftspolitische Empfehlungen auf Basis der Analyseergebnisse", Teilprojekt 15 in dies. (Koord.), "PREPARITY – Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung", Forschungsprogramm des WIFO, Wien, 2001.
- Mincer, J., Family migration decisions, Journal of Political Economy 86(5), 1978.

- Nowotny, K., Palme, G., "Twin-City" Wien-Bratislava, Teil 1: Individuelle Anpassungsstrategien von Unternehmen und Haushalten im Raum Wien-Bratislava – Eine Individualdatenanalyse, WIFO, Wien, 2007.
- OeNB, Österreichische Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Direktinvestitionen in Österreich, Stand per Ende 2003", Sonderheft Statistiken, OeNB, 2005.
- OeNB, Pressekonferenz ad Zahlungsbilanz, 2006. http://www.oenb.at/de/stat_melders/presse/Aussenwirtschaft/Zahlungsbilanz/2006/pa_zabil_20060425_oesterreich_etabliert_sich_als_auslandsinvestor.jsp#tcm:14-41064.
- Palme, G., et al., Regionale Auswirkungen der EU-Integration der MOEL, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung und Österreichisches Institut für Raumplanung, Wien, 1999.
- Palme, G., Feldkircher, M., Economic Challenges in the CENTROPE-Region, Workshops: Proceedings of OeNB Workshops, New regional Economics in Central European Economies: The Future of CENTROPE, Wien, 2006, S. 88-101.
- Peneder, M., Entrepreneurial Competition and Industrial Location, Edward Elgar, Cheltenham, UK, 2001.
- Pfaffermayr, M., Ownership Advantages, foreign Production and Productivity – Evidence form Austrian Manufacturing, The Review of Industrial Organisation, 1999, 15(4).
- Pfaffermayr, M., Stankovsky, J., Internationalisierung Österreichs durch Direktinvestitionen, WIFO, 1999.
- Pichelmann, K., (Hrsg.) The Economic Consequences of Eastern Enlargement of the European Union - The Austrian View, IHS, März, 1998.
- Pollan, W., "Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Zuwanderung von Arbeitskräften", WIFO-Monatsberichte, 2000, 73(2).
- Portes, J., French, S., The Impact of free movement of workers from central and eastern Europe on the UK labour market: early evidence, Department of Work and Pensions, Working Paper No. 18, London, 2005.
- Prettner, K., Stiglbauer, A., "Auswirkungen der vollständigen Öffnung des Arbeitsmarktes gegenüber den EU 8-Staaten, Geldpolitik und Wirtschaft." 4/07, 2007, S. 53-71.
- Punpuing, S., Correlates of commuting patterns: a case-study of Bangkok, Thailand, *Urban Studies* 30(3), 1993, S. 527-546.
- Römisch, R., Huber, P., Nowotny, K., Strauss, U., CENTROPE Regional Development Report: Focus Report on Spatial integration, WIFO, Vienna, 2011.
- Romaní, J., Suriñach, J., Artís, M., Are commuting and residential mobility decisions simultaneous?: the case of Catalonia, Spain, *Regional Studies* 37(8), 2003, S. 813-826.
- Rozmahel, P., CENTROPE regional development report – return to growth, WIFO und Mendel Universität, Wien und Brno, 2010
- Schuh, N. "Ein erster Überblick über die mögliche Bedeutung der Finanzmärkte für die Entwicklung der CENTROPE-Region", Manuskript, Österreichische Nationalbank, Wien, 2006.
- Sieber, S., Aussenhandel 2005, WIFO-Monatsberichte, 5/2006.
- Sieber, S., Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen in Ost-Mitteleuropa, WIFO-Monatsberichte, 8/2006.
- Smith, A., Restructuring the Regional Economy – Industrial and Regional Development in Slovakia, Studies of Communism in Transition, Edward Elgar, Cheltenham, UK, 1998.
- Stankovsky, J., "Österreichs Direktinvestitionen in Osteuropa", WIFO-Monatsberichte, 1999, 72(2).
- Stankovsky, J., "Direktinvestitionen in Osteuropa" in Puwein et al., Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die Wirtschaft Österreichs, WIFO-Studie, Februar 2002.
- Stankovsky, J., Wolfmayr-Schnitzer, Y., Österreich als Standort für Ostzentralen, WIFO, Wien, 1996.
- Statistical Office of the Slovak Republic, Regional Statistical Yearbook of Slovakia, Bratislava, 2006.
- Straubhaar, T., Internationale Migration. Gehen oder Bleiben: Warum gehen so wenige und bleiben die meisten?, HWWA Discussion Paper 111, Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg, 2000, S. 20.
- The Economist Intelligence Unit, "Vienna and CENTROPE-Region: an international business perspective, Studie im Auftrag der Österreichischen Nationalbank, Wien, 2005.
- UNCTAD, World Investment Report 2005.
- Untied, G. et al., Auswirkungen der EU-Erweiterung auf Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und ausgewählten EU-Mitgliedstaaten, Manuskript, Gefra, Münster, 2006.

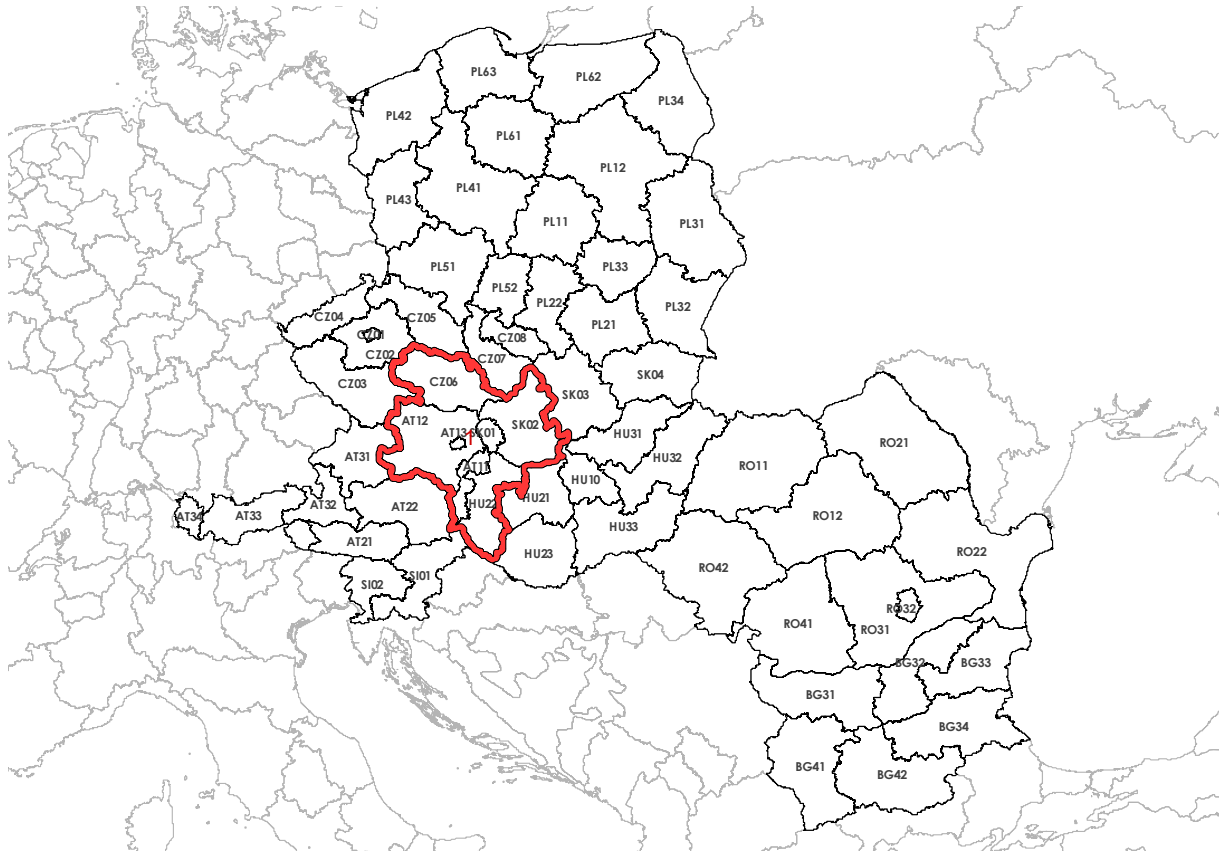
- Van Ommeren, J., Rietveld, P. und P. Nijkamp, Spatial moving behavior of two-earner households, *Journal of Regional Science* 38(1), 1998, S. 23-41.
- Walterskirchen, E., Dietz, R., Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den österreichischen Arbeitsmarkt, Studie des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Wien, 1998.
- Winter-Ebmer, R., Zimmermann, K. F., East-West Trade and Migration: The Austro German Case, IZA DP No. 2, Bonn, 1998.
- Winter-Ebmer, R., Zweimüller, J., Internal Labor Markets and Firm-Specific Determination of Earnings in the Presence of Immigrant Workers, Linz, 1994.
- Winter-Ebmer, R., Zweimüller, J., "Die Auswirkungen der Ausländerbeschäftigung auf den österreichischen Arbeitsmarkt 1988 bis 1991", in Holzmann, R., Neck, R., (Hrsg.) Ostöffnung: Wirtschaftliche Folgen für Österreich, Manz, Wien, 1996, S. 55-102.
- Winter-Ebmer, R., Zweimüller, J., (1996a), "Immigration and the Earnings of Young Native Workers", *Oxford Economic Papers-New Series*, 1996.
- Winter-Ebmer, R., Zweimüller, J., (1996b), Immigration, Trade and Austrian Unemployment, CEPR Discussion Paper No. 1.346, 1996b.
- Winter-Ebmer, R., Zweimüller, J., "Do Immigrants Displace Native Workers? The Austrian Experience", *Journal of Population Economics*, 1999.
- Wolfmayr-Schnitzer, Y., (Coordination), The Competitiveness of Transition Countries, OECD-Proceedings, 1998.
- Wolfmayr, Y., Economic Integration, Specialisation and the Location of Industries. A Survey of the Theoretical Literature, WIFO Working Papers, 120/1999.
- Wolfmayr, Y., (2004a), "Außenhandelsstruktur der österreichischen Industrie", in Österreichs Außenwirtschaft, Jahrbuch 2003/2004, BMWA, 2004.
- Wolfmayr, Y., (2004b) "Interessante Absatzmärkte und Exportpotentiale für die österreichische Industrie", WIFO Monatsberichte, 2004, 77(06), S. 473-490.
- Wolfmayr, Y., (2004c), "Österreichs Außenhandel mit den EU Beitrittsländern", WIFO Monatsbericht, 2004, 77(04), S. 231-249.
- Wolfmayr, Y., et al., Auswirkungen der neuen Strukturfondsverordnungen auf Österreichs Wirtschaftsstandort und Exporte, WIFO, Wien, März 2006.

Anhang: Liste der dargestellten Nuts 2-Regionen

CZ01	Prag	RO11	Nord Vest
CZ02	Zentralböhmen	RO12	Centru
CZ03	Südwesten	RO21	Nord Est
CZ04	Nordwesten	RO22	Sud Est
CZ05	Nordosten	RO31	Sud Muntenia
CZ06	Südosten	RO32	Bucuresti Ilfov
CZ07	Zentralmähren	RO41	Sud Vest Oltenia
CZ08	Mährisch-Schlesien	RO42	Vest
HU10	Mittelungarn	PL11	Lódzkie
HU21	Mitteltransdanubien	PL12	Mazowieckie
HU22	Westtransdanubien	PL21	Malopolskie
HU23	Südtransdanubien	PL22	Slaskie
HU31	Nordungarn	PL31	Lubelskie
HU32	Nördliche Große Tiefebene	PL32	Podkarpackie
HU33	Südliche Große Tiefebene	PL33	Swietokrzyskie
AT11	Burgenland	PL34	Podlaskie
AT12	Niederösterreich	PL41	Wielkopolskie
AT13	Wien	PL42	Zachodniopomorskie
AT21	Kärnten	PL43	Lubuskie
AT22	Steiermark	PL51	Dolnoslaskie
AT31	Oberösterreich	PL52	Opolskie
AT32	Salzburg	PL61	Kujawsko
AT33	Tirol	PL62	Warminsko
AT34	Vorarlberg	PL63	Pomorskie
SK01	Region Bratislava	SI01	Vzhodna Slovenija
SK02	West Slowakei	SI02	Zahodna Slovenija
SK03	Mittelslowakei		
SK04	Ostslowakei		
BG31	Severozapaden		
BG32	Severen tsentralen		
BG33	Severoiztochen		
BG34	Yugoiztochen		
BG41	Yugozapaden		
BG42	Yuzhen tsentralen		

Q: Eurostat. – Fett gedruckt: Hauptstadtregionen. Grau unterlegt: CENTROPE-Regionen.

Anhang: Karte der dargestellten Nuts 2-Regionen



WIFO-Darstellung. – Umrandung: CENTROPE-Region.